Heft 7 Juli 1989 6,- DM

C 4143 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Adieu, Sozialismus? Beiträge von: Mandel Kuczynski Fülberth Lehndorff Ziegler Gremliza
- Strobl und die Schweine-Justiz
- Rassige Multikultur
- Ernst Kahl: Wenn Frauen zu sehr hassen

in konkret Juli 1989

von konkret

an konkret

Ami stay here von Hermann L. Gremliza

Von Zedong zu Deng und Peng von Martin Friedrich

Der 4. Juni 1989 markiere eine Wende nicht nur in der Geschichte der Volksrepublik China und ihrer kommunistischen Partei. Aber eine Wende wohin?

Contra Nicaragua von Gabi Gottwald

Die Konservativen fühlen sich an das NS-Regime erinnert. Die Sozialdemokraten fordern lautstark die Freigabe von Entwicklungshilfegeldern, die sie selbst gesperrt haben. Die linke Solidaritätsbewegung sucht ihr Heil in Städtepartnerschaften. Die Beziehungen zwischen der BRD-Gesellschaft und Nicaragua sind zehn Jahre nach der Revolution vielfältig verworren.

Schweinejustiz von Oliver Tolmein

Drogenfront von Günter Amendt

300 Milliarden Dollar setzt das Drogenkapital jährlich um; jedes zehnte Neugeborene in den USA ist drogengeschädigt: zwei Meldungen über den »Charakter der Epoche«. Ist das »Drogenproblem« lösbar? Oder markiert schon das Wort eine Lüge?

Völker hört die Rituale von Jean Ziegler

Der Erneuerungsprozeß in der Sowjetunion ist für die Völker der »Dritten Welt« eine Katastrophe, meint der Schweizer Soziologe und sozialdemokratische Abgeordnete Jean Ziegler. Er fordert ober auch, daß sich die Befreiungsbewegungen auf die Tradition ihrer Kultur besinnen und Abschied vom Marxismus-Leninismus nehmen. Das Projekt Aufklärung lasse sich nicht universalisieren

Terror de Normalität von Oliver Tolmein

Der Ethik-Professor Peter Singer ist Tierschützer, Antirassist und Antisexist. Behinderung macht Leben in seinen Augen allerdings unwert. In seinen Büchern propagiert der Australier, dessen Großeltern in deutschen Konzentrationslagern umgebracht wurden, die »nichtfreiwillige Euthanasie« an behinderten Säuglingen – und findet dafür Zustimmung bei liberalen deutschen Demokraten

Sinn ohn´ Form

Allerlei Pyrrhus-SiegeVon der Partei-Ruine zur antikapitalistischen Intervention von Georg Fülberth

Nicht nur die »Welt« ist im Wandel: In brennender Sorge wenden sich sogar der »Spiegel«, die »TAZ« und die »FAZ« einer Deutschen Kommunistischen Partei zu, die ihnen zwei Jahrzehnte lang nur gleichgültig oder verhaßt war. Denn in der DKP geht's drunter und drüber, und das gefällt. Worum aber geht es wirklich? Darauf antworten hier zwei Kommunisten, deren Positionen in der innerparteilichen Diskussion eine wichtige Rolle spielen: der »Erneuerer« und ehemalige Vorsitzende des MSB Spartakus, Steffen Lehndorff, und der Marburger Politikwissenschaftler Georg Fülberth

Allerlei Pyrrhus-SiegeFinnlandisierung der DKP? von Steffen Lehndorff

Nicht nur die »Welt« ist im Wandel: In brennender Sorge wenden sich sogar der »Spiegel«, die »TAZ« und die »FAZ« einer Deutschen Kommunistischen Partei zu, die ihnen zwei Jahrzehnte lang nur gleichgültig oder verhaßt war. Denn in der DKP

geht's drunter und drüber, und das gefällt. Worum aber geht es wirklich? Darauf antworten hier zwei Kommunisten, deren Positionen in der innerparteilichen Diskussion eine wichtige Rolle spielen: der »Erneuerer« und ehemalige Vorsitzende des MSB Spartakus, Steffen Lehndorff, und der Marburger Politikwissenschaftler Georg Fülberth

Konkret-Streitgespräch»Kommunismus, mein Lieber« von Ernest Mandel, Jürgen Kuczynski, Wolfgang Fritz Haug

Zum Streitgespräch im Rahmen der Volksuni trafen sich in Westberlin: Ernest Mandel, marxistischer Wirtschaftswissenschaftler und Kopf der IV. (trotzkistischen) Internationale, und Jürgen Kuczynski, der Nestor der DDR-Gesellschaftswissenschaften. Leitung der Diskussion: »Argument«-Herausgeber Wolfgang Fritz Haug

Der gelbe Strahl von Wolfgang Schneider

Vom KP-Funktionär und Organisator des kommunistischen Untergrunds im franquistischen Spanien zum Antikommunisten und Minister einer konservativen Regierung: Die Biographie des spanischen Schriftstellers Jorge Semprún hat für Ex-Kommunisten einen ebenso hoben Stellenwert wie seine Bücher, in denen diese sich spiegelt, für den europäischen Literaturbetrieb. Tatsächlich aber zeigen seine Texte vor allem eins: daß und wie der Stalinismus auch noch seine Dissidenten frißt

Buch des Monats: Sittengemälde aus einem röm.kath. Land von Gertrud Koch

Elfriede Jelinek zeichnet in ihrer Groteske »Lust« keine positiven Bilder, weder von Männern noch von Frauen, weder von der Sexualität noch von der Gesellschaft. Sie entwirft ein Sittengemälde – thematisiert aber auch die soziale Seite von Herrschaft

Ein Herz für Clowns von Ursula Kreft

Was wäre die BRD ohne ihre Ausländer. Liberale fragen. wer denn dann die Klos schrubbt? Die Szene bangt um ihre Gyros-Köche. Weil man das so nicht sagen darf, haben sie die »multikulturelle Gesellschaft« erfunden

Piwitts kleines Feuilleton von Hermann Peter Piwitt

Träume und Alpträume von Bernhelm Booß-Bavnbek; Glen Pate

Hat das alte sozialistische Ziel, die Lebensweise, die Produkte, die Produktionsmittel und die Produktionsweise bewußt zu gestalten, noch eine Chance? Oder wird es (z. B. auch in der DDR) von bornierten Technokraten verspielt, die an die autonome Entwicklung der Produktionsmittel wie an eine Religion glauben? »Technologien im Umbruch« heißt ein neues Buch aus der DDR. Es ist eine packende Lektüre, weil die darin enthaltenen verkehrten Vorstellungen über Sozialismus und Technologie dem Nachdenken auch über unsere Zukunft viel weitere Perspektiven eröffnen als jedes Denken in dem engeren Rahmen der BRD-Verhältnisse, gleich ob dessen Anstöße von Glotz, Späth oder den Grünen kommen

Das Glück in Deutschland von Günther Schwarberg

Eine kranke Jugoslawin in einem ganz unpolitischen Strafverfahren vor einem ganz unpolitischen deutschen Gericht und die ganz unpolitische Frage, ob sie es über leben wird

Eine Stilisierung und ein Schock von Peter Körte

Samuel Fuller hat einen film noir in Farbe gedreht: »Straße ohne Wiederkehr«

Musikplaudertasche von Eckhard Henscheid

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

konkret 07/89, S. 4

von konkret

Im Anschluß an den Beitrag von Klaus Croissant in KONKRET 6/89 («Die Firma mit dem Gö-Ring«) richtete der AL-Abgeordnete Benedikt Hopmann eine Anfrage an den Westberliner Senat:

1. Ist dem Senat bekannt, daß die aus dem nationalsozialistischen Rüstungsbetrieb »Reichswerke Hermann Göring« hervorgegangenen »Stahlwerke Peine-Salzgitter AG«, die in Berlin (West) z. B. eine Niederlassung in Neukölln, Seidelbastweg, haben, das Hauswappen des als Nazi-Kriegsverbrecher in Nürnberg verurteilten Reichsmarschalles Hermann Göring – eine stilisierte Faust, die einen Eisenring hält («Gö-Ring«) – bis heute als Firmenzeichen führen?

2. Welche Schritte gedenkt der Senat gegenüber der Bundesregierung, die Eigentümerin der Stahlwerke Peine Salzgitter AG ist, zu unternehmen?

Die Senatorin für Justiz, Jutta Limbach (SPD), antwortete:

Betr.: Antwort auf die Kleine Anfrage... über Weiterführung eines faschistischen Firmenzeichens durch die Stahlwerte Peine-Salzgitter A G

Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

Zu 1.: Dem Senat ist das Firmenzeichen der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG bekannt. Für den unbefangenen Beobachter hat das heute verwendete Firmenzeichen keinerlei politischen Bezug

Zu 2.: Entfällt.

Eine Petitesse, wie schon der Parteivorsitzende Brandt zu sagen pflegte, wenn er Wichtigeres zu tun hatte (etwa die Ministerpräsidenten der Länder zu einem gemeinsamen Erlaß betr. Radikale zusammenzuführen). Wir wollten den Fall dennoch hier dokumentieren – zum Gebrauch durch einen späteren Historiker, der die Flutwelle der rechten Gehirnjauche einstens auch mit dem Stolz erklären könnte, den eine linkssozialdemokratische Justizsenatorin auf die Unbefangenheit ihres beobachtenden Völkchens empfunden hat.

Berichtigung I Von zwei Dittersdorf-Sinfonien nach Ovid war noch im Manuskript von Hermann Peter Piwitts »Kleinem Feuilleton« die Rede gewesen. KONKRET (6/89) ließ irrtümlicherweise nur die »Rettung der Andromeda« gelten. Quellenselig pastoral zugange ist Diana, wie Kenner wissen, natürlich in der »Verwandlung des Aktaion in einen Hirschen«. Die Redaktion bedauert.

Berichtigung II Die Hamburger Lokalredaktion der »TAZ« berichtet unter dem Titel »Enttäuschung bei prominenten Unterstützern – Hafenstraße: Die meisten Vermittler und Unterstützer vom Herbst 1987 fühlen sich heute nicht mehr zur Einmischung berufen« unter anderem:

Einer von denen, die im November 1987 um Unterstützung gebeten wurden, war KONKRET-Herausgeber Hermann L. Gremliza. Doch nach Vertragsabschluß habe er sich nicht mehr um die Hafenstraße gekümmert, räumt der Journalist heute ein. Dennoch: Wenn sich die Situation wieder zuspitzt, sei eine »Prominenten-Initiative prinzipiell zu begrüßen«. Ein Signal dafür fehle bislang jedoch.

Auch wenn unterstellt werden kann, daß bei der Verwurstung einer ausführlichen telefonischen Befragung die gegebenen Antworten nicht vorsätzlich entstellt wurden, legt der KONKRET-Herausgeber Wert darauf, nicht blöder dargestellt zu werden als er ist, undstellt daher die »TAZ«-Äußerung wie folgt richtig:

Ich habe 1987 der Aufforderung des Initiativkreises, den Bewohnern der Hafenstraße gegen den räumungswütigen Hamburger Senat beizustehen, gerne entsprochen, jedoch nicht ohne Hinweis darauf, daß der Initiativkreis sich von der abschreckenden Wirkung, die meine Präsenz auf Pawelczyks Prügelgarde haben könnte, übertriebene Vorstellungen mache. Diese Äußerung habe ich gegenüber dem »TAZ«-Redakteur jetzt wiederholt und erneut darauf hingewiesen, daß zu einer »Prominenz«, deren Engagement den Hamburger Senat beeindrucken oder gar von Polizeieinsätzen abhalten könnte, ich gewiß nicht gehöre. Dennoch sei ich auch jetzt und in Zukunft selbstverständlich bereit, den Abstand, der meine Sympathie gegenüber den Bewohnern der Hafenstraße von der gegenüber den Insassen des Rathauses empfundenen trennt, deutlich zu bekunden – wenn die Bewohner es wünschten. Dies sei bislang nicht geschehen, vermutlich deshalb, weil die Bewohner den Nutzen dieser Art von »Promi«-Unterstützung nicht weniger skeptisch beurteilten als ich.

Ernst Kahl hat bei der »Cartoonale« des Kunstmuseums Düsseldorf zum Thema »Life-Style« mit seiner Arbeit »I wear Italian shoes« mit dem 1. Preis gleich zehntausend Mark abgeschnitten. KONKRET wird das prämierte Blatt im August-Heft auf Seite »Kahl macht Ernst« einer interessierten Öffentlichkeit vorstellen.

Horst Tomayer ist auch im dritten Waalkes-Film, und zwar in der strohhuttragenden Rolle eines Ökoopas, zu besichtigen.

konkret 07/89, S. 6

an konkret

Stück aus dem Tollhaus

KONKRET 6/89: »Straße frei für die Polizei« von Thomas Ebermann

Die Absicht ist erkennbar. Der »radikale Linke« Ebermann versucht in »Straße Frei für die Polizei« (Konkret 6/89) die Wende zu beschreiben, die eine sich dermaleinst als der politische Arm der Bewegungen verstanden habende Partei zur »staatstragenden Linken« vollzogen hat. Aber welcher Teufel den Ebermann geritten haben mag, aus dem fernen Hamburg und allein gestützt auf die dürftigste aller Quellen, die »taz«, über die Veranstalter des 1. Mai auf dem Lausitzer Platz herzufallen, »das lohnt (allerdings) eine genaue Betrachtung«.

»Nach ein paar Wochen rosagrüner Regierungs-'Verantwortung' spielten die Alternativen und ihre Regierungszeitung 'taz' diesmal beim Kreuzberger 1. Mai schon die Hilfspolizei«. Das mag ja so sein, aber die Veranstalter des Lauseplatz-Festes, das »Kreuzberger Aktionsbündnis gegen Faschismus, Rassismus und Frauenfeindlichkeit«, politisch bei »Rot-Grün« zu verorten, die im Bündnis vertretenen Autonomen Gruppen, Gewerkschaften, Kommunisten, die AL-Kreuzberg, Jugendverbände, die VVN, Unorganisierte als die realen »Hilfspolizisten« zu denunzieren, das ist freilich ein Stück aus dem Tollhaus. Der 1. Mai auf dem Lausitzer Platz also gibt ihm das Material für seine Untersuchung der alternativen Wende. Aber warum dann ausgerechnet das »ausgelagerte Volontariat« (Gremliza) der bürgerlichen Presse als einzige verläßliche und ungeprüfte Quelle erscheint, das ist schon nicht mehr nachvollziehbar. Denn seine Quellen sind allein zwei Artikel der Möchtegern-Regierungszeitung und das hochstaplerisch »Kreuzberger Manifest« genannte Elaborat des Volker Härtig, Werner Orlowski u.a., welches wiederum allein durch die Publizität, die ihm die »taz« verschafft hat, kurzfristig das Licht der politischen Öffentlichkeit erblickte, um dann zu verschwinden zwischen den Aktendeckeln der Institutionen der geschäftsführenden Sozialverträglichkeit.

Der »taz«-Artikel vom 3.5.89, der Authentizität und Sachkenntnis suggerieren soll und, welche Ironie, diesen Eindruck erweckt durch die Schwammigkeit/Ungenauigkeit der Formulierungen, der Geschwätzigkeit als Ersatz für journalistische Sorgfalt, der Hemmungslosigkeit beim Lügen, diese »taz«-Schmiere wird noch übertroffen durch den daran geknüpften Katalog an Suggestivfragen des »radikalen Linken«.

»Nach dem I . Mai erfahren wir einiges über die hektische Geschäftigkeit, die in den Wochen zuvor geherrscht haben muß. Die »taz« berichtet von den 'vielen Gesprächen, die es vor dem ersten Mai zwischen den Veranstaltern (des Straßenfestes am Lausitzer Platz) und der Polizei gegeben hatte.'« Das stand tatsächlich so in der »taz«, aber wenn's nicht in der »taz« steht, heißt das doch noch lange nicht, daß die »taz« »berichtet«, das heißt allein, daß die Brigitte Fehrle, die den Artikel zusammengeschmiert hat, diese Gespräche selbst erfunden hat.

Doch Ebermann geht noch weit über die Dichtung der Fehrle hinaus: »Wer viele Gespräche (wie viele wohl?) führt, muß viel zu besprechen gehabt haben. Muß sich auf zahlreiche Details verständigen wollen, muß ein 'gemeinsames Problem' gegen einen 'gemeinsamen Feind' lösen wollen. Muß sich wechselseitig Zusagen 'abringen'. Muß 'Vertraulichkeit' vereinbaren.« Das ist infam und eine Steigerung ist schwer vorstellbar ! Es hat zwischen dem Veranstalter des 1. Mai-Festes auf dem Lauseplatz und der Polizei ein einziges Gespräch und zwar im Rahmen der Anmeldeprozedur gegeben! »Polizei, so hatten es Einsatzleiter und Veranstalter verabredet, sollte weder bei der Demonstration noch beim Fest in Kreuzberg sichtbar postiert werden.« Als ob Fehrle/Ebermann nicht wüßten, daß es seit Jahren zu den Kreuzberger Gebräuchen, ja den guten Sitten gehört, eine Bannmeile für Uniformierte zu fordern/durchzusetzen .

»Auch für die erwarteten Hausbesetzungen war man sich einig geworden. Geräumt werden sollte erst am 2. Mai und nur mit möglichst geringem Polizeiaufgebot...« »Das ist undementiert und darf als wahr unterstellt werden.« Nein, das darf nicht als wahr unterstellt werden, das bedeutet lediglich, daß eine mit der »taz«-Redaktion verabredete Stellungnahme der Vorbereitungsgruppe des 1. Mai in der »taz« nicht abgedruckt wurde und sonst nichts. Auf keinen Fall bedeutet es, daß das Bündnis den Vertretern der Vorbereitungsgruppe, die das Gespräch mit der Polizei führten, ein Mandat für derlei »Verhandlungen« erteilt hätte. Bei diesem Gespräch wurden auch nicht die »erwarteten Hausbesetzungen« erörtert. Und nicht gesprochen wurde über die »revolutionäre 1. Mai-Demo«, deren Veranstalter im übrigen nicht, wie behauptet, identisch mit den Fest-Veranstaltern sind: »Nebenbei formulierten die Veranstalter nicht nur ihren Anspruch auf den Ablauf ihrer Demo und ihres Straßenfestes, sondern Hegemonie über alles, was im ganzen Stadtteil läuft: Anspruch auf einen ruhigen, friedlichen 1. Mai in ganz Kreuzberg! Ist es absurd zu spekulieren, über was noch Einigkeit erzielt wurde? Unter welchen Bedingungen hielten die Verhandler den Einsatz von Tränengas für legitim? Wann ist der Einsatz von Wasserwerfern angebracht?«

Da kann man eigentlich nur mit Ebermann selbst sagen: »Jede noch so böswillige Assoziation scheint erlaubt«, nach dem Motto: Wenn ich schon nichts weiß, fragen werd' ich wohl dürfen.

Heini Nadalet

Benn Wagner Berlin

Claro

KONKRET 4/89 Tomayers »Ehrliches Tagebuch«

KONKRET 6/89 Piwitts »Kleines Feuilleton«

Nachdem sich bereits Tomayer in der Aprilnummer wegen des Zurückpfiffs von Kahl's »kongretchen« böse auf den Schlips getreten fühlte, da er sich wegen dieses blöden »Völkerhörtdiesignalevereins« gar nicht mehr ungehemmt »des Reichtums der menschlichen Evolution« erfreuen durfte, den er in ebigem Artikel mal kurz mit »Knoblochkroppzeug«, »Türkenwürste«, »Spaghettiarschlöcher« und »Gier-Os-Gevattern« skizzierte (Nein, haben wir gelacht!), geht's im Juni auf Seite 84 mit Piwitt locker in die nächste Runde:

Natürlich ist der Taxifahrer ein Dunkelhäutiger (denn darum geht's), die Frau kann, claro, nicht autofahren und überhaupt ist das Ganze wahrscheinlich eine sogenannte »wahre Begegenheit«. Entscheidend aber ist: er riecht! Und zwar »vernichtend«! Und zwar »vernichtend nach Schweiß« ! Kurz und gut: Der Junge stinkt! Aber zum Glück ja nur bis zum Aussteigen. In den banalsten Geschichten sollen sich ja oft die tiefsten Wahrheiten verbergen, sagt man. Mir ist dieser tiefere Sinn zwar bis heute nicht klargeworden, vermuten tue ich jedoch eines: Es soll gezeigt werden, wie locker man mit diesem »sinnlos donnerndem Schrott« wie »Ausländer- und Frauenfeindlichkeit«, »Rassismus« etc. umgehen kann, ohne doch selbst Rassist zu sein. Es ist dieses ätzende Gernot-Gailer-Syndrom, diese Wiglaf-Droste-Manie, die Befriedigung nur in der narzistischen Selbstbeweihräucherung findet, gemischt mit revolutionärer Pose.

Maradona

Frankfurt

Fahrlässiger Rufmord

KON KRET 6/89 »Herr/Frau Foetus«, Theresia Degener antwortet auf das Streitgespräch »Krüppelschläge« (4/89)

T. Degener will, daß ich mich beruhige. Das werde ich nicht tun. Eine Diskussion um das Notwehrrecht von Krüppeln ist notwendig, die Notwehr selbst ebenfalls. Eine rein juristische Argumentation wird nicht hilfreicher, wenn sie von einer qualifizierten Frau vorgetragen wird: Sie hat nicht begriffen, daß das eugenische Denken sich nicht ausschließlich auf den 218 bezieht, sondern mit tödlicher Konsequenz in alle Lebensbereiche eindringt. Das muß T. Degener (und die Frauenbewegung, darum ging es in dem Gespräch) begreifen. KONKRET sollte sich

von diesem Artikel distanzieren, T. Degener ihre Behauptung, Franz Christoph wäre ein Vergewaltiger-Sympathisant, zurücknehmen.

Hannelore Witkofski

Hamburg

In KONKRET 6/89 wird auf Seite 22 folgendes über mich behauptet:

»Einem behinderten Mann, der vor Jahren einmal die These aufgestellt hat, wenn ein behinderter Mann eine nichtbehinderte Frau vergewaltige, könne das auch als Befreiungsakt gesehen werden, steht es nicht gut an, heute zu bezweifeln, daß die Behindertenbewegung überhaupt noch mit der Frauenbewegung zusammenarbeiten kann, 'weil Frauen abgestufte Lebenswertigkeiten an Föten exekutieren. ' Franz Christoph scheint mit der Frauenbewegung, so oder so, seine Schwierigkeiten zu haben.«

Ich stelle dazu fest, daß ich eine derartige These nie aufgestellt habe und auch nie vertreten würde. Es handelt sich um eine Diffamierung, die weit über fahrlässigen Rufmord hinausgeht. Ich habe in meinen bisherigen Veröffentlichungen vertreten, daß Vergewaltigung, und zwar auch verdeckte und versteckte Vergewaltigung von Frauen durch behinderte Männer nie ein Befreiungsakt sein kann (vgl. Krüppelschläge, Reinbek 1983).

Die Motive der Autorin für solche Behauptungen über mich will ich hier nicht einschätzen. Mit Befremden nehme ich allerdings zur Kenntnis, daß KONKRET unkommentiert und ohne Prüfung solche üble Nachrede abdruckt. Nach beinahe

zehnjähriger Zusammenarbeit hätte ich zumindest eine Nachfrage erwartet.

Franz Christoph

Hamburg

konkret 07/89, S. 8

Hermann L. Gremliza

Ami stay here

Deutschland, Deutschland über alles zu setzen, ihm einen »Platz an der Sonne« zu erstreiten, wie es Wilhelms Reichskanzler von Bülow zur letzten Jahrhundertwende versprochen hatte, ist zweimal, 1914/18 und 1939/45, mißlungen. Aber auch aller elenden Dinge sind drei: Ganz ohne Schlieffen-Plan und Unternehmen Barbarossa sieht sich US-Präsident Bush bereits genötigt, die Bundesrepublik einen »Partner in leadership« zu nennen, spricht der »Spiegel« – man soll die Nachbarn nicht zur Unzeit reizen – von einer »Mittelmacht de luxe«, die sich »auf eine Führungsrolle in der Beletage des europäischen Hauses« einrichte. Das »halbe Käsebrötchen«, als das Klaus Pohl die BRD in seinem »Milliardenspiel« gerade noch verspottet hat, ist auf dem Weg zur Weltmacht.

Geebnet wird er von einem Mann, dessen Titel dergleichen eher zu unterbinden als zu fördern versprach: dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Er und seine Begleiter haben auf ihrem Triumphzug durch die BRD einen »Schlußstrich unter die Vergangenheit« gezogen und den Rechtsnachfolgern der Belagerer von Leningrad nicht Zusammenarbeit, nein: »Freundschaft« angeboten. »Unsere neue Sicht internationaler Fragen«, schrieb Gorbatschows »Deutschland-Berater« Nikolai Portugalow, werde es »den Deutschen« erlauben, »ihre nationalen Interessen viel wirksamer zu verteidigen«. (Wenn auch nicht mehr in einem »heiligen Verteidigungskrieg«.) Im Westen wie im Osten – »ist doch das Schicksal der Deutschen untrennbar mit dem einen Europa vom Atlantik bis zum Ural verbunden« (und nicht mehr bloß von der Maas bis an die Memel). Die DDR gibt's als *no name*-Produkt zum Discountpreis dazu, indem »wir die historische Dimension aller Fragen, die mit der deutschen Nation und ihrer künftigen staatlichen Existenz zusammenhängen, ausdrücklich anerkennen«. Einen Kritiker der Bonner Großmachtpolitik wie den US-Kolumnisten William Safire nennt Gorbatschows Mann den »Deutschen-Hasser« und »keifenden Thersites«. Wenn Schönhuber wüßte, was Thersites ist, könnte er das gesagt haben.

(Nebenbei, lieber Nikolai: Sind die Erfolge, die deine Partei in den siebzig Jahren seit der Oktoberrevolution im Umgang mit »nationalen Fragen« errungen hat, wirklich so umwerfend, daß Ihr Euch an den Geschäften anderer Patridioten beteiligen solltet? Ihr wollt, höre ich, den »Wolgadeutschen« vielleicht wieder ein autonomes Gebiet einräumen; paßt bloß auf, daß die Euch, wenn Ihr die Meßcheten aus den usbekischen Pogromen dorthin evakuiert, nicht mit »Türken raus«-Plakaten empfangen.)

Als wäre »Deutschen-Hasser« nicht die einzige moralisch vertretbare Haltung, die ein Beobachter dieser widerwärtigen Nation einnehmen kann. Er haßt ja nicht die Bürger der BRD oder der DDR, sondern den stinkenden Kadaver »Deutschland« und jene »Deutschen«, die ihn ausbuddeln und wiederbeleben wollen. Von diesen gibt es in der Bundesrepublik mehr, als selbst ein Thersites beschimpfen könnte. Eine Woche, nachdem Gorbatschow den von ihnen verlangten »Schlußstrich unter die Vergangenheit« gezogen und »den Deutschen« Freundschaft angetragen hat, bedankten sich die Bayern mit 15 Prozent für die neuen Braunen. Und es werden noch weit mehr, wenn die letzten Reste von Furcht vor dem Ausland schwinden.

Gorbatschow hat ihnen Mut gemacht. Es war stets nur Irrtum oder Propaganda, wenn aus dem Wahlverhalten und der offiziellen Politik ihrer rechten Staatsparteien geschlossen wurde, »die Deutschen« seien zu aufgeklärten bürgerlichen Demokraten mutiert. Sie sind geblieben, was sie waren, und hatten immer bloß Schiß vor politischen und wirtschaftlichen Sanktionen. Nur in dem, was sie sich zu sagen trauen, nicht in dem, was sie denken, unterscheiden sich Schönhuber und Dregger. Bis heute haben Kohl, Waigel oder Geißler zu den Parolen der »Republikaner« nicht *einen* inhaltlichen Einwand zu formulieren vermocht – zu »radikal« seien sie halt. Und wiederum ist es nur die Furcht vor den Reaktionen der westlichen Nachbarn, die schwarzbraune Koalitionen (noch) verbietet: Könnte ja sein, daß die Unterwerfung West- und Südeuropas unter ein auch von Schönhuber repräsentiertes BRD-Kapital weniger reibungslos verliefe.

Gorbatschow verlangt, wohin er kommt, »neues Denken«. Tun wir ihm den Gefallen: Die Truppen, die 1945 das Deutsche Reich besetzten, taten das nicht, um »die Deutschen« vom Nazismus zu befreien, sondern um die tödliche Politik zu beenden, die von Deutschland gegen sie getrieben worden war. Die Truppen der USA, Großbritanniens und Frankreichs blieben bis heute, nicht um den demokratischen Rechtsstaat BRD zu schützen – dafür haben sie noch nie und nirgends auch nur eine Kugel vergeudet – sondern um erstens von hier aus den Sozialismus zu bekämpfen und zweitens »die Deutschen« unter Kontrolle zu halten.

Die erste Aufgabe haben die Sozialisten inzwischen selbst übernommen, und so gewinnt die andere, von der öffentlich nie die Rede war, neue Bedeutung. Frau Thatcher hat es zuerst ausgesprochen, als sie die Unverzichtbarkeit alliierter Atomraketen in der BRD mit der Bemerkung begründete, die Deutschen sollten merken, daß sie den Zweiten Weltkrieg begonnen haben. Der wirtschaftliche Riese soll politisch der Schrumpfgermane bleiben, mit dem allein die Nachbarn und der Rest der Welt es aushalten können.

Ami go home ist längst zum Votum nicht nur Schönhubers und deutschtümelnder Grüner, sondern auch der etablierten Rechten avanciert. Alfred Dregger, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der es den US-Amerikanern bis heute nachträgt, daß sie nicht vor den Gräbern von SS-Mördern knien wollten, hat angekündigt, die Haltung zur Rolle und Präsenz der USA in Europa könne revidiert werden, wenn ein System der europäischen Sicherheit geschaffen werde, und »für diesen vernünftigen Gedanken« wird er aus Moskau heftig gelobt; man habe ihn »auch von anderen Persönlichkeiten gehört«.

Ami go home ist schließlich, auch 44 Jahre »danach«, immer noch: die Befreiung von den Befreiern vom Faschismus und von den Weltherrschaftsplänen »der Deutschen«. Das Bewußtsein, wie zukunftsträchtig diese Vergangenheit sein könnte, ist im alternativen Talk-Show-Geschwätz über den Durchbruch der Bundesrepublik zu einer »neuen politischen Kultur« fast versintert: Was sind schon Schönhubers paar unbelehrbare Männeken im Vergleich zu den Massen, die der multikulturelle Dezernent mobilisiert (der freilich auch schon die Ausländer in solche aufteilt, die »unsere Kultur« mit Gyros bereichern und deshalb bleiben sollen, und in andere, die – aber bis er das deutlicher sagt, braucht's noch ein paar Wochen).

Das Kalkül »der Deutschen« leuchtet ein: Die BRD, die Westeuropa fast schon im Sack hat, nimmt sich nun Osteuropas an. Die Sowjetunion, Polen, Ungarn, denen es heute nicht gut geht, aber bei weitem nicht so dreckig, wie es ihnen in zehn Jahren gehen wird, stellen dem deutschen Kapital Rohstoffe, Märkte und billige Arbeitskräfte zur Verfügung, damit es seine Beletage im »europäischen Haus« (daß einmal ein Nachfolger Lenins mit einer solchen Latrinenparole hausieren gehen würde!) ausstaffieren kann. Die andern beziehen *peu* à *peu* die Räume im Souterrain des »europäischen Hauses«. Und dann darf der Rest der Welt am deutschen Unwesen genesen.

Die DDR? Gibt's dann schon lang nicht mehr: »Wenn die Deutschen (!) von eventueller Wiedervereinigung im Rahmen Europas sprechen, dann betrachte ich das als ein positives Moment... Die Bundesrepublik kann unser Partner nur für den Fall sein, daß sie gemeinsam mit uns den Weg zur Errichtung des gesamteuropäischen Hauses beschreitet, das eigentlich ein System der europäischen Sicherheit darstellt. Wird ein solches System geschaffen, dann wird auch eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu einer Frage, die nur sie selbst angeht. Die 'deutsche Frage' kann nur im Rahmen des 'gesamteuropäischen Hauses' gelöst werden.« Sie ist nämlich noch offen, meint der Vizedirektor des Instituts für Europa der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in der Botschafts-Zeitschrift »Sowjetunion heute«, und er heißt keineswegs Herbert Czaja, sondern Wladimir Schenajew.

Die USA waren und sind, spätestens seit dem Korea-Krieg, die bei weitem aggressivste imperialistische Macht; ihre Opfer zahlen nach Millionen; wer, wie ich, ihr mörderisches, verhaßtes Militär auffordert, in der BRD zu bleiben und die Reste des Besatzungsrechts nicht aufzugeben, sondern notfalls mit aller Macht wahrzunehmen, muß Schlimmeres fürchten: eine große Koalition der Wähler von Kohl, Mayer-Vorfelder, Schönhuber und Gorbatschow, den Abriß der Mauer, die Wiedervereinigung, »die Deutschen« und Deutschland, Deutschland über alles. Ami stay here!

konkret 07/89, S. 10

Martin Friedrich

Von Zedong zu Deng und Peng

Der 4. Juni 1989 markiere eine Wende nicht nur in der Geschichte der Volksrepublik China und ihrer kommunistischen Partei. Aber eine Wende wohin?

Der real existierende Sozialismus« in allen seinen Formen war für die Linke – in negativem oder positivem Sinne – ein Bezugspunkt, der, wollte man versuchen, die Realisierbarkeit des Sozialismus eigener Couleur zu veranschaulichen, nicht umgangen werden konnte. Natürlich konnte er nicht perfekt sein. Noch nie gegangene Wege wurden beschritten, also waren Fehler unvermeidlich. Er wurde in einer feindlichen, kapitalistischen Umgebung aufgebaut, also waren die Fehlentwicklungen der nicht erfolgten Weltrevolution geschuldet. Der Sozialismus war noch behaftet mit den »Muttermalen der alten Gesellschaft« (Marx), wie konnte er makellos sein?

Um im Marxschen Bilde zu bleiben: China hat im Juni 1989 bewiesen, wie schnell aus Muttermalen ein Melanom werden kann. Der Kriegsrechts-»Kommunismus« als letztes Stadium des real existierenden Sozialismus ist der eine Weg, der den herrschenden Parteibürokratien noch für einige Jahre realisierbar erscheinen mag. Der andere, »friedlichere« Weg wird bereits gegangen, in Ungarn und Polen. Er führt über kurz oder lang zur kapitalistischen »one world«.

Rückblick

China – das bedeutet für die westliche Linke immer noch in erster Linie die Erinnerung an einen Traum: die Kulturrevolution. Mao hatte ihn zur Realisierung freigegeben. Heute ist es – auch unter Linken – Mode geworden, die Kulturrevolution auf den Machtkampf zwischen Fraktionen des Partei- und Staatsapparates zu reduzieren und das Hauptaugenmerk auf den Terror zu legen, den es in ihrem Verlauf auch gab. Dabei wird meistens vergessen, daß Mao sich an die Spitze einer Bewegung gestellt hatte, die die Partei zerschlagen sollte, deren Vorsitzender er war. Die Kulturrevolution war 1966 und 1967 auch eine antiautoritäre, emanzipative Bewegung, auch eine Revolte von unten, ein Aufbegehren gegen die Rückständigkeit der chinesischen Gesellschaft und die versteinerte Bürokratie. »Rebellion ist gerechtfertigt« und »Gegen die Strömung ankämpfen ist ein Prinzip des Marxismus-Leninismus« waren die Schlagworte, die Maos Vorstellung eines dynamischen Sozialismus veranschaulichten, in dem es Platz für revolutionäre Prozesse geben sollte.

Das Experiment mißglückte. Die Anarchie, die entstand, verursachte nicht nur ökonomische Schäden, auch die Sicherheit des Landes war bedroht. So gab Mao seine Zustimmung zum Einsatz des Militärs. Staats- und Militärbürokratie, repräsentiert durch Zhou Enlai und Lin Biao, gingen eine Koalition ein und schlugen mit Gewalt die sogenannten »ultralinken« Rebellen und Rotgardisten nieder. Zum IX. Parteitag 1969 und in den darauffolgenden Jahren wurde die KPCh schrittweise als Herrschafts-Partei der Militär- und Staatsbürokratie rekonstruiert. Damit begann gleichzeitig der Prozeß ihrer Degeneration zu einem Club von Karrieristen, skrupellosen Machtpolitikern und Abenteurern. Die Diktatur der Militär- und Staatsbürokratie wurde nach dem Sturz Lin Biaos 1971 durch eine wieder wachsende Rolle eben dieser Partei abgelöst, in der die sogenannte »Viererbande« inzwischen, vor allem auf dem X. Parteitag 1973, immer größeren Einfluß gewann.

Als Mao am 9. September 1976 starb, folgte ein kurzer, heftiger Machtkampf, der den Sieg für die zentristische Koalition der Hua Guofeng, Ye Jianying und Li Xiannian brachte. Deng Xiaoping, der sich im April 1976 (»Tian'anmen-Zwischenfall«) im Kräftemessen versucht hatte und von allen Posten entfernt worden war, wurde wieder aus der Versenkung geholt. Diesmal war

die Freude der Massen, die die Stagnations- und Repressionsphase der »Viererbande« leid waren, echt. Die Arbeiter und Bauern wollten vor allem Ruhe und steigenden Lebensstandard. Viele Menschen waren durch die von oben aufgesetzten Kampagnen apolitisch geworden. Etwa mit der 3. Plenartagung des XI. ZK der KPCh begann die Reformpolitik der Deng-Ära, deren Massenbasis zu Anfang in der Tat sehr groß war, vor allem da die Wirtschaftsreformen zu einem Aufschwung und zu einer realen Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung führten.

Die Opposition

Die nach-kulturrevolutionäre Opposition Chinas, die mit der Wandzeitung »Demokratie und Rechtssystem im Sozialismus« von Li Yi Zhe im November 1974 in Guangzhou (Kanton) begann, kam zu einem beträchtlichen Teil aus den enttäuschten linken und »ultralinken« Rotgardisten-Fraktionen der Jahre 1967/68. Li Zhengtian, einer der hinter dem Pseudonym Li Yi Zhe stehenden Autoren, war 1968 nach der Niederschlagung der Kulturrevolution in Guangzhou für drei Jahre inhaftiert worden. Auch führende Köpfe des Pekinger Frühlings von 1979 haben eine ähnliche Vergangenheit. Der »Pekinger Frühling«, auch »Bewegung des 5. April« genannt, hatte seinen Ausgangspunkt im »Tian'anmen-Zwischenfall« von Anfang April 1976, der sowohl ein spontaner Massenprotest gegen die «Viererbande«, ausgelöst durch die Trauer um

den verstorbenen Ministerpräsidenten Zhou Enlai, als auch ein von Deng Xiaoping für den Machtkampf in der Partei benütztes Szenario war.

Zwar wurden die Millionen-Demonstrationen auf dem Platz des Himmlischen Friedens niedergeschlagen (ca. 100 Tote) und Deng Xiaoping wurde abgesetzt, aber der Sieg der »Viererbande« war nur von kurzer Dauer. Nach Maos Tod und dem Sturz der »Vier« wurde Deng im Juli 1977 gegen den Widerstand des Parteivorsitzenden Hua Guofeng und einiger anderer einflußreicher Funktionäre rehabilitiert. Deng benutzte nun die demokratische Bewegung des »Pekinger Frühlings«, um seine Position in der innerparteilichen Auseinandersetzung zu stärken. Doch die Forderungen der Bewegung, die noch weitgehend marxistisch geprägt war, gingen Deng zu weit: Beteiligung der Massen an den politischen Entscheidungen, Kontrolle der Funktionäre und Politiker durch die Öffentlichkeit, Pressefreiheit.

Als Deng die Bewegung nicht mehr benötigte, stellte er in einer Rede am 16. März 1979 die »vier Grundprinzipien« auf, deren Unterstützung die Pflicht aller Bürger sei: das Festhalten am sozialistischen Weg, an der Führung durch die KP Chinas, an der demokratischen Diktatur des Volkes, am Marxismus-Leninismus und an den Mao-Zedong-Ideen.

Die Studentenproteste

Am 18. September 1985 gab es erstmals seit der Kulturrevolution wieder eine oppositionelle Studentendemonstration. Etwa 1.000 StudentInnen forderten auf dem Tian'anmen-Platz »Wir wollen essen!« und protestierten gegen die »Invasion von japanischen Konsumgütern«. Für den 9. Dezember wurde eine Großdemonstration angekündigt, die aber von der Regierung durch Drohungen und administrative Maßnahmen verhindert wurde.

Vom 5. Dezember 1986 bis zum 5. Januar 1987 breitete sich eine Reihe von Studentenprotesten, ausgehend von der renommierten »Chinesischen Universität für Wissenschaft und Technik« (CUWT) in Hefei, über viele Städte des ganzen Landes aus. Neben Hefei wurden Shanghai, Nanjing und Peking zu Zentren der Bewegung. Ihre Forderungen waren noch sehr verschwommen: »Ohne Demokratie keine Modernisierung!«, »Demokratische Reformen!«, »Gebt uns Freiheit!« hieß es in den Parolen und auf den Spruchbändern. Später wurde dann auch gegen die falsche Berichterstattung in der Presse und gegen das brutale Vorgehen der Polizei (in Shanghai) demonstriert.

Obwohl sich punktuell Teile der Bevölkerung, besonders Arbeiter in Shanghai, mit den Studenten solidarisierten, blieb die Massenbasis der Bewegung klein. An den größten Demonstrationen beteiligten sich nicht mehr als 70.000 Menschen (in Shanghai) und 10.000 (in Peking). Der roll-back der Konservativen nahm sich im Vergleich zu den Ereignissen der letzten Tage harmlos aus: Hu Yaobang mußte von seinem Posten als Generalsekretär des ZK der KPCh zurücktreten, weil er den Studenten gegenüber eine zu nachgiebige Haltung eingenommen hatte. Guan Weiyan und Fang Lizhi, bis dahin Rektor und Vize-Rektor der CUWT, wurden gefeuert, Fang dazu noch aus der Partei ausgeschlossen.

Vor allem Fang Lizhi hatte die Proteste ausdrücklich unterstützt. War er schon vorher durch platte, den Westen verherrlichende Reden aufgefallen, zeigte er sich nach seinem Parteiausschluß vollständig als bürgerlicher Oppositioneller. Seine pauschale Marxismus-Verteufelung machte den Astrophysiker zum Liebling der westlichen Presse, in der er öfters als »Sacharow Chinas« vorgestellt wurde. Zusammen mit seiner Frau ist er vor der gegenwärtigen Repressionswelle in die Botschaft der USA geflohen und zu einem diplomatisch heiklen Problem geworden. Am 15. April dieses Jahres starb Hu Yaobang, bis zu seinem Tode Mitglied des Politbüros des ZK. Für die StudentInnen war er seit seinem erzwungenen Rücktritt 1987 zu einer Symbolfigur ihres Kampfes geworden. Sie nahmen die offiziellen Trauerfeierlichkeiten zum Anlaß, ihre eigene Trauer besonders demonstrativ zu bekunden und von der Partei- und Staatsführung eine posthume Rehabilitierung Hus zu fordern. Die offiziellen Ansprachen ließen hingegen die Ereignisse von 1987 einfach unerwähnt. Protest- und Trauerkundgebungen, vorwiegend auf dem Tian'anmen-Platz, zogen sich bis zum 4. Mai hin, an dem, ausgerechnet in diesem Jahr, der 70. Jahrestag der »Bewegung des 4. Mai« von 1919 begangen wurde. Als »Bewegung des 4. Mai« wird die gesamte geistige Erneuerungsbewegung Chinas von 1917 bis 1921 bezeichnet, für die stellvertretend der »4.-Mai-Zwischenfall« im Jahre 1919 steht, als patriotische Studenten gegen die Entscheidung der Versailler Konferenz protestierten, die ehemalige deutsche Kolonie in Shandong Japan zuzuschlagen.

Der 4. Mai 1919 steht heute synonym für die antikonfuzianische Kulturrevolution, mit der sich sowohl die Ausbreitung des Marxismus, als auch westlichen bürgerlichen Denkens in China, verbindet. So war dieser 70. Jahrestag für beide Seiten ein Grund zu feiern: Für die Partei, weil die Gründung der KPCh 1921 auch ein Produkt der »Bewegung des 4. Mai« war; für die StudentInnen, weil sie sich selbst in die Tradition dieser Bewegung stellen konnten und die Erfüllung der 70 Jahre alten Forderungen nach »Wissenschaft« und »Demokratie« einfordern. Nach einem kurzen Abflauen der Proteste begannen am 13. Mai, zwei Tage vor der Ankunft Gorbatschows, mehrere tausend StudentInnen auf dem Tian'anmen-Platz einen öffentlichen Hungerstreik mit dem Ziel, die Regierung zu ernsthaften Gesprächen mit ihnen zu zwingen. Thema der Gespräche sollten nach wie vor die bereits am 18. März aufgestellten sieben Forderungen sein:

-

gerechte Beurteilung der politischen Rolle Hu Yaobangs (Rehabilitierung);

-

Annullierung der Bewegungen »gegen geistige Verschmutzung« (1984) und »gegen bürgerliche Liberalisierung« (1987),

- Rehabilitierung aller in diesem Zusammenhang Beschuldigter und Verurteilter;
- Partei- und Staatsführung sowie ihre Familien (Kinder) sollen öffentlich Auskunft über Besitz und Einkünfte geben;
- Zulassung der unabhängigen Zeitungen, Aufhebung der Pressezensur;
- Erhöhung der Staatsausgaben für Bildung, Erhöhung der Einkommen für Intellektuelle;
- Aufhebung der vom Ständigen Ausschuß des Pekinger Volkskongresses verfassungswidrig aufgestellten »zehn Bestimmungen« zur Einschränkung von Demonstrationen;
- korrekte Berichterstattung über die Demokratiebewegung in den Zeitungen der Partei und der Behörden.

In den darauffolgenden Tagen solidarisierten sich immer größere Teile der Pekinger Bevölkerung mit den Forderungen und demonstrierten auf dem Tian'anmen-Platz. Der Gorbatschow-Besuch, erster chinesisch-sowjetischer Gipfel seit 30 Jahren wurde nicht nur in seinem Programmablauf erheblich gestört, er fand auch in den Medien und der Öffentlichkeit nicht die gebührende Beachtung – alle Welt und ganz China interessierten sich mehr für die StudentInnen auf dem Platz des Himmlischen Friedens.

Am 17. Mai kam für die Protestbewegung der Studenten endgültig der Durchbruch zur Massenbewegung: In ganz Peking demonstrierten 3 Millionen Menschen, die die Forderungen der Hungerstreikenden unterstützten, ein Ende der Korruption und Vetternwirtschaft und beschleunigte Demokratisierung forderten. Neben Schülern, Studenten und Intellektuellen nahmen auch Soldaten, Arbeiter, Bauern, Partei- und Regierungskader an der Demonstration teil. Erstmals tauchten Transparente auf, die den Rücktritt Li Pengs und Deng Xiaopings forderten.

Am 20. Mai morgens wurde schließlich das Kriegsrecht über acht Bezirke Pekings verhängt. Hunderttausende Bürger verhinderten an diesem und den darauffolgenden Tagen durch Demonstrationen und Barrikaden ein Vorrücken von Armee-Einheiten in die Innenstadt und damit die Durchsetzung des Kriegsrechts. Hungerstreik und Kundgebungen auf dem Platz des Himmlischen Friedens wurden bis zur Nacht vom 3. auf den 4. Juni fortgesetzt, wenn auch Erschöpfungserscheinungen bemerkbar waren und die Unterstützung durch die Bevölkerung quantitativ etwas nachließ. Die gesamte Staats-, Partei- und Armeeführung hatte sich in dieser Zeit zum internen Machtkampf aus der Öffentlichkeit verabschiedet.

Als Gründe für die Proteste der Studenten und Intellektuellen sind im wesentlichen folgende vier zu nennen:

- Intellektuelle sind materiell unterprivilegiert. Ein Professor verdient weniger als ein Industriearbeiter. Intellektuelle haben weniger Möglichkeiten ihr Gehalt durch Prämien oder Nebenbeschäftigungen aufzubessern.
- Die Intellektuellen fühlen sich entsprechend der chinesischen Tradition berufen, die Geschicke des Landes zu lenken. Sie sind der Meinung, daß sie zu wenig Einfluß in der Politik haben.
- Eine starre und meistens völlig inkompetente Wissenschaftsbürokratie, die dafür aber mit fast totalen Machtbefugnissen ausgestattet ist, macht vielen Wissenschaftlern an Universitäten, Akademien und Instituten Leben und Arbeit schwer.
- Im Rahmen der Öffnungspolitik seit 1978 waren es natürlich die Intellektuellen, die als erste mit einer Vielzahl von ausländischen Ideen und Theorien konfrontiert wurden. Nicht nur Coca-Cola, McDonalds und Micky-Maus sind nach China gekommen, sondern auch Sartre, Freud, Kafka, Popper und die Friedrich Ebert-Stiftung.

Die Vorstellungen von »Freiheit« und »Demokratie« sind bei der Mehrheit der Studenten und Intellektuellen stark westlich-bürgerlich geprägt. Den meisten geht es um eine politische, institutionalisierte Demokratie und vor allem um ein funktionierendes Rechtssystem, das die Rechte des Einzelnen schützen und eine Kontrolle von Partei und Regierung gewährleisten soll. Über die ökonomische Basis einer solchen Konstruktion machen sie sich bisher offenbar wenig Gedanken. Im allgemeinen kann aber festgehalten werden, daß die meisten, obwohl sie z. Zt. selbst besonders stark unter der Inflation leiden, die Wirtschaftsreformen, d.h. die Rekonstruktion des Kapitalismus in immer größeren Teilbereichen der Wirtschaft, unterstützen.

Die Arbeiter und Bauern

Nachdem die öko»mischen Reformen einige Jahre relativ erfolgreich waren und den Lebensstandard fast aller anhoben, folgte zwangsläufig in den letzten Jahren die Krise. Auf dem Lande wurde zuerst die Kollektivierung, dann, ab 1984/85, durch Pachtverträge und Nutzungsrecht-Verkäufe auch die Bodenreform teilweise rückgängig gemacht: Es entstanden neue Grund- bzw. Großgrund-Besitzer. 50 Millionen Menschen, die ihre Existenz auf dem Lande verloren haben, ziehen ziellos umher auf der Suche nach Verdienst- und Lebensmöglichkeiten. In Joint-Venture- oder privaten Unternehmen, vor allem in den ökonomischen Sonderzonen, herrschen teilweise frühkapitalistische Verhältnisse: Kinderarbeit, Arbeitsunfälle durch fehlende Sicherheitsvorkehrungen, keinerlei Entlassungsschutz, Akkord, ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern usw. Hinzu kommt die grassieren de Inflation, die durch lächerliche Lohnerhöhungen nicht aufgefangen wird.

Zusammen mit der weitgehenden Zerschlagung sozialer Einrichtungen wie Kinderhorte, Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern, die entweder zu »ökonomisch rechnenden Einheiten« gemacht wurden, d.h. sich finanziell selbst tragen müssen, oder in entlegeneren Gebieten sogar ganz geschlossen werden, was die Versorgungsleistungen entweder nur schwer erreichbar oder für viele nahezu unerschwinglich macht, bedeutet diese Entwicklung die Verarmung eines großen Teils der Bevölkerung. In einigen Gebieten muß sogar von Verelendung gesprochen werden. Diejenigen, die von den neuen ökonomischen Freiheiten profitieren, sei es auf dem Lande oder in der Stadt, sind häufig Partei- und Verwaltungskader, bzw. deren Familien, die ihre privilegierte Stellung ausnutzen, um billig an Kapital zu kommen, Firmen zu gründen, günstige Pachtverträge abzuschließen und staatlich subventionierte Waren einzukaufen.

Die Unzufriedenheit vieler Arbeiter und Bauern wird noch dadurch verstärkt, daß es auf den Märkten heute ein riesiges Warenangebot gibt, das sich aber ein großer Teil von ihnen nicht leisten kann. Die »Bereichert euch!«-Devise von Deng Xiaoping, die ja mit der Einschränkung verknüpft war, daß eben »einige früher, andere später« reich werden, muß für viele heute wie der blanke Zynismus klingen. So waren es auf den Demonstrationen auch gerade die Arbeiter, die Bilder von Mao Zedong und sogar Mao-Buttons trugen. Viele Betriebe in Peking, darunter das berühmte hauptstädtische Stahl-Kombinat, und in anderen Teilen des Landes, streikten ganz oder teilweise. In einigen Provinzen wurden sogar Fabriken besetzt. In der Provinz Liaoning feuerten Arbeiter kurzerhand die korrupten Direktoren von über 100 Unternehmen.

Neben den organisierten Protesten der Arbeiter gab es allerdings auch erstmals so etwas wie »riots«, die an Argentinien, Kolumbien oder Algerien erinnerten: Am 22. April, dem Tag der offiziellen Trauerfeier für Hu Yaobang, kam es in Xi'an und Changsha zu militanten Protesten von zehntausenden aufgebrachten Menschen, die Autos anzündeten, Barrikaden bauten und Geschäfte plünderten. Hier zeigt sich ein neues Unruhepotential, das mit der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung Chinas, egal welche Parteifraktion die bestimmen sollte, noch wachsen wird: städtische, arbeitslose Jugendliche, umherziehende landlose Bauern sowie pensionierte Arbeiter und Angestellte, die von ihrer Rente nicht leben können. Dieses explosive Gemisch, das sich, regional unterschiedlich, noch durch religiöse und ethnische Widersprüche verschärfen kann, wird sich auch in Zukunft immer wieder entzünden. Anlässe gibt es genug.

Die Fraktionen in der KP Chinas

Die in der bürgerlichen Presse allgemein gemachte Unterteilung in »Reformer« und »Reformgegner« vereinfacht ein sehr komplexes Geflecht persönlicher Beziehungen und politischer Vorstellungen in den Führungsgremien der Partei. Deng Xiaoping ist z.B., was die Ökonomie angeht, eindeutig ein sogar sehr weitgehender Reformer. Politisch war Deng immer ein autoritärer Bürokrat, der nichts so haßte wie Masseninitiative und Basisdemokratie.

Li Peng entstammt, als Adoptivsohn des ehemaligen Ministerpräsidenten Zhou Enlai, schon der bürokratischen Schicht. Seine Karriere ist ein Musterbeispiel für die Privilegierung von »Kader-Kindern«. Li, verantwortlich auch für das chinesische Atomprogramm, kann als kalter Technokrat, versiert in den Methoden modernen Industriemanagements, beschrieben werden. Er ist ein effizienter Vertreter der ökonomischen und politischen Interessen der zunehmend in sich geschlossenen Bürokraten-Schicht, wobei ihn keinerlei ideologische Bindungen behindern.

Der verstorbene Hu Yaobang und der jetzt gestürzte Generalsekretär Zhao Ziyang vertraten – soweit das von außen erkennbar war – sowohl eine noch über Dengs Konzept hinausgehende Liberalisierung der Wirtschaftspolitik, als auch eine Reform des politischen Systems, die vor allem die Intellektuellen befriedigen und soziale Proteste, die zwangsläufig verstärkt entstehen mußten, kanalisieren sollte. Möglicherweise haben sie dabei an eine mit Ungarn vergleichbare Entwicklung gedacht. Daß das die Alleinherrschaft der Partei und die Geschlossenheit der bürokratischen Schicht in ihrer jetzigen Form auf die Dauer gefährden würde, haben Deng und Li frühzeitig erkannt.

Der Fraktionskampf im Mai

Kern dieses Fraktionskampfes war, daß Zhao Ziyang nicht wie Hu Yaobang kampflos aufgab, sondern sich verteidigte. Er war schon im März für die Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht und kritisiert worden. Auch die Studentenproteste richteten sich zu Anfang gegen ihn. Seine von der Stellung des Vaters profitierenden Söhne wurden ihm vorgehalten. Für Zhao war an diesem Punkt klar, daß Deng und Li ihn opfern würden, um die Studenten zu beruhigen. Nach der Devise »Du hast keine Chance, also nutze sie!« ging er zum Gegenangriff über, trat durch betont moderate, die Proteste der Studenten

als patriotisch lobende Äußerungen hervor und versuchte nun, die Spitze der Kritik gegen Li Peng und Deng Xiaoping zu richten.

Durch die öffentliche Äußerung während des Gorbatschow-Besuches, daß es einen ZK-Beschluß gebe, alle wichtigen Entscheidungen erst noch durch Deng Xiaoping, der kein ZK-Mitglied ist, genehmigen zu lassen, gab Zhao praktisch bekannt, daß für die gesamte Politik letztlich Deng verantwortlich ist. Die Bevölkerung Pekings verstand diesen Hinweis genau: Kurz darauf tauchten auch eindeutige Anti-Deng-Parolen auf. Zhao wird wegen dieser Äußerung jetzt Landesverrat vorgeworfen, da der ZK-Beschluß geheim gewesen sei.

Deng Xiaoping, der eine Zeitlang bereit gewesen sein soll, Li Peng zu opfern, wenn ihn das selbst gerettet hätte, mußte diesen Kampf nun gemeinsam mit Li gewinnen oder verlieren. Das Kriegsrecht wurde, gegen die Stimme Zhao Ziyangs, verhängt und konnte nicht durchgesetzt werden. Die 38. Armee, zuständig für den Schutz der Hauptstadt, verweigerte den Befehl, andere Einheiten ließen sich von friedlichen Demonstranten aufhalten, diskutierten und solidarisierten sich. Damit war der Fraktionskampf zu einem Machtkampf auf Leben und Tod geworden. Zhao Ziyang, offenbar noch nicht völlig ausgeschaltet, versuchte als 1. stellvertretender Vorsitzender der Militärkommission seinen Einfluß in der Armee geltend zu machen, um das Schlimmste zu verhindern. Außer von der 8. Armee und von dem Verteidigungsminister Qin Jiwei, der einige Tage offenbar unter Hausarrest stand, wissen wir von keiner Einheit, keinem Militär genau, ob sie sich für Zhao engagierten oder nicht. Zumindest gegen einen Gewalteinsatz der VBA (Volksbefreiungsarmee) sprachen sich aber viele hohe Militärs aus, darunter die letzten beiden der berühmten 10 Marschälle, Nie Rongzhen und Xu Xiangtian. Angeführt vom Ex-Verteididungsminister Zhang Aiping und vom Ex-Generalstabschef Yang Dezhi unterzeichneten sogar 100 hohe Offiziere einen offenen Brief, der die Aufhebung des Kriegsrechts forderte.

Auch Deng, Vorsitzender der Militärkommission, und Yang Shangkun, der »ständige stellvertretende Vorsitzende«, formierten ihre Kräfte. VBA-Einheiten aus allen Teilen des Landes legten sich wie Zwiebelringe um die Hauptstadt. Wenn man bedenkt, daß Peking ansonsten für alle Einheiten außer der 38. Armee absolut tabu ist, bedeutet die Zahl von über 250.000 Soldaten, die etwa am 23. Mai Peking umlagerten, und die sich bis zum 7.Juni auf über 500.000 steigerte, daß dieser Einsatz der Armee unmöglich den Demonstranten auf dem Tian'anmen-Platz allein gelten konnte. In näherer Zukunft wird die Öffentlichkeit sicher nicht erfahren, wie nah China in diesen Tagen einem Bürgerkrieg wirklich war. Immerhin benötigte die Koalition der Hardliner Deng-Li-Yang zwei Wochen von der Verhängung bis zur Durchsetzung des Kriegsrechts. In diesen 14 Tagen mußten durch Kampf und Kompromiß die Voraussetzungen in der Führung geschaffen werden, ein gewaltsames Vorgehen ohne Bruch durchzuhalten. Ein Beispiel für mehr oder weniger freiwillige Kompromisse gab der Parlamentspräsident Wan Li, der auf Reisen in USA und Kanada die Studenten rechtfertigte, dessen Flugzeug auf dem Heimweg aber nach Shanghai umgeleitet wurde. Dort wurde er in einem Krankenhaus »behandelt« und tauchte prompt nach dem Massaker als Unterstützer Dengs auf. Auch der Verteidigungsminister Qin Jiwei wurde plötzlich aus dem Hausarrest entlassen und nach dem Massaker zumindest von der Presse in seiner alten Funktion erwähnt. Sogar der Außenminister Qian Qichen, der immer fest zu den Zhao-Unterstützern gerechnet wurde, reist herum – seine letzten Stationen waren Ekuador, Kuba, DDR – , um für das neue Regime zu werben.

Das Massaker

Einheiten der 27. Armee, kommandiert von einem Sohn Yang Baibings, Politkommissar der VBA und jüngerer Bruder Yang Shangkuns, rückten in der Nacht vom 3. auf den 4. Juni auf den Tian’anmen-Platz vor. Die Truppen, die sich bei dem Überfall auf Vietnam schon »Verdienste« und Erfahrungen erworben hatten, waren – wie aus höchsten Militärkreisen bekannt wurde – mit Aufputschmitteln auf ihren Einsatz vorbereitet worden. Außerdem hatte Li Peng sie' besucht und in einer Rede erklärt, 70 Prozent der Pekinger Bevölkerung seien Konterrevolutionäre.

Ich erspare mir die Beschreibung der Ereignisse, die bekannt sein dürften. Inzwischen liegen zahlreiche Augenzeugenberichte von überlebenden ChinesInnen vor. Die Zahl der Toten liegt zwischen 3.600 und 20.000; die Zahlen beruhen auf Schätzungen der Krankenhäuser, des Roten Kreuzes (inoffiziell), eines ausländischen Arztes, der verschiedene Krankenhäuser in dieser Nacht besuchte und natürlich auf den Augenzeugenberichten.

Das Terrorregime konsolidiert sich inzwischen mit einer Welle von Massenverhaftungen, denen Tausende im ganzen Land zum Opfer fallen. Telefonnummern werden bekanntgegeben, unter denen man Menschen denunzieren kann. Der Massenmord wird schlichtweg geleugnet. »Warum sind die politischen 'Ideale', für die sich unzählige Menschen geopfert haben, zu einer solchen Realität verkommen?«, fragte die Schriftstellerin Zhang Xinxin im »Spiegel«.

Eine erschöpfende Antwort auf diese Frage kann es sicher nicht ohne die umfassende Analyse der Entwicklung des Sozialismus und der kommunistischen Bewegung in China geben . Ein Grund unter vielen aber ist, daß es die KP Chinas nach der Befreiung 1949 nicht geschafft hat, sich selbst konsequent unter die Kontrolle der Massen zu stellen; es nicht geschafft hat, zu begreifen, daß sie sich ihre führende Rolle immer wieder von neuem verdienen mußte, wollte sie ihre historische Legitimation nicht verlieren. Mao Ze Dong hat immer wieder erfolglos versucht, in diese Richtung zu gehen.

Erfolglos war er sicher auch aufgrund eigener Fehler, auch aufgrund der Distanz zum Volk, in die ihn über 30 Jahre bürokratische Macht, an deren Spitze er stand, gebracht hatten.

Und dennoch: Wer, außer vielleicht Mao, wäre fähig gewesen, am 19. Mai dieses Jahres über den eigenen Schatten zu springen, das eigene Lebenswerk radikal in Frage zu stellen, auf den Tien'anmen-Platz zu gehen, sich an die Spitze dieser Bewegung zu stellen und gemeinsam mit ihr das Hauptquartier zu stürmen? Vielleicht ist es eine utopische Vorstellung, aber schon der Versuch wäre ein Beitrag zu einer besseren Realität unserer »Ideale« gewesen.

konkret 07/89, S. 14

Gabi Gottwald

Contra Nicaragua

Die Konservativen fühlen sich an das NS-Regime erinnert. Die Sozialdemokraten fordern lautstark die Freigabe von Entwicklungshilfegeldern, die sie selbst gesperrt haben. Die linke Solidaritätsbewegung sucht ihr Heil in Städtepartnerschaften. Die Beziehungen zwischen der BRD-Gesellschaft und Nicaragua sind zehn Jahre nach der Revolution vielfältig verworren.

»Die Sandinisten haben mit einer Demokratie als Herrschaft auf Zeit nichts im Sinn«, teilt der entwicklungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Prof. W. Pinger, anläßlich des ersten Besuchs des nicaraguanischen Staatspräsidenten Daniel Ortega am 9. Mai in Bonn mit. Der Jurist Pinger, 1932 geboren, katholisch, verheiratet, sechs Kinder, war 1983 das erste mal in Nicaragua und hatte noch am ersten Tag ein Schlüsselerlebnis. Er sah die blau-weiße Staatsfahne neben der schwarz-roten Parteifahne der FSLN wehen und wußte Bescheid: Daran kann er sich noch erinnern – wie bei Hitler. Nicaragua ist ein totalitärer Staat! Wenige Monate später wurde der Vorsitzende des auswärtigen Ausschusses, Dr. Werner Marx, CDU, von extremen Visionen in Nicaragua heimgesucht. Marx, 1924 geboren, katholisch, verheiratet und sechs Kinder, mittlerweile verstorben, litt in Nicaragua unter den ihn quälenden Bildern aus dem Rußlandfeldzug. Der ehemalige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses fühlte erneut die Schmerzen aus den zahlreichen Wunden, die er sich bei der Verteidigung für Volk, Vaterland und Hitler zugezogen hatte. Sein halluzinöser Marsch durch die Schützengräben blieb denn auch nicht folgenlos: Zurück auf demokratischem Boden brachte der visierte CDU-Außenpolitiker in Bonn die Sache auf den Punkt: Nicaragua ist eine Diktatur, die Wahlen sind eine Farce!

Gemüter mit solch einfältiger Schlichtheit trifft mensch allerorten in dieser Republik: in Politik und Wirtschaft, zu Hause und an den Schulen, in Justiz und Verwaltung und, wie sollte es anders sein, auch im Bundeskanzleramt. Sie alle haben ihr Päckchen gelernt: Nationalsozialismus = Totalitarismus = Kommunismus = böse. US-Präsident Reagan hat ihnen das Stichwort geliefert: Nicaragua gehört zum Reich des Bösen! Der Reflex setzte ein. Der gelernte Satz wurde von hinten begonnen: Nicaragua = böse = kommunistisch = totalitär... Den Rest besorgten die Visionen...

Nicht visionär, sondern kalt berechnend, arbeiten Politiker vom Typ Heiner Geißlers. Er setzte als einer der ersten die Begriffe: Linksdiktatur, Willkürherrschaft, Ein-Parteien-Diktatur, totalitär-menschenrechtsverachtendes Regime..., so daß es für seine weniger wortgewandten Parteifreunde wie den ehemaligen und wieder ins Amt gehobenen CSU-Entwicklungshilfeminister Warnke nur ein leichtes ist, das gesammelte Wissen über Nicaragua griffig zusammenzufassen: Die Achse Managua-Havanna-Moskau sei Anlaß für die Einstellung der Entwicklungshilfe.

Die Sozialdemokraten betreiben ihre Nicaraguapolitik insgesamt gesehen weitaus emotionsloser als die Konservativen. Mit dem klaren Blick für das Machbare, das technokratischen Machtpolitikern zu eigen ist, segeln sie stets im Windschatten der US-Diplomatie, schaffen es aber immer wieder, ihren Kurs als Alternative auszugeben. Nachdem sie 1978 Somoza noch kurz vor seinem Sturz einen Zehn-Millionen-Mark Kredit bewilligt und ausbezahlt hatten, nutzten sie nach dessen Sturz die Cartersche Entspannungspolitik, um sich als verläßliche Bündnispartner für beide Seiten aufzubauen: für die Revolution und für den Imperialismus. Sie nennen das kritische Solidarität.

Tatsächlich bestand ihr Beitrag zur heutigen Nicaraguapolitik darin, das Klavier gestimmt zu haben, auf dem die Reaktionäre heute spielen. Es ist ihr Verdienst, den Begriff der drohenden Kubanisierung in Nicaragua geprägt und die Kriterien für eine Unterstützungswürdigkeit der nicaraguanischen Revolution zusammen mit den USA aufgestellt zu haben: Wahrung der Unternehmerfreiheit, Wahrung der politischen Freiheiten der Rechtsopposition und deren Zeitung La Prensa, freie politische Betätigung für den reaktionären katholischen Klerus, baldiger Abzug der kubanischen und DDR-Berater, geringe Aufrüstung...

Ihr materielles Engagement für Nicaragua war nach der Revolution entgegen der offiziellen SPD- Propaganda überaus gering. Analog zu den USA gaben sie Sofort- und humanitäre Hilfe. Langfristige entwicklungspolitische Projekte förderten sie jedoch nie – man hatte seine politischen Zweifel. Bereits 1981 wird auch die Auszahlungen der anderen Gelder gestoppt, trotz bereits gemachter Zusagen. Die Freigabe von 40 Millionen Mark eingefrorener Entwicklungshilfe, die sie heute lauthals fordern, betrifft die Gelder, deren Auszahlung sie selbst verweigert haben.

Was sie nie wollten, die kritischen Freunde der Sandinisten, war der Contra-Krieg. Ihnen schwebte ein anderes Einbindungsmodell in westliche Politik vor: nicht das Militärkonzept von Reagan, sondern das Befriedungskonzept von Carter. Als das Damoklesschwert des Contra-Krieges und einer möglichen US-Invasion über Nicaragua schwebte, erhielten die Sozialdemokraten ihre historische Chance zur Umsetzung ihres realpolitischen Konzepts: Eindämmung des imperialistischen Krieges durch Nachgeben der Sandinisten. Als kritische Freunde beider Seiten waren sie behilflich, den Sandinisten die Daumenschrauben anzupassen und Jahr für Jahr enger zu drehen. Die politischen Anforderungen wurden aus den USA formuliert, von wo aus ja auch die Contra-Gelder flossen, den Rest besorgten die Sozialdemokraten: Zunächst mußte die innenpolitische Klientel des Imperialismus legalisiert und hofiert werden, damit sie von außen mit Mark und

Dollars finanziert werden und anschließend an Wahlen teilnehmen konnte, die als zur Herstellung demokratischer Verhältnisse unverzichtbar bezeichnet wurden. Der Trick war erfolgreich. Auf Anweisung der USA boykottierte die Opposition die Wahlen, damit ihnen die internationale Anerkennung versagt blieb. Die Sandinisten hatten somit durch die Abhaltung der Wahlen gegenüber dem Imperialismus nichts gewonnen, die Opposition hatte aber ihr erstes Ziel erreicht: sie war existent, sichtbar, wurde von außen gepäppelt und zum imperialistischen Stützpunkt im Land aufgebaut. Wenngleich diese Opposition so wenig mit Demokratie im Sinn hat, wie ein Schwein mit Fallschirmspringen, galt sie fortan als Garant für Demokratie, Pluralismus, Freiheit pipapo .

Der zweite große Beweis sozialdemokratischer Freundschaft war die aktive Beteiligung der SPD bei der Herstellung des Dialogs zwischen Contra und sandinistischer Regierung. Auch hier konnten Erfolge erzielt werden: Die langjährige Forderung der US-Regierung, ihre Mörderbanden als eigenständige Gesprächspartner zu akzeptieren, wurde durchgesetzt, die langjährige Zusammenarbeit zwischen der illegalen Opposition im Land und der Contra quasi legalisiert. Die ehemaligen Somozaschergen konnten sich als politischer Faktor etablieren. Und nicht zu vergessen: zahlreiche Nationalgardisten wurden, zur großen Freude der SPD, aus dem Gefängnis entlassen.

Die Sandinisten haben durch diese Freundschaftsdienste auch etwas gewonnen: der Contra-Krieg konnte zwar nicht beendet, aber immerhin eingedämmt werden. Die CIA- Söldnerbanden erhalten nur noch humanitäre Hilfe von der US-Regierung, morden weniger und sind mittlerweile untereinander heillos zerstritten.

199o steht die Wiederholung der 1984 geführten Auseinandersetzung um die Wahlen an – allerdings unter erschwerten Bedingungen. Die wirtschaftliche Lage im Land ist ungleich schlechter als damals, dafür sind die Forderungen an die Sandinisten von außen höher. Daß sich Nicaragua nach wie vor im Krieg befindet wird geleugnet, wird also nicht mehr in Rechnung gestellt. Stattdessen wird in den westlichen Regierungszentralen diskutiert, ob die Contra – oder Teile von ihr – an den Wahlen teilnehmen soll. Man möchte sie auch als Bestandteil der Innenpolitik etablieren. Ziel der laufenden Kampagne ist es, bereits vor den Wahlen möglichst viel für die Opposition herauszuholen, wobei genau wie 1984 unklar ist, ob das rechte Lager überhaupt an den Wahlen teilnehmen wird. Bei einem erneuten Boykott werden die Wahlen nicht als Schritt zur Demokratisierung anerkannt. Den Sandinisten wird weiterhin vorgeworfen werden, daß sie ihre Regierungsmacht nicht zur Disposition stellen, weil sie stets die Stimmenmehrheit haben – Nicaragua folglich eine Diktatur sein muß.

Die Konservativen haben die sozialdemokratische Politikvorlage aufgegriffen, den antikommunistischen Ansatz veredelt und in Reinform gegossen, um ihn dann zur außenpolitischen Doktrin zu erheben. Im Unterschied zum technokratischen Ansatz haben sie die Debatte zusätzlich ideologisiert, mit Emotionen besetzt und Nicaragua zum Haßobjekt bundesdeutscher Außenpolitik stilisiert.

Die deutschen Imperialisten sind stets den politischen Vorgaben der US-Regierung in Mittelamerika gefolgt. Die Reaktionäre unter ihnen absolvieren damit jedoch mehr als Bündnistreue und Westintegration Nicaraguas. Sie bekämpfen die Sandinisten mit Leidenschaft und jeder fühlt sich bewogen, in die Hetztiraden miteinzufallen – ganz gleich, ob Hinterbänklertölpel für Verkehrsfragen in der CDU/CSU-Fraktion oder

Lokalfuzzi der CDU in Ostfriesland. Viele der Hetzer sind zweifelsohne dumm, aber nicht nur das. Sie sind bösartig, denn sie wollen erniedrigen, demütigen, brechen, unterwerfen.

Und die Solidaritätsbewegung- und bewegten? Wir haben zehn Jahre lang gegen diesen Müll und Haß argumentiert, diskutiert, erläutert, Beweise gesammelt, richtig gestellt, dementiert – akribisch, geduldig und genau. Wir haben zehn Jahre lang Geld gesammelt, Projekte gemacht, Initiativen gegründet, Bündnisse geschmiedet. In zehn Jahren Solidarität mit Nicaragua sind eine Fülle von Initiativen und Aktivitäten entstanden in allen möglichen gesellschaftlichen Bereichen, wie es mit kaum einem anderen Land der sogenannten Dritten Welt der Fall ist. Quantitativ sind wir sehr erfolgreich gewesen, denn das Engagement zielte vordringlich in die Breite.

Viele unserer Fragen, die die Qualität der Entwicklung in Nicaragua behandeln, haben wir offen gelassen: die theoretische Diskussion über die objektiven Möglichkeiten einer sozialen und politischen Revolution in einem Land der sogenannten Dritten Welt, das zudem vom US-Imperialismus zu seinem unmittelbaren Einzugsbereich erklärt wird; die Frage nach den Möglichkeiten direkter Partizipation generell und besonders in Kriegszeiten. Welchen Spielraum haben andere ökonomische Modelle und worin liegt die Crux einer gemischten Wirtschaft? Kann Nicaragua sich leisten, blockfrei zu sein? Hat es in Nicaragua überhaupt eine Revolution gegeben? Die ersten Einbrüche hatten wir folglich in den eigenen Reihen.

Viele haben sich irgendwo verloren zwischen Nähereikooperative in Esteli und Kindergarten an der Atlantikküste. Manche wähnten paradiesische Verhältnisse in Nicaragua und waren schockiert, als die ersten Meldungen über Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Miskitoindianern publik wurden. Andere glaubten an den wahren Sozialismus in Nicaragua und zogen sich zurück, nachdem streikende Gewerkschafter verhaftet wurden und sich herausstellte, daß auch

dort die Wirtschaftskrise am meisten die Armen traf. Einige haben die Realität nicht ertragen und kapitulierten deswegen, andere distanzierten sich bewußt – von links.

Trotz gesellschaftlicher Breite und Bündnispolitik haben wir dennoch eins nicht erreicht: die Aktivitäten der Solidaritätsbewegung hatten keinerlei Einfluß auf die offizielle Regierungspolitik. Nach fast siebenjährigem Bemühen, die Boykottpolitik der Bundesregierung gegen Nicaragua ändern zu wollen, müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß die Bonner Regierenden sich als resistent gegenüber jederlei Initiative in diese Richtung erwiesen haben – und es auch weiterhin sein werden. Ihre Nicaraguapolitik folgt der imperialistischen Vorgabe aus den USA. Veränderungen wird es nur im Rahmen einer Gesamtkonzeption für Mittelamerika geben, die mit den USA abgestimmt wird. Dieses Feld der Politik entzieht sich völlig unserem Zugriff, weswegen wir hier weder bündnisbereit, verständnisvoll noch konzessionsfähig sein können.

Unsere Forderungen bleiben bestehen, aber verzichten können wir auf Debatten mit den Hetzern und kalten Kriegern. Es macht keinen Sinn, mit Heiner Geißler und seinen Parteifreunden über Nicaragua zu reden. Viele Solidaritätsbewegte haben sich über die versuchte Diskussion mit Konservativen in die Defensive treiben lassen, indem sie stets Vorwürfe gegen Nicaragua entkräfteten, weil der Sachverhalt falsch war – die der Kritik zugrundeliegende rechte Ideologie und deren Wertung blieben bei der Widerlegung der Behauptungen oft unangegriffen. Es stimmt, keine kommunistische Regierung,

aber was wäre, wenn? In Nicaragua gibt es Privatbesitz und kapitalistische Wirtschaftsbereiche, aber was wäre, wenn nicht? Die Schließung reaktionärer Medien ist wenig pluralistisch und taktisch vielleicht ungeschickt, aber müssen wir uns für die Freiheit der Rechtsopposition einsetzen? Müssen wir, wenn wir über Demokratie in Nicaragua reden, als Beweis eine Liste von contraverbündeten Parteien aufzählen, die an Wahlen teilnehmen dürfen? Die Angriffe von rechts sind falsch, aber trotzdem erfolgreich. Sie werden in den Köpfen etlicher Solidaritätsbewegter stets mitgedacht und bestimmen so deren Politik mit.

Projektorientierte Bündnispolitik, die ein konkretes Ziel vor Augen hat und dies auch oft erreicht, findet im Bereich der Städtepartnerschaftsinitiativen statt. Auf kommunaler Ebene können offizielle Beziehungen zu Nicaragua aufgebaut werden, die ein Gegenmodell im Kleinen zur Politik der Bundesregierung darstellen können. Durchgesetzt werden können Städtepartnerschaften nur mit der SPD, was in der Praxis weniger einfach ist, als sozialdemokratische Propaganda vermuten ließe. Viele Solidaritätsgruppen arbeiten deshalb hart daran, die SPD zur Umsetzung ihrer eigenen Politik zu bewegen. Konsequenterweise bedienen sie sich dafür sozialdemokratischer Argumentationsmuster: »Gerade der ermutigende gegenwärtige Befriedungsprozeß in Nicaragua... ist auch eine Herausforderung für all

diejenigen Kräfte in der Welt, die einen friedlichen Aufbau Nicaraguas unterstützen wollen«. Der Satz aus dem Schreiben der Nicaraguagruppe an den sozialdemokratischen Bürgermeister der Stadt ist nicht nur inhaltlich Unfug, sondern auch schleimigste Anbiederei. Aber es kommt noch härter, denn die Nicaraguagruppe »sieht in der Vereinbarung von Sapoa zwischen der Regierung Nicaraguas und den Contra eine politische Vorleistung der Sandinisten, um... auch die kleinste Chance zur Beendigung des Krieges nicht ungenutzt passieren zu lassen... Die Regierung Nicaraguas hat alles dafür getan, um den Wortlaut und Geist des Abkommens (von Esquipulas. G.G.) vollständig zu erfüllen. Um diesen Weg zu bestärken sollten... deutliche Signale der Unterstützung kommen.« Die Frage, wer hier auf wessen Kurs eingeschwenkt ist, stellt sich nicht mehr.

Was diese Solidaritätsgruppe bewogen hat, die Zwangsverhältnisse, denen sich die Sandinisten beugen mußten, inclusive des Dialogs mit der Contra als richtungweisende Politik zu lobpreisen bleibt offen. Bündnispolitik ist jedenfalls nicht die Übernahme der Position des Bündnispartners, sondern der Versuch die eigene Position durchzusetzen. Dabei muß klar sein, daß die Solidaritätsbewegung in der BRD nicht den gleichen Zwängen unterliegt, wie die Sandinisten, folglich auch nicht die erpreßten Konzessionen zur Grundlage ihrer Arbeit machen darf.

Politische Solidarität mit dem revolutionären Nicaragua kann viele Gesichter haben. Von ihrem Wesen her ist sie immer antiimperialistisch. Die Solidaritätsbewegung ist ein innenpolitischer Faktor in der BRD und muß von da aus ihre politische Strategie definieren, notwendigerweise als antiimperialistische Bewegung, die den Gegner im eigenen Land bekämpft. Eine solche Politik ist prozeßorientiert und auf die strukturelle Veränderung der Verhältnisse in den imperialistischen Zentren ausgerichtet. Projektarbeit kann diese Politik begleiten, sie jedoch nicht ersetzen. Das Problem großer Teile der Solidaritätsbewegung ist jedoch, daß Projektarbeit zum Politikersatz geworden ist und das Leisten materieller Hilfe fälschlicherweise mit antiimperialistischer Politik verwechselt wird. Besonders gravierend wird das, wenn zur Durchsetzung von Projekthilfen auf politische Solidarität verzichtet und die eigene politische Position geräumt wird.

Die konservativen Hetzer und sozialdemokratischen Integrationisten haben ihre politischen Strategien entwickelt und werden uns damit auch weiterhin konfrontieren. Ob wir jedoch beim jetzigen politischen Zustand der Bewegung in den kommenden zehn Jahren widerstandswillig und -fähig sein werden, ist dagegen offen und erscheint eher ungewiß.

konkret 07/89, S. 17

Oliver Tolmein

Schweinejustiz

»Strobl bald frei?

Die unerwartete Milde des Gerichts hat vielleicht auch etwas damit zu tun, daß der vorsitzende Richter Arend ein Aussteiger ist: dies ist sein letzter 'Terroristen'-Prozeß. Arend scheint der Rolle eines Erfüllungsgehilfen der Staatsgewalt müde zu sein und zieht sich in die zivile Gerichtsbarkeit zurück (Bürger gegen Bürger statt Staat gegen Bürger). Aber vor allem hat die unerwartet liberale Haltung des Gerichts wohl etwas mit dem ungewöhnlichen Interesse von Presse und Öffentlichkeit an diesem Prozeß gegen die Ex-Emma-Redakteurin zu tun.«

EMMA 6/86, wenige Tage vor dem Urteil.

Aussteiger Arend, der demnächst statt Erfüllungsgehilfe der Staatsgewalt, Sachwalter der das Leben hierzulande prägenden Eigentumsordnung und Kapitalverhältnisse sein wird, der künftig beispielsweise den zivilrechtlichen »Schaden«, der Eltern aus der Geburt eines ungeplant behindert geborenen Kindes erwächst, beurteilen darf, ist ein flexibler Jurist. Auf das ungewöhnlich große Interesse von Presse und Öffentlichkeit am Prozeß gegen Ingrid Strobl hat er, in den Grenzen des ihm Möglichen, geschickt reagiert. PolizeizeugInnen wurden hart rangenommen, die Bundesanwaltschaft mußte manchen Tadel einstecken, Ingrid Strobl durften Blumen auf die Anklagebank gestellt und es durfte gelacht werden im Gerichtssaal. Niemand mußte bei Erscheinen des hohen Gerichts starre Rituale über sich ergehen lassen, und auch daß bei jeder neuen Vereidigung die Flucht der ZuhörerInnen in die Zigarettenpause einsetzte, nahmen die Oberlandesrichter gelassen hin. Sicher: Arend brüllte die Verteidigerin Lunnebach mal an, drohte immer wieder mal mit Ordnungshaft – dem vergleichsweise entspannten Prozeßklima tat das keinen Abbruch. Dem Ansehen des Gerichts bei den Leuten, auf die es ihm ankam, den kritischen Geistern, der liberalen Öffentlichkeit, all denen, die nicht zu den notorischen Staatsfeinden zählen, nutzte es offensichtlich. Politische Justiz, ja sicher, aber es urteilen letzten Endes doch Menschen wie du und ich...

Klaus Arend ist ein Richter mit dem Blick fürs Wesentliche: er wollte in diesem Prozeß nicht den starken Staat und sein Repressionsarsenal vorführen, sondern Ingrid Strobl verurteilen. Die negative Bilanz von Bundesanwaltschaft und Staatsschutz durfte nicht nach unten fortgeschrieben werden – und mit Ingrid Strobl hatte man eine Angeklagte in die Staatsgewalt gebracht, der, wenn schon nichts eindeutig zu beweisen war, »die Themen der Anschläge der RZ auf den Leib geschrieben sind« (Arend). Wenn es gelingen würde sie für Jahre in den Knast zu schicken und gleichzeitig den Schein eines fairen Verfahrens so weit wie möglich zu wahren – um so besser.

Klaus Arend war in diesem Sinne erfolgreich und er hat wahrscheinlich Glück. Er wird sich für das Urteil gegen Ingrid Strobl so wenig verantworten müssen, wie für seine Zwangsernährungsverfügung im Hungerstreik, seine Urteile gegen die Duisburger Angeklagten, gegen die wegen angeblichen Verkaufs der »radikal« bestraften Buchhändler oder die Beiordnung von Zwangsverteidigern im laufenden Verfahren gegen die seit Monaten wegen angeblichen Verstoßes gegen den § 129a inhaftierten kurdischen Angeklagten. Jedes dieser Urteile ist in der bürgerlichen Öffentlichkeit, wenn überhaupt, als Einzelfall wahrgenommen worden – meistens sogar ohne Empörung, weil es nur selten gelungen ist, eine Anklage öffentlich so präzise auseinanderzunehmen wie die gegen Ingrid Strobl erhobene. Der Blick der Öffentlichkeit dringt nicht sehr tief und ihr Gedächtnis ist kurz. Die im Zusammenhang mit dem Strobl-Urteil bei vielen vielleicht kurz aufgeflackerte Erkenntnis, daß die Grundlage dieses Rechtsstaates seine Schweinejustiz ist, wird von einem aktuellen Gefühl der Ohnmacht und der tags darauf Neues anschwemmenden Informationsflut schnell weggespült. Schon heute, bei Erscheinen dieses Heftes, ist der Strobl-Prozeß sowenig ein über die engen Szene-Kreise hinaus bedeutsames Thema wie der Hungerstreik der politischen Gefangenen Tage nach dem Abbruch.

Dabei ging es im Strobl-Prozeß, ebenso wie im Hungerstreik, um zwei für das Selbstverständnis der bürgerlichen Demokratien zentralen Themen: zum einen um die für die Frage der Rechtsstaatlichkeit entscheidende Unabhängigkeit der Justiz und zum anderen um die Einhaltung der Menschenrechte. Die Bedeutung des Strobl-Prozesses und des Hungerstreiks war, für diese Fragen bis weit ins bürgerliche Lager hinein, anerkannt. Das Vorgehen des Staatsapparats gegen Ingrid Strobl und die Haftbedingungen der Gefangenen wurde von VertreterInnen der Kirchen, SozialdemokratInnen, GewerkschafterInnen, JournalistInnen, ÄrztInnen und JuristInnen scharf kritisiert und als unvereinbar mit rechtsstaatlichen Grundsätzen dargestellt. Der Herrschaftsapparat hat diesen Protest weitgehend ignoriert. Politische Justiz und Staatsschutz sehen sich in der konservativ-liberal regierten BRD nicht unter Legitimationsdruck. Die Lethargie, mit der die Staatsbürger diese von ihnen selbst als Verstoß gegen die eigenen Grundlagen gesehene politische Justiz und die Menschenrechtsverletzungen in den Knästen hinnehmen, ist ein Indikator für den bedrohlichen Entwicklungsstand des politischen Systems in der BRD. Sie ist auch ein Faktor, mit dem der nicht einmal nur im Geheimen zusammenarbeitende Staatsschutzapparat von Exekutive und Jurisprudenz rechnen kann.

Wenn die Bereitschaft und Fähigkeit der demokratischen Öffentlichkeit, sich für grundlegende Bürgerrechte zu engagieren, so verkümmert ist wie in diesen Wochen, stehen freudlose Zeiten für die Linke ins Haus. Soll sich unsere Militanz nicht in der Freude über die gelungene Sprengung der einen oder anderen Mauer erschöpfen, sondern zum Ziel haben, irgendwann in ferner Zukunft einmal die gesellschaftlichen Verhältnisse hier zu beschädigen, bleibt uns nichts übrig, als aus der Lethargie und dem Bewußtseinsstand der Öffentlichkeit Konsequenzen zu ziehen. Verstehen wir Militanz als größtmögliche Anstrengung das Bewußtsein der Leute zu verändern, führt keine Methode daran vorbei, die Menschenrechte solange buchstabieren zu helfen, bis die Fähigkeiten und das Interesse von erheblich mehr Menschen hierzulande wenigstens theoretisch vorhanden sind, um das darüberhinausweisende Wort »revolutionär« entziffern und dahinter einen Sinn erkennen zu können.

konkret 07/89, S. 18

Günter Amendt

Drogenfront

300 Milliarden Dollar setzt das Drogenkapital jährlich um; jedes zehnte Neugeborene in den USA ist drogengeschädigt: zwei Meldungen über den »Charakter der Epoche«. Ist das »Drogenproblem« lösbar? Oder markiert schon das Wort eine Lüge?

Alle Welt amüsiert sich über die vergeblichen Versuche des US-amerikanischen Präsidenten Bush, seine Hausordnung im panamesischen Hinterhof durchzusetzen und Militärmachthaber Noriega ins Exil auszuquartieren. Alle Welt ist aber auch entsetzt und empört über die Brutalität von Noriegas Schlägerbanden in Zivil wie in Uniform.

Und alle Welt weiß heute, was sie schon lange hätte wissen können: daß Ex-ClA-Chef Bush und Ex-CIA-Agent Noriega Geschäftsbeziehungen unterhielten, die auf beiden Seiten beachtliche kriminelle Energien freisetzten. Über Noriegas Verwicklung in den lateinamerikanischen Drogenhandel konnte man schon lange vor dem aktuellen Konflikt hören und lesen – in US-amerikanischen Medien.

Das alles ist also eigentlich nichts Neues. Es illustriert aber einen spezifischen Aspekt US-amerikanischer Drogenpolitik: Drogen waren immer mehr als nur Rauschmittel, die das Land im Innern, die Gesundheit der Bevölkerung und die Sicherheit bedrohten. Drogen waren immer auch ein Mittel der US-Außenpolitik – bis hin zur Rechtfertigung militärischer Intervention. Das hat Tradition und wurde zuletzt praktiziert in Bolivien, wo im Juli 1986 eine Brigade schwerbewaffneter US-Soldaten in Begleitung von 16 Agenten der US-Drogenbehörde DEA einfiel, um eine Einschüchterungs- und Imponiershow abzuziehen, die allerdings den Produktions- und Verteilungsablauf von Kokain kaum tangierte.

Anschuldigungen gegen ein Land, in den Drogenhandel verwickelt zu sein, werden wohl dosiert nach den jeweiligen außenpolitischen Erfordernissen vom State Department in die Öffentlichkeit lanciert und mit Sanktionsdrohungen verbunden. Erst jetzt, wo eine wichtige Etappe bei der Verwirklichung des Panama-Kanal-Vertrages auf der Tagesordnung steht, erst jetzt, wo die Kontrolle des Kanales von den USA auf Panama übergehen soll, beginnt das Kesseltreiben gegen einen früheren Günstling der US-Herren. Hier wird nicht der Drogenhändler Noriega gejagt, das Halali gilt dem Repräsentanten Panamas.

Doch das Drogenargument als Erpressungsinstrument zieht, es gewinnt in der öffentlichen Diskussion immer mehr an Bedeutung und könnte – das ist schon jetzt erkennbar – als Rechtfertigung für politische Übergriffe und militärische Eingriffe dem Antikommunismus einmal den Rang ablaufen. Doch noch ist unschlagbar als Rechtfertigungsgrund für militärische Abenteuer die Kombination von Subversionsverdacht, Kommunismusvorwurf und der Anschuldigung, im Drogenhandel aktiv zu sein.

Cuba und Nicaragua sind Opfer solcher Desinformationskampagnen. Im Falle Nicaraguas handelt es sich darüber hinaus um ein klassisches Ablenkungsmanöver, denn während die US-Regierung unfähig war, Beweise für ihre Anschuldigungen gegen Nicaragua zu liefern, ist die Verwicklung der Contra-Banden in den lateinamerikanischen Drogenhandel unbestreitbar und ausführlich dokumentiert – in den USA selbst. Und wieder fällt der Name von US-Präsident Georg Bush. Er war und er ist Protektor der auch Kokadollar-finanzierten Contra-Banden, die Nicaragua noch immer unter einen mörderischen Druck setzen.

Seit Anfang dieses Jahres wird auch der Präsident Costa-Ricas, Oscar Arias, von den USA beschuldigt, seinen Präsidentschaftswahlkampf mit Geldern aus dem Drogenhandel finanziert zu haben. Ich kann zu diesen Beschuldigungen nichts Beweiskräftiges sagen. Ich weiß nur aus US-Veröffentlichungen, daß mit Kokain beladene Kleinflugzeuge auf ihrem Weg von Columbien nach Californien, Texas und Florida auf Pisten in Costa-Rica zwischengelandet sind, um aufzutanken bzw. umzuladen; gebaut, gewartet und kontrolliert wurden diese Flugpisten von CIA-Personal. In Costa-Rica soll auch Marihuana angebaut werden. Wo nicht in Zentral- oder Lateinamerika? Auch als Bankenplatz hat Costa-Rica einen Namen, vielleicht wird das kleine Land deshalb die Schweiz Zentralamerikas genannt.

Man mag von Oscar Arias halten, was man will – er personifiziert den Selbstbehauptungswillen der zentralamerikanischen Völker, um nicht zu sagen der Völker Lateinamerikas. Seine politische Initiative hat der Reagan-Administration und damit dem US-Imperialismus eine schwere Niederlage zugefügt. Was wohl die meisten von uns befürchtet hatten, ist Reagan auch in zwei Amtszeiten nicht gelungen: Nicaragua niederzuringen und die alte Oligarchie wieder an die Macht zu bringen. Diese Niederlage ist untrennbar geknüpft an den Namen Oscar Arias, der im Bündnis mit anderen zentralamerikanischen Staaten, darunter traditionell engen »Freunden« der USA, einen eigenen zentralamerikanischen Weg zum Frieden zu suchen begann.

Die US-Regierung aber will auch in Zukunft in Lateinamerika militärisch intervenieren. Bush hat bereits angekündigt, er werde demnächst in gleich mehreren lateinamerikanischen Staaten militärisch gegen Kokabauern und Laborbetreiber vorgehen. Doch der politische und moralische Preis für derartige Interventionen wurde durch die Arias-Initiative erhöht. Deshalb ist er jetzt dran. Belastet wurde er von einem gewissen Jorge Morales, den der »Spiegel« so beschreibt: »Der

Kubaner (gemeint ist der Exil-Cubaner Jorge Morales), einer der größten US-Drogenhändler mit Beziehungen zum State-Department und zur CIA, gestand vor einem Washingtoner Untersuchungsausschuß, er habe einer Partei in Costa-Rica Drogendollar für den Präsidentschaftswahlkampf 1986 überwiesen.«

Ein Großdealer und CIA-Mitarbeiter als Belastungszeuge – besonders propagandawirksam ist diese Konstellation nicht gerade. Und doch lief schon exakt nach diesem Muster die Kampagne gegen Cuba vier Jahre zuvor. Auch da traten Exil-cubanische Drogenhändler vor einem US-amerikanischen Untersuchungsausschuß als Kronzeugen gegen Cuba auf, mit – aber das nur am Rande – lächerlichen Beweisen, die selbst in den US-Medien nicht akzeptiert wurden.

Der »Krieg gegen Drogen« – ich bediene mich hier der US-amerikanischen Sprachregelung – war immer auch ein Propagandakrieg mit vielen Nebenschauplätzen. Da will ich mich nicht verlieren. All diese Geschichten über Undercover-Agenten, Drogenkuriere und Korruptionsaffären, die ganze Mafia- und Geheimdienstfolklore lenkt vom Kern des Problems ab.

Kontinuierlich ist im Verlauf der 70er und 80er Jahre die politische und ökonomische Bedeutung des Drogenhandels gewachsen. Von den Ernteerwartungen und Marktchancen der landwirtschaftlichen Ausgangsprodukte hängt das Überleben ganzer Regionen in der sogenannten Dritten Welt ab – aber auch das Maß des Wohlstandes einiger US-Agrarstaaten, in denen Marihuana angebaut wird.

Vom Erfolg der weltweiten Drogen-, Dollar-, Waffentransaktionen hängen Staatshaushalte ab, werden Zahlungsbilanzen und die Entwicklung von Währungen beeinflußt, vom Drogenkapital werden Armeen ausgehalten und Verwaltungen korrumpiert, das Drogenkapital finanziert Wahlkämpfe, setzt Regierungen ein und wieder ab. Weltweit steigt die Zahl der Drogenabhängigen. Überall, wo Drogen im Umlauf sind, nehmen die einschlägigen Delikte zu, steigt die Folgekriminalität, schnellt die Kriminalstatistik hoch und weitet die Grauzone zwischen legaler und illegaler Wirtschaftstätigkeit sich immer mehr aus.

Droge Nummer eins, weltweit mit steigender Tendenz insbesondere in den Ländern der sogenannten Dritten Welt, ist die Droge Alkohol. Ökonomisch nicht weniger bedeutend und sozial nicht weniger gefährlich sind die Drogen der Pharmaindustrie. Erst dann kommen in der Rangfolge jene Drogen, die gewöhnlich gemeint sind, wenn von Drogen die Rede ist: Opiate, Kokain, Marihuana, Trips bzw. Designer-Drogen, Produkte also, die wegen der Illegalität ihres Anbaus, Vertriebs und Konsums unsere besondere Aufmerksamkeit erwecken.

Was wir heute wissen über die Mechanismen des internationalen Drogenhandels, über legale und illegale Drogen reicht aus, um eine Bilanz frei von Wunschdenken und falschen Versprechungen zu ziehen: Es ist ein Punkt erreicht, der uns wenigstens in der Analyse des Problems zur Nüchternheit zwingt. Dabei sollten wir uns abgewöhnen, von Drogenproblemen zu sprechen, denn wer von Problemen redet, verspricht sich und anderen immer auch Lösungen. Das Drogen*problem* aber ist unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen nicht lösbar, seine Folgen werden uns und zukünftige Generationen beschäftigen wie die Folgen der Atomtechnologie oder der Gentechnologie. Mit anderen Worten: Wir müssen uns mit einer Entwicklung auseinandersetzen, die nicht mehr umkehrbar ist.

Ich habe mich jahrelang bewußt und in der Absicht gegenzusteuern vorwiegend mit den politischen und ökonomischen Ursachen und Folgen des sogenannten Drogenproblems beschäftigt. Die Psychologisierung und Mystifizierung der Drogen rechtfertigte diese Einseitigkeit. Es ist an der Zeit, beides in unseren Überlegungen wieder zusammenzubringen: die Angebots- mit der Nachfrageseite, Produktion und Konsum, Suchtstoffe und Süchtige.

Ich habe kein geschlossenes Erklärungssystem. Einer allein kann so etwas nicht leisten. Verstehen Sie, was ich hier sage, als Überlegungen, Assoziationen, Erkenntnisfetzen, als Überspitzung, meinetwegen auch als Dramatisierung, als Anregung, wenn Sie so wollen, zu »neuem Denken« auch in der Drogenfrage.

Jahrelang habe ich, rein politisch und ökonomisch argumentierend. vielleicht auch unbewußt doch noch in der Illusion befangen, das *Problem* sei lösbar, den Einsatz von Methadon abgelehnt: Man kann Drogen nicht mit Drogen bekämpfen. Wer Methadon propagiert, arbeitet der Pharmaindustrie zu. So, grob vereinfacht, meine Argumentation. Sie stimmt auch heute noch und ist trotzdem falsch. Sie ist falsch, weil sie einseitig ist und die betroffenen Individuen nicht ausreichend einbezieht.

Doch dahin bin ich erst gekommen, konnte ich erst kommen, nachdem ich das Ausmaß des »Problems«, seine ökonomischen und politischen Dimensionen und seine Vielschichtigkeit wirklich verstanden hatte. Heute trete ich ein für die Vergabe von Methadon, wenn ein Fixer oder eine Fixerin danach verlangt. Ich argumentiere ausschließlich vom Standpunkt der Heroinabhängigen. Es ist ethisch nicht vertretbar, Heroinabhängigen, die das letzte und schwächste Glied einer Handelskette sind, die weltweit jährlich 300 Milliarden Dollar umsetzt, ein Therapeutikum, das ihre Lage erleichtert – ich spreche nicht einmal von Heilung – zu verweigern.

Ich argumentiere nicht vom Standpunkt des Staates, der Methadon einsetzt, um Aids-Prophylaxe oder Kriminalitätsvorbeugung zu betreiben. Auf diesen Argumentationsunterschied lege ich Wert, denn kein Staat, keine

Gesellschaft ist legitimiert, soziale Probleme und gesellschaftliche Konflikte mit Hilfe von Drogen zu lösen. Das wäre eine Horrorvision.

Ich kann die Einwände von Methadongegnern nachvollziehen. Trotzdem ist ihnen entgegenzuhalten, daß ein Grundsatzstreit über den richtigen Weg der Drogentherapie nicht auf dem Rücken von Kranken ausgetragen werden darf, auch wenn man in der Konsequenz damit der Pharmaindustrie zuarbeitet. Mit diesem Widerspruch müssen wir leben. Auch ein Fixer hat nur ein Leben. Es gibt keine sauberen Lösungen in einem schmutzigen Geschäft. Der sicherlich ehrenwerte Anspruch, ein Therapiekonzept durchzusetzen, das auf völlige Drogenfreiheit hinausläuft, also die »Resozialisierung« in eine drogenfreie Gesellschaft, ist eine absurde Verkennung der Realität. Drogenfreie Gesellschaft – wo eigentlich leben diese Träumer der Enthaltsamkeit? Nie zuvor in der Menschheitsgeschichte, soweit wir sie überblicken, waren mehr Drogen im Umlauf, nie zuvor gab es ein breiteres Angebot an psychoaktiven, rauscherzeugenden Stoffen: jedem nach seinen Wünschen, jeder nach ihren Bedürfnissen.

Ganz offensichtlich gibt es ein universelles Bedürfnis, sich in bestimmten Situationen alleine oder in Gesellschaft in einen künstlich erzeugten Stimmungszustand zu versetzen. »Es ist eine Forderung der Natur«, schreibt Goethe in seinem Maximen und Reflexionen, »daß der Mensch mitunter betäubt werde ohne zu schlafen, daher der Genuß im Tabakrauchen, Branntweintrinken, Opiaten.« Kenntnisreicher als Goethe erwies sich Friedrich Engels, der in einem Aufsatz die dramatischen Veränderungen der Trinkgewohnheiten mit dem Aufkommen der Branntweindestillation beschrieb. Vielleicht lag da der »Sündenfall«. Mit der Branntweinherstellung, mit der Schnapsbrennerei und der industriellen Herstellung von hochprozentigen Alkoholika vollzog sich ein qualitativer Sprung. Die neue Technologie der Alkoholproduktion, die aus den pflanzlichen Ausgangsprodukten mehr herausholt als der Gärungsprozeß hergibt, hat das Suchtpotential von Alkoholika drastisch erhöht. Das gilt auch für die Umwandlung von Opium in Heroin bzw. Koka in Kokain.

Mit den hochprozentigen Alkoholika veränderte sich nicht nur der Verlauf von Rausch- und Betäubungszuständen, die beginnende Industrialisierung hob auch immer mehr die Trennung von Rauschzustand und Normalzustand auf. Das Freizeitvergnügen Goethes sickerte immer mehr in den Arbeitsalltag ein. In vielen Industrien wurden Alkoholika sogar als Lohnersatz bzw. Lohnergänzung von der Kapitalseite verabreicht. Mit der Entwicklung eines Drogenmarktes und der Etablierung von Rauschmitteln als Konsumgüter verlagerte sich die Beschaffungsaktivität ausschließlich auf die lohnabhängigen Konsumenten.

Es gibt ein Angebot, es gibt eine Nachfrage, also gibt es einen Markt. Weil das am Markt angebotene Produkt – die Droge – illegal ist, versucht der Staat, unter Einsatz seiner Repressionsmittel in diesen Markt einzugreifen. Das nennt man Drogenpolitik. Lange Zeit war staatliche Drogenpolitik nichts als eine Variante der traditionellen Gesundheits- und Sozialpolitik. Erst Ende der 70er Jahre begann sich die Fixierung des Staats auf den Konsumenten als Endverbraucher zu lösen. Bis dahin setzte der Staat seine Repressionsmittel fast ausschließlich gegen die Konsumenten ein.

Dann wandte sich das öffentliche Interesse auch der Angebotsseite zu. Dabei gerieten die Produzenten der agrarischen Ausgangsprodukte ins Visier der internationalen Drogenfahnder. Es wurde zum Krieg gegen die Bauern aufgerufen – in Thailand, Bolivien, Mexico, der Türkei. Militär kam zum Einsatz, der Fahndungsapparat wurde enorm aufgebläht und das Arsenal der staatlichen Repressionsmittel weltweit aufgerüstet. Ein weiterer, wie wir wissen, vergeblicher Versuch, das Problem in den Griff zu kriegen. »Mit polizeilichen Mitteln ist der Kampf gegen Drogen nicht w gewinnen«, erklärte gerade eben erst der Vorsitzende des Innenausschusses des »Deutschen Bundestages« zum Abschluß eines Drogenhearings, das eben vor dem Innenausschuß und nicht da, wo es hingehörte: vor dem Wirtschaftsausschuß stattfand. Auch das ist Drogenpolitik.

Einen Wendepunkt, man könnte auch sagen eine Radikalisierung, der öffentlichen Reflexion über die Ursachen des »Drogenproblems« markiert die gerade abgeschlossene Drogenserie im »Spiegel«. Auch wenn die Serie auf das, was ich Mafia-Folklore nenne, zur Unterhaltung des Publikums nicht verzichten wollte, wurden so deutlich wie nie zuvor in einem etablierten deutschsprachigen Medium die Martkmechanismen und das Finanzierungssystem des Drogenhandels offengelegt.

Mafia ist nichts als eine Organisationsform des Kapitals. Es gibt kein Ober- oder Untergrundkapital. Es gibt nur ein Kapital, das sich bei seiner Vermehrung zu verschiedenen Zeiten unterschiedlicher Methoden bedient, ständig zwischen Legalität und Illegalität schwankend. Illegalität ist nur ein anderer Ausdruck für erhöhtes Risiko. Der Drogenmarkt ist ein Betätigungsfeld für Risikokapital. Die Organisationsformen von Mafia, Cosa Nostra und Camorra unterscheiden sich von denen einer Aktiengesellschaft, einer GmbH oder einer Kommanditgesellschaft nur durch das Einzugsverfahren. Die einen schicken ein Rollkommando, die anderen einen Zahlungsbefehl.

So deutlich stand das selbstverständlich nicht im »Spiegel«, so deutlich steht es auch nicht in der »NZZ«, die schon lange und als erste deutschsprachige Zeitung über Drogen im Wirtschaftsteil berichtet, so deutlich würde sich auch kaum ein Deutscher oder ein Schweizer Politiker äußern, wenn er erklären soll, wo denn nun der Hebel anzusetzen ist.

Wahrscheinlich ist es für die Jüngeren schwer nachvollziehbar, welcher Grad an Aufklärung und welches Maß an Erkenntnis im Vergleich zu den 60er und 70er Jahren erreicht ist, wenn nun offen über die Rolle der Banken bei der Legalisierung des Drogenkapitals gesprochen wird. Gespräche mit Bankenexperten sind immer interessant, und sei es nur, um die tausendundeinste Variante der Geldwäsche zu erfahren. Unterhaltsamer sind da nur noch Drogenfahnder mit ihren Geschichten über Verstecke in Bunkern und Containern, über in Soldatenleichen eingenähtes Heroin oder in argentinisches Frischfleisch eingefrorenes Kokain. Nicht überall im Geschäftsleben geht es so phantasievoll zu. Doch mit all dieser Kenntnis sind weder die Warenströme unter Kontrolle zu bekommen noch die Dollar- und Kapitalbewegungen. Banken sind nicht unter Kontrolle zu bringen, sind sie es, dann sind sie keine Banken mehr.

Selbstverständlich wird es immer wieder ganovenhafte Geldtransporte im doppelten Boden eines Schalenkoffers geben. Auf solche Transportmethoden sind vor allem Berufsanfänger ohne angesehene Geschäftsadresse angewiesen. Doch der Kapitalhauptstrom fließt über legale Konten eingetragener Handelsfirmen und angesehener Kanzleien, von Computern ab- und umgebucht und über die Auslandsfilialen der Banken eingegeben.

Es wäre aussichtslos, in der Absicht einer Schuldzuweisung klären zu wollen, ob nun der Angebots- oder der Nachfragedruck verantwortlich ist für den exzessiven Drogenkonsum. Das Marktgeschehen kennt keine Moral, also auch keine Schuld. Aber wie das sogenannte Drogenproblem nicht zu verstehen ist, wenn die Angebotsseite ignoriert oder nur auf den Dealer reduziert wird, so wenig ist es zu verstehen, wenn der psychische Zustand der Subjekte, die nach Rausch- und Betäubungsmitteln immer heftiger verlangen, ausgeblendet wird.

Nun will ich mich hier nicht auf die »Psychologie der Drogensucht« einlassen, auch wenn ich mich in den 70er Jahren als Therapeut damit beschäftigt habe. Es gibt viele Erklärungsversuche, einige glauben gar, den Typus des »süchtigen Charakters« entdeckt zu haben. Wenn es darum geht, im Einzelfall therapeutisch einzugreifen, mögen solche Erklärungsversuche hilfreich sein. Wichtiger wäre, den kollektiven psychischen Zustand zu verstehen, der immer mehr Menschen dazu bringt, nach Betäubungs- oder Rauschzuständen zu suchen mit dem Risiko, in Suchtabhängigkeit zu enden. Keiner tut das freiwillig, alle glauben – mit Ausnahme vielleicht von Junkies – sie haben ihren Konsum unter Kontrolle. Doch sind die Übergänge von Kontrolle zu Kontrollverlust fließend, und keiner weiß, wann bzw. wo die Suchtschraube überdreht wird.

Die Entwicklung zum massenhaften Drogenkonsum weltweit ist unumkehrbar. In den USA ist das Problembewußtsein und damit die Einsicht in diese Tatsache am höchsten entwickelt. Man darf, ohne irgendjemandem zu nahe zu treten, unterstellen, daß dieser Erkenntnisprozeß wenig beeinflußt wurde vom elenden Leben der Suchtabhängigen, deren Schicksal interessiert kaum jemanden in den USA. Das »Drogenproblem« wird mittlerweile in den USA als ein Problem der »National Security« betrachtet.

In einem Zeitraum von drei Jahren, zwischen 1983 und 1985, sahen sich die Streitkräfte gezwungen, über 60.000 Armeeangehörige wegen Drogengebrauchs zu entlassen: Kokser, Kiffer und selbst Fixer. Die Armee als bewaffneter Arm der Drogenscene. Zwölf Prozent aller weltweit stationierten US-Soldaten gelten als »schwere« und knapp dreißig Prozent als »mäßige« Trinker.

Landesweit ist im Zeitraum von fünf Jahren die Zahl der Alkoholiker um vier Prozent auf zwölf Millionen gestiegen. In den Atomkraftwerken schaukeln sich Restrisiko und Restalkohol gegenseitig hoch. Drogenprobleme gibt es in allen – ich wiederhole: in allen – kerntechnischen Anlagen der USA, wie eine Anfang 1987 veröffentlichte Sicherheitsstudie belegt. Der US-Sport entwickelt sich immer mehr zur Drogenscene, die Olympischen Spiele von Seoul fütterten die Massenmedien rund um den Globus mit der gigantischsten Drogenkampagne, die jemals ausgestrahlt wurde.

Das sowieso marode US-amerikanische Verkehrssystem ist zusätzlich gefährdet, weil immer häufiger aufgespeedete LKW- und Busfahrer ihre Fahrzeuge in den Abgrund steuern. Längst werden Drogentests zwangsweise bei Lokführern und Flugzeugpiloten durchgeführt. Sicherlich wären die Autopsieberichte von abgestürzten Tiefffliegern unter diesem Gesichtspunkt aufschlußreich.

Alles deutet darauf hin, daß die Anpassungsfähigkeit der menschlichen Subjekte an den von Menschen geschaffenen technischen und gesellschaftlichen Überbau sich erschöpft hat. Weil die menscheneigene Körperchemie als Anpassungs- und Steuerungsmechanismus versagt, ist die Arbeit nur noch zu bewältigen und das Leben nur noch zu ertragen durch chemische Fremdsteuerung.

Das sind die unausweichlichen Folgen der kapitalistischen Umgestaltung, das ist die Antwort der Subjekte auf Flexibilisierung, Modernisierung, Deregulierung, Mobilisierung, die Abschaffung des Wochenendes, die Auflösung von kollektiven Strukturen nicht nur im Arbeitsprozeß, sondern auch im Familienleben, im Vereinsleben, in der Freizeit. Und alles nur, um die Menschen an den Rhythmus der Produktion und die Laufzeit der Maschinen anzupassen.

Es wird viel über den »Charakter der Epoche« gerätselt. Man spricht von einer zweiten industriellen Revolution. Erstaunlich ist, daß die hemmungslose Produktivkraftentfaltung und der massenhafte Drogenkonsum so behandelt und angesehen werden, als habe das eine mit dem anderen nichts zu tun. Der »Charakter der Epoche« ist nach wie vor geprägt

vom Charakter der herrschenden Produktionsweise mit seiner kaum noch kontrollierbaren Freisetzung von Produktivkräften. Wo eine Güterproduktion zur Bedarfsdeckung genügte, um das Elend und den Hunger zu beseitigen, wird der Konsum um des Konsums Willen propagiert. Die Struktur einer Konsumgesellschaft, deren einziger Sinn in der Herstellung von Gütern ohne Rücksicht auf deren gesellschaftlichen Nutzen besteht, ist identisch mit der Struktur einer Sucht. Konsumismus ist ein Kreislauf von nicht stillbaren Bedürfnissen, die nach einer ständigen Dosissteigerung verlangen. Ständige Dosissteigerung ohne je befriedigt zu sein: Das ist Sucht.

Überproduktion und Unterversorgung, Übersättigung und psychische Verelendung, es gibt viele Gründe, in den Rausch oder in die Betäubung zu flüchten. Nicht nur die von den neuen Technologien abverlangte Roboterdisziplin und Leistungsbereitschaft hat den Bedarf nach chemischer Anpassung an die Maschine gesteigert. Die diesen Technologien innewohnende Zerstörungskraft hat den kollektiven Angstpegel weltweit so dramatisch erhöht, daß der Bedarf an Stillhalte- und Wegtauchdrogen nicht verwundern kann. Deshalb ist jede militärische Abrüstungsinitiative, jede Stillegung eines AKWs, jeder ökologisch sinnvolle Umbau einer Produktionsstätte wirksamer als es jede Antidrogenkampagne jemals sein kann.

konkret 07/89, S. 22

Jean Ziegler

Völker hört die Rituale

Der Erneuerungsprozeß in der Sowjetunion ist für die Völker der »Dritten Welt« eine Katastrophe, meint der Schweizer Soziologe und sozialdemokratische Abgeordnete Jean Ziegler. Er fordert ober auch, daß sich die Befreiungsbewegungen auf die Tradition ihrer Kultur besinnen und Abschied vom Marxismus-Leninismus nehmen. Das Projekt Aufklärung lasse sich nicht universalisieren

KONKRET: Die Veränderungen in der Sowjetunion werden hier im Westen fast einhellig euphorisch begrüßt. Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der neuen sowjetischen Politik auf die Befreiungsbewegungen in Afrika, Asien und Lateinamerika?

Ziegler: Was sich da anbahnt, ist ein totaler Verrat an den Befreiungsbewegungen – und zwar nicht nur aus Gründen der Staatsraison. Ursache für den sowjetischen Rückzug ist nicht nur das große Außenhandelsdefizit und die schwierige finanzielle Situation insgesamt. In der Führungsgruppe um Gorbatschow spielt etwas ganz anderes eine entscheidende Rolle: In seiner großen programmatischen Rede am 3. Juli 1988 zur Eröffnung des 19. Parteikongresses hat er erklärt, es gebe nur noch eine Weltwirtschaft und ein einheitliches Überlebensinteresse der gesamten Menschheit, weil alle von Ökologiekatastrophe und Nuklearkrieg gleichermaßen bedroht seien. Dieser totale Bruch mit jeder Klassenideologie bedeutet auch den Bruch mit jeder Klassensolidarität. Solidarität, auch internationale, kann demnach nur noch allgemein humanistisch begründet werden: Menschen müssen zusammenarbeiten, um die durch die Abholzung des tropischen Regenwalds drohende Ökologiekatastrophe abzuwenden, aber Menschen müssen nicht zusammenarbeiten, um eine ungerechte Wirtschafts- und Herrschaftsordnung zu bekämpfen.

KONKRET: Sie kritisieren die Sowjetunion in dieser Frage also von links.

Ziegler: Unbedingt. Denn wenn es so weitergeht, steht angesichts des kontinuierlichen imperialistischen Engagements der USA in Zentralamerika eine Katastrophe bevor. Von Nicaragua, das vom Bush-regierten Amerika genauso bedroht wird wie in den letzten Jahren, fordert die Sowjetunion heute freie Wahlen und den Verzicht auf das Armeemonopol. Gleichzeitig wird die Unterstützung für das attackierte Land permanent zurückgeschraubt. Auch die Gelder für den südafrikanischen ANC sind von der Sowjetunion erheblich reduziert worden – um so Druck herzustellen, daß der ANC sich mit einer Verhandlungslösung in dem Apartheidstaat zufrieden gibt und sich bereit erklärt, eine eventuell Jahrzehnte dauernde Übergangslösung zu akzeptieren. Die Beispiele ließen sich fortsetzen. »Im Mai 1989 hat der neu proklamierte palästinensische Staat zum ersten Mal in einer Uno-Organisation um Aufnahme nachgesucht: bei der Weltgesundheits-Organisation, in Genf. Es war ein überaus wichtiger Testfall. Die Aufnahme wurde von der Mehrheit der WHO-Konferenz abgelehnt – auch die UdSSR stimmte gegen Palästina.«

KONKRET: Es ist doch aber der gleiche Prozeß, den Sie bezogen auf Europa für faszinierend halten und bezogen auf die asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Länder als Katastrophe bezeichnen. Also müßte auch Ihre Bewertung der sowjetischen Innenpolitik sehr viel kritischer ausfallen.

Ziegler: Der ideologische Zerfall des leninistisch-despotischen Sozialismus – ein Zerfall übrigens, bei dem die Lenin-Kritik der nächste wichtige Schritt sein wird – ist für mich als demokratischer Sozialist erfreulich, weil dieser autokritische Prozeß den Sozialismus vermenschlicht. Eventuell wird durch diesen Zerfall auch die Überführung des sowjetischen Regimes in ein demokratisches System möglich – und damit die Teilnahme der Sowjetunion am Aufbauprozeß für ein vereintes, demokratisches Europa. Dadurch würden die europäischen Linkskräfte hier enorm gestärkt und das antisozialistische Trauma zerstört. Das könnte der demokratisch-sozialistischen Volksbewegung die Tür zur Macht dauerhaft öffnen. Die Zivilgesellschaft würde dadurch sozialistisch. Aber die aktuellen Folgen für die Völker der Dritten Welt sind schrecklich, und von 5 Milliarden Menschen leben 3.8 Milliarden in den Entwicklungsländern.

KONKRET: Aber wenn die europäischen Länder, ob sozialdemokratisch oder konservativ regiert, die Profiteure der Verelendung in der sogenannten Dritten Welt sind, verstehe ich nicht, wieso die Stärkung des europäischen Machtblocks durch Binnenmarkt und ähnliches für Sie eine positive Utopie ist.

Ziegler: Sie müssen unterscheiden zwischen dem Europa 1992 mit seinen Brüsseler Kommissaren, das eine Reinkarnation der Warenrationalität ist und nur eine Rationalisierungsphase im System der Ausbeutung darstellt, und dem Europa, das ich als positive Vision beschreibe, die realisierbar ist, wenn die Sowjetunion sich vom despotischen Sozialismus zur zivilen Gesellschaft entwickelt.

KONKRET: Einmal angenommen, diese Entwicklung vollzöge sich und wäre wünschenswert: Wieso sollte sich ein solchermaßen geeintes, ziviles und sozialdemokratisch regiertes Europa anders verhalten als sich einzelne sozialdemokratische Regierungen schon immer verhalten haben: imperialistisch? Und selbst wenn die Sozialdemokraten es, was ich stark bezweifle, anders wollten: Wie sollten sie die Macht der transnationalen Konzerne, die von der Ausbeutung profitieren, brechen?

Ziegler: Ich weiß als Soziologe und Marxist, daß der Staat eine wesentliche Regulativfunktion hat. In einem politisch geeinten Europa, mit einem vom Volk gewählten Präsidenten und einem Parlament mit Budgetrecht und Kontrollkompetenz, beherrscht von einer sozialdemokratisch-sozialistischen Mehrheit, kann man dem Monopolkapital eine ganz andere Praxis aufzwingen, kann es sogar sozialisieren. Was Marx gesagt hat stimmt: Die Gesellschaftsreform erfolgt auf dem Umweg über die Staatsmacht, die erkämpft werden muß. Das sind ganz realistische Perspektiven.

KONKRET: Uns wundert, warum dieses sozialdemokratisch regierte Europa für Sie ein erstrebenswertes Ziel darstellt. Ihr neues Buch »Der Sieg der Besiegten« ist schließlich eine scharfe Abrechnung mit der europäischen Zivilisation und ihren kulturellen Werten. Sie schreiben darin z.B.: »Ohne die Anerkennung der geistigen Vorrangstellung der beherrschten Völker versteht man nichts«.

Ziegler Was ich über Europa gesagt habe, ist postulatorisch gemeint. Zu kritisieren ist das heutige Europa als ein Europa der Entfremdung, der Instrumentalisierung und Funktionalisierung der Menschen, der Warenherrschaft. Horkheimer hat angesichts dessen zutreffend geschrieben: »Das einzige, was uns als Würde bleibt, ist das unglückliche Bewußtsein.« Und diese Sehnsucht nach dem »ganz anderen«, das Wissen, daß die Verhältnisse hier vom Grund auf verändert gehören, sind das letzte Refugium der Menschenwürde. Soweit sind wir hier in Europa.

Gleichzeitig erscheinen die 3,8 Milliarden Menschen in der Dritten Welt uns hier immer als Opfer von Hunger- und Dürrekatastrophen, als Wesen ohne Hoffnung auf Verbesserung ihrer Situation. Es kommt ja niemand, der behauptet, in der Sahelzone gebe es einen Industrialisierungsprozeß und bald werde die Region ein gleichberechtigter Partner der westlichen Nationen werden, das ist unvorstellbar. Die Dritte Welt ist abgeschrieben. Sie ist nicht einmal mehr ökonomisch von Interesse: In der bundesdeutschen Außenhandelsstatistik beispielsweise fallt der Anteil der Dritte-Welt-Länder kontinuierlich – mittlerweile beträgt er gerade noch 27 Prozent. Ganze Völker verschwinden aus der Geschichte. Diese Völker sind gleichzeitig aber die Träger der letzten gesellschaftlich relevanten Hochkulturen, in denen ganze Völker in Traditionsgesellschaften mit einem integrierten Kollektivgedächtnis und verbindlichen Wertsetzungen leben. Diese Kulturen funktionieren nicht über Ausbeutungs- und Unterdrückungshierarchien wie bei uns. In dem Maße, wie bei uns die Entfremdung des Menschen fortschreitet, wie nicht funktionierende Menschen ausgegrenzt und psychiatrisiert werden und jede Abweichung von der »Normalität« mit Repression belegt wird, wird deutlicher, daß die Völker der Dritten Welt die Bewahrer des Sinns des Lebens sind.

KONKRET Das ist doch eine Verklärung der tatsächlichen Verhältnisse. In Ihrem Buch führen Sie selber Beispiele dafür an, wie grausam und frauenverachtend die Kulturen der unterdrückten Völker sein können: Sie erwähnen die totale Beschneidung der Frauen in Burkina Faso. Die verbindliche Wertsetzung in den Dritte-Welt-Ländern zieht doch ebenfalls die Ausgrenzung von AbweichlerInnen, von Leuten, die diesen Werten nicht entsprechen wollen, nach sich. Wir sehnen uns nicht nach irgendwelchen fränkischen Dorfgemeinschaften, die vor ein paar hundert Jahren ein traditionelles, festgefügtes Weltbild hatten.

Ziegler Ähnliche Kritik hat mein Buch auch in Frankreich erfahren, wo mir ein Abschied vom Marxismus vorgeworfen wurde. Das halte ich für ein Mißverständnis. Ich beschreibe nicht die Karikatur von traditionellen Gemeinschaften als positives Ziel, sondern die tatsächlich existiert habenden, auf Solidarität und Komplementarität aufbauenden Gemeinschaften mit Kollektividentität.

KONKRET Aber auch dort gab es Normalitätsvorstellungen, die repressiv durchgesetzt wurden.

Ziegler Im Vordergrund stand die Solidarität, es gab Lebensfreude, ein Wissen um den Sinn des Lebens. Heute sind die Europäer sich selbst nicht sicher, sie sind kommunikationsunfähig, unsolidarisch, entfremdete Wesen, deren einziger Lebensinhalt der Produktionsprozeß ist. Das Gegenstück dazu findet sich zum Beispiel in den befreiten Zonen in El Salvador. Die Bauerngemeinschaften dort, die poder popular, haben bis dahin unter der Oberfläche existiert und jetzt, in den sozial befreiten Gebieten, werden diese traditionellen Strukturen wieder Praxis. Es kommt zu einer ganz ursprünglichen Form von Basisdemokratie, man verhält sich solidarisch zueinander, es gibt Gemeinschaftsküchen, eigene Landverteilung, eigene Schulen, freie Kollektivarbeit. Wie stabil diese Strukturen sind, erweist sich, wenn die offizielle Armee naht und eine ganze Dorfgemeinschaft aufbricht, ihr Land verläßt, um die Staatsmacht in einen gesellschaftsfreien Raum stoßen und sich dort verlaufen zu lassen, es gibt niemanden, den sie dort unterdrücken, arrestieren, foltern können. Jeder in diesen Kollektiven weiß, warum er kämpft, warum er stirbt, warum er lebt.

KONKRET: Die Frage ist doch, wo die Wurzel für diese Kollektivität liegt. In Ihrem Buch wird das oft mit der «einzigartigen Identität eines Volkes« beschrieben. Das wäre eine nationalistische Bestimmung. Was Sie eben beschrieben haben, scheint seine Ursache aber eher in einer Klassensolidarität oder einer Solidarität der Unterdrückten zu haben.

Ziegler: Aber diese Solidarität der Unterdrückten bezieht ihre Werte aus der alten indianischen Kultur, nicht aus der marxistisch-leninistischen Rationalität. Die hat nur sehr oberflächliche Auswirkungen. Die Völker in den Ländern der Dritten Welt können die Kraft, diese Weltordnung zu stürzen, die Kraft für ihren antiimperialistischen Befreiungskampf nur aus der Traditionsidentität schöpfen, nicht aus der importierten marxistischen Theorie. Am deutlichsten wird das wenn man

den Revolutionsprozeß in Äthiopien mit den Erfahrungen in Burkina Faso vergleicht. Der Verzicht Burkina Fasos auf eine auf den Weltmarkt zielende Strategie, die damit verbundene Stützung der internen Produktivität, die autozentrische Entwicklung, die Abschaffung der Korruption, die ankern in der Reinterpretation und in der Wiederbelebung von bestimmten traditionellen Werten und Erfahrungen. Einige Segmente, z.B. die Polygamie und die sexuelle Verstümmelung der Frauen, werden dabei eliminiert. Die dadurch geschaffene autonome Identität gibt dem antiimperialistischen Kampf ein unerhörtes Widerstandspotential. Ich gebe zu, daß das ein außerordentlich heikler Prozeß ist, der im Obskurantismus oder im Terror enden kann – die iranische Revolution ist der schlimme Beweis dafür.

KONKRET: »Heikel« ist eine ziemlich unpräzise Beschreibung dafür. Wir müssen uns Gedanken über Kriterien machen, die die Analyse eines Befreiungskampfes ermöglichen. Und ein ganz wichtiges Kriterium scheint uns zu sein, ob die Orientierung eines Befreiungskampfes nicht nur antiimperialistisch, sondern auch antinationalistisch und antikapitalistisch ist.

Ziegler: Nationalistisch ist ein ethnozentrischer, europäischer Begriff.

KONKRET: In ihrem Buch gebrauchen Sie ihn

Ziegler: Aber er meint da etwas anderes als im Kontext der westeuropäischen Diskussion, wo wir immer die Nationenbildung im 19. Jahrhundert als Hintergrund im Kopf haben. Es geht dabei um die Wiederentdeckung von menschlicher Kollektivautonomie, die sinnstiftend ist und die wir verloren haben. Aus der heraus wächst die Kraft für den erfolgreichen Befreiungskampf – und dann entstehen freie Nationalstaaten wie Nicaragua oder Kuba. Ein starker Nationalstaat in der Dritten Welt, der über eine starke Identität verfügt, der widersteht dann dem multinationalen Monopolkapital. Der sagt dann: Jetzt werden keine Autos oder andere Konsumgüter importiert. Ein auf diese Weise entstandener Nationalstaat ist immer auch ein Gewinn des Internationalismus, weil er dem Kapital effizient entgegentreten kann.

KONKRET: Am Beispiel Nicaragua zeigt sich, wie am Beispiel Burkina Faso, doch gerade, daß die national begrenzte Revolution, und sei die Rolle der Kultur in ihr noch so groß, nicht stark genug ist, dem imperialistischen Machtblock dauerhaft zu widerstehen.

Ziegler: Guevaras Strategie der Kontinentalrevolution, darüber können wir uns schnell verständigen, ist richtig – heute genauso wie damals. Aber wenn jemand wie Thomas Sankara nicht ermordet worden wäre, wäre der revolutionäre Funke von Burkina Faso übergesprungen: auf Niger, auf die Elfenbeinküste.

KONKRET: Wenn Sie in Ihrem Buch feststellen, daß Befreiungskämpfe nur erfolgreich sein können, wenn sie selektiv die traditionelle Kultur reaktualisieren, dann muß das doch auch Folgen für die westdeutsche Solidaritätsbewegung, die eine ganz andere ideologische Basis hat, haben?

Ziegler: Sicher. Das Buch ist deswegen auch eine ganz radikale Selbstkritik. So wie im 19. Jahrhundert die entscheidende soziale Frage die Arbeiterfrage war, ist es heute die Nord-Süd-Frage. Es ist politisch also entscheidend, wie wir uns und für wen wir uns hier engagieren. Bislang bin ich davon ausgegangen, daß wir dort, wo eine klare marxistische Rationalität zutage tritt, im Befreiungsprozeß stehen. Im europäischen Bewußtsein ist das marxistische Denken der klare Gegensatz zur kapitalistischen Warenrationalität. Und wenn ich auf marxistisch-leninistische Commandantes gestoßen bin, habe ich gesagt: Das ist die richtige Fraktion, die muß ich unterstützen. Und das war eben total falsch. Die positive Rolle, die der Marxismus in Europa im Kampf gegen die Warenrationalität gespielt hat, ist nicht übertragbar auf die Kämpfe in der peripheren Welt. Dafür gibt es genügend Beispiele. In Äthiopien hat die Zentralmacht sich durch die dogmatische Übernahme von marxistischer Ideologie und die Oktroyierung europäischer Landwirtschaftsmethoden isoliert und das Volk an den Rand einer Hungerkatastrophe gebracht. In Kuba hat Castro nicht nur zu Recht die reaktionäre katholische Kirche verfolgt, sondern auch die Santeros und Yoruba-Theokratie, obwohl diese Religion die Identität der deportierten Yoruba über vierhundert Jahre Sklaverei bewahrt hat. Die marxistischen Commandantes in Nicaragua, die ich wirklich großartig finde, haben in der Landreform gravierende Fehler gemacht, als sie an der Ostküste das gemeinschaftliche Land der Misquitos, das nicht nur zur Bebauung genutzt wird, sondern auch Ruhestätte der Toten ist, aufteilen, zergliedern wollen.

KONKRET: Sind das Ihrer Meinung nach Fehler, die ihre Ursache in der Übernahme marxistischen Denkens haben, oder sind das nicht taktische Fehler, wie sie leider immer wieder in so gravierenden Umwälzungsprozessen gemacht werden?

Ziegler: Das sind Fehler, die sie machen, weil sie Marxisten sind, weil im Marxismus Kultur nur ein Phänomen des Überbaus ist, bloß Ideologie. Deswegen können sich marxistische Intellektuelle in Kuba auch nicht erklären, wieso die alte Religion bei den Afro-Amerikanern trotz der Verbesserung ihrer materiellen Lage eine Renaissance erlebt.

KONKRET: Sie wollen also, daß die Befreiungsbewegungen anstelle der marxistischen Theorie sich traditionelle, religiös geprägte Kultur aneignen und zur Grundlage ihres Kampfes machen?

Ziegler: So einfach ist es nicht. Der Marxismus ist für die revolutionäre Avantgarde in der ersten Phase des Befreiungskampfes unverzichtbar: Nur mit Hilfe des Marxismus kann der Kapitalismus, kann die Struktur der

imperialistischen Ausbeutung verstanden und eine Strategie zu ihrer Bekämpfung ausgearbeitet werden. Dazu ist ein Yoruba-Priester nicht in der Lage, weil der nicht weiß, was ein multinationales Kapital überhaupt ist. Aber um nachher das Volk zu mobilisieren und nach dem Befreiungskampf die Produktion zu steigern, autonom überlebensfähig zu werden, braucht es die Reaktualisierung der Traditionsidentität – dann wird das Volk als Subjekt handlungsfähig.

KONKRET: Aber genau das ist die Funktion, die der Marxismus für die Arbeiterbewegung in Europa hatte und haben muß: ihr zu ermöglichen, als Subjekt die eigene Geschichte zu bestimmen.

Ziegler: Aber das gilt für Europa. In den Dritte-Welt-Ländern funktionieren die Traditionsgesellschaften dagegen über Riten, Symbole, Maskengesellschaften oder Initiationszeremonien, die den Marxisten als obskur erscheinen.

KONKRET: Sie verlangen einen Abschied von der Aufklärung in diesen Teilen der Welt?

Ziegler: Indem Sie das so formulieren, erweisen Sie sich als ethnozentrischer Mensch, weil Sie die europäische Regionalvernunft universalisieren. Das ist aber falsch. Wir steuern auf eine Welt zu, wo die Universalität der Vernunft, die in Wirklichkeit nur eine Kolonialprojektion ist, aufgelöst wird. Für uns ist Aufklärung ein Weg, für andere Völker aber nicht, sie haben, wie Levi-Strauss sagt, das Wilde Denken. So wie wir anstreben müssen, daß der Weltmarkt in autarke, regionale Entwicklungszonen zerfällt, müssen wir uns auch die Entwicklung von Regionalvernunft zum Ziel setzen.

Kasten "Der Sieg der Besiegten" auf Seite 23

Der Titel ist provokant, das Vorwort larmoyant. »Der Sieg der Besiegten« beginnt mit dem Klischee der Zivilisationskritik: »Die ruhige und gelassene Zuversicht des Saharouis, der sein Lager verläßt..., steht im starken Gegensatz zu den erschöpften Gesichtern... und dem Verhalten der zu jeglicher Kommunikation unfähigen Einzelgänger, die ich in der Metro von Paris und New York oder in den Autobussen von Genf beobachte«.

Jean Ziegler liefert in seinem Buch, dessen Thema im Untertitel »Unterdrückung und kultureller Widerstand« präziser gefaßt ist, keine systematische Analyse. Gern und oft schweift Ziegler ab, erhellt viele seiner Thesen durch konkrete Erfahrungen, verliert sich aber auch gelegentlich im Anekdotischen. Die Auswahl seiner zahlreichen Beispiele für die komplexen Schwierigkeiten linker Befreiungsbewegungen im Umgang mit den jeweiligen afrikanischen Stämmen oder lateinamerikanischen Indianern, die ihrer traditionellen Kultur verhaftet sind, ist keineswegs beliebig: Kuba, Nicaragua, Äthiopien, Burkina Faso stehen im Zentrum seiner Beobachtungen. Die scharfe Kritik, die er an der oftmals mechanischen Anwendung marxistischer Theoreme in der gesellschaftlichen Praxis nach der Revolution formuliert, thematisiert ein strategisches Defizit der radikalen Linken. Ein Defizit, das aufzuarbeiten in Zusammenhang mit der Diskussion um »multikulturelle Gesellschaft« aber auch der, angesichts der politischen Entwicklung wieder an Bedeutung gewinnenden, Regionalismus-Debatte der Siebziger Jahre von erheblicher Bedeutung sein wird.

Die Schwierigkeit, das wird auch in Zieglers Buch deutlich, besteht darin, daß sich sozialer Fortschritt wie die soziale Verelendung materialistisch gut bemessen läßt, uns für die Bewertung kulturellen Fortschritts (bzw. kultureller Verelendung) bestenfalls ein sehr grober Maßstab zur Verfügung steht. Daß Ziegler mit diesem Dilemma konfrontiert ist, kann ihm schlecht vorgeworfen werden, wohl aber, daß er dieses Dilemma nicht erkennt, sondern stattdessen empfiehlt, einfach an die alten Traditionen anzuknüpfen – ein Ausweg, der kaum weniger mechanisch gedacht wirkt als die dogmatische Setzung der westeuropäischen Kultur als zukunftsweisendem Orientierungspunkt. Jean Ziegler ist aber nicht nur Antiimperialist, er ist auch Sozialdemokrat in seinem eigenen Land – der Schweiz. »Ich verbringe die Hälfte meines Berufslebens damit, die Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt zu beobachten. Die andere Hälfte widme ich... dem militanten Kampf in der Gesellschaft, aus der ich stamme«. In seinem letzten Buch, »Genossen an der Macht«, hat er diesen Kampf zum Thema gemacht. Seine Abrechnung mit der Realpolitik der regierenden französischen »Sozialisten« beschließt er mit einem Plädoyer gegen die Staats- und für die Solidarraison: »Heute ist die Staatsraison der westlichen Demokratien dabei, ein Einheitsbewußtsein zu schaffen... Der Arbeiter wird immer mehr auf seine reine Warenfunktion reduziert, die Verdinglichung ist beinahe erreicht. Er hat heute kein Klassenbewußtsein mehr, sondern nur noch Standesbewußtsein.

»Jean Ziegler, Der Sieg der Besiegten – Unterdrückung und kultureller Widerstand, Peter Hammer Verlag, 294 Seiten, Genossen an der Macht – Von sozialistischen Idealen zur Staatsraison, Athenäum Verlag, 196 Seiten

konkret 07/89, S. 26

Oliver Tolmein

Terror de Normalität

Der Ethik-Professor Peter Singer ist Tierschützer, Antirassist und Antisexist. Behinderung macht Leben in seinen Augen allerdings unwert. In seinen Büchern propagiert der Australier, dessen Großeltern in deutschen Konzentrationslagern umgebracht wurden, die »nichtfreiwillige Euthanasie« an behinderten Säuglingen – und findet dafür Zustimmung bei liberalen deutschen Demokraten

Die Stimmung ist gut an diesem Juniabend in Marburg: Behinderten- und Krüppelgruppen haben die Durchführung eines Symposions verhindern können, auf dem die »Euthanasie« an schwerbehinderten Kindern diskutiert werden sollte. Auch der Auftritt des australischen Ethikers Peter Singer, Cheftheoretiker der Tötungsbefürworter, an der Universität Dortmund scheiterte an den massiven Protesten. Und noch ein Erfolg: Zur Veranstaltung des Forums von Behindertengruppen und Krüppelinitiativen kommen an diesem Abend fast dreihundert Leute, der enge Kreis der Betroffenen wird durchbrochen, es werden erste Ansätze einer Koalition zwischen außerparlamentarisch aktiven AntifaschistInnen und den ins Visier ausgrenzender Bevölkerungs- und Sozialpolitik genommenen Behinderten sichtbar.

Doch die Stimmung ist besser als die Lage, von der die Transparente an den Wänden des viel zu kleinen Theaterraumes zeugen: Wo vor Jahren noch in der Hoffnung auf eine Zerschlagung der behindertenfeindlichen Verhältnisse hoffnungsvoll »Jedem Krüppel seinen Knüppel« auf Plakate gedruckt war, steht nur noch ein bescheidenes »Lebensrechte sind nicht diskutierbar« auf den Bettlaken, und mehr beschwörend als sicher wird gefordert: »Vernichtung behinderten Lebens darf es nicht geben«. Die betuliche »Zeit« wird vierzehn Tage später sogar gegen diese Selbstverständlichkeit noch Widerspruch erheben: »Haben schwerstbehinderte Neugeborene ein Recht auf Leben?« fragt der Leiter des Ressorts Wissenschaft, Hans Schuh, in der Überschrift, und läßt in seinem Text keinen Zweifel, daß er diese Frage keineswegs rhetorisch meint.

BRD, 1989: Das neue Vormundschafts- und Pflegerecht, das auch die Zwangssterilisation »nicht einsichtsfähiger Personen« möglich macht, hat das Kabinett passiert; humangenetische Beratungen und pränatale Diagnoseprogramme werden in großem Umfang durchgeführt und die gewonnenen Erkenntnisse in der Regel umgesetzt: Abtreibung bei Behinderung; die Diskussion über als »Euthanasieaktionen« beschönigte Mordprogramme an Behinderten geht, nachdem 1986/87 spektakuläre Sterbehilfeaktionen von Julius Hackethal und der Deutschen Gesellschaft für humanes Sterben entsprechende Emotionen in allen politischen Lagern geweckt haben, in eine neue Runde. In einem Jahr, in dem die Demokraten aller Parteien den Kampf gegen den Rechtsextremismus im wesentlichen als ein Engagement für Ausländerfreundlichkeit und multikulturelle Gesellschaft betreiben, sind drei prägende Elemente des deutschen Nazismus - Zwangssterilisierung, »Euthanasie«, Eugenik - weitgehend enttabuisiert, ohne erkennbare Beunruhigung in der »demokratischen Öffentlichkeit« und ohne daß es dafür eines einzigen Bundestagsabgeordneten der »Republikaner« bedurft hätte. Daß mithilfe ausgefeilter Diagnosemethoden TrägerInnen bestimmter, und das heißt hier: von MedizinerInnen und JuristInnen mit staatlicher Unterstützung bestimmter, genetischer Dispositionen identifiziert und dieser Veranlagung wegen problemlos als nicht lebenswerter »Schaden« eingestuft werden, gehört zur bundesdeutschen Normalität. Als normal gilt auch, wenn der Bundestag darüber berät, die Zwangssterilisation für einen Personenkreis einzuführen, der 1934 unter das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses gestellt worden war. Denn Zwangssterilisierung und Massenmorde an Behinderten wurden stets nur soweit kritisiert, als es einer nachträglichen Ablehnung des Faschismus diente, nicht aber unter Einbeziehung jener viel weiter verbreiteten und ihr zugrundeliegenden Vorstellung einer Hierarchie unterschiedlicher Wertigkeiten menschlichen Lebens.

Eine Universitätsbuchhandlung in Göttingen. »Peter Singer, ja sofort«. Die Buchhändlerin kennt die »Praktische Ethik« des australischen Philosophen. Den 326 Seiten starken Reclam-Band, in 10.000er Auflage 1984 erschienen, hat sie schon mehrfach verkauft. Auch der zuständige Lektor der philosophischen Reihe, Dr. Klose, versteht nicht, was an dem Band bedenklich sein sollte. »Sofern der Tod eines geschädigten Säuglings zur Geburt eines anderen Kindes mit besseren Aussichten auf ein glückliches Leben führt, dann ist die Gesamtsumme des Glücks größer, wenn der behinderte Säugling getötet wird... Wenn daher das Töten des hämophilen Säuglings keine nachteilige Wirkung auf andere hat, dann wäre es... richtig, ihn zu töten.« DL Klose kennt diese und zahllose andere für den Mord an Säuglingen mit Down-Syndrom, spina bifida, Lesch-Nyham-Syndrom oder anderen, vom genetischen Normal-Typ abweichenden Merkmalen argumentierende Stellen in der »Praktischen Ethik«. Er weiß auch, daß Singer die »praktische« Seite dieser Philosophie durchaus ernst nimmt. Das »Schwergewicht liegt nicht auf der Ausarbeitung einer Theorie, sondern auf ihrer Anwendung«, schreibt der Übersetzer des Verlages in einem Nachwort.

»Das ist eine derzeit sehr intensiv geführte wissenschaftliche Diskussion, und Singer steht da keineswegs alleine da«, sagt Lektor Klose. Tatsächlich hat der Reclam-Verlag auch in seinem 1988 erschienen Sammelband »Ökologie und Ethik« Vertreter von »Euthanasie«-Positionen unkommentiert zu Wort kommen lassen: »Wenn Mammutbäume und Rosensträucher keine möglichen Träger von Rechten sein können, dann auch kein unheilbar dumpf dahindämmernder Mensch«, schreibt beispielsweise der an der University of Arizona lehrende Professor Joel Feinberg, der kurz zuvor auch

»katatonisch Schizophrene« zu dieser Kategorie Mensch gezählt hat. Für den Herbst 1989 ist ein Reclam-Band »Medizin und Ethik« geplant, der die Diskussion in der BRD intensivieren soll. Daß deren Ergebnis Mordaktionen an schwerbehinderten Säuglingen sein können, identifiziert Klose als Faschismus-Vorwurf und hat gleich Gegenargumente parat: In anderen Ländern werde die Debatte schon seit längerem vorangetrieben, Singer selbst kritisiere den Nationalsozialismus, außerdem gebe es einen gravierenden Unterschied zwischen der aktuellen und der damaligen Diskussion: »Heute wird sehr viel stärker und wissenschaftlich präzise ausdifferenziert«.

Wissenschaftlichkeit - das ist das Schlüsselwort für die jetzt mit Vehemenz auf den Weg gebrachte Kampagne. Es sei nur um eine Fach-Diskussion unter Wissenschaftlern gegangen, beteuert die »Lebenshilfe für geistig Behinderte«, zu deren schließlich abgesagtem bioethischem Symposion Singer als Referent kommen sollte immer wieder, ihr Interesse an einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung stellten auch die Dortmunder Professoren Leyendecker und Anstötz in den Vordergrund, als sie ihre an Peter Singer gerichtete Einladung begründeten. Die »Freiheit von Forschung und Lehre« ist für die Tabubrecher in Sachen Lebensrecht ein unantastbares Gut - gerade so, als hätten nicht auch die in den Konzentrationslagern forschenden Ärzte und die in den Kaiser-Wilhelm-Instituten am deutschen Atombomben-Programm und an rassehygienisch nutzbarer genetischer Grundlagenforschung arbeitenden Wissenschaftler diese »Freiheit« für sich reklamiert.

Das diesen Positionen zugrundeliegende Wissenschaftsverständnis wird im Nachwort zur »Praktischen Ethik« am Beispiel des »kritischen moralischen Denkens« charakterisiert: »Das kritische moralische Denken äußert sich in hochspezifischen, sehr detaillierten Prinzipien, in denen idealiter alle moralisch relevanten Gesichtspunkte einer bestimmten Situation berücksichtigt und *völlig unparteiisch* (kursiv im Original) gegeneinander abgewogen werden.« Die neue Variante der »wertfreien Wissenschaft« ist also unparteiisch, der Ethiker versteht sich als Schiedsrichter - aber wer hat die Lebensregeln geschrieben, nach denen sich die Parteien und er richten müssen?

Die Frage ist von zentraler Bedeutung, denn die Antwort darauf zeigt, daß »unparteiisch« nur ein Kampfbegriff ist und sein kann. Singers »Ethik«, die das Lebensrecht Behinderter negiert, kontrovers zu diskutieren, macht so wenig Sinn, wie eine Theorie zu debattieren, die eine Überlegenheit der arischen Rasse postuliert. In beiden Fällen kann nur der dieser Theorie zugrundeliegende Erkenntniswille bekämpft werden. Angesichts der Zustimmung, die Singers »Ethik« erfahrt, erscheint es allerdings dennoch notwendig, die Grundlagen dieser mörderischen Argumentation zu skizzieren.

Peter Singer versteht sich als Präferenz-Utilitarist - eine philosophische Richtung, die von Singers Übersetzer Jean-Claude Wolf bemerkenswert charakterisiert wird: »Nach der Zwei-Stufen Theorie (des Präferenz-Utilitarismus) haben wir zu unterscheiden zwischen einer Stufe des kritischen und einer Stufe des intuitiven moralischen Denkens. Grob gesprochen werden auf der ersten Stufe Probleme der kritischen Rechtfertigung und auf der zweiten Stufe Probleme der Motivation behandelt. Die kritische Rechtfertigung moralischer Urteile ist ein langwieriges Verfahren, dessen vollkommene Beherrschung Unbestechlichkeit des Charakters, umfassendes Wissen und ruhiges Blut voraussetzen.«

Wertmaßstab für die ruhigen Blutes argumentierenden Utilitaristen ist das Glück der Mehrheit; dazu beizutragen, dafür nützlich zu sein ist ihrer Theorie zufolge Grundlage menschlichen Handelns, ein Reduktionismus, den bereits ein Zeitgenosse der Väter des Utilitarismus, Karl Marx, kritisierte und auf seine für die aktuelle Diskussion durchaus wesentliche Ursache zurückführte: »Die scheinbare Albernheit, welche alle mannigfaltigen Verhältnisse der Menschen zueinander in *das Eine* Verhältnis der Brauchbarkeit auflöst, diese scheinbare metaphysische Abstraktion geht daraus hervor, daß innerhalb der modernen bürgerlichen Gesellschaft alle Verhältnisse unter das Eine abstrakte Geld- und Schacherverhältnis praktisch subsumiert sind.« Singers theoretische Arbeit ist tatsächlich das schlichte Gegeneinanderrrechnen von Vorteilen und Nachteilen, von Einwänden und Widerlegungen. Was eine materialistische und scheinbar völlig rationale Argumentation zu sein scheint, erweist sich bei genauerer Analyse als eine schematisierte Rechnung von Argumenten, die weder komplexe Operationen kennt, noch die Existenz von Unbekannten zu akzeptieren bereit ist. Aus der Demontage der »jüdisch-christlichen Lehre von der Heiligkeit des Lebens« folgert Singer deswegen umstandslos die Möglichkeit, auch menschliches Leben zur Komponente seiner utilitaristischen Präferenzberechnungen machen zu können.

Die aus dieser rigiden Vereinfachung folgende »zwingende Logik« seiner Argumentation macht einen Teil der Attraktion von Singers Denken aus. Zur Akzeptanz gerade in liberalen Kreisen verhilft ihm wohl auch, daß er mit seiner Methode zu auf den ersten Blick antirassistischen, antisexistischen und ökologischen Ergebnissen kommt. Tatsächlich arbeitet Singer mit einem sehr vagen Begriff von Rassismus. Er orientiert sich vornehmlich am äußeren Erscheinungsbild, der schwarzen Hautfarbe beispielsweise. Die Gleichbehandlung der Individuen, die er postuliert, basiert allerdings auch mehr auf Nützlichkeitsüberlegungen als auf allgemeinen Menschenrechten. Positionen wie die von H. J. Eysenck oder Arthur Jensen, die die genetische Unterlegenheit von Schwarzen oder von Frauen behaupten, hält er durchaus für diskutabel, er hält aber daraus resultierende offene Diskriminierung für schädlich, weil sie ein »Gefühl der Hoffnungslosigkeit in der unterlegenen Gruppe« erzeugt - wo doch auch in dieser »unterlegenen Gruppe« individuelle Ressourcen mobilisierbar sind, die das Glück der Mehrheit mehren könnten.

Diese »aufgeklärten« Positionen erleichtern es Singer, positive Resonanz zu finden. Für seinen Durchbruch erscheint aber ein anderer Aspekt entscheidend: Singer überhöht mit seiner »Ethik« das »gesunde Empfinden« des sich als aufgeklärt verstehenden Teils der Bevölkerung zu einer wissenschaftlichen Theorie. Er legitimiert damit vorhandenes Ressentiment und befördert dessen Umwandlung zu bewußten, intellektuell begründbaren und dementsprechend offensiv zu vertretenden Positionen. Einem Wissenschaftsredakteur der »Zeit«, der sein bloßes »Ach, wie schrecklich!« und »So möchte ich nicht leben!« beim Anblick einer Rollstuhlfahrerin oder eines Menschen mit Down-Syndrom klammheimlich beiseite flüstert, bietet Singers »Ethik« die Möglichkeit, die eigenen Normalitätsvorstellungen und die damit verbundene Ablehnung des Nicht-normalen als objektives ethisches Problem in Leitartikelform öffentlich zu propagieren.

Singer beginnt seinen Gedankengang mit einer Aufwertung tierischen Lebens. In seinen Diskurs gegen Massentierhaltung und Tierversuche integriert er die Aufhebung der Gattungsgrenzen und führt stattdessen die Unterscheidung zwischen personalem und nicht-personalem Leben ein. Vernunftbegabtheit und Selbstbewußtsein markieren die Grenze des einen vom anderen: die Vagheit dieser Begriffe bietet die Grundlage für Singers Plädoyer für »Euthanasie« bei Nicht-Personen. Schimpansen, Hunde, Katzen, Wale, Delphine und Schweine stuft er umstandslos als Personen ein, eventuelle Zweifel an dieser Kategorisierung wischt er weg, mit einem schlichten »Wenn echter Zweifel besteht, ob ein Wesen, das man zu töten gedenkt, eine Person ist, so sollten wir den Zweifel zugunsten dieses Lebewesens sprechen lassen«.

Bei schwerbehinderten Säuglingen hat Singer diese Zweifel nicht: »Rationalität, Autonomie und Selbstbewußtsein«, die grundlegenden Merkmale von Personen, sieht er bei ihnen nicht. Das Leben Behinderter qualifiziert er regelmäßig als »elend« und »leidvoll« - und deswegen nicht »lebenswert«: eine Qualifizierung, aus der wegen der angeblich fehlenden Personalität Konsequenzen gezogen werden können. Peter Singer ist die entscheidende Schwachstelle dieser in der »praktischen Ethik« formulierten Theorie aufgefallen: Sollte die Gleichsetzung von Behinderung und Elend nicht mehr funktionieren, zeigt sich, daß auch »spina bifida«-Geschädigte offensichtlich selbstbewußt und autonom »Euthanasie«-Befürworter attackieren, verliert sie rasch an Evidenz. In seinem bisher nur auf Englisch erschienen Buch »Should the baby live?« geht Singer deswegen einen qualitativen Schritt weiter: Er zitiert dort Aussagen von »spina bifida«-Geschädigten, die ihr Leben keineswegs als lebensunwert oder Elend begreifen, die weder ihr Angewiesensein auf einen Rollstuhl noch einen Hydrocephalus als Anlaß für einen Angriff auf ihr Lebensrecht akzeptieren. Dennoch beharrt er auf der Richtigkeit und Möglichkeit der »nichtfreiwilligen Euthanasie« für »spina bifida«-Geschädigte. »Wir sollten«, schlägt er vor, »das Leben im Rollstuhl nicht mit dem (infolge einer 'Euthanasie'Aktion eingetretenen) Tod vergleichen, sondern mit dem Leben eines dieser normalen Kinder, die eine Mutter zur Welt bringen könnte, wenn das spina bifida-Kind gestorben wäre.«

In einem Interview mit der »Zeit« grenzt sich Singer von der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik ab: Erstens sollen nur von Ärzten beratene Eltern über die Tötung schwerbehinderter Neugeborener entscheiden, »zweitens orientiert sich meine Position am Leiden Betroffener, nicht an dem Unsinn irgendwelcher nationaler Ideen vom Volksnutzen.« Beides zusammen markiert Singers Bedeutung: Er modernisiert die Theorie nazistischer Vernichtungspolitik, indem er bereits in ihr enthaltene Argumente umgewichtet. An die Stelle des historisch diskreditierten »Volksnutzens« tritt das durch die Geburt Behinderter geschädigte »Glück der Familie«, das angebliche Leid lebender Behinderter wird gegen das mutmaßliche Glück nichtgeborener Nichtbehinderter aufgerechnet.

Singers bürgerlich-individualisierende Argumentation geht von einem allgemein akzeptierten Normalitätsideal aus. Abweichungen davon gelten als störend und schädlich. Das ist der Hintergrund, vor dem seine Vorstellungen von Gleichheit ihre eigentliche Bedeutung entfalten: Sie sind radikal gegen »Anormales«, sich den Nützlichkeitsvorstellungen Verweigerndes gerichtet.

Dieser Ansatz hat grundlegende Bedeutung auch für den eugenischen Sektor postnazistischer Bevölkerungspolitik gewonnen: Die neoeugenische Ansätze propagierenden Humangenetiker rechtfertigen ihre auf Verhinderung von Behinderungen zielende Beratungstätigkeit damit, daß sie durch die Reduzierung des Risikos, behinderte Kinder zu bekommen, Frauen die Angst vor Schwangerschaft nehmen und damit die Geburtenrate nichtbehinderter Kinder erhöhen. Daß diese auf die Familie als«Keimzelle des Staates« zielende Bevölkerungspolitik tatsächlich nur eine Variante der mit »Volksnutzen« argumentierenden Ausmerzepolitik ist, wird in »Should the baby live?« gleichwohl deutlich. Singer argumentiert dort nämlich durchaus ökonomisch. Wurden im »Dritten Reich« die Kosten, die die Anstaltsunterbringung geistig Behinderter verursachen, auf den möglichen Nutzen einer neuen Wohnungspolitik verrechnet, summiert Singer die Kosten, die die Versorgung eines schwerbehinderten Kindes verursacht, und fragt, die tatsächlichen Ursachen für Hungersnöte negierend, wieviele unterernährte Kinder in den Ländern der »Dritten Welt« damit am Leben erhalten werden könnten: »Sind sich die Leute, die über die 'Diskriminierung' schwerbehinderter Säuglinge reden, bewußt, wie sehr wir diejenigen 'diskriminieren', die nicht in unserem glücklichen Land leben?«

Wiesbaden, 30. Mai. Im Hessischen Landtag wird, im Eilverfahren, trotz einer die parlamentarischen Riten unterbrechenden Störaktion Behinderter und unbeachtet von der Öffentlichkeit, das »Gesetz zur Änderung des Hessischen Schulpflichtgesetzes und des Schulverwaltungsgesetzes« beschlossen. Das Gesetz verbietet die Integration Behinderter in

Regelschulen grundsätzlich und schreibt die Zwangssonderbeschulung auch gegen den Willen der Eltern fest. Während über die prinzipielle Richtigkeit und Legitimation von Tötungsaktionen an Behinderten noch diskutiert wird, wird die Asylierung und damit die zwangsweise Entfernung Behinderter aus dem öffentlichen Leben Schritt für Schritt vollzogen und damit eine Voraussetzung für das ideologische Vorantreiben und praktische Umsetzen von Tötungsplänen geschaffen.

Aufsätze zu verschiedenen Aspekten des Angriffs auf das Lebensrecht Behinderter enthält die Materialsammlung »Sterbehilfe«

die von der Krüppelinitiative Marburg und der Krüppel- und Nichtkrüppelinitiative Frankfurt zusammengestellt wurde. Neben einem ausführlichen Aufsatz über derzeit schon praktizierte Tötung behinderter Säuglinge sind die Berichte über einen Prozeß gegen NS-«Euthanasie«-Arzte und die »Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben« besonders lesenswert. Die Sammlung enthält auch eine umfangreiche Literaturliste. Zu bestellen ist die 48seitige Broschüre bei der AG SPAK, Kistlerstrasse 1, 8 München 90

konkret 07/89, S. 29

Sinn ohn´ Form

Den deutschen Unternehmern nachzuweisen, was sie in der Nazizeit getrieben haben, ist Sisyphus-Arbeit: Jedem, der die Höhe der Erkenntnis erreicht, folgen zehn beauftragte Fest-Redner, deren frechster tatsächlich Joachim heißt, um ihn hinunterzuschubsen. Es ist eines der Verdienste, die sich Jan Philipp Reemtsma und die Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur mit ihrer Dokumentensammlung »Industrie, Behörden und Konzentrationslager 1938 - 1945 / Reaktionen 1988/ 1989« erworben haben, daß die Historiker solcher Mühen enthoben sind: Die Herren Unternehmer können damals nicht mieser gewesen sein als sie es heute sind.

Sie sagen es selbst; man muß sie nur fragen. Das heißt, wenn »man« fragt, sagen sie nichts – der Fragesteller muß schon einer sein, dem die Antwort zu verweigern ihrem Komment widerspricht. Reemtsma nun hat die Unternehmen und Behörden, die sich einst an der Ausbeutung («Vernichtung durch Arbeit«) von Häftlingen des Konzentrationslagers Neuengamme bereichert hatten, höflich gefragt, ob sie sich an einem Ausbau der Gedenkstätte in Neuengamme »zu einem Ort der Forschung und der Dokumentation« durch Spenden beteiligen wollten. Und sie haben geantwortet.

Blohm + Voss (beschäftigte 1944/45 mindestens 419 Neuengammer KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter): »...wir haben Ihren Vorschlag... geprüft, sehen uns aber nicht in der Lage, ihm zu folgen. Wie Ihnen sicher bekannt, haben wir derzeit ein einschneidendes Umstrukturierungsprogramm für Blohm + Voss ausgelöst, um die in den letzten Jahren aufgelaufenen Verluste zu überwinden... Sie werden verstehen, daß wir unter diesen Umständen an alle Bitten zu finanzieller Unterstützung für Dritte einen besonders kritischen Maßstab anlegen müssen. Wir werden unsere bisherige Förderung des Museumshafens Övelgönne fortsetzen...«

Continental AG (beschäftigte fast 3.000 Zwangsarbeiter aus den Außenlagern Limmer, Stöcken und Ahlem des KZ Neuengamme): »Obwohl wir sehr viel Verständnis für Ihre Aktion haben, möchten wir uns trotzdem nicht beteiligen. Einmal haben wir erst kürzlich mit einem vierstelligen Betrag eine Denkfahrt zum Konzentrationslager Neuengamme unterstützt. Zum zweiten ist es einfach so, daß – wenn wir richtig unterrichtet sind – wir weder am Aufbau des Lagers beteiligt waren, noch Häftlinge des Lagers als Zwangsarbeiter beschäftigt haben..., (weil nämlich) die von Ihnen angesprochenen Häftlinge im Jahre 1944 direkt aus den Lagern Auschwitz bzw. Ravensbrück gekommen sein sollen. Der Bezug zum Lager Neuengamme kann also allenfalls verwaltungstechnischer Art gewesen sein...«

Jastram (beschäftigte 150 KZ-Häftlinge aus Neuengamme): »Wenn ich einen symbolischen Betrag zahlen würde, würde ich damit für mich symbolisch eine besondere Verpflichtung akzeptieren. Die will ich aber für mich nicht gelten lassen...«

So oder ähnlich antworteten auch Krupp, MAN, Philips, Shell. Die Firma Varta schickte einen Scheck über 5.000 Mark (der an sie zurückging). Die Schreiben mit ihren Verweisen auf »besonders kritische Maßstäbe«, denen nur Museumshäfen gerecht werden, auf Bezüge »verwaltungstechnischer Art«, auf inzwischen durch Zu- oder Verkauf veränderte Firmenkonstruktionen (MAN) oder auf eine frühere Ablaßzahlung (Krupp) zeigen: Diese Klasse führt sich jeweils so mies auf, wie die gerade herrschenden Verhältnisse es eben noch erlauben. Die Herren waren damals nicht schlimmer – die Verhältnisse erlaubten ihnen einfach etwas mehr.

Die Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur zeigt die Briefe und dazugehörigen Dokumente in einer Wanderausstellung, die bisher in Hannover und Hamburg zu sehen war, und in einem Hefter, der bei der Stiftung, Mittelweg 36, 2000 Hamburg 13 bestellt werden kann.

konkret 07/89, S. 30

Georg Fülberth

Allerlei Pyrrhus-Siege
Von der Partei-Ruine zur antikapitalistischen Intervention

Nicht nur die »Welt« ist im Wandel: In brennender Sorge wenden sich sogar der »Spiegel«, die »TAZ« und die »FAZ« einer Deutschen Kommunistischen Partei zu, die ihnen zwei Jahrzehnte lang nur gleichgültig oder verhaßt war. Denn in der DKP geht's drunter und drüber, und das gefällt. Worum aber geht es wirklich? Darauf antworten hier zwei Kommunisten, deren Positionen in der innerparteilichen Diskussion eine wichtige Rolle spielen: der »Erneuerer« und ehemalige Vorsitzende des MSB Spartakus, Steffen Lehndorff, und der Marburger Politikwissenschaftler Georg Fülberth

Von der Partei-Ruine zur antikapitalistischen Intervention

Nach dem Frankfurter Parteitag der DKP im Januar 1989 war ich sicher, daß spätestens in vier Jahren Mehrheit und Führung dieser Partei wechseln werden. Erstmals war bei einer solchen Gelegenheit eine innerparteiliche Opposition lautstark aufgetreten (im Unterschied zu 1986, wo nur ein einziger Delegierter seinen Dissens angemeldet hatte), und sie hatte sofort ein Drittel der Delegierten hinter sich gebracht. Daß die bisherige Mehrheit sich wehrte, gehört zum normalen Geschäft. So nutzte sie eben auch die Chance und wählte mehrere exponierte »Erneuerer« aus dem Vorstand ab. Aber andere sind trotzdem hineingekommen. Jetzt würde es darauf ankommen, auf dem nächsten Ordentlichen Parteitag – 1991 – ein anderes Statut durchzusetzen, durch welches die Delegierten nicht mehr von den Bezirken, sondern von den Kreisverbänden der Partei nominiert werden sollen. Und dann – spätestens auf dem übernächsten Parteitag, 1993 – würde ein Führungswechsel fällig sein. Insofern wäre der Frankfurter Parteitag von 1989 ein Übergangsparteitag gewesen.

Wahrscheinlich habe ich mich getäuscht. Die innerparteiliche Opposition hat sich in den folgenden Wochen zwar weiter geäußert und sich sogar in gewisser Weise fester konstituiert: In Köln fand im April eine Tagung »Marxismus in Zukunft« statt. Mitglieder und Funktionäre aus dem Bezirk Rheinland-Westfalen trafen sich zu einer »Strömungs«-Versammlung, gleiches fand in Hessen statt. Und im Herbst 1989 soll es sogar einen bundesweiten »Kongreß Erneuerung« geben. Die Vorstands-Mehrheit wählte im Gegenzug zwei Oppositionelle, Birgit Radow und Werner Stürmann, aus dem DKP-Präsidium ab (Mai 1989), eine innerparteiliche Mobilisierung für ihre eigene Position bringt sie aber gar nicht mehr zustande.

Und doch sieht dies alles häufig mehr nach Abschied aus als nach Kampf um die Partei. Parallel zu den Strömungs-Treffen schwillt die Zahl der Austritte wieder an. Viele von denen, die jetzt zur Opposition aufrufen, erwecken den Eindruck, als wollten sie durch ein Experiment die Hypothese, daß die DKP nicht reformierbar sei, beweisen und dann mit diesem eindeutigen Ergebnis ihres letzten Gefechts abgehen: Sie machen ihr Partei-Abitur.

Auf die Parteiführung, insbesondere den Vorsitzenden und seine Stellvertreterin, reagieren sie larmoyant und scheinen gar nicht zu merken, daß diese schon nicht mehr handlungsfähig sind. Die martialischen Manifeste, welche aus der Düsseldorfer Zentrale kommen. sind in Wirklichkeit Dokumente

der Hilflosigkeit, lösen bei den Neueren aber nicht Gelächter, sondern immer wieder lautes Weinen aus. Im Mai hat das Präsidium einen »Appell an alle Mitglieder der DKP« losgelassen: ein dicker Knüppel in einer kraftlosen Hand. Gewiß werden die Neuerer geschwächt, nämlich dadurch, daß sie davonlaufen. Die Zahl der hauptamtlichen Funktionäre, welche ihren Job kündigen, ist um ein Vielfaches höher als die Menge derjenigen, die geschaßt werden.

Das innerparteiliche Kräfteverhältnis

Die Lähmung der Führungsfiguren beruht darauf, daß sie selbst von drei Faktoren eingeklemmt werden, ohne daß sie diese in einer Synthese verbinden können.

Da ist zunächst die Richtung der »Bewahrer«, vor allem in den Bezirken Ruhr-Westfalen und Nordbayern. Sie machen aktive Gewerkschafts- und Friedensarbeit und lassen die DDR einen guten Mann sein, wenigstens offiziell. Ökologische Fragen greifen sie allenfalls nebenbei auf. Den innerparteilichen Zustand nennen sie Demokratischen Zentralismus und finden ihn ganz in Ordnung. Diejenigen unter ihnen, welche keine hauptamtlichen Funktionäre sind, litten vor dem Auftreten der Erneuerer schon deshalb nicht unter ihrer Partei, weil sie dort kaum aktiv sind, sondern den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in Betrieb und Gewerkschaft haben. Mit der DKP sind sie durch den Mitgliedsbeitrag, die »UZ« und lebenslange Treue verbunden. Seit es die innerparteiliche Opposition gibt, gefällt es aber auch ihnen jetzt weniger, sie wollen es haben, wie es früher war. Der Vorsitzende Mies hat unter ihnen seine schärfsten Kritiker: Sie werfen ihm Schlappheit vor.

Die zweite Richtung sind die Erneuerer und Erneuerinnen. Sie sind besonders stark in den – kleineren – Bezirken Hamburg, Bremen und Rheinland-Pfalz. Zu ihren plausiblen Forderungen gehört die Demokratisierung der Partei. Inhaltlich verlangen sie ein Ende der bisherigen Beschränkung auf Frieden und Betrieb und stattdessen aktive Politik auf

vielen Feldern, insbesondere auch in der Frauen- und Umweltfrage. Da der Kapitalismus nicht frontal zerschlagen werden könne, müsse er so lange reformiert werden, bis er sich selbst nicht mehr wiedererkennt. Reform und Revolution seien nicht mehr zu trennen. Hierin stimmen die Erneuerer mit linken Sozialdemokraten und manchen Grünen überein. An dieser Stelle müßte dann die Frage auftauchen, wozu angesichts solcher Übereinstimmungen eigentlich eine selbständig organisierte Kommunistische Partei nötig ist.

In der DKP stoßen gegenwärtig zwei Milieus aufeinander. Das eine – hier sind die Neuerer zu Hause – steht unter der Hegemonie der Grünen und der neuen sozialen Bewegungen, das andere – die Welt der Alterer – gehört den Gewerkschaften und der SPD. Eigenständig sind sie beide nicht.

Allerdings handelt es sich nicht um Monokulturen. Es gibt Übergangsbereiche. Inzwischen zirkuliert eine »Erklärung von Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären an die Führung der DKP«. Sie fordern eine Erneuerung der Partei und die Einbeziehung von Oppositionellen in die Arbeit der Abteilung »Wirtschafts- und Sozialpolitik« beim Parteivorstand. Mitte Mai soll das Papier bereits von zweihundert Betriebsräten unterschrieben worden sein. Der bekannteste unter ihnen ist Andreas Müller-Goldenstedt, der seit seiner Widerrede auf dem Hamburger Parteitag 1986 große Popularität genießt. Er hat einen offenen Blick für die »Linken Listen« bei den Betriebsratswahlen. Wenn es nach mir ginge, würde er eines Tages Parteivorsitzender. – Auf der anderen Seite gibt es noch immer den Typus des Diplomierten, der, kaum ist er im Apparat, von der Arbeiterklasse schwadroniert. Das hält aber meist nicht sehr lange. – Die Grenzlinie zwischen den »Strömungen« verläuft nicht zwischen Apparat und Mitgliedschaft. Zu den Besonderheiten der gegenwärtigen Parteikrise gehört, daß sich auch Teile des hauptamtlichen Funktionärskörpers auf die Seite der Opposition schlagen, inzwischen sogar mehr als ein Viertel der »UZ«-Redaktion (was haben die denn vorher geschrieben?) – Vielleicht schiebt auch die sogenannte »Feminisierung« von Politik die Fronten zusätzlich durcheinander. Bis heute ist unerklärt, weshalb ausgerechnet die DKP von allen Parteien der Bundesrepublik den höchsten Frauenanteil unter ihren Mitgliedern hat (42 Prozent). – Hunderte vor allem (damals) junger Leute haben Berufsverbots-Verfahren standhaft über sich ergehen lassen. Soweit sie noch in der DKP sind, befinden sie sich auf beiden Seiten der gegenwärtigen Konfliktlinie. – Ein neues Phänomen taucht auf: Ehemalige Mitglieder, die in Einzelpunkten, welche sie sich selbst aussuchten, weiter für die Partei arbeiten, und zwar mehr als zuvor. Offensichtlich steckt(e) in dieser kleinen DKP doch mehr Hoffnung und moralische Substanz von einzelnen Menschen, als in den jetzigen Abrechnungen sichtbar wird.

Der dritte Faktor, welcher auf die DKP einwirkt, ist ihre Nähe zur SED. Diese erwartet von der Partei nur zwei Dinge: erstens Unterstützung ihrer Friedenspolitik, und zweitens kann sie es nicht ausstehen, wenn sie kritisiert wird. Häufig wird vermutet, die SED dirigiere jeden einzelnen Schritt der DKP. Das ist sicher falsch. Die Unselbständigkeit der Führung besteht eher darin, daß sie gern bereit wäre, der Schwesterpartei jeden Wunsch von den Lippen abzulesen, daß die aber – von ihren beiden Hauptbedingungen abgesehen – nichts sagt. Ihr Einfluß auf die DKP ist eher passiv als aktiv. Zumindest einige Funktionäre an der Spitze halten es offensichtlich für Politik, wenn sie auf die Einhaltung der beiden Grundregeln achten und im übrigen dafür sorgen, daß sonst nichts passiert. Von der Konstituierung der Partei (1968) an ist ihnen bis heute noch nichts Eigenständiges eingefallen. Ihre Ablösung ist tatsächlich überfällig.

Erfolg-Losigkeit und Erfolgs-Kriterium

Angesichts dieser offenkundigen Tatsache ist es eher verwunderlich, daß die Erneuerer den Kampf um die Führung vor allem durch Flucht führen. Offensichtlich haben sie keine Lust, an die Spitze einer Partei zu treten, welche sie für längst gescheitert halten. Ihr Leiden an der DKP resultiert nicht aus dem Mangel an innerparteilicher Demokratie, sondern an Erfolg. Der Anlaß, welcher ihr Selbstbewußtsein zerstört hat, ist relativ banal: der Aufstieg der Grünen. Diese Partei hat das Wenige erreicht, womit sich die DKP auch begnügt hätte: den Einzug in den Bundestag. Seitdem ist sie genauso wie die Erneuerer ihre Partei gern hätten: nicht nur friedensorientiert und sozial, sondern auch ökologisch, radikaldemokratisch und frauenfreundlich. Nur ließ sich das mit der DKP nicht machen: Eine radikale Umwelt- und Demokratiepolitik hätte auch zu einer kritischen Betrachtung der Zustände, die auf diesen Gebieten in der DDR herrschen, geführt. Und eine feministisch orientierte DKP hätte sich zumindest an der Zusammensetzung der Führungsgremien der SED stoßen müssen. Da konnten die Grünen ungehemmter von solchen Skrupeln voranschreiten.

In Wirklichkeit aber ist nicht die Erfolg-Losigkeit das Hauptproblem, sondern das falsche Erfolgs-Kriterium. Ich weiß: Als dem Fuchs die Trauben zu hoch hingen, behauptete er, sie seien sauer. Dennoch meine ich: Hauptaufgabe einer kommunistischen Partei in einer nichtrevolutionären Situation kann nicht sein, unbedingt Parlaments- und Talkshow-Reife zu erlangen, sondern: rücksichtslose praktische und theoretische Kritik der bestehenden Verhältnisse sowie der Versuch, alle oppositionellen Bewegungen – und es gibt doch viele! – auf den antikapitalistischen Punkt zu bringen. Diese Arbeit ist von einer KP allein nicht zu leisten, sondern nur von einer Formation, die über sie hinausgreift. Das ist keine Sache der Taktik und des »Bündnisses«, sondern resultiert daraus, daß der Marxismus die Stärke, aber auch die notwendige Grenze einer kommunistischen Partei ist. Mit seiner Kritik der Politischen Ökonomie vermag er das Schicksal der Arbeit zu analysieren, sofern sie marktförmig zutagetritt – und er entdeckt den Mehrwert als ein für den Kapitalismus spezifisches Produkt der Ausbeutung. Es gibt aber – auch in dieser Gesellschaft – noch andere Formen der Unterdrückung und der

Aneignung fremder Arbeit, und sie strukturieren das System ebenfalls. Teile der Feministinnen haben dies bislang am besten herausgearbeitet, doch könnte es auch jenseits des Geschlechterverhältnisses nachgewiesen werden. Ist es Aufgabe der Kommunistinnen und Kommunisten; *alle* Verhältnisse zu bekämpfen und umzustürzen, in denen Menschen ein unwürdiges Leben führen müssen, dann wird dieser »Kommunismus« eben über die bisherige Kritik der Politischen Ökonomie hinausgreifen müssen, und das hat Folgen für die Organisation, in welcher die KP ein Teil, nicht aber das Ganze sein kann.

Aus vier mach fünf

Wer antikapitalistische Arbeit leisten will, muß sich Klarheit verschaffen über das Stadium, in welchem der Kapitalismus sich gegenwärtig befindet. Ich nehme an, daß er bisher fünf Phasen durchlaufen hat. (Die Leserinnen und Leser des »Arbeiterkampf« und der Zeitschrift »Linke Liste« bitte ich um Nachsicht: für sie habe ich noch kürzlich nur vier Perioden herausgerechnet, es sind aber fünf.) Das Problem der DKP besteht darin, daß sie in der vierten Periode steckengeblieben ist.

Folgende Phasen kapitalistischer Entwicklung lassen sich feststellen:

1. Die erste war die Industrielle Revolution. Sie setzte sich in den meisten kapitalistisch werdenden Ländern unter so katastrophalen Umständen durch und war mit so massenhaftem Leid verbunden, daß viele Zeitgenossen – und zwar einerseits Konservative, andererseits revoltierende Arbeiter sowie Theoretiker, die sich mit einer der beiden Verlierer-Gruppen verbanden – das baldige Ende einer solch ungerechten, »anarchisch« (Engels) sich entwickelnden Produktionsweise vorhersagten.

2. Doch die Prognose war falsch: es folgte eine Periode der Konsolidierung des Kapitalismus, in Deutschland zwischen ca. 1870 und 1914. (In Großbritannien begann sie schon um 1848). Das Gesellschaftssystem entwickelte sich auf seinen eigenen Grundlagen weiter und wuchs in den Imperialismus hinein.

3. Die Jahre 1914 bis 1945 sind die Periode der inner-imperialistischen Konfrontation: Die kapitalistischen Staaten treten zum Kampf gegeneinander an.

4. Danach beginnt die Systemauseinandersetzung mit den neuen, nichtkapitalistischen Gesellschaften, welche seit 1917 entstanden waren. Die imperialistischen Staaten schließen sich zusammen und führen den Kalten Krieg gegen die sozialistische »Bedrohung«. Eine zweite Front ist die Auseinandersetzung mit den Befreiungsbewegungen der sogenannten »Dritten Welt«.

Die Periode der imperialistischen Konfrontation (dritte Phase, 1914-1945) und die der Systemauseinandersetzung (vierte Phase) überschneiden sich: Hitlers Überfall auf die Sowjetunion 1941 war Krieg gegen den Sozialismus, zugleich aber befand sich Nazi-Deutschland noch im Kampf gegen die imperialistischen Konkurrenten Großbritannien, Frankreich und – zuletzt – die USA. Doch erst nach der Niederlage des Faschismus trat die Systemauseinandersetzung voll zutage.

5. Seit etwa Mitte der achtziger Jahre tritt der Kapitalismus in seine fünfte Phase ein. Sie ist gekennzeichnet durch:

a) die Niederlage der nachkapitalistischen Länder im Kalten Krieg und ihre tendenzielle Einbeziehung in eine kapitalistische »One World«,

b) das Einschwenken vieler durch nationalrevolutionäre Bewegungen befreiter Länder der »Dritten Welt« auf den kapitalistischen Entwicklungsweg,

c) die Gefahr einer Aushebelung gewerkschaftlicher Gegenmacht durch einen neuen Produktivkraft- und Akkumulationstyp in den am meisten entwickelten kapitalistischen Gesellschaften.

Der Konsens der kapitalistischen Modernisierung

Dieser zeitweilige Triumph des Kapitalismus – niemand weiß, wie lange er anhält – hat allerdings neue Probleme produziert: militärische und zivile »Risikotechnologie«, weitere Verelendung der sogenannten »Dritten Welt«, Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen, hohe ständige Arbeitslosigkeit.

In der Auseinandersetzung mit diesen Gefahren ist in der Bundesrepublik ein Konsens kapitalistischer Modernisierung entstanden. Er reicht von der Mitte der CDU über FDP, SPD, die Grünen bis zu den Erneuerern der DKP (so weit diese überhaupt als eine Einheit zu fassen sind). Der Kapitalismus soll friedensfähig gemacht und ökologisch, sozial und frauenfreundlich geliftet werden.

Innerhalb des Konsensus der kapitalistischen Modernisierung gibt es zwei Hauptrichtungen: Die eine setzt auf Markt-Radikalismus (FDP, die Mehrheit der CDU), »Innere Sicherheit« (CDU) und weitere Betonung des militärischen Droh-Potentials (CDU/CSU). Die Vertreter der zweiten fordern eine stärkere soziale Ab-Pufferung und gewichten die innere und äußere »Sicherheit« schwächer – entweder aus prinzipiellen Gründen (Grüne) oder solange sie in der Opposition sind (SPD).

Dieser Kurs der kapitalistischen Modernisierung wird wahrscheinlich relativ erfolgreich sein in der Milderung einiger der neuen Probleme, nicht aber in ihrer Beseitigung:

1. Selbst falls es gelingen sollte, die Gefahr eines Atomkrieges zu vermindern, wird der Kapitalismus dadurch noch keineswegs »friedensfähig«. In absehbarer Zeit bleibt er Rüstungs-Keynesianismus (dafür benötigt er in der Regel ein Feindbild), und er wird sein militärisches Drohpotential gegen die Underdogs des internationalen Systems sozioökonomischer Übervorteilung richten.

2. Die Zerstörung der Biosphäre wird allenfalls in den am höchsten entwickelten kapitalistischen Staaten etwas verlangsamt, die »Entwicklungsländer« und Osteuropa bekommen dafür umsomehr Dreck auf den Kopf.

3. Im Geschlechterverhältnis wird das Patriarchat modernisiert, aber nicht abgeschafft.

4. Massenarbeitslosigkeit wird durch die kapitalistische Modernisierung schon deshalb nicht beseitigt, weil sie zu ihren Mitteln gehört. (Natürlich sehen Sozialdemokraten, Grüne und DKP-Neuerer das anders, aber dies gehört eben zu ihren Illusionen.)

5. Der »neue« Kapitalismus wird – ebenso wie der alte – durch aggressive Weltmarkt-Orientierung gekennzeichnet sein.

Die kapitalistische Modernisierung wird nicht allezeit das gesamte politische Spektrum integrieren können. Schon sind bei den Wahlen in Westberlin und Hessen die »Republikaner« und die NPD nach rechts hin herausgerutscht – und dies während eines Wirtschaftsaufschwungs, noch nicht einmal in einer Krise. Auf der Linken wirkt sich die Polarisierung zunächst noch zugunsten der »Grünen« aus. Daß auch hier etwas absplittern kann, zeigt der relative Erfolg der DKP bei der Kommunalwahl in Hessen: Obwohl sie ein Drittel weniger Kandidaturen anmeldete als 1985 und obwohl nur eine Minderheit der Mitglieder sich überhaupt am Wahlkampf beteiligte, verdoppelte sie ihre Stimmenzahl. Das war keine Zustimmung zur Politik der DKP (eine solche ist zur Zeit nicht feststellbar), sondern eine im Vergleich zu früher größere Menge von Wählerinnen und Wählern war bereit, das jeweils linkeste Angebot zu wählen.

Die leichte Polarisierungstendenz wird zunächst zu Lasten der CDU/CSU gehen: Sie kann das rechte Lager nicht länger hinter sich vereinigen. Solange auf Bundesebene eine rosa-grüne Koalition nicht durchgesetzt ist, wird dieses Modell (SPD + Schily) in wachsendem Maße innerhalb der Linken hegemoniefähig werden, und dies wird wohl auch noch für die ersten Jahre einer solchen neuen Regierung gelten. Doch schon während sie sich vorbereitet, kann es zu einer Scheidung zwischen der Modernisierungs»Linken« und einer neuen, genuin linken antikapitalistischen Allianz kommen. Nur in der letzteren hat die DKP einen sinnvollen Platz und überhaupt eine Existenzberechtigung.

Urahne, Großmutter, Mutter und Kind

Ob sie diese neue Aufgabe wahrnehmen kann, hängt davon ab, wie sie es schafft, sich gründlich zu transformieren. Dies alles ist nichts Neues, denn die kommunistische Bewegung hat in ihrer ca. einhundertvierzigjährigen Geschichte immer wieder ihre Gestalt gewechselt. Ihr Formwandel entspricht im Groben – allerdings nicht in allen Einzelheiten – den fünf Perioden der bisherigen kapitalistischen Entwicklung:

1. Die kommunistischen Organisationen während der Industriellen Revolution waren im wesentlichen Propaganda-Gesellschaften.

2. In der Periode der imperialistischen Konsolidierung fanden sich die Kommunistinnen und Kommunisten als Minderheiten in den sozialdemokratischen Massenorganisationen. Eine Ausnahme bildeten die Bolschewiki seit 1903. Ihr Parteityp resultierte aus der besonderen Situation Rußlands: Dieses befand sich 1870-1914 noch nicht in der Periode der kapitalistischen Konsolidierung, sondern in der industriellen Revolution – allerdings zugleich schon unter den Bedingungen des Imperialismus. Hinzu kamen die Kampfbedingungen, welche der zaristische Absolutismus den Revolutionären aufzwang. Die Bolschewiki waren durch diese Sonder-Situation geprägt, und schon deshalb wäre es unsinnig, ihre Parteiform für ein zeitloses Modell zu halten.

3. In den Jahren 1917-1923 wirkten sie auf Teile der radikalen Arbeiterschaft allerdings politisch stilbildend – nicht durch ihre Organisationsstruktur, sondern durch das Vorbild der Oktoberrevolution. In vielen Ländern der kapitalistischen Welt bildeten sich kommunistische Parteien als Gewalthaufen, die in historisch kürzester Frist die sozialistische Umwälzung durchsetzen und damit das revolutionäre Rußland aus seiner Isolation befreien wollten.

4. Diese dritte Periode endete schon Mitte der zwanziger Jahre (also noch in der Phase der inner-imperialistischen Konfrontation), als sich der Kapitalismus als vorerst stabil erwies. Nunmehr stellte – schon lange vor der vollen Herausbildung der Systemauseinandersetzung in der uns später geläufigen Form – Stalin die Kommunistische Internationale und ihre Sektionen auf den Kampf zwischen dem »Sozialismus in einem Land« und der kapitalistischen Welt ein. Die kommunistischen Parteien im Kapitalismus hatten auf Jahrzehnte hin die folgende Hauptaufgabe: nicht die Revolution im eigenen nationalen Rahmen zu machen, sondern die Ergebnisse der Oktoberrevolution zu schützen. Dies geschah durchaus innerhalb eines revolutions-theoretischen Konzepts: Wenn es gelinge, den Sozialismus und Kommunismus in Sowjetrußland aufzubauen, dann stelle er ein solches Machtpotential dar, daß auch die Umwälzung in

den bis dahin kapitalistisch gebliebenen Ländern beschleunigt werde. Die unmittelbaren Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, die Revolution in China sowie die Erfolge der nationalen Befreiungsbewegungen schienen diese Strategie glänzend zu bestätigen. Auch die erst 1968 neukonstituierte DKP folgte diesem Konzept.

5. Es war in sich schlüssig, aber spätestens in den achtziger Jahren zeigte sich, daß es gescheitert war. Die Gründe hierfür müssen jetzt analysiert werden.

Die Mitglieder der DKP allerdings reagieren auf die Niederlage erst einmal verstört. Manche – die Alterer – machen einfach die Augen zu; andere treten aus; wieder andere – Teile der Neuerer – wollen die Partei in den Konsens der kapitalistischen Modernisierung einbringen; und zu wenige haben sich bisher Gedanken darüber gemacht, wie sie vom Hinterherlaufen zu einer Politik der antikapitalistischen Intervention übergehen können.

Mittel und Zweck einer Partei-Reform

Dazu ist allerdings eine Umkrempelung der DKP notwendig – inhaltlich und organisatorisch:

Das Verhältnis von Produktivkraftentwicklung und gesellschaftlichem Fortschritt muß neu überdacht werden; andere sind da weit voraus. Es ist hohe Zeit, daß der differenzierte Begriff von Arbeiterklasse, den die Partei immerhin theoretisch schon entwickelt hat, nun auch in ihrer praktischen Politik sichtbar wird. Die Einschränkung der offiziellen DKP-Aktivität auf Ökonomismus und Frieden muß aufgebrochen werden: Am Beginn der Geschichte des Bolschewismus steht Lenins Forderung, »auf alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen« (»Was tun?«). Und selbstverständlich ist jetzt eine absolut eigenständige Haltung im Verhältnis zu den regierenden Parteien der nichtkapitalistischen Länder dringend notwendig. Das schließt jede Form operativer und finanzieller Abhängigkeit strikt aus.

Zum organisatorischen Erneuerungsbedarf gehört die Anreicherung der Formen der Grundorganisationen. Viel Energie der Mitglieder verpufft, solange sie nur in Wohngebiets-, Betriebs- und Hochschulgruppen zusammenarbeiten können. Projektgruppen zu aktuellen Themen müssen hinzukommen. Viele Genossinnen und Genossen identifizieren sich in erster Linie über bestimmte »Strömungen« mit der Partei. Das Statut verbietet diese nicht, sie dürfen auch in der Praxis nicht unterdrückt werden. Die Delegierten-Wahl für die Parteitage sollte nicht durch die Bezirke, sondern durch die Kreise erfolgen. An der Spitze der DKP sind Präsidium und Sekretariat entbehrlich, man kann sie durch einen geschäftsführenden Vorstand ersetzen. Die hervorgehobene Position des Vorsitzenden sollte auf eine eher formale Funktion mit relativ häufig wechselnder Besetzung reduziert werden. Derlei Vorschläge stimmen mit denen der Erneuerer und Erneuerinnen zwar weitgehend überein. Aber erst nachdem sie realisiert sind, kann die relevantere Auseinandersetzung stattfinden. In ihr muß sich entscheiden, ob die DKP ein Teil der Koalition für eine kapitalistische Modernisierung wird, also überflüssig – oder ob sie das wird, was sie in den nächsten Jahren überhaupt nur noch sein kann: eine Protest- und Oppositionspartei unter den Bedingungen der Möglichkeit rosa-grüner Regierungen, die sie von links her (zusammen mit anderen) konstruktiv zu bekämpfen hat. Danach wird man weitersehen.

konkret 07/89, S. 34

Steffen Lehndorff

Allerlei Pyrrhus-Siege
Finnlandisierung der DKP?

Nicht nur die »Welt« ist im Wandel: In brennender Sorge wenden sich sogar der »Spiegel«, die »TAZ« und die »FAZ« einer Deutschen Kommunistischen Partei zu, die ihnen zwei Jahrzehnte lang nur gleichgültig oder verhaßt war. Denn in der DKP geht's drunter und drüber, und das gefällt. Worum aber geht es wirklich? Darauf antworten hier zwei Kommunisten, deren Positionen in der innerparteilichen Diskussion eine wichtige Rolle spielen: der »Erneuerer« und ehemalige Vorsitzende des MSB Spartakus, Steffen Lehndorff, und der Marburger Politikwissenschaftler Georg Fülberth

Finnlandisierung der DKP?

Armes Finnland. Immer wieder liefert es der bundesdeutschen Politik abschreckende Beispiele. Jahrzehntelang gehörte die »Finnlandisierung« zu den Horror-Bildern des Antikommunismus. Jetzt haben die ruhigen Menschen aus dem hohen Norden für ein Ereignis gesorgt, das in einer ganz anderen politischen Ecke der Bundesrepublik tiefe Abneigung hervorruft: die »Selbstauflösung« der kommunistischen Partei Finnlands (genauer gesagt: des alten »rechtsopportunistischen« Mehrheitsflügels der Partei, von dem sich die »marxistisch-leninistische« Minderheit vor einiger Zeit abgespalten hatte). Seitdem macht in hauptamtlichen Parteikreisen der DKP das Wort die Runde, daß man am Beispiel Finnlands wieder mal sehen könne, wohin das alles führe. »Das alles« – das ist das Infragestellen eherner kommunistischer Grundsätze und die Herausbildung unterschiedlicher Flügel der Partei, mit der angeblich unvermeidlichen Folge von Fraktionen und Spaltung.

Nun wäre die Umwandlung der kommunistischen Partei Finnlands zu einer links-sozialistischen Partei ein näheres Studium wert. Ebenso übrigens wie die neuere Geschichte von Vereinigungsprozessen in der kommunistischen Bewegung Spaniens (nach diversen vorangegangenen Spaltungen) . Ohne dieses noch ausstehende Studium will mir nicht einleuchten, warum angesichts all dessen, was sich gegenwärtig in der kommunistischen Bewegung zwischen Düsseldorf und Peking sonst noch so tut, ausgerechnet das finnische Beispiel so besonders verwerflich sein soll. Eine kleine Einschränkung mache ich allerdings: Wenn es etwas gibt, das in der Vorgeschichte der finnischen Parteispaltung auf den ersten Blick negativ auffiel, war es die Fixierung beider Fraktionen aufeinander, die zu jahrelangen quälenden, verschleißenden innerparteilichen Grabenkämpfen und Taktiererein führte.

Damit verglichen ist die Erneuerungsströmung in der DKP heute drauf und dran, eine Chance zu ergreifen: sich aus der Binnen-Fixierung zu lösen, sich als offene und öffentliche Strömung um eigene interessante Beiträge zur Diskussion der Gesamt-Linken zu bemühen, politische Initiativen zu entwickeln. Mit dem für den Herbst geplanten »Kongreß Erneuerung« soll ein großer Schritt in diese Richtung gegangen werden.

Die Aufforderung der Führungsgruppe der DKP an die Erneuerungsströmung, wieder »in die Strukturen der Partei zurückzukehren«, verfehlt deshalb ihr Ziel und löst keine Angstreflexe mehr aus. Die von Vorständen der Partei angesetzten Diskussionsveranstaltungen können ja wohl nicht der einzige Ort der Meinungsbildung von Parteimitgliedern sein. Wir werden nicht in autoritäre Strukturen »zurückkehren« wie pubertierende AusreisserInnen, denen schon am Stadtrand das Geld für die große Reise ausgegangen ist. Wenn nämlich die Gedanken zur Erneuerung kommunistischer Strategie, Politik und Organisation weiterentwickelt werden, wenn es mehr interessante Diskussionsbeiträge und Politikansätze aus der Erneuerungsströmung gibt, die auf die Probleme der Linken und der Arbeiterbewegung Antworten zu geben versuchen, dann wird dies noch weniger als bisher schon auch auf offiziellen Veranstaltungen des Parteivorstands der DKP (auf denen wir selbstverständlich weiter mitdiskutieren werden) zu übergehen sein. Der Erneuerung der DKP kann dies nur nutzen.

Es sei denn, die DKP läßt sich wieder in jene Wagenburg zurückzerren, aus der ihre Führungsgruppe nie herausgekommen ist. Der Leiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Heinz Jung, hat kürzlich im Zusammenhang mit seinem Protest-Rücktritt aus dem Präsidium der DKP erklärt: »Als Kommunist muß ich mit Bedauern feststellen, daß eine spätstalinistisch-traditionalistische Mentalität bei einflußreichen Teilen der Parteiführung nicht nur zur wesentlichen Barriere gegen die Erarbeitung der Realität und die notwendige Erneuerung geworden ist, sondern daß nun auch wieder der Monopolanspruch auf Wahrheit, die Privateigentümermentalität gegenüber der Partei und geistige und politische Intoleranz als ihre Ausdruckformen um sich greifen. Letztlich ist es die Angst vor der Realität und vor der Zukunft, die sich in einer solchen Haltung ausdrückt.«

Die Frage ist nun, ob demgegenüber die Erneuerungsströmung die Kraft aufbringt, sich der Realität und der Zukunft zuzuwenden. Ansätze dazu gibt es durchaus. Namentlich von Heinz Jung selber, der in Zusammenarbeit mit Jörg Huffschmid in der Schrift »Reformalternative« eine fortschrittliche politische Plattform für die 90er Jahre zur Diskussion gestellt hat. Ein Reformkonzept für eine Bundesrepublik, die zwar, wie realistischerweise zu erwarten ist, noch

kapitalistisch sein wird, die sich aber an innere und äußere politische Bedingungen anzupassen hat, die eine stärkere Berücksichtigung der Interessen an Abrüstung und an der Abwendung des ökologischen Kollaps, der Überlebensinteressen der Dritte-Welt-Völker, des Drängens von Frauen auf Gleichstellung und Eigenständigkeit, der sozialen Interessen der »RationalisierungsverliererInnen«, der demokratischen Gestaltungsansprüche nicht zuletzt der »RationalisierungsgewinnerInnen« verlangen. Im Rahmen dieses Gesamtkonzepts wird an verschiedenen Einzelaspekten gearbeitet, z.B. an einem Chemie-Umbaukonzept von der DKP in Rheinland-Pfalz.

Die »Reformalternative« ist hier und da auf Kritik gestoßen, etwa der Art, daß das Reformpotential des Kapitalismus überschätzt werde, hinter lauter Menschheitsinteressen der Klassenkampf aus dem Blickfeld gerate, usw. Die Kritik verdient ernsthafte Auseinandersetzung. Noch wichtiger als die Kritikpunkte im einzelnen scheint mir aber die Beobachtung zu sein, daß es in der linken Öffentlichkeit zur Zeit insgesamt nur mäßiges Interesse an einer Auseinandersetzung um die mit der Reformalternative verbundenen Fragen gibt. Dies muß nicht nur uns zu denken geben, sondern auch unseren KritikerInnen außerhalb der DKP, die nicht müde werden, auf die inhaltlichen Defizite der Erneuerungsströmung hinzuweisen. Am besten wäre es, sie vergewisserten sich erst einmal unauffällig, ob sie nicht selber im Glashaus sitzen. Denn unabhängig von allen bei uns vorhandenen Defiziten und kritikwürdigen Positionen könnte ja die eher matte Reaktion auf das Reformkonzept für die 90er Jahre an einem gemeinsamen linken Problem liegen: Wer sind die Subjekte der (über)lebensnotwendigen gesellschaftlichen Veränderungen? Was motiviert sie zum Handeln? Gibt es überhaupt noch (oder wieder) ermutigende Visionen der Gesellschaftsveränderung? So lange wir allesamt so wenig über die Subjekte der Veränderung wissen – uns selber eingeschlossen!! – so lange wir durch den allgegenwärtigen Utopieverlust der Linken gebeutelt sind, haftet den diversen linken Strategiediskussionen, darunter der Diskussion um die Reformalternative, etwas eigentümlich Abstraktes und Staubtrockenes an.

Die Kritik an den überkommenen Parteistrukturen, die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus – beides Hauptthemen der Erneuerungsströmung – können sich da als ein nicht nur notwendiger, sondern auch schöpferischer Umweg erweisen, der zur Gewinnung eines neuen kollektiven politischen Selbstbewußtseins beiträgt. Denn die Geschichtsdiskussion in der kommunistischen Bewegung mündet in die Frage nach den Strukturen im Denken und Handeln, die die stalinistischen Verbrechen ermöglicht haben. Auch wir als die Nachgeborenen müssen uns fragen, wie sehr diese Strukturen im Denken und Handeln auch in uns selber, in unserer eigenen bisherigen Politik und Organisationspraxis lebendig waren bzw. sind. Dieses Nachdenken führt uns zu der Einsicht, daß wir vielfach ein instrumentelles Verhältnis zur Politik und zu den Menschen hatten und haben. Durch die Aufarbeitung unserer jeweils persönlichen politischen Vergangenheit können wir uns den Zugang erschließen zu einem Verständnis von der Rolle des Individuums im Geschichtsprozeß, das sich dem Niveau des Marxismus annähert, der die Perspektive einer Gesellschaft begründet, »in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«. Vielleicht ist dies nur für DKP-Leute wie mich eine Neuentdeckung. Diese Vermutung ändert aber nichts an der Tatsache, daß die von den Linken angebotenen Politik- und Organisationsformen heute immer noch weitgehend quer zu den individuellen Gestaltungsansprüchen liegen, die sich mittlerweile in der bundesdeutschen Gesellschaft auf vielfältige Weise Geltung zu verschaffen versuchen.

Dies hängt zumindest teilweise damit zusammen, daß den Linken (nicht nur den KommunistInnen) selber die Vision einer befreiten Gesellschaft abhanden gekommen ist. Mir hat deshalb der Gedanke Georg Fülberths gut gefallen, den er vor knapp einem Jahr so formulierte: »Wir stehen vor einer ideologischen Doppelaufgabe. Erstens benötigen wir eine Art 'nachholende Modernisierung', in der wir uns das aneignen, was in Fragen der Technologie, der Ökologie und der Frauenpolitik von anderen vor uns erarbeitet wurde. In dieser Phase ist die Gefahr des schieren Nachlaufens und des Verlierens der eigenen Spezifik tatsächlich groß. Die Anstrengung des Aufholens muß sich deshalb von Anfang an mit der Erarbeitung eigener, kommunistischer Positionen verbinden.«

Letztlich geht es, denke ich, darum, die Perspektive des Kommunismus neu zu begründen aus den Widersprüchen des real existierenden Kapitalismus von heute, als Teil einer Welt, die objektiv eine von unversöhnlichen Klassengegensätzen durchzogene »Gefährdungsgemeinschaft« geworden ist. Und dies in Auswertung der bisherigen zum Teil niederschmetternden Versuche, den Sozialismus aufzubauen. Einige von uns haben kürzlich versucht, ein paar Gedanken zu dieser notwendigen Diskussion über eine neue »kommunistische Identität« beizusteuern. In unserem Beitrag »Für eine moderne kommunistische Partei« (nachzulesen in »Sozialismus« oder im »Arbeiterkampf« oder für 2 Mark zu bestellen bei der DKP Köln) fragen wir danach, wo denn aus heutiger Sicht die Grenzen der Produktivkraftentwicklung im modernen Kapitalismus liegen. »Die vom Kapitalismus geprägte Produktivkraftentwicklung hat – auch in den nichtkapitalistischen Ländern – zu lebensgefährlichen Deformationen und Zerstörungen geführt. Ein stofflicher Umbau des Produktivkraftsystems ist lebensnotwendig. Die Kontrolle der Produktivkräfte ist handgreiflicherweise zu einer Bedingung für ihre weitere Entwicklung geworden. Gleichzeitig verändert der technische Fortschritt mit der Automatisierung und Verwissenschaftlichung der Produktion den Charakter der produktiven Tätigkeit... Kreativität, Verantwortlichkeit, Eigeninitiative, unablässiges Lernen, kurz: 'die freie Entwicklung der Individualitäten' (Marx, Grundrisse) tauchen nicht mehr nur als Inhalt ethischer oder politischer Forderungen auf. Sie werden vielmehr zunehmend von der Produktivkraftentwicklung selbst erzwungen. Mit diesen beiden Prozessen wird die gesellschaftliche Kontrolle der

Produzenten über die Produktion, d.h. die *Demokratisierung* des Produktionsprozesses und damit des ganzen gesellschaftlichen Lebens zur Entwicklungsbedingung für die Produktivkräfte und selbst zu einer Produktivkraft... Wenn die Demokratisierung soweit getrieben wird, daß sie gegen die ökologische Krise wirksam wird und sich als Mittel zur Entfaltung und Beherrschung der menschlichen Produktivkräfte bewährt, verliert sie ihren reinen Reformcharakter und bekommt selbst revolutionäre Qualität.«

Wenn die Demokratisierung der Gesellschaft tatsächlich in den Mittelpunkt der revolutionären Veränderung rücken sollte, bräuchten wir schon eine politische Kraft als *Motor der Demokratisierung.* Wir nennen sie – als Arbeitstitel – eine »moderne kommunistische Partei« und entwickeln einige Kriterien, denen eine solche Organisation genügen müßte. Dieses Herangehen scheint mir mehr dem oben zitierten Fülberth'schen Anspruch zu genügen als seine eigene Schlußfolgerung, für die bevorstehende Ära »rosa-grüner Besoffenheit« bedürfe es einer linksradikalen Protestpartei, die ihr Pulver für die danach absehbare Phase der Ernüchterung trocken hält. Wäre es denn, frage ich einmal dagegen, nicht interessanter, darüber nachzudenken, mit welchen *Inhalten* »rosa-grün« zu einem Projekt *gesellschaftlicher* Kräfte gemacht werden kann, um die Eindämmung der (Über-)Lebensprobleme ein Stück näherzurücken und eine Perspektive weiterreichender gesellschaftlicher Veränderung überhaupt erst eröffnen zu können?

Unsere Konsequenz: Wichtig wäre eine Organisation der RevolutionärInnen, »die alle Unterdrückungsverhältnisse, die in der kapitalistischen Gesellschaft bestehen, bekämpft und die zugleich – im Dialog und in der Zusammenarbeit mit anderen – die gesellschaftliche Entwicklung auf dem Weg der konsequenten Demokratisierung voranbringen hilft, also ein vorwärtstreibender und bewußtseinsbildender Faktor.«Auch innerhalb der Erneuerungsströmung ist unser Beitrag umstritten. Manchen GenossInnen ist er zu orthodox-marxistisch, er setze zu viel voraus, was erst einmal zu hinterfragen sei (um es an Begriffen festzumachen: Marxismus, Sozialismus, kommunistische Organisation, usw.). Kritik, die ich teile, löst aus, daß der Beitrag einmal mehr bei der Forderung stehen bleibt, die sich bei vielen fortschrittlichen Menschen verändernde Einstellung zur Politik und zu Organisationen »sensibel aufzunehmen«, aber keine Hinweise darauf gibt, wie das geschehen könnte. Schließlich wird zu Recht bemängelt, daß der Beitrag noch völlig abgehoben von den gegenwärtigen politischen Prozessen in der Bundesrepublik ist.

Der nunmehr beginnenden Diskussion innerhalb der Erneuerungsströmung läßt sich vieles nachsagen, nur eines nicht: daß sie nichts mit den Problemen zu tun habe, an denen die Linke insgesamt herumrätselt. Auf dem »Kongreß Erneuerung« und in vorbereitenden Materialien wird dies hoffentlich auch für eine breitere Öffentlichkeit innerhalb und außerhalb der DKP erkennbar.

Bei alledem beschleicht manche von uns in regelmäßigen Abständen (vor allem nach der täglichen »UZ«-Lektüre) das dumme Gefühl, daß die DKP eigentlich der ungeeignetste Ort auf der Linken ist, diese Debatten zu führen. Nicht wenige treten aus der Partei aus. Bei allem Respekt vor der Entscheidung dieser GenossInnen – ich halte sie für falsch. Denn es gibt in der Partei eine neue, ermutigende Grundströmung: Wachsendes Selbstbewußtsein vieler GenossInnen im Zuge der Parteiauseinandersetzung, Unwille gegenüber selbstherrlicher Bevormundung durch eine kleine Führungsgruppe, ein »coming out« vieler seit zehn, zwanzig, vierzig oder gar sechzig Jahren aktiver FunktionärInnen. Gleichwohl ist die Sehnsucht nach Sicherheit in den altgewohnten autoritären Strukturen noch allgegenwärtig. So sind die Zweifel sehr berechtigt, ob der lange und beschwerliche Weg kommunistischer Erneuerung, den wir gehen wollen, überhaupt in und mit der DKP gegangen werden kann.

Gerade jetzt erhalten diese Zweifel kräftige Nahrung. Die Führungsgruppe hat begonnen, personalpolitisch durchzuzocken, nachdem sie sich vor und auf dem Parteitag im Januar in diesem Punkt noch nicht durchsetzen konnte. Dort, wo ihr Arm hinreicht, beginnt sie, die Leitungsgremien von AnhängerInnen der Erneuerung zu »säubern« (so nannte man das früher). Für den Fall der Fälle wird schon mal vorgesorgt: Die Organisierung von »Strömungstreffen« wurde von der Zentralen Schiedskommission als »parteischädigend« bezeichnet, »weil sie letzten Endes zur Fraktionierung und Spaltung der Partei führen.« Ausdrücklich wurde dem antragstellenden Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen das Recht zuerkannt, »im Rahmen der statuarischen Bestimmungen mit ihm geeignet erscheinenden Maßnahmen parteischädigender Tätigkeit entgegenzuwirken.« Die Ausschluß-Guillotine wird also schon geschmiert, nur vor der Bedienung wird zurückgeschreckt aus Angst, sich dabei versehentlich die eigenen Arme abzuhacken.

Dennoch denken wir nicht daran, uns zu einem »Macht«-Kampf (die Gänsefüßchen sind wegen der Größe der Organisation angebracht) mit umgekehrtem Vorzeichen hinreißen zu lassen. Die Alternative zum »Macht«-Erhalt der gegenwärtigen Führungsgruppe lautet: Meinungspluralismus in der Partei, Zusammensetzung der zentralen Gremien »entsprechend den politischen Realitäten in der Partei« (so lautete die auf dem Parteitag gegen die Stimmen der Führungsgruppe beschlossene Formulierung). Das wäre zwar noch keine Erneuerung, die dauert eh etwas länger. Aber die Erneuerung bekäme wenigstens eine Chance in der Partei. Und damit behielte die Partei insgesamt eine Chance.

Offensichtlich sehen das auch viele GenossInnen gerade in mittleren Leitungsfunktionen so ähnlich, die sich nicht gerne einem der Parteiflügel zuordnen lassen. Viele befürchten, daß die DKP auf längere Sicht unwiderruflich zu einer politischen Sekte wird, wenn die gegenwärtige Führungsgruppe noch bis zum nächsten ordentlichen Parteitag in knapp

zwei Jahren im Amt bleibt. Die Forderung nach vorzeitiger Neuwahl des Parteivorstands wird laut, auf einem schnellstmöglich einzuberufenen Parteitag. Ich teile diese Sicht der Dinge. Der Versuch einer raschen Neuwahl birgt sicherlich ein hohes Risiko für den Fall des Scheiterns. Aber das Risiko des baldigen Untergangs der Partei mit dieser Führungsgruppe scheint mir noch größer zu sein.

Angesichts der raschen Zuspitzung des Konflikts in der DKP wächst die Gefahr für die Erneuerungsströmung, sich wieder von Parteitaktik auffressen zu lassen. Im Zusammenhang mit dem »Kongreß Erneuerung« bieten sich jedoch ausreichend Möglichkeiten, dieser Gefahr zu begegnen. Der Inhalt des Kongresses wird auf große Aufnahmebereitschaft vieler DKP-Mitglieder stoßen, wird das Interesse an Erneuerung spürbar verstärken. Die Führungsgruppe durch rasche Neuwahl des Parteivorstands daran zu hindern, uns aus der Partei hinauszudrängen, betrachte ich deshalb als entscheidend dafür, der DKP eine Option auf die Zukunft zu erhalten. Doch wie diese aktuelle Auseinandersetzung auch immer ausgehen mag – die grundsätzliche Überprüfung und Neuerarbeitung kommunistischer Zielvorstellungen, Strategie, Politik- und Organisationsverständnisses hat gerade erst begonnen.

konkret 07/89, S. 39

Ernest Mandel, Jürgen Kuczynski, Wolfgang Fritz Haug

Konkret-Streitgespräch
»Kommunismus, mein Lieber«

Zum Streitgespräch im Rahmen der Volksuni trafen sich in Westberlin: Ernest Mandel, marxistischer Wirtschaftswissenschaftler und Kopf der IV. (trotzkistischen) Internationale, und Jürgen Kuczynski, der Nestor der DDR-Gesellschaftswissenschaften. Leitung der Diskussion: »Argument«-Herausgeber Wolfgang Fritz Haug

Haug: Ich möchte mit einer ganz naiven Frage beginnen: Wann ist Ihnen, Ernest Mandel, Jürgen Kuczynski, eigentlich zum ersten Mal aufgefallen, daß das nicht wieder bloß Worte waren, die jeder neu Gewählte eben immer wieder sagt, als im März 1985 Michail Gorbatschow zum Generalsekretär gewählt wurde, sondern daß es dieses Mal wirklich um Veränderungen ging ? Mir ist es zum Beispiel erst 1987 aufgefallen, nach der Rede vom Januar. Solange habe ich gebraucht.

Kuczynski: Ich möchte sagen, daß es mir ziemlich schnell aufgefallen ist, nachdem Gorbatschow sehr deutlich gesagt hat, daß der Partei- und Staatsapparat umgekrempelt werden muß. Das war die entscheidende Sache, die Chruschtschow nicht begriffen hatte. Ich habe es ziemlich schnell entdeckt.

Mandel: Hinter der Vorstellung, daß die große Änderung durch Gorbatschow, d.h. durch die Spitze, durch den Prinzen bestimmt ist, steckt eine ganze Konzeption der russischen Geschichte, wenn nicht gar der Weltgeschichte, die meines Erachtens unwissenschaftlich ist und ganz bestimmt mit der Tradition des historischen Materialismus nicht übereinstimmt. Aber ich lasse das beiseite. Wir sehen die Entwicklung grundlegend anders. Wir sagen: Gorbatschow ist nicht die Ursache der Bewegung der sowjetischen Gesellschaft, er ist ein Produkt der Bewegung der sowjetischen Gesellschaft. Diese Bewegung setzte Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre ein. Es entstand eine selbständige öffentliche

Meinung in vielen Teilbereichen, nicht eine alternative gesamtgesellschaftliche Konzeption. Diese Entwicklung einer autonomen öffentlichen Meinung führte zu einem wachsenden Kontrollverlust der Nomenklatura, der Spitze der Bürokratie, über die Gesellschaft, die sich sogar im Wahlverhalten ausdrückte. Es gibt Studien, die zeigen, daß in den zwei, drei letzten Wahlen, bevor Gorbatschow an die Macht kam, zwischen zehn und fünfzehn Prozent der Wähler nicht an der Wahl teilgenommen haben, das heißt: sich der politischen Kontrolle der Staats- und Parteiführung entzogen haben. Die Entwicklung dieser öffentlichen Meinung war kombiniert mit einer schweren objektiven Wirtschafts- und Gesellschaftskrise, wofür heute in den sowjetischen Medien und von sowjetischen Wissenschaftlern soviele Daten genannt werden, daß man überhaupt nicht mehr darauf eingehen muß. Die Kombination dieser schweren Wirtschafts- und Gesellschaftskrise mit dem wachsenden Kontrollverlust der Bürokratie und der Parteiführung über die Gesellschaft führte dazu, daß sich innerhalb dieser Bürokratie ein modernistischer, reformbereiter Flügel herausschälte, der dann durch Gorbatschow personifiziert wurde.

Kuczynski: Es ist richtig, daß es schon lange vor Gorbatschow Bestrebungen zu einer gründlichen Veränderung der Situation gab. Wir brauchen nur an die Zeit von Andropov zu denken. Meiner Ansicht nach war Tschernenko eine Art Rückschlag und dann kam Gorbatschow. Aber er war es, der wirklich die entscheidenden Veränderungen brachte. Ich meine, daß es natürlich richtig ist, wie Mandel sagt, daß es nicht auf den Einzelnen ankommt. Engels hat oft genug gesagt, wenn Marx nicht gelebt hätte, dann wäre eben ein anderer als Marx gekommen und hätte eine solche Linie vertreten, wenn auch nicht mit der gleichen Genialität. Es ist ein Glück, wenn gleich ein Genie wie Marx kommt. Sonst wären es zwei oder drei gewesen. Man soll die Bedeutung von Gorbatschow nicht unterschätzen, aber man soll sehen, daß er natürlich ein Sohn dieser neuen, man kann sagen revolutionären Bewegung in der Sowjetunion ist.

Mandel: Als ich sagte, Gorbatschow sei nicht die Ursache, sondern die Folge der Bewegung der sowjetischen Gesellschaft, meinte ich natürlich keineswegs, daß man die Bedeutung seiner Initiativen unterschätzen darf. Wir haben es mit einer, wenn man will, Drei-Stufen-Dialektik zu tun. Die Bewegung von unten schafft eine Differenzierung und Initiativen von oben, die ihrerseits die Bewegung von unten fördern, beschleunigen und in widerspruchsvolle Richtungen treiben. Die Frage, weshalb Gorbatschow trotz der Tatsache, daß es eine langandauernde Krise in der SU gegeben hat, zu diesem besonderen Zeitpunkt an die Macht gekommen ist, läßt sich ziemlich einfach beantworten. Die Krise hat in ihrer kumulativen Wirkung nicht so lange gedauert. Das stimmt nicht. Anfang der 70er Jahre und ganz bestimmt Ende der 60er Jahre hat es diese kumulative Wirkung der Krise nicht gegeben. Die ersten kumulativen Auswirkungen der Krise datieren vom Anfang der 80er Jahre. Um ein Beispiel zu geben: Die Wachstumsraten der Industrie und des Volkseinkommens waren in den 70er Jahren nicht so niedrig. Sie gingen zum Nullpunkt zwischen 81 und 85. Da haben wir doch immerhin einen Zeitrahmen, der uns die Frage, warum Gorbatschow in diesem Augenblick an die Macht gekommen ist, nicht so rätselhaft macht. Es ist die Tragik aller Despotien, um nicht ein böseres Wort zu gebrauchen, daß sich die Spitze der Nomenklatura kein richtiges Bild über den Umfang der Gesellschaftskrise machen kann. Das ist der Preis, den man dafür bezahlt, daß es

keine politische Demokratie gibt. Dann weiß man nicht, was die Leute denken, dann weiß man nicht, was im Lande vor sich geht. Die einzigen, die es wußten – jetzt sage ich etwas gleichzeitig Boshaftes und Bezeichnendes für das An-die-Macht-kommen von Gorbatschow – , waren die vom KGB. Der hatte seine Informanten überall, und der konnte die Informationen zentralisieren. Und der KGB ist ohne Zweifel eine der treibenden Kräfte gewesen, um Gorbatschow an die Macht zu bringen.

Haug: Ernest Mandel hat unlängst geschrieben, es gehöre zu den Illusionen des historischen Idealismus zu glauben, Gorbatschows Politik sei marxistisch vorgedacht. Gorbatschow sei vielmehr wesentlich pragmatisch, ein Exponent des Apparats, der Doktrin und Ideologie, den Bedürfnissen der Realpolitik anpaßt. Jürgen Kuczynski hat in einem KONKRET-Interview gesagt: »Die fundamentale Sache, die Gorbatschow gebracht hat, ist die Rückkehr zur offenen und offensiven Haltung Lenins«. Gibt es da in der Sache Berührungspunkte?

Kuczynski: Ich möchte zunächst sagen, daß ich nicht so intim mit dem Kreml stehe wie Mandel...

Mandel: Kein Zufall, daß wir diese Stimme aus der DDR hören...

Kuczynski: Ich glaube, ich bin der Älteste hier im Raum und habe das Glück, daß ich, wenn ich an Gorbatschow und an die Wandlungen in der SU denke, sie gleichzeitig mit meinen Jugenderinnerungen an die Zeit von Lenin und seiner großen Schüler in den 20er Jahren verbinden kann. Das Entscheidende ist eine ganz intensive Rückkehr zu Lenin in der Sprache, auch im Pragmatismus, mein Lieber, Lenin war sehr pragmatisch in vielen Beziehungen. Man braucht nur zu denken etwa an die Entscheidung, den Friedensvertrag von Brest-Litowsk zu schließen. Das war eine ganz geniale pragmatische Leistung, eine schreckliche Überwindung jeder Doktrin. Ich glaube, daß Gorbatschow eine sehr gute Verbindung von Pragmatismus und Marxismus-Leninismus darstellt. Man sollte doch daran denken, wie offen zur Zeit von Lenin gesprochen, geschrieben wurde, wie man begriff, daß intelligente Fehler viel wichtiger sind als tausend kleine Richtigkeiten, weil man von intelligenten Fehlern viel mehr lernen kann als von kleinen Richtigkeiten. Man denke etwa an das Telegramm, das Lenin am l. Januar 1919 an führende Partei- und Staatsfunktionäre richtete, das so anfängt: »Liebe Genossen. Ich wünsche euch ein gutes neues Jahr und wünsche uns allen, daß wir in dem neuen Jahr weniger Dummheiten machen, als im letzten Jahr.« Nun überlegen Sie, gibt es überhaupt irgendeinen Staatsmann heute, der ein solches Telegramm zum ersten Januar verschicken würde. Und davon hat Gorbatschow sehr viel gelernt.

Mandel: Ich möchte Jürgen Kuczynski zustimmen: Das Positivste an der Entwicklung in der SU, wo die Annäherung an die Tradition des klassischen Kommunismus, des klassischen revolutionären Sozialismus am nächsten ist, ist das Bekenntnis zur offenen pluralistischen Diskussion. Das ist ein riesiger Schritt vorwärts. Die Tatsache, daß der Genosse Kuczynski und ich hier hinter dem Tisch zu einer gemeinsamen Diskussion zusammengefunden haben, ist dafür ein Symbol. Es ist nicht das einzige Symbol. Auf der l.-Mai-Kundgebung meiner Organisation in Belgien war der Vorsitzende der belgischen kommunistischen Partei anwesend. Wir stehen auf einer gemeinsamen Wahlliste. In Argentinien stehen die kommunistische Partei und die Genossen meiner Strömung auf einer gemeinsamen Wahlliste für die Präsidentschaftswahlen. Und in vielen anderen Ländern wiederholt sich ähnliches. Ich habe in Rom erlebt, daß während einer großen Debatte mit vielen Strömungen der italienischen Arbeiterbewegung und Linken über Stalin und die Entstalinisierung nach meinem Referat der Vertreter des ZK der KPI aufstand und sagte: Ich habe nichts mehr zu sagen, ich bin einverstanden mit dem, was der Genosse Mandel über Stalin und den Stalinismus gesagt hat. Das ist ein riesiger Fortschritt. Das ist eine Vorbedingung für die Gesundung, Neuformierung, Zukunftszuversicht der internationalen Arbeiterbewegung und des internationalen Sozialismus, daß man offen miteinander diskutieren kann, ohne Beschimpfungen, ohne Repression. Ich glaube, daß wir das durchsetzen werden. Ich glaube, daß wir da einen riesigen historischen Erfolg erleben und ich glaube, daß Gorbatschow dazu einen bedeutenden Beitrag geliefert hat.

Haug: Stimmt das, was Kuczynski sagt: daß Gorbatschow wirklich ein Leninianer ist? Ich sage nicht Leninist, weil das so etwas Vorgestempeltes ist. Gorbatschow sagt von sich, er lese so gut wie jeden Tag in Lenin. Ich weiß nicht, ob er das wirklich jeden Tag tut.

Mandel: Hier ist meine Antwort etwas differenzierter als die von Jürgen Kuczynski. Ich glaube, wir können die Differenzen am einfachsten erkennen, wenn wir den Satz »Lenin war ja auch ein großer Pragmatiker, ein großer Realpolitiker« kritisch unter die Lupe nehmen. Diese Definition von Lenin ist richtig aber ungenügend. Lenin war ein prinzipieller Pragmatiker. Für Lenin waren Grundprinzipien nicht Dogmen, sondern die Quintessenz der historischen Erfahrung der Arbeiterbewegung, des Arbeiterkampfes oder des Klassenkampfes. Lenin hatte dieses große Genie. Damit steht er einzigartig im 20. Jahrhundert unter allen Politikern im Allgemeinen, nicht nur Politikern der Linken und der Arbeiterbewegung: daß er nie einseitig pseudorealpolitisch kurzfristige Folgen von politischen Handlungen ins Auge faßte, daß er immer dieses Verständnis für die kurzfristigen Folgen verband mit einem Verständnis für mittel- und langfristige Gefahren und negative Auswirkungen.

Haug: Und bei Gorbatschow ?

Mandel: Ist das nicht der Fall. Und ich möchte ganz konkret zwei Beispiele geben, die diesen Unterschied wirklich symbolisieren. Der Friedensvertrag von Brest-Litowsk war absolut notwendig, um die junge Sowjetrepublik vor einer militärischen Zerschlagung durch den deutschen Militarismus zu bewahren. Aber nie, nie wäre es Lenin auch nur einen Augenblick in den Sinn gekommen, den deutschen Kommunisten oder den östereichischen Sozialisten oder den Internationalisten irgendwo in der Welt zu sagen, daß sie den Brester Frieden verteidigen müßten. Nein! Lenin sagte, der Brester Frieden – und das sprach er offen und klar aus vor der russischen Bevölkerung und vor der internationalen Arbeiterklasse – das ist ein Raubfrieden, den ihr stürzen müßt. Das war die Linie des Spartakus-Bundes, das war die Linie der revolutionären Sozialisten in Deutschland. Heute sagt Gorbatschow, wir müssen regionale Konflikte friedlich lösen: keine militärischen Eingriffe der USA und keine militärischen Eingriffe der SU in Zentralamerika, in Südafrika, im Mittleren Osten. Einverstanden. Aber was ist die Schlußfolgerung, die Gorbatschow daran hängt? Langfristig wird man die Probleme lösen durch eine Zusammenarbeit mit dem Imperialismus, der friedlich sich entwickeln kann. Wir sagen, das ist Quatsch, das ist absolute Utopie. Davon wird nichts realisiert werden. Leninistischer Pragmatismus, prinzipieller Pragmatismus hieße: mit der Feststellung der Notwendigkeit, Militärinterventionen von Großmächten in diesen verschiedenen Bereichen zu verhindern, eine eindeutige Haltung zugunsten des Befreiungskampfes in all diesen Gebieten der Welt inklusive des bewaffneten Befreiungskampfes durch die Arbeiter und armen Bauern dort zu verbinden. Das ist der Unterschied.

Haug: Gorbatschow will ja mit seinem neuen Denken den Systemantagonismus demilitarisieren und hofft, einiges von den freiwerdenden Potentialen sowohl für die Entwicklung der Dritten Welt als auch für die Ökologisierung der Weltwirtschaft einsetzen zu können. Ernest Mandel hat dazu geschrieben, daß dahinter eine illusionäre Verkennung des Imperialismus stehe: Niemals könne man das mit imperialistischen Regierungen machen.

Kuczynski: Es geht darum, die militärische Konfrontation für immer zu verhindern. Das hat nichts mit dem Kampf gegen Imperialismus oder mit dem Kampf der Imperialisten gegen uns zu tun. Im Gegenteil, man darf sich keine Illusionen über die Aggressivität des Imperialismus machen. Selbstverständlich ist es meiner Ansicht nach möglich, eine Demilitarisierung des agressiven Geistes des Imperialismus durchzuführen . Es ist sehr interessant zu sehen, wie in Amerika z. B. das zivile Monopolkapital mehr und mehr auf unsere Linie kommt, einfach deswegen, weil die Rüstungsindustrie in den Vereinigten Staaten acht Prozent des Nationalprodukts ausmacht und mehr als 50 Prozent der Wissenschaftler und Techniker für sich beansprucht, mehr als 70 Prozent der Ausgaben für Forschung und Entwicklung, so daß die Vereinigten Staaten zum ersten Mal seit über hundert Jahren in den Zivilgütern auf dem Weltmarkt von Westeuropa eingeholt und von Japan in vielen Beziehungen überholt worden sind. Es gibt einen echten Widerstand des zivilen Monopolkapitals gegen die Rüstung, und das ist unsere Hoffnung, aber das hat überhaupt nichts mit der Aggressivität des gesamten Monopolkapitals gegen die Arbeiterklasse oder gegen die sozialistischen Länder zu tun.

Mandel: Daß militärische Konfrontationen zwischen den Großmächten, von einem Atomweltkrieg nicht zu reden, verhindert werden müssen und daß dies das Hauptanliegen der internationalen Arbeiterbewegung und aller ihrer Verbündeten sein muß, darüber sind wir uns völlig einig. Atomkrieg ist nicht eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, es ist das Ende der Politik. Nicht existierende Proleten können auf einer verwüsteten Welt keinen Sozialismus aufbauen, genauso wie nicht existierende Kapitalisten nicht existierende Waren nicht profitabel an nicht existierende Kunden verkaufen können. Also das gibt es nicht. Darüber sind wir uns einig.

Die Differenzen fangen bei der Frage an: Wie erreiche ich das? Es ist eine Illusion – die Illusion, die an der Basis des Gorbatschow'schen Neuen Denkens liegt – anzunehmen, daß es langfristig einen hohen Grad von kollektiver Rationalität der bürgerlichen Klasse in den entscheidenden kapitalistischen Ländern gibt. Da liegt der Hase im Pfeffer: Sind die langfristigen Tendenzen der bürgerlichen Gesellschaft und vor allem in den imperialistischen Ländern und den wichtigsten halbindustrialisierten Schwellenländern der sog. Dritten Welt Tendenzen zur Verschärfung innerer Widersprüche oder nicht? Zur sich verschärfenden Explosivität der Krisenerscheinungen oder nicht? Und wenn man diese Frage mit Ja beantwortet, und das ist wohl die einzig richtige wissenschaftlich marxistische Antwort, dann ist t die Gefahr, daß irrationale politische Tendenzen in diesen Ländern wenigstens die Machtfrage stellen könnten, unerhört groß.

Haug: Hat nicht Gorbatschows Politik, gerade dort, wo du sie illusionär nennst, überhaupt erst Politik wiedererobert aus dem Militär? Ist das nicht überhaupt ein Neubeginn von Politik, die Wiedergewinnung des Politischen aus dem Militärischen, und ist das nicht ein Typus von Politik, den man mit Gramsci sehr viel eher denken kann, als mit anderen? Geht es dabei nicht um das Ringen um die Köpfe, und ist es nicht auch so, daß dieses Ringen die Weltverhältnisse in den Köpfen von Milliarden von Menschen schon verändert hat?

Mandel: Worin liegt die Illusion? Sie liegt nicht in dem Versuch der Eroberung einer politischen Beeinflussungsmöglichkeit. Das ist ein Fortschritt. Das ist unerhört positiv. Ich würde es noch viel schärfer formulieren, weil ich nicht glaube, daß nur die außenpolitische Initiative von Gorbatschow sehr populär ist im Westen, auch in den USA. Was Gorbatschow und die sowjetischen Massen bewirkt haben, ist, daß eines der wichtigsten ideologischen Argumente der internationalen Reaktion einen vernichtenden Schlag erhalten hat. Die SU ist nicht mehr eine politisch

abstoßende Wirklichkeit für die Massen im Westen. Das ist eine welthistorische Änderung. Ökonomisch bleibt sie abstoßend. Das ist eine Binsenweisheit.

Nur, wo die meisten westlichen Kommentatoren und sowjetischen Liberalen die Analyse beenden, da fängt sie für mich an in ihrem widerspruchsvollen Charakter. Was kommt danach? Ich würde als Marxist, als revolutionärer Sozialist, als traditioneller Kommunist sagen: Das alles wäre unerhört positiv unter der Bedingung, daß es den antiimperialistischen und antikapitalistischen Massenkampf in den kapitalistischen Ländern fördert und nicht umgekehrt zur Folge hat, daß es nur Illusionen über die Zusammenarbeit mit den friedlichen Sektoren des Monopolkapitals, die klassischen historischen Illusionen des Reformismus, der Sozialdemokratie fördert. Die Sozialdemokratie heute triumphiert international angesichts der ideologischen Entwicklung in der SU. Ich sage nicht der politischen, sondern der ideologischen. Führende Ratgeber Gorbatschows sagen, die Gründung der Dritten Internationale war ein Fehler. Die Sozialdemokraten sagen, das sagen wir doch schon seit 1919, das ist doch nichts Neues, damit bestätigt ihr uns doch nur. Führende Ideologen von Gorbatschow sagen, das 20. Jahrhundert stand im Zeichen des sich verschärfenden Klassenkampfes, das 21. Jahrhundert wird nicht in verhinderter militärischer Konfrontation, nein im Zeichen der sich verstärkenden Klassenzusammenarbeit stehen.

Kuczynski: Mein lieber Mandel, ich verstehe nicht, warum du gegen mich polemisierst, wenn ich sage, daß die Aggressivität des Imperialismus sich eher verstärken wird, außer auf militärischem Gebiet. Zweitens sind wir uns doch völlig einig, daß wir für ewig hoffen, daß man keinen Nuklearkrieg und überhaupt keinen Krieg führen wird, denn der konventionelle Krieg wird sich in einen nuklearen Krieg verwandeln, selbst wenn keine nuklearen Waffen da sind, einfach weil es genügend Kernkraftwerke gibt, um dieselben Wirkungen durch Beschießung der Kernkraftwerke herbeizuführen. Drittens kann ich nicht verstehen, warum du meinst, daß die SU nicht am Klassenkampf in den verschiedenen kapitalistischen Ländern interessiert ist. Ihr müßt euch doch folgendes vorstellen: Nach vielen, vielen Jahrzehnten findet jetzt wieder eine ganz offene Diskussion aller möglichen Probleme in der SU und überhaupt in den sozialistischen Ländern statt, und daß dabei selbstverständlich Unsinn geredet wird, ist auch klar. Man kann doch nicht erwarten, daß kein Unsinn geredet wird. Aber nun diesen Unsinn hervorzuheben als etwas besonders Wichtiges und Kennzeichnendes für die heutige Situation, wie etwa den Unsinn, daß man im 21. Jahrhundert keine Klassenkämpfe mehr haben wird, das ist doch völlig unsinnig, mein Lieber. Wieviel Unsinn haben du und ich in unserem Leben geredet. Ich bin überhaupt nicht einverstanden mit dem, was du über die Gesamtlinie in der SU hinsichtlich der Frage Klassenkampf, Kampf gegen den Imperialismus sagst. Da gibt es bei den führenden Genossen keine Illusionen und darf es auch gar keine Illusionen geben. Daß viele in der SU heute zu weit in die andere Richtung gehen, ist für mich eine bedauerliche Selbstverständlichkeit, aber kein Grund, das zur Linie von Gorbatschow zu erheben oder etwa zur offiziellen Linie der SU. Die Frage des Klassenkampfes ist eine so grundlegende Frage für alle Marxisten/Leninisten, einschließlich derer in der SU, daß man aus solchen Artikeln, die dann auch geschrieben werden, nicht eine große Sache machen sollte.

Mandel: Ich glaube, Jürgen, du machst es dir zu leicht. Hier kommen wir zurück auf die Problematik des einseitigen Pragmatismus, d.h. der kurzsichtigen Realpolitik. Ich möchte noch einmal ein ganz konkretes Beispiel geben. Aus Gründen, die Nationalökonomen wie der Genosse Kuczynski und ich gut kennen und die auch das breite Publikum gut kennt, gibt es ein gemeinsames Interesse in vielen imperialistischen Handelskreisen, Finanzkreisen in den USA und vielen, beinahe allen Strömungen in der sowjetischen Nomenklatura für wachsenden Warenaustausch USA/UdSSR, vor allem auf dem Gebiet der Nahrungsmittel und der hochwertigen Technologien. Das bedeutet seitens der Sowjetführung, abgesehen von einigen Details, den Versuch, große Kredite aus dem Westen zu erhalten. Wenn man die ganze Geschichte des Kalten Krieges nochmal ziemlich kühl analysiert, dann wird man sehen, daß das genau die Haltung von Stalin war 1944/45, und daß alles, was in Osteuropa geschehen ist, in einem sehr starken Maße bedingt wurde durch die Tatsache, daß die Truman-Administration in den USA der Sowjetunion den großen Kredit, den sie damals forderte, verweigert hat. Es handelte sich in damaligen Zahlen um 5 bis 7 Milliarden Dollar, das muß man heute mit 5 bis 10 multiplizieren, um eine äquivalente Zahl zu erhalten. Darum gehts. Das ist die Wurst, es geht immer um die Wurst. Es ist das Recht der SU, Kredite aufzunehmen, von wem sie will. Das ist das Recht von Kuba, Nicaragua, das Recht jeder nichtkapitalistischen Regierung in der Welt. Dagegen habe ich keinerlei Bedenken. Wogegen ich Bedenken habe, ist, daß sie daraus die Schlußfolgerung ziehen – das habe ich mit eigenen Ohren gehört von führenden sowjetischen Sozialökonomen: Hoffentlich wird die kapitalistische Krise nicht mehr lange dauern, und hoffentlich wird es nicht eine neue Rezession geben, denn sonst kommen alle diese Pläne zur wachsenden ökonomischen Zusammenarbeit in Gefahr. Das hat mit sozialistischer Wissenschaft und mit revolutionärer Strategie nichts zu tun. Sozialistische Wissenschaft sagt, die neue Rezession ist unvermeidlich, weil die inneren Widersprüche des Kapitalismus bisher seit hundertfünfzig Jahren durchschnittlich alle siebeneinhalb Jahre eine neue Überproduktionskrise produziert haben, und zweitens: Die internationale Arbeiterbewegung muß diese Krise ausnutzen, um zu versuchen, das System zu schwächen, wenn nicht zu stürzen. Das hat mit den Handelswünschen der SU nichts zu tun.

Kuczynski: Also nein, höre: Erstens sind wir uns doch immer einig gewesen, daß Handel zwischen Kapitalismus und Sozialismus eine durchaus berechtigte und nützliche Sache ist. Zweitens: Die Frage der Krise ist viel ernster, als du sie siehst. Sieh mal, die Krise 1929/1932 war eine sehr günstige Situation für die SU. Ich war damals Wirtschaftsredakteur der

»Roten Fahne« und hatte einen Artikel geschrieben mit der Überschrift »Genossen, wenn ihr deutsche Monopolisten kennenlernen wollt, geht auf den Roten Platz in Moskau«, weil natürlich sehr viele Monopolvertreter in dieser Zeit in Moskau waren, um möglichst viele Waren verkaufen zu können. Leider hat Teddy gesagt, der Artikel sei zu zynisch und ich dürfe ihn nicht bringen. Ihr könnt ihn nicht lesen, aber ihr erfahrt von ihm heute. Aber jetzt denkt an eine Krise. Ich bin sehr besorgt wegen der nächsten kapitalistischen Krise, nicht wegen des Handels, sondern weil da natürlich die Neigung besteht, mit kleinen Kriegen, die leicht zu größeren Kriegen werden können, von den inneren Verhältnissen abzulenken. Eine Krise muß heute ganz anders betrachtet werden als zu Zeiten von Marx, der immer hoffte, von der Krise aus käme die revolutionäre Situation. Aber heute hat eine Krise in der Welt des Kapitalismus ganz andere und viel gefährlichere, nämlich die militärischen Aspekte. Würdest du das nicht auch meinen?

Mandel: Nein, das würde ich nicht meinen und nicht nur würde ich das nicht nur nicht meinen, sondern das ist eine unwissenschaftliche Betrachtungsweise.

Kuczynski: Entschuldige, mein Lieber. Du hast mit Recht auf das unwissenschaftlich Irrationale hingewiesen, und da stimme ich völlig mit dir überein.

Mandel: Aber die Krise ist doch nicht etwas was man sich wünscht. Wir sagen, daß die Krise unvermeidlich ist.

Kuczynski: Aber man kann sie fürchten. Und du hast dich gegen die gewandt, die sie fürchten.

Mandel: Ich habe gesagt, daß die Idee, daß man eine Krise fürchtet, unwissenschaftlich und politisch unangebracht ist, weil die Krise zwei Möglichkeiten gibt. Das haben wir in der Geschichte der 20er und 30er Jahre genau gesehen.

Kuczynski: Eben.

Mandel: Nein, nein, nein. Das ist eine nachträgliche Apologie für die fürchterlichen Fehler und Verbrechen der deutschen Arbeiterparteien. Hitler war nicht eine unvermeidliche Folge der Krise. Absolut nicht.

Hitler hätte vermieden werden können, und ein zukünftiger Hitler kann vermieden werden in den USA wie in Westdeutschland und in jedem anderem Land der Welt. Das hängt von der Politik ab, nicht von der Krise. Es gibt keine unvermeidliche Relation zwischen Krieg und Krise.

Kuczynski: Aber die Gefahr besteht.

Mandel: Aber die Gefahr besteht permanent seit 1945. Seit 1945 haben wir 80, ich wiederhole, 80 Lokalkriege gehabt, seit 45, ohne Krise.

Kuczynski: Aber würdest du nicht sagen, sie ist größer in der Krise, die Gefahr ?

Mandel: Das hängt von den gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnissen in den entscheidenden Ländern ab. Die Schlußfolgerung ist also eine politische: Wir müssen die eigene Klasse stärken. Wir müssen das Bewußtsein der Klasse stärken, wir müssen die Verbündeten der Klasse stärken, wir müssen die Kräfteverhältnisse ändern, und wenn uns das gelingt, dann wird die Krise nicht zum Krieg, sondern dann wird die Krise zur Revolution führen. Beides ist möglich.

Haug: Jürgen Kuczynski, du hast irgendwo einmal, ich glaube auch in KONKRET, gesagt, was die Sowjets jetzt machen, die Perestroika, das sei eine Liberalisierung. Gorbatschow spricht von einer Revolution. Was ist das nun ? Eine Liberalisierung oder eine Revolution ? Bei einer Revolution würde es doch für Marxisten um die Produktionsverhältnisse gehen.

Mandel: Es gibt politische Revolutionen.

Kuczynski: Ich habe nie von Liberalisierung gesprochen, sondern von Revolution. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Keine Klasse schafft mit einer Revolution, daß die Gesellschaft sich so verändert, wie es notwendig ist. Denkt an die Bourgeoisie und ihre Revolutionen von 1789, 1830 und 1848. Eine Revolution ist notwendig, wenn man keinen Lenin an der Spitze hat, der gleich merkt, wann eine Änderung notwendig ist. Und wenn es eben zu lange dauert, dann muß man ganz gründlich aufräumen, so wie es Gorbatschow heute tut. Ich finde es eine ganz natürliche und überaus erfreuliche Sache. Selbstverständlich würde Mandel sagen, und ich stimme ihm durchaus zu, daß es sehr spät gekommen ist, aber es ist gekommen und das ist das Gute und Großartige, und deswegen stehe ich völlig hinter Gorbatschow in dieser Sache.

Haug: Revolution gegen wen, wer wird gestürzt?

Kuczynski: Revolution auf allen Ebenen gegen das Alte, das zu lange gehalten hat.

Haug: Was ist denn das Alte ? Ist das eine Klasse?

Kuczynski: Nein, mein Lieber, es ist keine Revolution in dem Sinne, daß eine neue Klasse zur Macht kommt, genauso wenig wie 1830 oder 1848 in Frankreich, aber es ist eine Revolution gegen Erstarrung, gegen Bürokratismus und viele andere Erscheinungen. Es ist eine Revolution für eine viel stärkere Demokratisierung des Lebens, und es ist eine Revolution für eine Modernisierung der Wirtschaft, für eine wirkliche Aufnahme dessen was in den kapitalistischen Ländern als wissenschaftlich-technische Revolution durchgeführt wird. Wir haben doch das groteske Paradox, daß das

einzige Gebiet, auf welchem die SU in der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik mit den Kapitalisten gleichgezogen hat, die Rüstungsindustrie ist. In der Zivilindustrie ist das wissenschaftlich-technische Niveau halb so hoch wie im Westen Europas oder Amerikas.

Mandel: Es gibt in der Geschichte zwei Arten von Revolutionen: Es gibt soziale Revolutionen, die die Macht von einer Gesellschaftsklasse an eine andere Gesellschaftsklasse übertragen, und es gibt politische Revolutionen, die aber nicht reine Überbauerscheinungen sind. Der Genosse Kuczynski, anlehnend an Gorbatschow, der wissend oder nichtwissend ein Trotzki-Zitat übernimmt, macht die Parallele zwischen der politischen Revolution, die heute in der SU notwendig ist, und den drei großen politischen Revolutionen in Frankreich 1830, 1848 und 1870. Alle drei Revolutionen sind politische Revolutionen, die die Macht des Bürgertums konsolidieren, aber – das hat Marx ganz eindeutig hervorgehoben – indem sie diese Macht an unterschiedliche Schichten des Bürgertums übermitteln. Es ist nicht dieselbe bürgerliche Schicht, die in der Restauration der Bourbonen herrscht, in der Juli-Monarchie und im zweiten Kaiserreich. Und da haben wir sofort einen Anknüpfungspunkt für die politische Revolution, die heute in der SU notwendig ist. Es handelt sich nicht um eine Revolution, die einer neuen Klasse eine neue Klassenherrschaft schafft, sondern es ist eine Revolution, die die Errungenschaften der Oktoberrevolution konsolidiert, indem sie einer anderen Schicht der Arbeiterklasse die Macht gibt, nämlich der breiten Arbeitermasse. Hier wiederum haben wir die zentrale Frage – wir hatten vorher die Außenpolitik, hier haben wir die Innenpolitik – die zentrale Frage über das, was heute in der SU über die Bühne läuft. Saslawskaja, eine der wichtigsten Soziologinnen von Gorbatschow, hat klar ausgesprochen, daß es in der SU eine unüberbrückbare Kluft gibt zwischen der Masse der Arbeiterschaft und der Masse der Verwalter, die über diese Masse spricht als sie und wir. Und sie fügt hinzu, daß nur eine Revolution diesen Unterschied überbrücken kann. Das ist eine antibürokratische Revolution. Das ist eine Revolution, die die Herrschaft einer spezifischen gesellschaftlichen Schicht ausschaltet und ersetzt durch andere Herrschaftsformen, die man in zwei Worten zusammenfassen kann: Alle Macht den Räten und politischer Pluralismus.

Haug: Jürgen Kuczynski, hast du nicht sogar gesagt, es gebe einen unversöhnlicher Antagonismus zwischen dem bürokratischen Apparat und der Umwandlung. Ich meine mich so zu erinnern an das KONKRET-Interview. Eigentlich ist doch hier ein Berührungspunkt. Ernest hat ja gerade als den organisierenden Antagonismus des gegenwärtigen Geschehens den zur Bürokratie dargestellt.

Kuczynski: Ja, aber ich würde nicht gegenüberstellen Arbeiterklasse und Bürokratie generell im Sinne von Verwaltung, sondern Arbeiterklasse, vernünftige Administratoren, fortschrittliche Leiter und die Bürokratie. In dem Interview mit KONKRET stand die Frage: Gibt es Antagonismen im Sozialismus ? Und die gibt es in allen sozialistischen Ländern, weil es leider in allen sozialistischen Ländern eine Bürokratie gibt und Korruption gibt und Karrierismus. Das sind alles antagonistische Gegensätze. Aber man kann meiner Ansicht nach nicht sagen, der Partei- und Staatsapparat ist mit der Bürokratie völlig zu identifizieren, sonst müßte man ja sagen, man müßte in der SU heute den gesamten Partei- und Staatsapparat abschaffen. Aber einen gewissen Teil ganz bestimmt und damit hat man Gott sei Dank begonnen.

Haug: Saslawskaja behauptet, daß eine Art Bruchlinie durch alle Schichten und Klassen der sowjetischen Gesellschaft geht, auch durch den Apparat. Sie unterscheidet ja auch im Apparat. Sie sagt, jeder, der im Apparat arbeitet, sei ja nicht bloß ein Apparatschik, sondern vielleicht habe er irgendwelche Nostalgien marxistischer Art, vielleicht sei er einfach ein Mitglied der Zivilgesellschaft in irgendeinem Verein oder vielleicht sei er durch die ökologische Katastrophe betroffen. Diese Individuen seien nicht so monolithisch determiniert, deswegen laufe die Auseinandersetzung quer durch alle Klassen und Schichten. Das würde doch darauf hinweisen, daß wir das merkwürdige Phänomen einer interklassistischen Revolution hätten. Gibt es so etwas?

Mandel: Nein. Wir haben hier verschiedene Begriffsbildungen vor uns. Bürokratismus, vernünftige und unvernünftige Verwaltung, kluge und dumme Leute, Zerbröckelung der gesellschaftlichen Gegensätze in 14, 15 oder 20 verschiedene Schichten. . . Wir kennen alle diese Methode, vor allem in der bürgerlichen Soziologie und Historiographie, wo dadurch nur die Grundgegensätze der bürgerlichen Gesellschaft verschleiert werden. Die sind nicht in schlechten Gewohnheiten und in übler Nachrede und in falscher Ideologie als Teilgruppen und Teilschichten erfaßbar, sondern in grundlegenden Gegensätzen, die etwas mit den Produktionsverhältnissen zu tun haben. Ich habe es jetzt leichter als vor einem Jahr, ich brauche gar nicht mehr den Genossen Trotzki oder den Genossen Mandel zu zitieren, ich brauche nur die sowjetischen Genossen zu zitieren: Das alles steht heute deutlicher in der sowjetischen Presse, als es im Westen von revolutionären Marxisten geschrieben wurde. Wir brauchen nur zu lesen, was die sowjetischen Soziologen und Philosophen selbst über die russische Arbeiterklasse schreiben, um zu sehen, wo das grundlegende Problem der Bürokratie, nicht des Bürokratismus, sondern der Bürokratie als gesellschaftlicher Schicht liegt. Ich zitiere aus »Moskau News« vom 19.3.1989 einen Artikel, der sich mit Streiks in der SU beschäftigt. Ein sowjetischer Kollege, ein Philosoph namens Albert Krawtschenko, schreibt: »Wer sich Herr im Betrieb fühlt, macht nie einen Streik. Das ist sinnlos. Er kann andere Methoden benutzen, um seine Interessen durchzusetzen. Der Streik ist die Waffe der Unterdrückten. Unterdrückung im sozialen Sinne des Wortes, Erniedrigung, Beschränkung des Lebensstandards, unzureichende gesellschaftliche Vorteile. Und Unterdrückung im ökonomischen Sinne ist Ausbeutung, d.h., Aneignung eines Teils nicht vergüteter Arbeit, der sich auch ausdrücken kann in der Benutzung von kollektiven Gütern zu persönlichen Zwecken.« Solange es diese latente Ausbeutung der Arbeit im

sozialistischen Regime gebe, werde es Streiks geben. Ich bin mit ihm hundertprozentig einverstanden. Ich füge nur hinzu, daß es darauf zurückzuführen ist, daß seit dem Jahr 1924 die Arbeiter als Arbeiter keine Macht im Betrieb haben, und für mich besteht die politische Revolution darin, daß die Arbeiter wieder die Macht im Betrieb haben und dadurch die Macht im Staat.

Haug: Wenn man untersucht, wie Gorbatschow begründet, warum er die Perestroika als Revolution durchzuführen gedenkt, dann ist sein Kernargument die Situation der Arbeiter im Betrieb. Er setzt sich auseinander mit Genossen, die Fragen nach dem Lebensstandard und der Lohnhöhe in den Vordergrund stellen, und er sagt, wir dürfen doch die Frage nach der Position des Arbeiters im Betrieb nicht hintanstellen, das ist doch eine ganz wesentliche Determinante. Ich weiß nun nicht, wie weit Gorbatschow's Diskurs die sowjetische Wirklichkeit trifft. Vielleicht kann das in der Diskussion deutlicher gemacht werden, aber sein Projekt und sein Programm begründen sich als Revolution mit einer radikalen Umpositionierung der Basiskompetenzen der Produzenten selbst. Sind das nur Worte?

Kuczynski: Ich glaube, daß das einer der entscheidenden Faktoren ist, sowohl die Rolle der Sowjets in den Gemeinden, wie die Rolle der Arbeiterklasse in den Betrieben. Und da ist man bis heute noch nicht übermäßig erfolgreich in der SU. Man soll sich nur folgendes überlegen. Wir haben den alten Grundsatz im Sozialismus: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen. Aber wenn alle Leistungen gleich bezahlt werden, ob sie gut sind oder schlecht... Wir brauchen nur anzunehmen, hundert Arbeiter machen die gleiche Arbeit, bekommen den gleichen Lohn, natürlich, ein Teil von ihnen arbeitet gut, und ein Teil von ihnen arbeitet schlecht. In dem Moment, wo man jeden nach seiner Leistung bezahlt, hat man die Hälfte der Arbeiterklasse gegen sich, nämlich alle die, die bisher unter dem Durchschnitt der Arbeitsproduktivität gearbeitet haben. Das ist eine der ganz großen Schwierigkeiten, die Gorbatschow bei der Demokratisierung in den Betrieben hat, aber solange dieses Prinzip nicht durchgeführt wird, wird die wirtschaftliche Situation sowohl in der SU wie in den anderen sozialistischen Ländern sich nicht grundlegend ändern. Wenn ich bei uns in der DDR spreche, z.B. in Universitäten, frage ich immer: Habt ihr je von einem Professor gehört, dessen Gehalt gekürzt wurde, weil seine Leistungen nachgelassen haben? Entweder sind die Studenten völlig erstaunt über diese Idee oder sie lachen darüber. Wenn es schon bei uns, die wir noch die beste Wirtschaft in den sozialistischen Ländern haben, so ist, wie ist es dann erst in den anderen Ländern, wie war es in der SU und wie schwierig wird es sein, hier eine echte Wandlung herbeizuführen? Die großen Hemmnisse für Perestroika sind die Bürokratie und die mangelnden Triebkräfte zu einer höheren Arbeitsleistung.

Darf ich noch zwei Minuten eine Geschichte erzählen? Vor fünfundzwanzig Jahren war ich Institutsdirektor an unserer Akademie und habe gegen die Planungswut durchgesetzt, daß 70 Prozent der Forschung in unserem Institut geplant werden, aber 30 Prozent frei bleiben. Und in dieser Zeit fuhr ich in die SU und fand in Moskau einen alten Freund, erzählte ihm begeistert davon und da sagte er: Weißt du, in meinem Institut ist es umgekehrt. 30 Prozent geplant und 70 Prozent frei. Da frag ich ihn, wie er das denn geschafft habe. Darauf sagte er: Nun, wir in Sibirien sind weit weg von der Moskauer Bürokratie. Ich fand ihn aber in etwas traurigem Zustand und sagte: Warum bist du denn so traurig ? Da sagte er: Na, merkst du denn nicht, ich bin von Sibirien nach Moskau verbannt worden.

Haug: Wir müssen noch über die Wirtschaftsreformen sprechen, die ja mit den Produktionsverhältnissen im Betrieb sehr eng zusammenhängen. Gleichmacherei ist eines der wesentlichen Stichwörter, mit denen man das alte Übel bespricht. Laßt uns dieses Thema zum Schluß noch anschneiden.

Mandel: Hier sind die Differenzen allerdings viel größer und viel schärfer als bei den vorhergehenden Fragen. Ich bin mit dem Kollegen Kuczynski absolut nicht einverstanden und ich kann es auch kaum verstehen, wie ein Nationalökonom die These aufstellen kann, daß die Arbeitsproduktivität in einem modernen Großbetrieb – ich sage nicht in der Landwirtschaft, das ist eine andere Sache, ich sage auch nicht in Kleinbetrieben, im Verteilungssektor, im allgemeinen Dienstleistungssektor – von der individuellen Leistung des Lohnabhängigen anhängt. Das ist ein Quatsch. Das sagen uns die dümmsten Ingenieure und Technologen, die Klügsten sagen das schon längst nicht mehr.

Warum gibt es eine niedrige Arbeitsproduktivität in den sowjetischen Betrieben? Nicht weil die Arbeiter faul sind und zuwenig arbeiten oder Feierstunden schieben, sondern weil die Rohstoffe nicht regelmäßig kommen, weil es keine Ersatzteile für die Maschinen gibt, weil schlecht geplant wird, weil ein Teil der Produktion Ausschuß ist, weil niemand sich in der Verwaltung darum kümmert, daß die Kollektive als Kollektive und nicht als Individuen interessiert sind an einer qualitativ hochstehenden Produktion.

Ich möchte noch ein konkretes Beispiel geben für die verheerenden Zustände, die wirklich herrschen in der SU: In der SU fehlt es nicht an Kartoffeln. Es werden mehr Kartoffeln produziert in der SU als in den USA, der BRD, Frankreich, Italien und England zusammen, und nur 25 Prozent dieser Kartoffeln erreichen den Verbraucher. Das ist das Problem. Das heißt, daß Arbeiterkontrolle, kollektiver Einsatz der Massen, kollektive Arbeiter- und Konsumentenmacht darüber entscheiden werden, ob sich die Versorgungslage verbessert, und nicht die individuelle Anstrengung des Einzelnen. Es ist schon genug da.

Ich möchte das ganz konkret abschließen mit einer politischen Prognose: Wenn die liberalen Wirtschaftsreformen, wenn die Technokraten, die kein Verständnis haben für das Gerechtigkeitsgefühl und die elementare Solidarität der Arbeiter am Arbeitsplatz, wenn die sich durchsetzen, dann werden Perestroika und Glasnost ein Mißerfolg. Man kann heute die sowjetische Wirtschaft und Gesellschaft nicht reformieren gegen einen Widerstand der halben Arbeiterklasse. Das war die Zahl, die der Genosse Kuczynski genannt hat: die Hälfte der sowjetischen Arbeiterklasse. Die sowjetischen Arbeiter haben wenig Rechte im Betrieb, aber sie haben sich, das ist ein Vorteil – man kann lachen hier, ich kenne das, ich bin diese Diskussion seit zwanzig Jahren gewohnt – ‚die sowjetischen Arbeiter haben sich in den letzten 25 Jahren etwas errungen, was ich als eine Riesenerrungenschaft und nicht als Schwäche ansehe, eine elementare Klassensolidarität und Klasseneinheit am Arbeitsplatz, am Fließband, im Betrieb und einen geringeren Arbeitsrythmus, einen geringeren Streß, als den verrückten Streß, den wir im Westen haben und der einen normalen Industriearbeiter in einem Großbetrieb wie Volvo in Schweden, dem sozialdemokratischen Paradies, nach fünf Jahren zwingt, den Arbeitsplatz zu wechseln, weil er sonst ins Krankenhaus kommt. Die wollen das nicht aufgeben, und wenn man Perestroika gleichsetzt mit dem Aufgeben dieser Errungenschaft, dann werden sie sich gegen Perestroika wenden.

Kuczynski: Natürlich hat Mandel Recht mit seinen Bemerkungen über die Mängel der Organisation, keine rechtzeitige Zulieferung von Halbfabrikaten usw., aber das hat nichts mit dem Problem zu tun, das unendlich wichtig ist: Die Arbeiter am Arbeitsplatz,

einschließlich der Ingenieure usw. in den Betrieben sind auf Grund einer elenden Gleichmacherei nicht interessiert. Und ich möchte ganz deutlich sagen: Auch wenn bei uns in der DDR die Verhältnisse besser sind, sind sie trotzdem ganz betrüblich in Bezug auf die Motivierung der Arbeiter. Ich kann nicht verstehen, wie Mandel von der Leistung der Arbeiter spricht und völlig außer Acht läßt die Frage der Motivierung im Betrieb. Wie sollen denn die Arbeiter in dem Betrieb entscheidend mitbestimmen, wenn sie nicht auch entscheidend mitarbeiten? Ich bin der Ansicht, daß die Gleichmacherei, die wir haben, eine ganz gefährliche Sache ist.

Ich will euch eine Geschichte erzählen, die keine interne Geschichte ist, sondern die über mehrere Tage durch die Presse im Bezirk Magdeburg gegangen ist. Wir hatten einen neuen Betriebsleiter in einem Großbetrieb, der am Montag anfing, am Freitag stellte er sich vor das Fabriktor eine Stunde vor Betriebsschluß, ließ das Fabriktor schließen und nach zwei Minuten kamen die ersten Kumpels, die die Arbeit eine Stunde zu früh fröhlich verließen. Und er diskutierte mit ihnen, nach einer halben Stunde mußte er das Fabriktor öffnen, weil drei Viertel der Belegschaft schon dort standen. Diese Arbeiter sind nicht motiviert, den ganzen Tag zu arbeiten. Denkt bei uns an die Sache mit den Bauarbeitern. Bei uns arbeitet praktisch kein Bauarbeiter mehr am Freitag weil er nicht motiviert und nicht interessiert ist und weil er viel mehr verdienen kann mit Schwarzarbeit am Freitag. Entschuldige, warst du je in einem Betrieb bei uns oder in der SU ? Bestimmt nicht. Und ich war oft genug in den Betrieben. Ich werfe dir nicht vor, daß du nicht in dem Betrieb warst, sondern ich werfe dir vor, daß du so davon sprichst, als ob du dauernd in den Betrieben gewesen seist.

Haug: Laßt uns doch hoffen, daß sich das so ändert, daß auch Ernest Mandel bald die Betriebe in der SU besichtigen kann.

Kuczynski: Das ist auch mein Wunsch.

Mandel: Ich möchte dem Genossen Kuczynski ein Argument wegnehmen. Ich war nicht in Betrieben in der SU, nicht aus eigener Schuld und auch nicht in der DDR, aber ich war in vielen Betrieben – seit 40 Jahren – in Jugoslawien, in Polen, in Kuba. Ich weiß also ungefähr, was in den nichtkapitalistischen Ländern sich in den Betrieben abspielt. Die Frage der Motivation, ja das ist eine zentrale Frage, und hier stehen wir vielleicht an einem der zentralsten Probleme, der Gegenüberstellung sozialistischer, beziehungsweise kommunistischer Gesellschafts- und Geschichtsinterpretation und bürgerlicher und kleinbürgerlicher Gesellschafts- und Geschichtsinterpretation. Die Bürger wollen uns erklären, seit 250 Jahren ist das das Hauptargument gegen den Sozialismus, daß ohne individuelle materielle Interessiertheit die Leute nicht schaffen, nicht motiviert sind. Das Argument der Gleichmacherei kommt nicht von Stalin und kommt nicht von Gorbatschow, sondern kommt von allen großen bürgerlich-liberalen Ideologen des 18. Jahrhunderts und ist reiner Quatsch! Wer die Entwicklung der Technik kennt und weiß, was das Gewicht hochwertiger Technik heute in der Industrieproduktion ist, der weiß, daß die individuelle Arbeitsanstrengung für einen individuell höheren Lohn überhaupt keine Rolle spielt. Das sagt jeder ernstzunehmende bürgerliche Technologe.

Motivation ja, gewiß, aber kollektive Motivation; materielle Interessiertheit ja, aber mit der Möglichkeit der konkreten Messung und der konkreten Realisierung. Ich möchte ein ganz konkretes Beispiel geben aus der Sowjetpresse und aus der Wirklichkeit der SU in den letzten zwei Jahren. Man hat in der SU ein Experiment gemacht; man hat den Belegschaften gesagt: Wenn ihr zusätzlich zum Plan fünf Prozent mehr produziert, dann bleiben diese fünf Prozent in euren Händen, nicht individuell – da steht Gorbatschow mir näher als dem Prinzip der individuellen Bereicherung – sondern in euren Händen als Betriebskollektiv. Die Bilanz war sehr positiv. In vielen Betrieben haben die Arbeiter die Anstrengung gemacht, mehr zu produzieren unter der Bedingung, daß die zusätzliche Kohle, die die Kumpel produzierten, für die eigenen Wohnungen und die eigenen Kinderheime in der Stadt, wo sie leben, benutzt wurden. Und dann kam als Ergebnis, daß man ihnen die

Kohle weggenommen hat und ihnen gesagt hat, Genossen, es fehlt Kohle in diesem und jenem Betrieb. Da haben sie gesagt, ein zweites Mal kriegt ihr uns nicht mehr dazu, für den König von Preußen arbeiten wir nicht härter.

Haug: Ich will eine populäre Frage stellen. Es ist nicht meine Frage, aber ich gebe sie weiter: Führen die denn nun den Kapitalismus wieder ein ?

Mandel: Nein. Absolut nicht.

Haug: Was garantiert dafür?

Mandel: Zwei Sachen: Erstes, daß die große Mehrheit – davon bin ich absolut überzeugt – der russischen Arbeiterklasse, die die überwältigende Mehrheit der russischen Bevölkerung ist, kein Interesse hat an der Einführung des Kapitalismus. Sie haben vielleicht Interesse an gewissen Formen der materiellen Interessiertheit, wie schon gesagt: kollektive und nicht individuelle, aber an einer Wiedereinführung des Kapitalismus haben sie kein Interesse. Und ich würde hinzufügen, daß die große Mehrheit der russischen Bürokraten auch kein Interesse an einer Einführung des Kapitalismus hat. Sie würden dadurch mehr verlieren, als sie gewinnen würden.

Kuczynski: Ich stimme völlig mit deinen letzten Sätzen überein, aber muß absolut protestieren dagegen, daß Marx für Gleichmacherei gewesen sei. Du brauchst nur die Kritik des Gothaer Programms zu lesen. Dort steht drin: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung, und dann fügt er hinzu, daß es ein bürgerliches Prinzip ist, das endlich von uns durchgesetzt werden muß.

Mandel: Nein, das ist eine totale Verdrehung dessen, was Marx meint. Marx sagt genau das Umgekehrte. Jedem nach seiner Leistung – das bedeutet für gleiche Arbeitsquantität gleiche Entlohnung und das ist bürgerliches Recht, weil die Fähigkeiten der Individuen, mehr oder weniger zu arbeiten, verschieden sind, und dadurch noch weiterhin Ungleichheit bestehen bleibt, die wir im Kommunismus abschaffen wollen.

Kuczynski: Entschuldige, Marx sagt, wir müssen aber dieses Prinzip durchführen und erst im Kommunismus... Wir haben doch keinen Kommunismus...

Mandel: Für gleiche Arbeit gleiche Entlohnung, d.h., für acht Stunden Arbeit acht Stunden Lohn, nicht für acht Stunden Arbeit achtzig Stunden Lohn...

Kuczynski: Marx sagt, daß es im Kommunismus anders sein wird, aber er verlangt in der sozialistischen Phase, daß das bürgerliche Prinzip endlich durchgeführt wird. Und es muß endlich durchgeführt werden, sonst kommen wir in der Wirtschaft nicht vorwärts. Wir sollten nicht mit den Ideen des Kommunismus heute spielen, sondern uns überlegen, daß wir ganz am Anfang der Entwicklung des Sozialismus sind.

Haug: War es ein Fehler, daß die Sowjets – im Unterschied zu den Chinesen – die politische Reform der Wirtschaftsreform vorangestellt haben?

Kuczynski: Mir erscheint es selbstverständlich, daß die politische Reform vorgezogen wird.

Mandel: Ich bin einverstanden. Der Demokratisierungsprozeß hat Priorität und ist das Entscheidende und das Positivste, was sich in der SU getan hat. Er geht noch nicht weit genug, ist meines Erachtens ohne politischen Pluralismus unrealisierbar in seiner letzten Konsequenz, aber er ist das Entscheidende.

konkret 07/89, S. 48

Wolfgang Schneider

Der gelbe Strahl

Vom KP-Funktionär und Organisator des kommunistischen Untergrunds im franquistischen Spanien zum Antikommunisten und Minister einer konservativen Regierung: Die Biographie des spanischen Schriftstellers Jorge Semprún hat für Ex-Kommunisten einen ebenso hoben Stellenwert wie seine Bücher, in denen diese sich spiegelt, für den europäischen Literaturbetrieb. Tatsächlich aber zeigen seine Texte vor allem eins: daß und wie der Stalinismus auch noch seine Dissidenten frißt

»Der materialistische Inhalt, d.h. die Erkenntnis der wirklichen Welt, ist ... im Besitz jener, welche dem Marxismus untreu geworden sind, und steht daher ebenso im Begriff, das einzige zu verlieren, was ihn auszeichnet: nämlich Erkenntnis zu sein ohne das materialistische Prinzip werden die Tatsachen zu blinden Zeichen, oder sie geraten vielmehr in den Bereich der das geistige Leben beherrschenden ideologischen Mächte.«
Max Horkheimer, Dämmerung

l

Daniel Laurencon, der sich der Selbstauflösung der linksradikalen Splittergruppe »Proletarische Avantgarde« widersetzte und mit seinen Attentatsplänen die bürgerlichen Karrieren der übrigen Kader gefährdete, ist nicht, wie von der Gruppe beschlossen, liquidiert worden, sondern kehrt, zwölf Jahre nach seiner vermeintlichen Hinrichtung, nach Frankreich zurück, um Kontakt mit seinen ehemaligen Genossen aufzunehmen. Sie sollen ihm helfen, »aus der Welt des Terrors auszusteigen«, »die Organisation des bewaffneten Kampfs« zu verlassen, der er sich damals angeschlossen hatte und in deren Auftrag er nun eine Serie von Mordanschlägen vorbereiten soll, die sich auch gegen seine alten Freunde richtet. Denn die »hatten es am Ende geschafft, diese Gesellschaft zu beherrschen, die sie hatten zerstören wollen... und waren dabei zu Macht und zu Knete gekommen«. Indem sie etwa führende Positionen im »Überbau« besetzten, Zeitschriften herausgaben, Bücher schrieben, Filme produzierten und Vorträge hielten. »Weder wunderte noch empörte Daniel Laurencon der Erfolg seiner ehemaligen Genossen. Er wußte, daß die intelligentesten Revolutionäre... ein so reiches und präzises Wissen über die Gesetze der Gesellschaft erwerben, daß es ihnen, wenn sie bisweilen aus durchaus ehrenwerten Gründen die Seite wechseln, in der für eine demokratische Massen- und Marktgesellschaft unabdingbaren gesellschaftlichen Auseinandersetzung zum Erfolg verhilft.«

Laurencons Rückkehr stürzt die »inzwischen in den Medien etablierten Untergrundkämpfer«, deren »jeder eine herrliche Wohnung mit Kunstgegenständen, Büchern, Blumen, duftenden Betten« sein eigen nennt, die also »den weiten Raum der bürgerlichen Gesellschaft« wiedergefunden haben, »deren Werte und Vitalität sie törichterweise... unterschätzt hatten«, in hektische Betriebsamkeit: Sie erinnern sich gemeinsamer amouröser, intellektueller und politischer Abenteuer und versuchen, Kontakt mit dem Aussteiger aufzunehmen, der sich nicht nur vor der Polizei, sondern vor allem vor einem Killerkommando hüten muß, das seine Auftraggeber auf ihn angesetzt haben, »die vom KGB und seinen Satellitenorganen gesteuert oder unterstützt werden«, »weil Frankreich die militärisch stärkste demokratische Kraft in Europa« und damit »für die UdSSR objektiv der Hauptfeind ist«.

Nachdem er unter anderem im Kleiderschrank seiner verräterischen, aber mit »Gala-Unterwäsche« bekleideten Freundin einen seiner Verfolger zusammengeschossen und in der Wohnung seines Paßfälschers mit Hilfe einer Frau, die nicht nur zufällig »nackt« und »zugänglich«, sondern vor allem voller Bewunderung für die Größe seiner Knarre wie seines Schwanzes ist, die Frage untersucht hat, ob »der beste Augenblick für metaphysische Meditationen« tatsächlich »eine gute Fellatio sei«, muß Laurencon schließlich einsehen, daß er weder seinen Verfolgern noch seiner Geschichte entkommen kann. Längst hat er kapiert, daß »nur die Gewalt (gerecht ist), welche. .. die Strenge des demokratischen Gesetzes wiederherstellt«. So stürmt er am Ende mit einem seiner alten Freunde im Schlepptau und einem heroischen Vorsatz im Kopf (»Ich selbst werde das Gesetz wiederherstellen und Gericht halten«) den Bauernhof, auf dem sich seine bewaffneten Genossen verborgen halten, und richtet unter ihnen ein Blutbad an, in dem er, wie es sich gehört, selbst umkommt.

Was das ist? Das ist der Plot des Romans »Netschajew kehrt zurück«, den der spanische Schriftsteller Jorge Semprún 1987 veröffentlichte, ein Jahr bevor er, »vereidigt durch einen demokratischen und belesenen König« (»Sonntagsblatt«), sein Amt als spanischer Kulturminister antrat. Und es ist, worüber noch zu reden sein wird, ein entsetzlicher Schund, den nun der Westberliner Rotbuch-Verlag als »politischen Zeitroman höchster Brisanz, der über drei Generationen von politischem Kampf... die Frage der Gewalt diskutiert«, herausgebracht hat. (Nach Lektüre des Buches ist denn auch klar, warum dieser Verlag Christian Geisslers »Kamalatta« einen Waschzettel verpaßte, den dieser als Denunziation seines Textes verstehen mußte.)

»Netschajew« ist, wie die früheren Bücher Semprúns, von der Kritik mit Begeisterung aufgenommen worden: Die französische Presse hat »ein Kabinettstück über die bedeutsamsten intellektuellen Debatten der Zeit« bewundert, die »FAZ« hat sich über »eine brilliante Abrechnung mit dem Leninismus« gefreut, die »TAZ« hat den Roman »spannend«

und »kenntnisreich« gefunden und ein »happy end« konstatiert, und die »Frankfurter Rundschau« hat, daran erinnernd, daß Semprúns große Leistung die »Verwandlung seines Lebens in Literatur« sei, »Netschajew« *»das* Werk seiner Werke« genannt.

Das Werk seiner Werke? Neun Bücher hat Semprún nunmehr veröffentlicht, acht wurden ins Deutsche übersetzt. Nahezu alle sind sie in Frankreich, Spanien oder der Bundesrepublik mit Literaturpreisen ausgezeichnet und mit Epitheta bedacht worden unter denen »brisant«, »brilliant« und »blendend« besonders häufig waren. Stets wurde neben der literarischen Qualität ihr enger Zusammenhang mit der Biographie des Verfassers betont, die für ihren moralischen Wert bürge – von Jörg Drews etwa, der bereits 1982 das Semprúnsche Werk als herausragendes Beispiel dafür präsentierte, »wie gelebtes Leben und gelebtes Denken im 20. Jahrhundert zu großer Literatur werden kann«.

Dennoch hat die »FR« ihren Superlativ mit einer gewissen Berechtigung so spät gesetzt: »Netschajew« beschreibt tatsächlich einen Endpunkt in der literarischen und politischen Karriere Semprúns, der vom Stalinisten und Organisator des kommunistischen Untergrunds im franquistischen Spanien zum Antikommunisten und Minister einer konservativen Regierung mutierte, der also »aus durchaus ehrenwerten Gründen die Seite gewechselt« und den »weiten Raum der bürgerlichen Gesellschaft« wiedergefunden hat, deren Werte und Vitalität er törichterweise unterschätzt hatte. Daß dabei sowohl sein moralischer Anspruch als auch sein literarisches Vermögen auf der Strecke geblieben sind, läßt sich seinen Büchern entnehmen, die ich eben darum einer aufmerksamen Lektüre empfehlen möchte: Sie zeigen, daß und wie der Stalinismus selbst noch seine Dissidenten frißt.

II

»Man schätzt einen Menschen, der sich ändert, weil er reifer wird und heute mehr Dinge begreift als gestern. Doch ein Mensch, der seine Positionen umkehrt, ändert sich nicht, er überwindet nicht seine Irrtümer ... Hier wie andernorts schreitet er nicht weiter, er bricht mit seiner Vergangenheit, das heißt er bleibt derselbe.«

Maurice Merleau-Ponty, Humanismus und Terror

Jorge Semprún wird 1923 in Madrid geboren. Sein Vater ist Juraprofessor und wird später die spanische Republik diplomatisch in Holland und der Schweiz vertreten. Zu Beginn des Bürgerkriegs, im Spätsommer 36, flieht die Familie ins französische Exil. Semprún tritt 18jährig in die spanische Exil-KP ein, kämpft im burgundischen Maquis gegen die nazistischen Besatzer, wird 1943 verhaftet und ins KZ Buchenwald deportiert. Dort überlebt er in einem von Kommunisten geführten internen Verwaltungsdienst, der Arbeitsstatistik, in der er auf Anweisung der illegalen Leitung der spanischen KP-Lagerorganisation beschäftigt wird. Nach seiner Befreiung aus dem KZ arbeitet er bis 1952 in Paris als Übersetzer für die Unesco. Dann beginnt sein Aufstieg in der Partei: Von 1953 bis 1963 leitet und organisiert er die illegalen Aktivitäten der KP in Madrid; im Herbst 1954 wird er ins Zentralkomitee aufgenommen, im Sommer 1956 steigt er ins Politbüro auf, das später in Exekutivkomitee umbenannt wird. Anfang der 60er Jahre kommt es zu politischen Auseinandersetzungen in diesem Gremium, dessen von Carillo geführte Mehrheit Semprún vorwirft, er vertrete revisionistische und kapitulatorische Positionen (Positionen, die 15 Jahre später zum offiziellen Programm des spanischen Eurokommunismus gehören werden). 1964 verliert Semprún seine Parteiämter. Im Jahr darauf wird er aus der Partei ausgeschlossen.

Noch als KP-Funktionär veröffentlicht er 1963* seinen ersten Roman: »Die große Reise« ist ein Bericht über den mehrtägigen Transport von 119 in einem Güterwaggon zusammengepferchten Gefangenen aus dem französischen Compiègne ins KZ Buchenwald, der, durch zahlreiche Rück- und Vorblenden immer wieder unterbrochen, sich zu einem beeindruckenden autobiographischen Gesamtporträt erweitert – Semprún erzählt von Bürgerkrieg, Schule, Universität, vom Engagement für die Résistance, von seiner Verhaftung und den Verhören, von KZ, Befreiung und der Rückkehr nach Frankreich.

Nachdem er 1969 den Polit-Thriller »Der zweite Tod des Ramon Mercader« und zwischendurch einige Drehbücher verfaßt hat (u.a. für Alain Resnais' »Der Krieg ist aus« und die beiden Costa Gavras-Filme »Z« und »Das Geständnis«}, erscheint 1977 unter dem Titel des Decknamens, den er im spanischen Untergrund benutzte, »Federico Sanchez«, Semprúns Autobiographie, eine Abrechnung sowohl mit der eigenen stalinistischen Vergangenheit als auch mit der bürokratisch-bornierten Politik der KP. Das Buch macht in Spanien sofort Furore, schließlich werden darin, kaum daß die Partei nach Francos Tod wieder zugelassen ist, anhand parteiinterner Dokumente sowohl die politischen Differenzen ausgebreitet, die zum Ausschluß Semprúns führten, als auch die trübe Rolle beleuchtet, die der Parteichef Carillo dabei spielte. Es wird mit dem angesehensten spanischen Literaturpreis, dem Premio Planeta, ausgezeichnet und bietet jedem, der wissen will, wie die sozialdemokratische Programmatik eurokommunistischer Parteien sich mit dem autoritären Zentralismus ihrer Entscheidungsstrukturen vertrug, eine anregende Lektüre.

Zwar hat Semprún bereits in den 50er Jahren von den Schauprozessen in der CSSR erfahren, in deren Verlauf auch ein ehemaliger Mithäftling, der nach 45 zum stellvertretenden KP-Chef aufgestiegen war, als »Verräter« hingerichtet wurde, doch erst Anfang der 60er Jahre, in dem Moment, da »Die große Reise« im Druck ist, liest er Solschenizyns »Ein Tag im

Leben des Iwan Denissowitsch«, später auch Warlam Schalamows »Kolyma – Insel im Archipel«, und erfährt so von der Existenz der stalinistischen Straflager. In seinem dritten autobiographischen Buch, »Was für ein schöner Sonntag« (1980), hat er versucht, diesen Schock literarisch zu verarbeiten. Er widerruft seinen ersten Roman, schreibt ihn um und ergänzt – »im blendenden Licht der Scheinwerfer des Lagers von Kolyma« – seine frühere Darstellung des antifaschistischen Widerstands und des Alltags in Buchenwald durch Berichte über seine Erfahrungen mit dem ideologischen Terror der Komintern-Parteien, vor allem aber durch Hinweise auf die Leiden der Gulag-Opfer – um »das Schuldgefühl auszulöschen, das ich empfand, in der scheinheiligen Unschuld der Erinnerung an Buchenwald gelebt zu haben, in der unschuldigen Erinnerung, zweifellos dem Lager der Gerechten angehört zu haben, während die Ideen, für die ich zu kämpfen glaubte, zur gleichen Zeit dazu dienten, die radikalste Ungerechtigkeit, das vollkommenste Übel zu rechtfertigen: das Lager der Gerechten hatte die Lager von Kolyma geschaffen und gelenkt.«

Semprún ist mit diesem Schuldgefühl nicht fertig geworden, und so ist der »schöne Sonntag« nicht nur eine bittere, beklemmende Beschreibung der »gemeinsamen Essenz der Terrorsysteme der Nazis und der Sowjets«, sondern auch das Dokument des Scheiterns eines Autors, der mit seiner politischen Vergangenheit bricht, ohne ihre Lügen und Wahrheiten wirklich bilanziert zu haben, der sich nun vom Stalinismuskritiker zum Antikommunisten wandelt und, wie zahlreiche Ex-Kommunisten vor ihm, auf der Suche nach der verlorenen Moral den politischen Verstand verliert. Denn was tut Semprún, um ein Schuldgefühl auszulöschen, das ihn ehrt?

1. Er relativiert die Bedeutung seiner Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus: »Du hast ohne größere Schwierigkeiten, mit unstillbarer geistiger Neugier, das Konzentrationslager in Buchenwald überstanden«, und macht – 'wo ich Opfer war, bin ich auch Täter gewesen' – aus der kommunistischen Lagerorganisation eine Mörderbande. Während er noch 1977, in seiner Autobiographie, mitteilte, daß die Gestapodienststellen in Buchenwald »jedem Hinweis nachjagten, mit dem sie die kommunistische Organisation im Lager hätten ausheben können«, antwortet er 1980 auf die Frage, wie die SS-Lagerleitung unliebsame Kontrollen der Berliner Zentrale hat vermeiden können: »Die beste Lösung besteht darin, die internen Dinge des Lagers den deutschen Kommunisten zu überlassen, die seit Jahren die Schlüsselstellungen der Verwaltung innehaben, seit sie die normalen Strafgefangenen in einem hinterhältigen und blutigen Kampf eliminiert haben ... So können die bestechlichen und nichtstuerischen SS-Offiziere sich ihrem großen Handel und ihren kleinen Schlemmereien widmen.« Nichtstuerische SS-Offiziere auf der einen, Häftlinge hinterhältig eliminierende Kommunisten auf der anderen Seite – diese Darstellung eines KZs dürfte konkurrenzlos sein und signalisiert, wie Semprún nunmehr mit seinen Erfahrungen umzugehen beabsichtigt.

2. Er identifiziert sich – 'wo ich Täter war, bin ich auch Opfer gewesen' – mit den Gefangenen der stalinistischen Straflager, indem er sich etwa an die Stelle des Iwan Denissowitsch versetzt, und verwendet von nun an zur Kennzeichnung seines ihm, der behaupteten Mühelosigkeit zum Trotz, irreal erscheinenden Überlebens ein Bild, mit dem er ursprünglich seinen toten Kameraden ein Denkmal setzen wollte: »Sie haben im Krematorium wohl nicht viel zu tun, wenn sie nur einen so dünnen Rauch erzeugen. Oder die Toten verbrennen gut. Die ausgetrockneten Toten, die Leichen der Kumpel wie Weinranken. Sie schaffen uns diese letzte Blüte mattgrauen und dünnen Rauchs. Ein freundschaftlicher Rauch, ein sonntäglicher, gewiß.« Daß diese Metapher zum Sühnezeichen nicht taugt, daß Semprún sie zur Beschreibung des eigenen Lebensgefühls zwar unentwegt aber unbefugt benutzt, äußert sich in peinlichsten Manierismen dort, wo ers dennoch versucht: »Bin ich ein Traum, der in dieser Landschaft entsteht, wie ein Rauch, kaum dichter als der da drüben? Bin ich nicht nur irgendwie ein Traum künftigen Rauchs, träumerischer Vorahnung, jener rauchigen Unverbindlichkeit, der (?) der Tod wäre?«

3. Vor allem aber verspricht Semprún, von nun an die Wahrheit zu schreiben. Doch der inflationäre Gebrauch dieses Begriffs legt den Schluß nahe, daß es um die Sache nicht gut bestellt sein kann, daß seine Verwendung eher dazu dient, einen moralischen Anspruch bloß emphatisch zu behaupten. Auch die Art und Weise, in der Semprún fortan seiner Wahrheiten teilhaftig wird, spricht gegen ihre Güte. Stets suchen sie ihn nämlich wie ein Naturereignis heim, für das er selbstverständlich nichts kann – und dementsprechend wie der Verantwortung auch der Notwendigkeit enthoben ist, für sie etwas zu tun: »Die Wahrheit enthüllt sich plötzlich. Es ist irgendwie (!) ein ideologischer (!!) Donnerschlag (! ! !). Aber es gibt auch Augenblicke der Fülle, in denen die Wahrheit nicht wie der Donner donnert, nicht wie der Blitz blitzt. Sie entfaltet sich wie die Morgendämmerung, die schon im Dunkel vorhanden war. Sie öffnet sich wie eine Blüte, sie reift wie eine Frucht, die schon vorhanden waren, die Blüte in der Knospe, die Frucht in der Blüte.«

Abgesehen von ihrer unfreiwilligen Komik (das also ist »große Literatur des 20. Jahrhunderts«!) enthüllt diese Äußerung, was sie verbergen will: ihr Herkommen. Die verquaste Metaphorik gibt sich als legitimes Kind einer »Dialektik der Natur« zu erkennen, die unterm Stalinismus ihr Unwesen trieb und ihre Entsprechung in der symbolistisch verkitschten Lyrik des Stalinisten Semprún aus der Zeit vor 1953 findet: »Flüsternd im Saft schliefen Tausende/grüne Blätter, und die Blüten/bereiteten in der Tiefe der Knospen/ihre luftige Verneinung vor.«

Daß ein derartiges Bild sich in dem Moment in Semprúns Text schleicht, in dem er sich möglichst weit von jenem Zusammenhang entfernen will, aus dem es stammt, ist ein Hinweis darauf, daß die stalinistische Prägung seines

Wahrnehmungs- und Urteilsvermögens durch den Bruch mit seiner Vergangenheit nicht korrigiert worden ist. Dies zeigt sich besonders deutlich, wo er den Maximen stalinistischer Politik mit eigenen begegnen will: Dort formuliert er einen Anspruch, der seinerseits totalitär ist, weil er nicht mehr (oder nur noch) wertet, weil er alles über einen Leisten schlägt und gewalttätig ist in dem Maße, in dem er sich jeder interessierten Parteinahme zu enthalten scheint: »Ich wünsche mir..., daß alle Oppositionellen aller Länder, wie immer das Regime sein mag, gegen das sie opponieren, aus einer solchen Durchlässigkeit der Staatsapparate (wie Semprún sie in den imperialistischen Staaten gegeben sieht) Nutzen ziehen könnten.« – »Es ist immerhin besser, ein böses Opfer zu sein als ein guter Henker.« – »Ein Polizeiminister kann uns niemals, unter keinem Regime, lieber sein als ein Schriftsteller, mag dieser. . . noch so oft die unvorhergesehensten Kehrtwendungen vollziehen.«

Unter keinem Regime – unter jedem Regime: Die formelhafte Leere dieser kategorischen Aussagen macht die Konsequenzen ihrer Verwendung beliebig, allzu schnell zeigt sich die absolute Verweigerung (niemals !) mit der generellen Fügsamkeit (jederzeit!) einig (und möchte Semprún tatsächlich lieber ein Eichmann sein als dessen jüdischer Henker?). Wer, um einen abstrakten Freiheitsbegriff zu exemplifizieren, wünschen muß, daß die Contras bei ihrem Unterfangen, die sandinistische Regierung auszuhebeln, auf ebenso wenig Widerstand stoßen mögen, wie die nicaraguanische Bevölkerung bei ihrem dann fälligen Versuch, eine Marionettenregierung der USA zu stürzen, hat den Geltungsbereich moralischer Qualifizierungen entweder noch gar nicht betreten oder schon wieder verlassen, denn eine Norm, die nicht (mehr) entscheiden will, weil sie nicht (mehr) zu unterscheiden vermag, verliert ihre praktische Bedeutung: ihren moralischen Sinn und gerät »in den Bereich der das geistige Leben beherrschenden ideologischen Mächte« (Horkheimer).

Der psychische Druck politischer Konversionen ist immens und die Gefahr, im Zuge des wiedererwachten Gewissens die Mahnungen einer lange vernachlässigten Moral überzuerfüllen, bei ehemaligen Stalinisten besonders groß . Denn gerade bei ihnen trifft die persönliche Bußfertigkeit mit den verinnerlichten Normen einer politischen Haltung zusammen, die noch aus jeder erfahrenen Irritation ein Motiv für ihr untergründiges Fortwirken zu gewinnen verstand. Nicht allein die Kompensation eines Schuldgefühls, auch Bequemlichkeit und das Beharrungsvermögen psychischer Strukturen schaffen sich also Genüge, wenn der rückgewonnene moralische Anspruch sich abermals ins ideologische Dogma verkehrt – wo er rasch zum totenstarren System einer abstrakten Moral verkommt. Derart zum Schweigen gebracht vermag er jenen Platz zu besetzen, der zuvor einem absolutistisch verbogenen Marxismus eingeräumt wurde – größere Umbauten sind da nicht erforderlich.

Wenn Semprún etwa »die ungeheure, die unverbrämte Wahrheit von Alexander Solschenizyn« betont, dann meint er damit nicht das Exemplarische einer Entwicklung, die wie kaum eine andere die irreparablen Schäden bloßlegt, die der Stalinismus in seinen Opfern anrichtet, dann spricht er nicht vom engen Horizont eines Hasses, der die Vernunft verhöhnt und das Zeugnis des Gulag-Häftlings längst zum Kreuzzugsaufruf gegen »das Böse« verformt hat, sondern dann hält er auch den alten Solschenizyn noch für einen ernstzunehmenden Kritiker des politischen Despotismus: »Du hörtest, wie er für die Schöngeister der Linken, für die tugendhaften Gewissen unannehmbare Wahrheiten aufzählte, für diejenigen unannehmbar, die sich völlig schizophren bemühen, den Gulag zu verurteilen und dabei seine Prämissen billigen – das heißt, die revolutionären Kriege, die in diesem Jahrhundert die Völker der imperialistischen Herrschaft entrissen haben, um sie dem Joch der Einheitspartei zu unterwerfen.«

Zwei Implikationen unterminieren die Redlichkeit dieser Passage: Da ist zunächst das Doppelspiel der »Prämissen«, die aus einer zeitlichen Abfolge einen kausalen Zusammenhang machen und dessen Untersuchung abbrechen, bevor sie noch dem 'Grund' allzu nahe kommen. Der Versuch, den Revolutionären von 1917 die ausschließliche Verantwortung für Konzeption und Einrichtung des Gulag zuzuschieben, zeigt, an welchem Punkt Semprún nunmehr das Denken einstellt. Denn schon das Weiterfragen nach den Ursachen des russischen Bürgerkriegs kommt bei der »imperialistischen Herrschaft« an, die damit ihren Platz als Geburtshelferin des Stalinismus einnimmt.

Der finale Gehalt des letzten Halbsatzes schließlich steigert die Annahme eines kausalen Verhältnisses zwischen Bürgerkrieg und Gulag zur Unterstellung einer das Ziel der »revolutionären Kriege« vorgängig definierenden Absicht, einer miesen, selbstverständlich: »um (die Völker) dem Joch der Einheitspartei zu unterwerfen«. Diese Flucht in den Voluntarismus, diese Beschwörung des individuellen bösen Willens, der ihnen verständlich machen soll, was sie nicht mehr begreifen, weil sie mit dem Stalinismus auch das Instrumentarium zur Analyse der materiellen Verhältnisse über Bord geschmissen haben, kennzeichnet die meisten Texte konvertierter Kommunisten. (Als ich 1984 in der von ehemaligen Maoisten in Frankfurt herausgegebenen Zeitschrift »Umbruch« eine Semprún-Kritik veröffentlichte, aus der ich hier einige Abschnitte übernommen habe, reagierte die Redaktion mit dem Abdruck von vier Beiträgen, die diese Kritik als »Ketzergericht« zurückwiesen, Semprún jenen Autoren zuordneten, »die als linke Ex-Kommunisten oder Ex-Maoisten für viele von uns sozusagen einen hohen Identifizierungswert aufweisen«, und die das Motiv seines Schreibens wie folgt referierten: »Semprún stößt sich an der Erfahrung, daß Organisationen, die die klassenlose Gesellschaft anstreben, diese auf einem Berg von Leichen errichten wollen.« Sie werden als ehemalige K-Grüppler wohl gewußt haben, was sie da schrieben.)

Im Januar 1983 hat Alexander Solschenizyn seine für Semprún annehmbaren Wahrheiten prägnant zusammengefaßt: »Es ist eine gefährliche Illusion, zwischen 'besseren' und 'schlechteren' Kommunisten zu unterscheiden, zwischen 'friedensliebenden' und 'aggressiven' Vertretern. Sie sind alle systemimmanent menschenfeindlich, und wenn einige zurückhaltend erscheinen, dann nur deshalb, weil sie noch nicht über militärische Macht verfügen... Kommunismus heißt Verneinung des Lebens. Kommunismus ist eine tödliche Krankheit und bedeutet den Tod für die Menschheit... Kommunismus kann nicht verbessert werden. Er kann nur ausgerottet werden.«

Semprún ist da kaum zurückgeblieben: Ein Jahr nach Publikation des »schönen Sonntag« behauptet er eine »objektive Tendenz (der UdSSR) zur weltweiten Expansion«, dekretiert: »Der Sieg der Bolschewiki im Oktober 1917 war ein Unheil für die Arbeiterklasse der ganzen Welt... Nichts auf der Welt (ist) so reaktionär, so rechts wie der gegenwärtige russische (oder sowjetische) Staat«, und schreibt – während die Nato die Stationierung der Pershings vorbereitet – von der »sowjetischen Außenpolitik, sofern wir sie in den kommenden Jahren überleben«. 1984 ist er ein weiteres Stück vorangekommen: »Heute gibt es keine Hoffnung mehr. Keine Illusionen mehr über die Möglichkeit, das sowjetische System zu reformieren... Von den Regimen des Ostblocks ist nichts anderes zu erwarten als Gewalt, der Knebel oder der Tod«, während »man... in unseren demokratischen Gesellschaften kommen (kann), woher man will, und werden, was man will«. Zwei Jahre später, in seiner Eröffnungsrede zu den Frankfurter Römerberggesprächen, fordert er, endlich das Diktum Max Horkheimers zu revidieren, der 1939 verlangt hatte: »Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen«, und ein »Wer aber vom Stalinismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen« draus zu machen. Diese frühe Fassung der dann im Historikerstreit 1987/88 breitgetretenen Lieblingsthese der revisionistischen Geschichtswissenschaft findet sich bereits im »schönen Sonntag«: »Tatsächlich waren die Nazilager kein Zerrspiegel der kapitalistischen Gesellschaft... sie waren ein recht getreuer Spiegel der stalinistischen Gesellschaft.«

Die zunehmend moralisierende Tendenz seiner Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit und der Geschichte des Stalinismus ist mit dem Wahrheitsgehalt des »schönen Sonntag«, des wichtigsten Buches Semprúns, nicht verträglich. Das verdeutlichen beispielhaft die merkwürdigen Kollisionen jener für sein Selbstverständnis zentralen Textpassagen, in denen er sich mit dem XX Parteitag der KPdSU und dem Geheimbericht Chruschtschows beschäftigt: Er bezeichnet zunächst Chruschtschows Enthüllungen als »einzige und alleinige Möglichkeit, die die Geschichte dem Kommunismus geboten hatte, um sein politisches System zu reformieren«, und stellt fest: »Keine andere geschichtliche Möglichkeit von dieser Größenordnung wird je reifen.« Vehement verteidigt er die Wahrheit des Geheimberichts gegen seine »marxistischen« Kritiker: »Nachdem also dieser verdammte Bericht anfangs inexistent war, ist er schließlich unmarxistisch geworden... Warum hätte der Geheimbericht von Chruschtschow, wenn der Marxismus jene akademische Kloake ist, die wir kennen, jene erbärmliche ideologische Opiumraucherei, jener Karneval der Begriffe, marxistisch sein sollen? Genügte es nicht, daß er wahr war?« Die Ernsthaftigkeit dieser Frage wird später nochmals unterstrichen: »Denn wenn der Bericht von Chruschtschow auch nicht marxistisch war – wie konnte er das übrigens sein, da der Marxismus nicht existiert! – so war er wenigstens aufrichtig.«

Diese Interpretation der Chruschtschowschen Stalin-Kritik – »aufrichtig« und »wahr«: also moralisch einwandfrei – denunziert durch die in ihr enthaltene Gleichsetzung von »marxistisch« mit »stalinistisch« seine mögliche marxistische Kritik. Das allein ist ihr Zweck. Die Wirklichkeit des Geheimberichts, mithin: seine Wahrheit, sah nämlich anders aus – was Semprún, der Chruschtschow keineswegs zum Dissidenten zu stempeln beabsichtigt, selbstverständlich auch weiß. Er hat also eine zweite Version parat: »Der Geheimbericht auf dem XX. Parteitag beschränkte sich darauf, obere Kader der KPdSU, einige stalinistische Führungskräfte zu rehabilitieren... Daher leitete der Geheimbericht von Chruschtschow auf dem XX. Parteitag eine Reihe von Gewaltstreichen und willkürlichen Aktionen ein, die... darauf abzielen, ... einfach ein geregeltes Funktionieren der Machtinstanzen in der UdSSR wiederherzustellen... Mehr nicht.«

Das Dilemma ist offensichtlich und keines der tatsächlichen Widersprüchlichkeit der halbherzigen Abrechnung Chruschtschows mit dem stalinistischen Terror: »Wirklichkeit« und »Wahrheit« fallen bei Semprún auseinander – »der materialistische Inhalt« steht dem, was er für »Erkenntnis« nimmt, entgegen: Die zutreffende Beschreibung der wesentlich restaurativen Funktion und Wirkung des Chruschtschowschen Geheimberichts widerlegt die rhetorische Tendenz der Frage nach der Selbstgenügsamkeit seiner Wahrheit und beantwortet sie zweifach. 1.: Wie Semprún zeigt, »genügte es nicht, daß er wahr war«; 2.: Wie Semprún ebenfalls deutlich macht, bestand seine Wahrheit gerade nicht in einer ihm abstrakt zugerechneten moralischen Qualität, sondern in der Rehabilitierung einiger stalinistischer Führungskräfte und im Wiederherstellen des geregelten Funktionierens »der Machtinstanzen in der UdSSR«. Spekulationen über die subjektive Ehrlichkeit Chruschtschows sind da völlig fehl am Platze. Das Unvermögen, die absolut gesetzten moralischen Kategorien mit dem Begreifen jener gesellschaftlichen Realität zu verzahnen, der sie das Urteil sprechen, macht die Semprünsche Moral zum unverbindlichen Moralismus, gleichzeitig konterkariert seine Darstellung dort, wo sie Fakten referiert, die ideologische Absicht. Sie begründet nämlich, warum Chruschtschows Geheimbericht »hätte marxistisch sein sollen«: Weil er dann zur Legitimation der Fortführung eines Gewaltregimes nicht getaugt hätte.

Die Polarisierung der Semprünschen Weltsicht – ein der Wirklichkeit gegenüber indifferenter Moralismus hier, der unverstandene Transport historischer Wahrheiten dort – dreht die dem Stalinismus eigentümliche Trennung von

ideologischer Rechtfertigung und realem Terror gleichsam um, behält sie also bei: Während der Stalinist, die Errungenschaften des Oktober zu bewahren, den Vorgaben revolutionärer Moral zuwiderhandelte und damit die Revolution verriet, würde der Versuch, die moralistischen Normen des Antikommunisten Semprún 'anzuwenden', sie in praktische Anweisungen zu übersetzen, ihre Unmenschlichkeit offenbaren. Aus dem Primat der Politik wird, in undialektischer Entgegensetzung, das Diktat der Werte.

III

Obwohl Semprún Anfang der 80er Jahre in zahlreichen Interviews erklärte, daß seine »Manie, mich an alles zu erinnern, nichts zu vergessen... fast eine persönliche Strategie« geworden sei, »nicht nur literarisch, sondern politisch und moralisch«, hat er nach dem »schönen Sonntag« den Versuch aufgebenen, sich seiner Geschichte und Identität zu vergewissern. Zwar tauchen auch in den folgenden Büchern immer mal wieder Erinnerungsfragmente auf, die der Leser zumeist aus früheren Werken kennt, aber sie werden nun, wie andere selbständige Motive auch, beinahe beliebig auseinandergenommen und wieder zusammengesetzt, unterschiedlichsten Situationen und Figuren zugeordnet und so als bloße literarische Spielmarken in den Texten hin- und hergeschoben. Sie wirken dabei, vor allem in den letzten Romanen, in denen sie in ein mondänes Ambiente hineingesprochen werden, das sich klischeehafter kaum denken läßt, deplaziert, wie Fremdkörper, die einem hohlen Gebilde Gewicht geben sollen.

So machen die Bücher, die Semprún in den 80er Jahren veröffentlicht, den Eindruck, als sei, da der Bruch mit der Vergangenheit nicht mehr schmerzt, ihm nunmehr alles wurscht: Ob Polit-Thriller, Schelmenroman, Kolportagestory, Biographie oder Konversationsstück – Politik, Geschichte und Kunst werden mit einem Personal bestückt, das einem schmalen Kitschfigurenfundus entnommen scheint, und durch die Mühle einer literarischen Form gedreht, die die Kritik mal »labyrinthische Schreibweise«, mal »virtuose, am Kino orientierte Erzähltechnik« nennt. Gemeint ist damit die exzessive Verwendung von mitunter mehrfach ineinander geschobenen Vor- und Rückblenden, die den Gang der Erzählungen ebenso häufig unterbrechen wie die zahlreichen reflektierenden Passagen, in denen der Autor etwa politische Statements formuliert, Belesenheit demonstriert (selbst die Zimmermädchen der Nobelhotels, in denen sich Semprúns Figuren mit Vorliebe bewegen, beschäftigen sich, wenn sie nicht gerade zur Vervollständigung eines Dreiers benötigt werden, wenigstens mit Cioran, Kraus, Lichtenberg, Nietzsche, Gomez de la Serna...) oder sein Publikum über die »literarischen Zaubertricks« informiert, die er nun vorführen wird. Das ist selten aufregend, manchmal, wenn es gelingt, die reaktionären Sentenzen zu überlesen, unterhaltsam, oft aufdringlich geschwätzig und unerträglich in jenen sich häufenden Passagen, die Semprún von der Altersgeilheit diktiert werden. Mit »Algarabia« (1981) hat er versucht, ein modernes Gegenstück zum Kolportageroman des 19. Jahrhunderts zu schaffen: Im Gefolge eines Bürgerkriegs, der durch die Mai-Unruhen des Jahres 68 ausgelöst wurde, hat, als einzig noch übriggebliebenes »befreites Gebiet«, auf dem linken Seine-Ufer in Paris die Z.U.P., die »Zone utopique populaire«, überdauert. Durch eine Mauer vom wieder zur bürgerlichen Tagesordnung übergegangenen Frankreich getrennt, liefern sich auf dem Boden dieser »zweiten Pariser Kommune« spanische Anarchisten, korsische Separatisten, Maoisten, motorisierte Amazonenbataillone und Punks ideologische Auseinandersetzungen und blutige Schlachten. Die völlig verrohten linken Banden haben dort nicht nur »das berühmteste Bordell Westeuropas« eingerichtet, sie verstehen sich auch gut auf Plünderungen, Entführungen und Vergewaltigungen, die den betroffenen Frauen allerdings großes Vergnügen bereiten – wie beispielsweise jenen beiden Japanerinnen, die sich, von sechs Mitgliedern der Gruppe »Kämpfer des roten Ostens« (oder »Rächer Palästinas«?) gleichzeitig »bearbeitet«, »in fröhlicher Raserei« durch das Aufsagen von Mao-Zitaten noch zusätzlich stimulieren. Das ist in einer Welt, in der die Männer sämtlich »mit dem Glied eines Stiers« ausgerüstet und die Frauen »mit feuchtem Blick« und der »drallen Unverschämtheit ihrer Brüste« stets »auf der Suche nach einem Maßschwanz« sind, ja weiter auch gar nicht verwunderlich.

Die Begeisterung des Feuilletons über diesen zynischen Nachruf auf den »Sozialismus in einem Land« war überschwenglich. Die »FAZ« hat das Buch eine »künstlerisch überzeugende Metapher für das Schicksal der gescheiterten Revolution« genannt und ein »Romangebäude« bewundert, »das vom Keller bis zum Dachboden mit den skurrilsten und abgefeimtesten Figuren bevölkert ist und in dem sich ... die infamsten Verbrechen und abscheulichsten Laster abspielen«; die »FR« hat die »große Eleganz« dieser »Großtat« gerühmt, »die Konstruktion von stolzer Raffinesse«, und »ein hochorchestriertes Artifizium« ausgemacht, das endlich »linke Politik als Farce« erweise; selbstverständlich war auch die »TAZ« angetan (»erfreulich viel wird gelüstelt und gründlich obendrein«), geradezu kongenial aber hat es die »Welt« in ihrem »Yannick, die rote Vicomtesse« überschriebenen Beitrag verstanden, den künstlerischen Wert dieses »Werks eines enttäuschten Liberalen (!)« herauszupräparieren: »Semprún zeichnet das Horrorbild einer zum Abfallhaufen verkommenen Stadt, die von Rattenvölkern (und) kriminellen Epigonen der Jugendrevolte (beherrscht wird), eine tückische Fauna«; er schildere »den senkrechten Absturz in Nihilismus und Anarchie, den ein Sieg der Studentenrevolte von 1968 zur Folge gehabt hätte, in den erschreckenden Farben seines schwelbrandigen Sarkasmus«. »Der Roman trägt ein strammes Mieder, aus dem es verschwenderisch quillt, geschnürt mit dem Fischbein pornographischer Belesenheit... Jetzt erfährt man von

ihm (Semprún), wofür er nicht mehr zu stehen bereit ist – für den Einsatz, dem er sich als Franco-Gegner verschrieben hatte.«

Weil auch Yves Montand eine derartige Behauptung nicht ehrenrührig fände, hat sein Freund ihm eine Biographie verfaßt (»Yves Montand: das Leben geht weiter«, 1983), von der selbst hartnäckige Semprún-Verehrer am liebsten nichts wissen wollen, so offensichtlich ist, was da zwischen zwei Buchdeckel geklemmt wurde, Sprachmüll und reaktionärer Quatsch: Da »tritt Stille ein« und »greift um sich wie glühendes Eis«, da gibt es »Leuchtreklamen..., in denen das Licht zirkulierte wie flammendes Blut in den Adern des Universums« – und »die Trauerarbeit ist immer in Trauer gehüllt«; da folgt auf die Erwähnung eines Toten eine Klammer: »(Adieu, 'Bourru', bis demnächst!)« und eine weitere auf das Wort »einmal«: »(ist keinmal)«; da sind die Gewerkschaften »die Erfindung, die es den Arbeitern erlaubt, ihr Leben zu verändern . .. die ihnen glücklicherweise aber die Machtergreifung (!) untersagt«, da wird »die cubanische Frage« beantwortet: »Sie ansprechen und abschließen war übrigens eins: der Abszeß wurde ein für allemal ausgedrückt«, und da kennt die Schwatzsucht schließlich weder Schamgrenze noch Ekelschwelle: »Ich muß Ihnen also sagen, daß im September 1943 in Epizy... als ich begriffen habe, daß ich unverkennbar in die Hände der Gestapo gefallen war. . . der erste Gedanke, der mir durch den Kopf gefahren ist – als wäre der Kopf eine Kreuzung, mit Ampeln zweifellos, einem Fußgängerüberweg; als wären die Ideen kleine Alte, die brav auf Grün warteten, um den besagten Überweg zu betreten – jedenfalls der erste Gedanke... war, daß ich nun, in Anbetracht des unvorhergesehenen Eindringens der Gestapo...«

Drei Jahre später jedoch bewundert der Betrieb schon wieder »einen kleinen eleganten Todestanz« (»FAZ«), der die »Welt« zu der Schlagzeile »Wenn Blondinen ihre Fallstricke auslegen« animiert, den Rezensenten der züchtigen »FR« aber doch lieber Deckung hinter Geschraubtem nehmen läßt: »Der textuelle Kern dieses vielschichtigen Romans ist erotischer Natur.«

»Der weiße Berg« ist ein Konversationsstück, in dem Semprún die Geschichten eines erfolgreichen Schriftstellers, eines erfolgreichen Regisseurs und eines erfolgreichen Malers erzählt, die sich in einem schicken Landhaus in der Normandie treffen, um Erinnerungen aufzufrischen und möglicherweise, schließlich gehören auch zwei Frauen zur Ausstattung, ihre Freundschaft durch ein Ritual zu erneuern, mit dem sie sie vor Jahren besiegelten: dem Anderen die Geliebte zum Geschenk machen. Es wird viel geredet in diesem Buch – in Gemäldegalerien, Luxushotels, Salons, auf Vernissagen, Theaterpremieren und Bällen (und man kann sich die Sprechenden auch an anderen Orten gut mit einem Champagnerglas in der Hand vorstellen) – über Buchenwald, die Moskauer Schauprozesse, Literatur und Sex natürlich. War die Pornographie in »Algarabia« noch »derb, aber höchst gebildet« (»Welt«), so wird sie nun schwül und schmierig, daß sie dabei gebildet bleibt, versteht sich: »Kafka scheint mit sexuellen Instinkten, erotischen Trieben normal ausgestattet zu sein.« Wie im übrigen auch die Akteure dieses »Kammerspiels« (»SZ«), die sich in zwei gleichermaßen sterile Gruppen teilen. Die Männer: zwischen 50 und 65, attraktiv und mit »vor Intelligenz funkelndem Blick« – die Frauen: »schlank, zart, von glatter und fester Jugend«, »eine kesse Biene im übrigen, gefräßig bei jeder Gelegenheit... im Schneidersitz auf dem zerwühlten Bett sitzend, aufmerksam, fast nackt, den Oberkörper aufgerichtet, ihre prachtvollen, fruchtigen Brüste darbietend«.

Und so sinkt, je schablonenhafter seine Figuren werden, je bedenkenloser er sein »gelebtes Leben« verramscht, desto tiefer auch das sprachliche Niveau der Semprúnschen Bücher: Jetzt vernimmt man bereits »das nostalgische Geräusch einer ephemeren Ewigkeit des Gedächtnisses«, jetzt wird eine »Schlagader vom Hornstoß des Schicksals geöffnet«, jetzt werden »rauchfarbene Strümpfe«, »lachsfarbene Seidenhöschen« und »Strumpfhalter aus schwarzer Seide« über den Text verteilt, jetzt betrachtet einer »die glitzernde Pracht der Schaufenster«: »Damenschuhe aus weichem Leder mit hohen Absätzen präsentierten sich in der Evidenz und Natürlichkeit ihres Daseins: als wäre es normal, daß ihre exotische Üppigkeit sich so, in der Banalität ihres Warencharakters, darbot«, und jetzt erst bricht einer nach dem Besäufnis wie »vom Blitz getroffen« zusammen: »als hätte der Blick Stalins. wiederauferstanden aus dem schwersten und scheußlichsten Tod des Jahrhunderts, ihn mit seinem tödlichen gelben Strahl erfaßt.«

Läßt sich das noch unterbieten? In »Netschajew kehrt zurück« ist es Semprún gelungen, weil er gerade nicht tut, was die Verlagswerbung uns verspricht, also keineswegs »über drei Generationen von politischem Kampf... die Frage der Gewalt diskutiert«, sondern mit den bewaffneten Gruppen in Europa – wie schon in der Montand-Biographie: »Gott nehme ihre Seelen auf, aber er möge mir erlauben, ihnen ins Gesicht zu spucken« – kurzen Prozeß macht, die Roten Brigaden als blutrünstigen Haufen spaghettifressender Fußballnarren abfertigt und erklärt, daß die Mitglieder der ETA nur »hier, auf dieser Erde sind, um durch die Ausübung des Todes die Unmöglichkeit des Lebens aufzuzeigen«. Wer dagegen – wie die ehemaligen Kader der »Proletarischen Avantgarde« – jeglichem Widerstand gegen

den Herrschaftsapparat des Staates entsagt, wird mit promptem gesellschaftlichem Aufstieg und allerlei Luxus belohnt. Das ist die ganze, zu dürrstem Stroh gedroschene Botschaft dieses Buches, das es nur deshalb auf 350 Seiten bringt, weil sein Personal alles andere eher tut, als politische Debatten zu führen. Und schon weil die »FR« diesmal ihre Deckung verlassen und behauptet hat: »Die prächtigen erotischen Szenen passen in ihrer marmornen Kühle exakt zum politischen Klima des

Romans«, muß noch einmal das Menschenmaterial präsentiert werden, in dem Semprúns erotische Phantasien Gestalt annehmen.

Der »elegant brillierende Romancier« stellt seine männlichen Hauptfiguren vor (die Mädchen »fielen zuerst in Trance, oft in Ohnmacht angesichts der Gruppe, die sie bildeten«): Marc – »der scharfsinnigste, brillanteste... der betörendste... mit seinen grünen Augen, der Düsterkeit eines schwarzen Erzengels«; Elie – »unumstritten der gebildetste: er hatte alles gelesen, in allen literarischen Gattungen und Sprachen«; Daniel – »schön wie ein nordischer junger Gott... ein Körper, der wie geschaffen war für die Nacktheit... breite Schultern, schmale Hüften, hervortretende Muskeln«; Julien – »seine Beharrlichkeit, seine Arbeitskraft waren unerschöpflich; auch sein Gedächtnis und seine Zärtlichkeit«.

Und so führt Semprún die Frauen ein: »Fabienne Dubreuil war im Bad und kämmte sich vor einem großen Spiegel. Fast nackt. Prall, goldbraun, die Brüste nach einer kühlen Dusche emporgereckt, trug sie lediglich eine glänzende schwarze Strumpfhose, die ihre langen Beine betonte, die schmale Taille, die harmonische Kurve der Hüften.« Zwei Seiten weiter ist er noch immer mit dem Arrangement dieser Wichsvorlage beschäftigt: Gerade hat Fabienne »ihren Kaschmirpullover ausgezogen«. Ihre Brüste sind natürlich nach wie vor »nackt, hart, goldbraun«, aber sie trägt jetzt »nur noch ein rauchgraues Spitzenhöschen, selbstverständlich von 'sabbia bianca', und Strümpfe mit durchbrochenen Strumpfbändern von leuchtendem Schwarz: sternnachtschwarz.« Auch daß die Strumpfmarke »black illusion« heißt, teilt Semprún uns mit, weil ihm das anschließend Gelegenheit gibt zu zeigen, daß er zumindest den Titel eines Buches von Freud kennt: »Ist die Frau die Zukunft des Mannes, hatte er ausgelassen gesagt, oder die Zukunft einer Illusion? Eine 'black illusion'? Sie stöhnte unter einer drängenderen Liebkosung.«

Die Frauen, die Semprún seinen Männern zur Verfügung stellt, sind grundsätzlich »fügsam« und »für alle Eventualitäten abgerichtet« (vor allem lassen sie sich gerne »den Mund mit einer jetzt ausreichend zur Geltung gekommenen Männlichkeit... stopfen«). Wenn sie nicht daherkommen wie in Beate Uhses Reizwäschekatalog, werden sie mit Mißachtung gestraft: »Jeans mit Turnschuhen – das ist zuviel für mich, auch wenn man einen hübschen Arsch hat. Interesse verdienen Jeans nur mit Strümpfen.« Und wo sie als Intellektuelle auftreten, sind sie bloß als solche verkleidet: »Marroux... betrachtete das junge Gesicht, das wieder von der gelehrsamen Brille maskiert war; den geschmeidigen schlanken Körper, der sich entspannt zurücklehnte; die langen, sehr hübschen, bis zum Schenkel entblößten Beine... diese Köder.«

Glaubt tatsächlich jemand, daß dieses Ensemble von Pin-up-Boys-and-Girls in der Lage wäre, vernünftig »die Frage der Gewalt« zu diskutieren? Aber vielleicht ist, wer diesen Anspruch ernst nimmt, schon hereingefallen. Sitzen die Adressaten der Semprúnschen Bücher nicht schon längst nicht mehr dort, wo der Rotbuch-Verlag sie noch immer vermutet?: Seit Juli 88 ist Jorge Semprún Mitglied einer sozialdemokratischen Regierung, die allein in den letzten beiden Jahren für eine Vervierfachung der Unternehmergewinne und eine deutliche Senkung der Reallöhne gesorgt hat, indem sie eine Wirtschafts- und Sozialpolitik praktizierte, die »eine konservative Mannschaft erst gar nicht riskiert« hätte (»Zeit«, 27.1.89). Daß der neue Kulturminister da nicht nur damit beschäftigt ist, die Veranstaltungen vorzubereiten, mit denen Spanien 1992 den 500. Jahrestag der Eroberung Lateinamerikas feiern will, hat die »Welt« am Anfang dieses Jahres mitgeteilt: »Gonzales und die Seinen... bilden eine eigene Oberschicht, die sich allmählich neben der Aristokratie und den bisher führenden Kreisen auch im Geschäftsleben durchsetzt. Dieser Schicht soll nun Semprún den intellektuellen Hintergrund liefern.«

** Veröffentlichungsdaten nach den französischen bzw. spanischen Ausgaben – die deutschen Übersetzungen folgten im Abstand v*on *1-4 Jahren*

konkret 07/89, S. 56

Gertrud Koch

Buch des Monats: Sittengemälde aus einem röm.kath. Land

Elfriede Jelinek zeichnet in ihrer Groteske »Lust« keine positiven Bilder, weder von Männern noch von Frauen, weder von der Sexualität noch von der Gesellschaft. Sie entwirft ein Sittengemälde – thematisiert aber auch die soziale Seite von Herrschaft

Die Zeit der Vorurteilsbildung über diesen Roman ist vorbei, die öffentliche Vorurteilsvollstreckung auch, deren Akten und Akteure sollen deswegen an diesem Ort und zu diesem Zeitpunkt nicht noch einmal als Zeitzeugen eines literarischen Ereignisses aufgerufen werden. Immerhin gab es doch einige literaturkritische Stimmen, die sich zum Text geäußert haben und speziell literarische Texte nicht als Rohstoff für selbstkomponierte Arien begreifen. Kurz, den ganzen Chor textunabhängiger Apologeten wie Vernichter des Werks lasse ich nicht noch einmal als Echo erschallen, zumal die Autorin durchaus geschickt ein öffentliches Spiel mit eben jener Vorurteilsbildung betrieben hat, das dann mitunter gegen sie gespielt worden ist. Die enttäuschten Einwände, die darauf hinauslaufen, der Autorin einen wenn schon nicht gehässigen, so doch enttäuschenden Gebrauch pornographischer Sprache nachweisen zu können oder zu müssen, lassen sich damit nicht rechtfertigen.

Jelineks neuer Roman ist ein ausgesprochen komplex organisierter Prosatext, dessen Rhetorik polyphon orchestriert ist. Auf nichts ist da Verlaß, keine liebe Hand führt den ratlosen Leser durch den Verhau der Seiten, selbst wenn im Text das Wort »Ich« als scheinbar eindeutige Angabe einer Erzählperspektive auftaucht, wird rasch klar, daß dieses »Ich« nicht Elfriede Jelinek, die mahnende, ordnungschaffende und -spendende Autorin ist, sondern ein fragiles literarisches Geschöpf, das die Fiktionen des Romans begleitet und mitunter akklamatorisch oder beratend und kommentierend dazwischenruft. Mal wie die anonyme Autorin der Lebensberatungssparten der Illustrierten: »Dieser Weg ist ihr jetzt verschlossen, fürchte ich.« Aber auch in direkter Ansprache an die fiktiven Lesergruppen der Männer und Frauen artikuliert sich das »Ich« der vielen Stimmen und Stimmlagen.

Vor diesem tektonischen Hintergrund oder vielmehr dem im Vordergrund stehenden Text mit seinen ausdifferenzierten Perspektiven stellt sich die Frage danach, welches »Bild« von Sexualität, Gesellschaft, Männerkörpern, Frauenkörpern, die Autorin in dem Buch evoziert, sehr viel komplexer. Auf die reine Abbildungsebene ist das Verhältnis zwischen Text und beschriebenen Phänomenen nicht mehr zu bringen, genausowenig auf die Identifikationsebene mit der Einstellung der Autorin oder spezifischer Lesegruppen. Der Wechsel der Perspektiven, die vielfältige Orchestrierung des »Ichs« und des »Wir« führt keineswegs zu einem trivialen Relativismus nach dem gängigen Muster, »ein jeder hat halt seine eigene Geschichte zu erzählen«. Denn es gibt eine klare subkutane Struktur, die auch den Diskurs über die Sexualität in diesem Buch festschreibt: Die der Macht- und Besitzverhältnisse.

Ganz selten taucht in »Lust« die Beschreibung eines sexuellen Aktes auf, ohne daß ihm eine soziale Konnotation beigemischt ist. Die soziale Dimension ist zusätzlich noch mit religiösen Metaphern blasphemisch ausgeschmückt, zumindest ein himmlisches Szepter muß es sein, daß der Herr im Haus und Direktor in der Fabrik schwingt. Die verschiedenen Dimensionen arbeitet Jelinek ineinander zu einem Zopfmuster, das keinen Anfang und kein Ende zu haben scheint: »Lächelnd treibt der Schöpfer aus den Männern ihr Produkt, damit es unter uns herumzurasen sich angewöhnen kann. Der Mann zerteilt die Schöpfung mit seinen kräftigen Tempi, und auch die Zeit vergeht in ihrem eigenen Tempo. Er zertrümmert die Kacheln und Scheiben in diesem schattigen Raum, der unter seinem Treiben und an seinem hellen Licht sich freut. Nur in der Frau da ist es dunkel. Er zieht in ihren Arsch ein und schlägt vorn ihr Gesicht gegen den Wannenrand.« Und auch der Liebhaber der Frau setzt sich als Schöpfer weiblichen Fleisches: »Schon ist er dieser Frau zum Podium geworden, von dem herab sie von ihrem Sehnen und seinem sehnigen Oberkörper sprechen wird. (...) Dieser junge Mann hat all die Pracht geschaffen und geschafft, dieses weiße schaudernde Fleischgebirge, das sich vor ihm erstreckt, und dem er, wie die brave Abendsonne, Röte ins Gesicht gemalt hat.«

Daß der Mann sich als Schöpfer der Frau und anderer Untergebener wähnt, daß er sich diese Macht immer wieder neu bestätigen muß, ist der Motor dieser blasphemischen Litanei, in der der Werkschor der Fabrik für den Herrn Direktor singt, weil Lohnliste und Chormitglied in einer Art doppelter Buchführung miteinander verrechnet werden. Der Wüterich im Alpenland, Herr einer Region voller Bäume und Skifahrer, Arbeiter und Arbeitsloser, und: »Erschrocken sitzen die Bewohner, die nicht einmal Papierarbeiter sein dürfen, vor ihren Bildschirmen und starren auf die listenreiche Erfindung ihrer selbst, hat denn niemand teil an ihrem Leiden?«

Der Mythos der zentralen Schöpfergewalt bestimmt die Struktur des gesamten Textes, denn nur aus solcher zentralen Perspektive entfaltet sich die parareligiöse Rhetorik solcher Fragen und der endlosen direkten Anreden und kollektiven »Wir«-Sätze, die allesamt dem Fundus des Katholizismus entlehnt scheinen: »Wir sind die Herde des Hauses und erwärmen die Herren, wenn nötig.« Zur Umkehrung der christlichen Liebesmetaphysik in eine blasphemische Ausdeutung von Abhängigkeit und Herrschaft nutzt Elfriede Jelinek obszöne Analogien: »Fruchtig frisch ist die Liebe im Becher, aber worin verwandelt sie sich in uns?«

Der Kern der christlichen Dogmengeschichte, die Verwandlung des Leibs in orale Konsumgüter, die Lehre von der Transsubstantion, steht dabei im Mittelpunkt der Körpertravestien, die Jelinek zur Aufführung bringt: »Der Direktor will jederzeit, auch während der Bürostunden, zu Hause anrufen können, um festzustellen, ob an ihn gedacht ist. Er ist unausweichlich wie der Tod. Immer bereit zu sein, ihr Herz herauszureißen, es auf die Zunge zu legen wie eine Hostie und zu zeigen, daß auch der restliche Körper für den Herrn zubereitet ist, das erwartet er von seiner Frau.« Die Lust, die »Lust« transportiert, ist vor allem eine blasphemische, eine der Groteske, des Witzes, eine Travestie nicht nur religiöser Motive sondern auch literaturgeschichtlicher, vom Chor der antiken Tragödie und ihrem Versrhythmus bis zu Hölderlin zieht sie die Rhetorik ab.

Die Komik, die sie aus diesen Zitatverwerfungen, den Auffahrunfällen des Sprachgebrauchs zu entfachen weiß, ist durchaus hinterlistig: Der Kalauer liefert die Travestie auf die Zote gleich mit. Dabei folgt sie vor allem der Regel, hinter jeder sexuellen Metapher eine soziale aufzubauen. So beherrscht die Sprache die Sexualität, verfallen die Körper hinter den Beschreibungen gleich wieder. Die religiöse Travestie, die sich ins Komische dreht, ist freilich ernster gemeint, nicht eingleisige Reaktion sondern durchaus Diskurs über den Zusammenhang von christlicher Zivilisation und Gesellschaft, Liebes- und Geschlechtermetaphysik. Mitunter baut Jelinek in die blasphemischen Litaneien ganze Traktate ein, in denen der Gegenstand sozusagen von weiter oben beleuchtet wird: »Jetzt wird noch ein bißchen zu Gott gefleht in diesem röm.kath. Land, damit alle sehen, daß wir uns das Blut der Unschuld von den Fingern waschen, das Gott in einem Akt der Anstrengung in sich selbst verwandelt hat: Mann und Frau, genau, das ist Sein Werk. (...) Die Frau z.B. kann oft mit dem Mund ein Rohr bilden, in das sie das Glied des Direktors knieend aufnimmt. Tun Sie nicht so, als hätten Sie das noch nie in ihrem heimlichen Kino gesehen ! So wie Sie ging angeblich auch Jesus, dieser ewig durch Österreich und dessen Vertreter Fernreisende, durch seine Umgebung und blickte nach, ob etwas zu verbessern oder bestrafen oder betreffen war. Und dabei traf er auf Sie, und er liebt Sie wie sich selbst.

Die literarische Gleichsetzung von Gott und Vater im Himmel und Herr und pater familias im Haus, die Jelinek in ihren Wortketten evoziert, zieht ihre Kraft genau aus diesem kulturellen Hintergrund, der Behauptung von Identität zwischen Symbol und Körper: Der Wein *ist* das Blut des Herrn, die Hostie *ist* sein Leib. Jelinek übersetzt sich das in Sprache, vollzieht umgekehrt wieder die Transsubstantiationen von Saft und Leib als Insignien göttlicher Herrschaft. Unschwer läßt sich im jugendlichen Helden noch einmal eine ödipale Version der Fleischwerdung Gottes erkennen, schließlich ist er es, der Erlösung bringt, freilich nur kurzfristig, einmalig, bevor er die Frau der Menge überläßt.

Das »Sittengemälde« eines röm. kath. Landes, das Jelinek uns vorstellt, nimmt freilich nicht die ganze Leinwand der »Lust« ein. Die Herrschaft hat auch ganz direkte soziale Seiten, die Jelinek aufziehen kann, wenn sich ihr literarisches Ich zu den Hinterwäldlern begibt. Das Leben dort, durch den Wolkenstore von der Villa des Direktors optisch dezent getrennt, ist rauh und arm, die Lieder auch nicht idyllisch, die da gesungen werden und die Gewalt direkte Reaktion auf die Besitzverhältnisse: »Nicht dem Kleinsten ihrer Mitglieder nehmen sie die Äpfel aus den Augen und das Schwarze unterm Nagel. Bis daß einer seine Räder durchdrehen läßt und als Mörder das Nest mit der toten Familie schreiend umflattert.« Auch hier nutzt Jelinek die sprachliche Rhythmisierung des Gebetes, der Litaneien und Wunschformeln aus dem röm.kath. Land, um die Machtstrukturen aufzubrechen. Das negative Barock ihrer Wortausschüttungen ist orientiert an der Dominanz des Fleisch- und Leibproblems, das sie selbst in einer barocken Todesallegorie immer wieder neu in Worte faßt.

Ihre Bilder sind oft unmittelbare Transits in Leichenbilder oder auch Folterbilder, wie sie aus der mittelalterlichen Malerei in feinen Pinselstrichen und geschmeidiger Transparenz überlagerter Farbschichten zur kulturellen Überlieferung gehören: »Der Garten der Lüste«. Das Bild von den »Äpfeln«, die den »Kleinsten« »aus den Augen« genommen werden, ist eine starke visuelle Metapher, die von Assoziationen an Geier getragen wird, die an den Augäpfeln Gekreuzigter picken, ihr optisches Muster ist der Totenkopf: Der Tod ist die Allegorie der Herrschaft geworden.

Nicht zufällig ist das Vokabular oft das des Jägers, des Schlachters, des Abdeckers, der sich die Frau zu seiner Natur gemacht hat, in der er wildern und auswaiden kann. Der grausame Ort, der sich das Weib gefügig hält, schafft sich die Frau jeden Tag wieder von neuem, die in ihrem Elend auf den jugendlichen, blonden, lichten Erlöser wartet, der ihr Liebe bringt, aber sich schließlich doch als Verkörperung seines Vaters erweist, der Apfel fällt nicht weit vom Stamm. In diese Triade spannt Jelinek auch das kleinfamiliale Drama, das schließlich im Kindmord endet, in sein blasphemisches Gegenbild gekippt: Die Frau und Mutter, göttliches Gefäß heiliger Söhne, kippt den in sie gelegten Inhalt aus, gegen den Schöpfergott wird sie zur Furie der verhaltenen und späten Destruktion.

Von einer Groteske lassen sich keine positiven Bilder erwarten, weder von Männern noch von Frauen, weder von der Sexualität noch von der Gesellschaft. Das strenge sprachliche Prinzip, mit dem Jelinek sowohl Komik wie schwarze Groteske produziert, basiert auf ineinandergeschobenen Bedeutungsketten kultureller Diskurse. In ihnen ist die Frau ein williges Opfer, immer bereit zum Selbsthaß, zur Internalisierung von Herrschaft in masochistische Bedürfnisse hinein, aber auch voller narzißtischer Projektionen, in denen sie sich als das einzig geliebte Objekt setzen muß: »Die Frau glaubt – und darin irrt sie wie wir durch unsre dürren Wälder – , daß sie am Vortag ein schrecklich glosendes Netz auf diesen jungen Mann geworfen hat. Ihr furchtbares Bild hat sie über ihn gestülpt, und jetzt hat er es in einer Brustfalte (einem recht kurzen

Abnäher) stecken und schaut sich's dauernd an. Er soll sich nicht länger vor ihr verborgen halten können. Seiner still zu gedenken, genügt ihr nicht, unaufhörlich tönt es dumpf vor Gier in ihr.«

Die wechselseitige Unterwerfung durch projektive Bilder, die sich wie Netzwerke einer Rasterfahndung in den Text schieben, ist ein zentrales Motiv von »Lust«. Eingeschweißt in einen Diskurs der Begierde und des Leibes, der sich aus den religiösen und barocken Allegorien herausschreibt, werden die »neuen« Bilder aus den Glaskästen der elektronischen Industrie oder die Druckwerke, auf dem Papier des Herrn Direktor entstanden, zu einem kulturellen Syndrom der Idolatrie aus dem Bestand einer christlichen Kultur heraus, in der Idolatrie unter das religiöse Bilderverbot fällt. Aber Jelinek ist gerade an solchen Diskrepanzen interessiert, an einer Umkehrung behaupteter Verhältnisse, und so nimmt es nicht Wunder, daß sich hinter der Ästhetik des Häßlichen, mit der sie die Sexualität als reines Machtverhältnis setzt, eine doppelbödige masochistische Lust an der Erniedrigung als Basis für Erlösungswünsche, für sexuelle Befriedigung mit artikuliert. Die Perspektive ihres Buches ist nicht einmal das konkrete Geschlechterverhältnis, sondern dessen Allegorisierung in barocken Todesbildern, in denen Himmel und Hölle auf Erden dargestellt werden. Daß sich Elfriede Jelinek dennoch eine ganze Menge hat einfallen lassen zu den alltäglichen Litaneien und Ritualen der verwalteten, in Herrschaftssteuerung eingeschweißten Sexualität, die ihrem »bösen« Blick sich dartut, ist eine direktere Seite des Buches, die es aktuell hält.

konkret 07/89, S. 59

Ursula Kreft

Ein Herz für Clowns

Was wäre die BRD ohne ihre Ausländer. Liberale fragen. wer denn dann die Klos schrubbt? Die Szene bangt um ihre Gyros-Köche. Weil man das so nicht sagen darf, haben sie die »multikulturelle Gesellschaft« erfunden

Die Ideologen der »multikulturellen Gesellschaft« wollen den Rassismus dadurch zähmen, daß sie den Ausländern alle möglichen Tugenden andichten. Und was geschieht mit denen, die an der alternativen Qualifikationshöhe scheitern?

Wer demnächst bei der Demo Parolen wie »Nazis raus« oder »Keinen Fußbreit den Faschisten« ruft, sollte mit allem rechnen. Zum Beispiel mit einer Enttarnung durch Winfried Kretschmann, den Stuttgarter Landtagsabgeordneten der Grünen: »Dagegen zeugen die ganzen 'Raus-mit'-, 'Weg-mit'- und 'Nieder-mit'-Parolen von ähnlich autoritärer Gesinnung wie die der rechtsextremen Funktionäre. Beide haben bekanntlich einen totalitären Politikbegriff gemeinsam«. Kretschmann empfiehlt, die Rechtsextremisten durch politischen und kulturellen Pluralismus zu bekämpfen: »Es wäre grotesk, wenn bei diesem Entwicklungszustand der Gesellschaft die Ultrarechten nicht als Teil einer pluralistischen politischen Kultur begriffen würden...«

In abgeschwächter Form ist die Parolen-Kritik auch in antifaschistischen Gruppen, SPD- und Gewerkschaftskreisen üblich. Der Begriff »Nazis raus« gilt als nicht mehr zeitgemäß. Kretschmanns Thesen, verteilt als Material zur Bundesversammlung im Mai, sind nicht die offizielle Position der Grünen. Aber der »kulturelle Pluralismus« gehört zum neuen antifaschistischen Diskurs: Gesucht wird die sanfte Alternative zum traditionellen Kampf gegen Rechts.

Hinter dem Streit um Begriffe und Parolen steckt die Suche nach einer neuen Utopie. Die Grünen und die Linken trauern seit Jahren über den Verlust der kulturellen Hegemonie: »Seitdem die Zeit der Bots, Birkenstock und lila Latzhosen unwiderruflich vorbei ist, hat sich eine vergleichbar starke identitätsstiftende Kultur nicht mehr entwickelt« (Thesenpapier zur Grünen Bundesversammlung von Verena Krieger und anderen). »Kultur« und »Identität« gingen verloren. Dieser Verlust ist schmerzhaft, und der Schmerz wird stärker durch die Vermutung, daß beide von den Rechten geraubt wurden.

Die Grünen stellten ihre Bundesversammlung im Mai unter das Motto: »Mut zur multikulturellen Gesellschaft – Gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus«. Der Begriff »multikulturelle Gesellschaft« gehört seit Anfang der 80er Jahre zur Diskussion über Ausländerpolitik in evangelischen Akademien und Pädagogen-Symposien. Heiner Geißler debattierte schon 1982 mit Parteifreunden, Gewerkschaftern, Unternehmern und einem Prälaten über das Thema »Auf dem Weg in eine multikulturelle Gesellschaft?« Inzwischen hat der Begriff einen positiven Klang, von links bis in CDU-Kreise hinein. Manche behaupten, wir lebten bereits in einer multikulturellen Gesellschaft, andere bestreiten das. Es gibt mehrere Interpretationen des Begriffs, je nach der politischen Position.

Seine Verwendung in der Resolution der Grünen macht ihn zum Kampfruf der Opposition gegen Rechtsextremismus. Was multikulturelle Gesellschaft bedeuten soll, haben die Grünen nicht erklärt. In der Resolution steht der Begriff in Zusammenhang mit »einer ökologischen und sozialen Alternative«, mit »Selbstverantwortung und Basisdemokratie«. Der Einsatz für die multikulturelle Gesellschaft erscheint als Mittel, um Rassismus und Rechtsextremismus zurückzudrängen. Andererseits betonen die Grünen: »Wir streben die Verwirklichung einer multikulturellen Gesellschaft an. Unverzichtbare Voraussetzungen hierfür sind gleiche Rechte für Menschen aller Bevölkerungsgruppen, der Verzicht auf den Zwang zur kulturellen Integration und der Abbau fremdenfeindlicher Ressentiments.«

Die multikulturelle Gesellschaft der Grünen soll den Rassismus abbauen, aber der Abbau des Rassismus ist zugleich eine Voraussetzung zu ihrer Verwirklichung. Die multikulturelle Gesellschaft ist das Ziel und der Weg zum Ziel, sie ist Mittel und Zweck. Sie existiert noch nicht, soll aber trotzdem im Alltag spürbar werden, damit Rassisten keine Chance haben. Dieser Widerspruch scheint unlösbar, und die Grünen lösen ihn doch: durch den Appell an die Moral des einzelnen, an die Mitglieder und an jeden, der guten Willens ist: »Arbeiten Sie mit... Tragen Sie mit dazu bei... Setzen Sie sich für die Entwicklung einer demokratischen, multikulturellen Gesellschaft ein!« Die multikulturelle Gesellschaft der Grünen ist die Utopie einer direkten Demokratie, die alle Menschen in völliger Harmonie umweltschonend gemeinsam gestalten. Der Erfolg ist allerdings abhängig vom einzelnen Menschen, von seiner aufrechten, anständigen Haltung. Dies setzt voraus, daß eine entsprechende Moral in ausreichender Stärke bereits vorhanden ist.

In Frankfurt soll die Utopie im »Amt für multikulturelle Angelegenheiten« mit dem Dezernenten Daniel Cohn-Bendit ab 15. Juli in die Realität übersetzt werden. Während die Leute vom Amt noch jedes Blatt Papier als »vorläufigen Entwurf« deklarieren, hat Hilmar Hoffmann, der Frankfurter Dezernent für Kultur und Freizeit, keine Skrupel. In der »Süddeutschen Zeitung« beschrieb er, welche Aufgaben zu erfüllen sind. Das neue Amt soll unter anderem »trouble shooter« bei allen Problemen des Zusammenlebens sein und »die dynamische Entwicklung einer kulturellen Identität« der Ausländer fördern.

Wer glaubt, das Amt und alle Ausländer seien damit ausgelastet, der kennt Hilmar Hoffmann nicht: »Das neue Amt soll mit positiven Aspekten eines 'multikulturellen Urbanismus' zugleich die Stadtentwicklung fermentieren, und zwar im Sinne einer demokratischen, ökologischen und sozialen Erneuerung kommunaler Politik.« Die Multikultur ist aber nicht nur zuständig für Demokratie, Ökologie, soziale Erneuerung und für ganz Frankfurt. Hoffmann hat auch die Menschheit nicht vergessen: »Auf unserer einen Erde – das sehen wir mit Zunahme globaler Probleme immer schärfer – sind wir letztlich darauf angewiesen, entweder in Vielfalt gemeinsam zu überleben oder gemeinsam unterzugehen. Multikulturalität in der Kommune kann eine Art Übungsfeld werden, ein Laboratorium für Überlebensformen.«

Wir haben Arbeitskräfte gerufen, aber es kamen Erlöser. Die multikulturelle Utopie stellt Ausländer ins Zentrum der gesellschaftlichen Entwicklung. Durch multikulturelle Kraft »fermentieren« sie die Erneuerung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Sie retten, auf dem Umweg über Frankfurt, endlich sogar die Erde. Ausländer sind offenbar Wesen mit ungeheurer Macht. Auf jeden Fall sind sie mächtiger als der Frankfurter Magistrat, denn sonst wäre die »Erneuerung kommunaler Politik« sicher längst erledigt.

Die Vorstellung von Ausländern, die ungeheuer mächtig und zahlreich das ganze Land zerstören, ist fester Bestandteil rechtsextremer Ideologie. Auch Politiker der CDU/CSU, SPD und FDP benutzen den Omnipotenz-Wahn bei Bedarf zur Wählermobilisierung. 1986 wurden Flüchtlinge als »Asylantenflut« zu übermächtigen Feinden. Alfred Dregger wandte sich 1982 gegen die multikulturelle Gesellschaft unter anderem mit dem Argument: »Dafür ist unser Land zu klein und ökologisch zu überlastet.« Während Dreggers Ausländer der Umwelt schaden, sollen Hoffmanns Wesen die ökologische »Erneuerung« herbeizaubern.

Bei den Rechten sind Ausländer der Grund für Arbeitslosigkeit und soziales Elend. In der multikulturellen Utopie werden sie zu Garanten der »sozialen Erneuerung«. Da Rechtsextremisten von der Schuld der Ausländer überzeugt sind, suchen sie in der Wirklichkeit nach Beweisen, die ihre Haltung nachträglich rechtfertigen. Falls die sozialen Wohltaten in Frankfurt ausbleiben, kann die multikulturelle Utopie zur Waffe der Rechten werden.

Gemessen an der Utopie wirken die Entwürfe aus dem neuen Amt für multikulturelle Angelegenheiten bescheiden. Das Amt soll unter anderem bei allen »Integrationsfragen« beraten und die Arbeit von Gruppen »im Migranten- und Flüchtlingsbereich« unterstützen und koordinieren. So schrumpft die Utopie im Alltag auf menschliches Maß. Der Dezernent für Multikultur Daniel Cohn-Bendit erwartet von Ausländern allerdings Spitzenleistungen. In einem »Spiegel«-Interview lobte er Ausländer zweimal für ihre »irrsinnige Energie«, zuerst die Einwanderer, dann die Flüchtlinge: »Die meisten Asylbewerber sind Menschen, die eine irrsinnige Energie haben. Die haben es geschafft, aus ganz kaputten Zusammenhängen zu fliehen. Und diese Energie würden sie unheimlich produktiv einsetzen hier in dieser Gesellschaft. Sie würden viele Arbeiten machen.« Wenn Ausländer mit irrsinniger Energie unheimlich produktiv zupacken, kommen sie gerade recht, um eine »verrückte Situation« zu meistern: »Wir haben ja die verrückte Situation, daß es auf der einen Seite eine Arbeitslosigkeit gibt, auf der anderen Seite gibt es aber eine von den Unternehmern immer wieder beklagte Arbeitskräfteknappheit. Sie brauchen mehr Arbeitskräfte, und sie finden sie nicht in der Bundesrepublik.« Cohn-Bendit vermischt hier zwei Argumente unterschiedlicher Herkunft. Einerseits übernimmt er die ewige Klage der Unternehmer, die angeblich händeringend Arbeitskräfte suchen und nur Nichtskönner und Drückeberger finden. Andererseits benutzt er das zentrale Argument der traditionellen Kampagnen gegen Rassismus: Ausländer sind nützlich für unsere Wirtschaft, sie erarbeiten unseren Wohlstand und machen die Dreckarbeit, die Deutsche nicht machen wollen. Das Argument ist gutgemeint, aber im Kern rassistisch. Nützlichkeit ist das Merkmal der Ausländer, und sie muß bewiesen werden: durch geduldiges, fleißiges Schuften im Müll und in den Giftbuden der BRD.

Wer mit solchen Klischees argumentiert, wird hilflos bei jedem Einzelfall, der dem Stereotyp nicht entspricht. Was soll zum Beispiel mit dem türkischen Jugendlichen geschehen, der null Bock auf Scheißmaloche hat? Das Argument sagt dem Rassisten: Fürchte den Ausländer nicht, denn er steht weit unter dir und ist für dich nützlich. Dies konnte Rassisten zu Zeiten der Vollbeschäftigung besänftigen. Seit es Massenarbeitslosigkeit gibt, ist das Argument wirkungslos.

In Cohn-Bendits multikultureller Gesellschaft gibt es jedoch keine Konkurrenz um Arbeitsplätze, sondern Arbeitskräftemangel. Mit dieser Ideologie beseitigt Cohn-Bendit mehrere Probleme: Ausländer sind wieder nützlich, Konkurrenz zwischen Inländern gibt es nicht. Arbeitslosigkeit muß ein Irrtum sein. So bleibt die multikulturelle Gesellschaft frei von Konflikten und voller Harmonie.

Auf dieser Grundlage kann sich Multikulturalität ungestört entwickeln. Verschiedene »Kulturen« finden zueinander, dem Menschen zur Freude, der sich mit Hilmar Hoffmann hinausbewegt, »um das für ihn Exotische zu genießen und Vielfalt als Bereicherung zu würdigen.« Man speist »indisch, chinesisch, vietnamesisch« und kann »die Existenz verschiedener Kulturen in einer Stadt als Reichtum entdecken, als Ressource vielfältiger Genüsse von Kreativität und Innovation.« Der deutsche Mensch ist ein Gourmet. Wie erfreulich, daß es Ausländer gibt, als lebende Ressource für exotische Genüsse. Denn Reichtum der Kultur gehört zum Reichtum auf der Bank wie ein weltoffenes Image zum steigenden Export.

Die multikulturelle Stadt bietet aber auch den Ausländern eine angemessene Entfaltung. Hier kommt es darauf an, meint Hilmar Hoffmann, »den Menschen aus den Kulturen an den Rändern der Mittelmeerländer, die unter uns als Arbeitskräfte leben, die Chance zu geben, die Herausforderungen der für sie neuen Lebenswelt mit den Mustern ihrer eigenen Kultur zu verarbeiten«. Denn diese Arbeitskräfte wurden erst gestern mit der Brotkruste aus dem Urwald gelockt. Kulturpolitik muß Hilfen bieten »zur Entwicklung einer eigenen Identität bei den Gastarbeitern« und zur »Herausbildung einer eigenen 'organischen Intelligenz'...«

Die Ausländer, denen Hoffmann an anderer Stelle die »Erneuerung« der Demokratie zutraut, erscheinen nun als mangelhafte Geschöpfe. Ihnen fehlen »Identität«, »organische Intelligenz« und die Fähigkeit, Eindrücke zu verarbeiten. Hoffmanns Ausländer haben durchaus Kultur, wissen es aber nicht und können nichts damit anfangen. Gerade dies macht ihre Kultur zu einer wertvollen »Bereicherung« für die Deutschen.

Die »Bereicherung« durch Ausländer ist eines der häufigsten Argumente im Diskurs über multikulturelle Gesellschaft. Die Linken warten auf Bereicherung, aber auch die Christdemokraten. In einem Antrag der Sozialausschüsse der CDA zum Bundesparteitag heißt es: »Die Anwesenheit von Ausländern wirkt anregend und befruchtend auf die Kultur...« Ausländer helfen zum Beispiel bei Problemen »der Bindungslosigkeit nach dem Verlust vertrauter Wohnumwelt und der Auflockerung familiärer Strukturen, der mangelnden Spontaneität,...der Langeweile durch perfektionistische Regelungen des Lebens...« Auch die Sozialausschüsse unterstellen den Ausländern außerordentliche Fähigkeiten: als edle Menschen und Träger christlicher Wertvorstellungen sollen sie das Leben der Deutschen wieder lebenswert machen. Außerdem sind sie nette Clowns mit Herz, die uns die Langeweile vertreiben.

Die »Bereicherung« durch Multikulturalität enthält in den meisten Fällen folgende Elemente:

- Erstens wird vorausgesetzt, daß Ausländer bereit sind, als kostenlose Sozialarbeiter die BRD-Kultur zu befruchten. Falls zum Beispiel Migranten dazu keine Lust haben, wirkt ein subtiler Druck: Wohltaten müssen honoriert werden.
- Zweitens sollen Ausländer zwar gesellschaftlich integriert werden, aber zugleich bittet man sie inständig, sich kulturell auf keinen Fall zu integrieren. Hoffmann verbindet beides zur »kulturell autonomen Integration«, das Frankfurter Amt will die »nationalen Minderheiten« sogar vor der Anpassung schützen. Das erinnert an Artenschutz. Eine völlige Durchmischung (samt Stoibers Durchrassung) ist offenbar sogar in der Utopie entweder unerwünscht oder unvorstellbar.
- Zur Trennung der »Kulturen« kommt als drittes Element die Ansprache der Ausländer als einheitliche Gruppe, manchmal immerhin zerlegt in Untergruppen, die dann als »die Türken«, »die Asylbewerber« usw. durch die diversen Papiere geistern. Jeder Untergruppe wird eine einheitliche »Kultur« und Lebensweise fest zugeordnet. Zum Beispiel behauptet Hilmar Hoffmann, »die Türken« seien »durch Kleidung und Habitus für jedermann identifizierbar«. Welche Merkmale den Ausländern zugeschrieben werden, ist abhängig von der Sichtweise: Linke bevorzugen das Bild vom radikal-demokratisch aktiven Ausländer, während Christen bei Ausländern eher Demut, Sanftmut und Herz unterstellen. Die Utopie der multikulturellen Gesellschaft argumentiert mit positiven Stereotypen. Die Ausländer werden fast immer mit Merkmalen belegt, die viele Tugenden »deutscher Kultur« reproduzieren: ehrlich, fleißig, ordentlich. Oder sie repräsentieren die Werte des modernen Erfolgsmenschen: kreativ, innovativ, unheimlich produktiv.

Die multikulturelle Utopie soll ein Mittel sein, den Rassismus zurückzudrängen. Tatsächlich ermuntert die Utopie offenbar viele Befürworter, auf die negativen Vorurteile der Rassisten mit positiven Vorurteilen zu reagieren. Rassistische Stereotypen (Türken stinken, Asylanten sind Schmarotzer) werden mit alternativen Stereotypen (Türken sind ordentliche Gewerkschafter, Asylanten sind unheimlich produktiv) beantwortet. Dazu paßt die Annahme, Rassisten müßten lediglich einige Ausländer näher kennenlernen, damit sich ihre Vorurteile auflösen. Der Fremdenhaß ist aber weder durch Stadtteilfeste noch durch multikulturelle Werbung zu knacken. Erfahrungen mit Ausländern werden von einem Rassisten entweder ignoriert oder negativ bewertet oder als Ausnahme eingestuft, die bekanntlich die Regel bestätigt. Der Rassist kann deshalb mit einem türkischen Kollegen gut zusammenarbeiten, ohne seinen Fremdenhaß aufzugeben.

Die multikulturelle Gesellschaft ist für die meisten Befürworter ein harmonisches Ideal. Ausländer, die dem Klischee nicht entsprechen, können das Ideal stören. Auch ihre Zahl kann die multikulturelle Utopie gefährden. Dann ist es besser, lästige Beschlüsse sofort abzukanzeln, wie es Daniel Cohn-Bendit macht: »Das 'allgemeine Bleiberecht' ist doch nur eine Phrase.« Falls noch mehr Ausländer in die BRD kommen, ist nun alles möglich: »Ich bin gerade gegen solche allgemeinen Beschlüsse, weil ich meine, wir müssen uns im Einzelfall ansehen, welche Menschen herkommen.« Während Cohn-Bendit die alternative Einzelfallprüfung erwägt, hat sich Michael Haberkorn von der Berliner AL für die Quotenregelung bei Aussiedlern entschieden. Nach Angaben der »taz« will Haberkorn dadurch »mehr Spielraum« gewinnen »für die Werbung um breitere Akzeptanz für die multikulturelle Gesellschaft in der Bevölkerung«. Denn eine »absehbare Überfrachtung« Berlins würde die multikulturelle Gesellschaft in Gefahr bringen. Eines Tages könnten auch Flüchtlinge und Migranten die

Akzeptanz gefährden. Sicher tritt dann einer auf, der die multikulturelle Gesellschaft rettet.

konkret 07/89, S. 62

Hermann Peter Piwitt

Piwitts kleines Feuilleton

Von der Elbe bis zum Jangtsekiang hat sich diese elementare Erkenntnis durchgesetzt: Grundbedürfnisse des Menschen werden von den Marktwirtschaften des Westens besser befriedigt als vom Staatskapitalismus des Ostens. (»Der Spiegel«, Nr. 21/89).

Konzediert, daß der Satz nicht vernünftiger wird, wie immer man ihn (»Stamokap des Westens«!) noch weiter verballhornt: Daß, was er meint. in China schon immer klar war, konnte man im Mai parallel im »Stern« lesen:

In China existiert eine Tradition des Unternehmertums und des freien Handels seit Jahrtausenden von Jahren... Getreidemärkte stimulierten das Interesse an Überschußproduktion, und selbst unter dem härtesten Grundbesitzer fanden die chinesischen Bauern Gelegenheit zum Geschäftemachen.

Wie gut, daß die Chinesen sich nun endlich wieder auf die tollen Chancen besinnen, die sie hatten in der Zeit, die Pearl S. Buck in die »Die gute Erde« beschreibt ! Daß es ihnen endlich wieder so gut gehe wie den Massen in den Marktwirtschaften des Westens längst: In Mexico, Mittelamerika, Brasilien, Argentinien, Indonesien, den Philippinen. ..

*

Alter Mann auf einer Bank in einem Park am Rande eines Kinderspielplatzes, rauchend.

Junge Mutter: »Sagen Sie, sind die Kippen von Ihnen? Können Sie sie nicht woanders hinwerfen? Daß die Kinder sie am Ende noch in den Mund nehmen.«

Alter Mann: »Rückfrage: Sind die Kinder von Ihnen? Daß diese schmutzigen Mistviecher am Ende noch an meinen sauberen Kippen lutschen?«

Rummms. ..

*

Ein gutes Dutzend verschiedener Jeans-Modelle bei Karstadt zur Auswahl, daß man sich dumm und dusselig probiert, bis man endlich erschöpft und glücklich entdeckt hat, wovon man bis dato irrtümlich glaubte, daß es alle trügen. Das ubiquitäre uniforme Dumpfnuß-Verlangen nach Differenz: erstes Kriterium für Gesocks.

*

Nach Freud seien die Frauen beim Spielen mit ihren Schamhaaren aufs Weben gekommen. Und Arachne bei Ovid hat's ja auch nicht eben leicht. Wieso eigentlich, wenn Spinnenfrauen ihre Gatten verspeisen, wurde die Spinne nie zum feministischen Wappentier erwählt? Sauber wie eine Holländerin halte die Hausspinne ihr Haus, lese ich im Kosmos-Bändchen »Spinnen und Spinnenleben« von 1919. Warum trotzdem ekeln sich Frauen vor Spinnen? Und warum habe ich wohl schon zigmal im Leben Spinnen beiderlei Geschlechts vor weiblicher Bereinigungswut gerettet? Von Silberfischchen, diesen philosophisch verspielten, wahrhaft mozartischen Hausgenossen, mal garnicht zu reden?

Die Spinne: Symbol weiblichen Selbsthasses? Hoppla, da machen wir doch gleich mal einen Workshop! Na aber doch.

Im Ernst: vielleicht erklärt mir das mal jemand.

*

»Aber wie etikettiere ich Sie denn«? fragt der freundliche Mann von der »taz« aus Anlaß eines Kurz-Interviews. »DKP-nah? DKP-Sympathisant?«

»...Häh?« (So wahr die Katatonie der letzte Versuch ist, Gewalt zu vermeiden.)

»Sie waren wirklich nie in der DKP?«

Ach ja, wär' man es doch gewesen. Da hätte man spektakulär austreten können. Hrrrh, das wär was gewesen. Und was man alles hätte rübergeschoben gekriegt an Aufträgen, Preisen! Von »drüben« noch dazu: Darum, daß man endlich berechenbar geworden wäre: als »bürgerlicher Humanist«! Und erst die Weiber! Hrrrh...

*

Stolz, ein Deutscher zu sein? Aber immer! Wo Deutschland die geistige Wiege des Internationalismus gewesen ist.

*

»Man sagt von ihm (Caligula), daß es niemals weder einen besseren Sklaven noch einen schlimmeren Herrn gegeben habe. .. Denn die gleiche Geisteslage, die es bewirkt, daß man von der unumschränkten Gewalt des Befehlenden beeindruckt

wird, bewirkt gleichfalls, daß man dies nicht weniger ist, wenn man von selbst in die Lage des Gebietens kommt.« (Montesquieu: »Größe und Niedergang Roms«)

Und wie brandneu sind wir uns vorgekommen, seinerzeit, wenn wir zu erklären versuchten, was denn der »autoritäre Charakter« sei...

*

Die »Frühlinge« (ob in der Sowjetunion, China oder Polen) feiern – wann immer westliche Konzerne das rechte Investitionsklima wittern – unsere illustrierten Werbeträger gewöhnlich mit Farbstrecken, Marke: freiheitsdurstiger Ost-Punk mit Coca-Cola-Dose auferstehend aus Ruinen. Für die Herbste und die entsprechenden Bankrottszenarien, wenn die betroffenen Volkswirtschaften an Kredit- und Kreditzinsrückzahlungen dahinsiechen, ist dann gewöhnlich schon wieder das »Regime« allein schuld.

»Rückzug aus Südkorea« überschreibt die »FR« eine Spalte:

Es waren die fleißigen und billigen Arbeitskräfte, die Südkoreas Wirtschaftswunder trugen. Aber steigende Lohnkosten und kämpferische Gewerkschaften haben das einstmals so risikoarme Investitionsklima verschlechtert... Eine wachsende Zahl ausländischer Investoren zieht sich zurück.«

Wohin? Neue Dumme suchen? Vielleicht in Ungarn, Polen? Was einem so blühen kann, im Frühling...

*

Glücklich sieht er gerade nicht aus; und ist doch hübsch anzuschauen und treuherzig. Wissen Sie, sagt er, und träumt dabei mit der Zigarette an der Tülle des Aschenbechers herum, als wolle er wenigstens dessen

Leidenschaften entfachen, wissen Sie: da hat man sich jahrelang aller feministischen Exerzitien unterzogen – und was ist? Die gleichen Frauen, die einem früher auf entsprechendes Drängeln hin alsbald an den Lümmel gegangen wären, streicheln einem nun übers Haar und finden einen nett – und dann schwärmen sie von Angehörigen von Naturvölkern, die noch draufhätten, was uns vergangen sei...

Je nun. Wie der Dichter schon sagt: Der Dame Großhirn ist entzückt/Das Stammhirn ist längst eingenickt.

*

Nach dem vorerst letzten vergeblichen Versuch, über Ingrid Kleins hellsichtigketzerisches Buch »Zonenrandgebiete. Die Frau, das sexuelle Tabu« Angemessenes zu sagen, dies: Wenn es denn tatsächlich so ist, daß das Weibchen niedere Triebe gestattet zum Gegenwert von Bewunderung, Wärme, Vertrauen, Geborgenheit, womöglich Mutterschaft, und das Männchen arbeitet allemal besagten abgestandenen Gemütswerten zu, um an eine so geistliche Sache wie den Sex zu gelangen darum, daß das ganze Geschirr der Eucharistie nur so klappre und klirre, – wenn da also schon angeblich von Natur aus nie und nimmer was zusammengeht, dann, ja was dann?

konkret 07/89, S. 64

Bernhelm Booß-Bavnbek; Glen Pate

Träume und Alpträume

Hat das alte sozialistische Ziel, die Lebensweise, die Produkte, die Produktionsmittel und die Produktionsweise bewußt zu gestalten, noch eine Chance? Oder wird es (z. B. auch in der DDR) von bornierten Technokraten verspielt, die an die autonome Entwicklung der Produktionsmittel wie an eine Religion glauben? »Technologien im Umbruch« heißt ein neues Buch aus der DDR. Es ist eine packende Lektüre, weil die darin enthaltenen verkehrten Vorstellungen über Sozialismus und Technologie dem Nachdenken auch über unsere Zukunft viel weitere Perspektiven eröffnen als jedes Denken in dem engeren Rahmen der BRD-Verhältnisse, gleich ob dessen Anstöße von Glotz, Späth oder den Grünen kommen

Das Können, mit dem das vorliegende Buch komplexe technische und ökonomische Zusammenhänge auch breiten Kreisen zugänglich macht, ist sicherlich ein Ergebnis einer entsprechenden langen Tradition solcher Bemühungen in der DDR. Den Verfassern ist eine durchaus lesbare Darstellung der komplexen Materie gelungen, wozu auch die exzellenten Illustrationen beitragen: Eine Vielzahl von Aufnahmen aus Bereichen der modernen Produktion und übersichtlich und geschickt gezeichnete Schaubilder. Das Buch dürfte tatsächlich geeignet sein, den »Leitungskadern in der Forschung, der Industrie, der Landwirtschaft, im Hochschulwesen und anderen gesellschaftlichen Bereichen einen hervorragenden Überblick über die Entwicklungstendenzen der Hochtechnologien bis über das Jahr 2000 hinaus« zu vermitteln, sofern ein hinlänglich enges Gesichtsfeld unterstellt wird.

Bohrende Fragen ziehen sich durch den Band, teilweise nicht ausgesprochen: wie das Zurückbleiben der sozialistischen Länder in der Produktivität im Vergleich zu den führenden kapitalistischen Staaten zu erklären und bewerten sei, oft aber auch explizit: welche Bedeutung die Systemauseinandersetzung (darunter auch die unmittelbare militärische Bedrohung) für Entwicklung und Anwendung von »Schlüsseltechnologien« spielte und wie Besonderheiten des sozialistischen Gesellschaftssystems zu Vorteilen hinsichtlich der neuen Technologien ausgeprägt werden könnten und »die für die DDR optimale Entwicklung der modernen Produktivkräfte abzuleiten und durchzusetzen« sei.

Leider wurde das große Versprechen der anspruchsvollen Anlage hinsichtlich der deklarierten humanistischen Zielsetzung nicht eingelöst und oftmals im Detail und in der Hauptstoßrichtung in eine illusionäre und menschenfeindliche Richtung umgedreht. Die Verfasser – mit Ausnahme von sechs Hochschullehrern allesamt Spezialisten aus dem Staatsapparat und hochschulfreien Forschungseinrichtungen, darunter keine Frau und kein Gewerkschaftsvertreter – haben die Mühe gescheut, sich mit den Risiken und dem schon rein technischen Versagen, den Unzulänglichkeiten und der Unüberschaubarkeit von Konsequenzen der modernen Technologie auseinanderzusetzen. Oder sie haben es vorgezogen, ihr Wissen und ihre Sorgen vor dem Leser geheimzuhalten oder nur verklausuliert in Anspielungen auf verhängnisvolle Wirkungen und Risiken unter kapitalistischen Verhältnissen anzudeuten.

Ungeheuerlich ist vor allem die Leichtfertigkeit, mit der Illusionen über die Leistungsfähigkeit der Informationstechnologie verbreitet werden. Das trifft vor allem auf die kritiklose Wiedergabe der aufgeblähten und reklamegeprägten Vorstellungen zur »Künstlichen Intelligenz« zu: Großartig wird von »Expertensystemen« geschrieben, von den in den 70er Jahren mit Vorschußlorbeeren bedachten elektronischen Beratungssystemen aus Geologie, Medizin und Hardware-Konfiguration. Eine gründliche Untersuchung unter kompetenten Fachleuten führte jedoch keineswegs zum Nachweis von Expertensystemen, deren zuverlässige und wirtschaftliche Nutzung glaubhaft dargelegt werden könnte. Das liegt zunächst daran, daß auch für die wenigen gerade noch erfolgreichen Systeme die Anzahl der Regeln für die Simulation realistischer Entscheidungen laufend ausgedehnt werden muß, so daß Inkonsistenzen nicht zu vermeiden sind, die dann ein krebsartiges Anwachsen weiterer Regeln zur Formalisierung des »grauen Wissens« von situationsabhängigen Prioritätsabwägungen erfordern.

Die eigentliche Problematik liegt aber tiefer: Das Wissen, auf das sich Menschen stützen, kann der Software nicht voll zugänglich gemacht werden, weil es dafür eine geeignete Formalisierung nicht gibt und vielleicht auch nicht geben kann. Gewiß werden trotzdem viele Forschungen und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet von Interferenzmaschinen weitergeführt – aber mit einem Schein von Realismus nur im Zusammenhang mit bspw. Digital Equipment, wo unermeßliches Kapital aus Rekordprofiten auf seine Vernichtung wartet – und sei es durch den ungeheuren Aufwand für Aufwertungsversuche und Spielräume – oder, im militärischen Zusammenhang wie bei Feuerleitsystemen, mit hinlänglicher Großzügigkeit gegenüber gelegentlichem Versagen und Zynismus gegenüber unbeabsichtigten Opfern.

Maschinelle Sprachübersetzung und Maschinenschnittstellen für »mündliche Eingabe« werden als bereits erreichte Tatsachen hingestellt, obwohl es im ersten Fall nicht gelungen ist, die Fehlerquote in den letzten 20 Jahren wesentlich unter zehn Prozent zu drücken. Damit haben sich diese Maschinen nicht nur als unfähig zur Ersetzung von Übersetzern erwiesen, sondern auch als untauglich zu ihrer Unterstützung. Im zweiten Fall ist die Leistungsfähigkeit so erbärmlich – aber für manche Zwecke eben doch wieder leider groß genug – , daß man eigentlich jeden Techniker und Abteilungsleiter, der Lagerarbeiter zwingt, in maschinenverständlicher Sprache (Bitspeach) in Mikrophone zu sprechen, dazu verurteilen müßte, ein halbes Jahr lang nur eine so angestrengt artikulierte und eingeschränkte Sprache zu benutzen.

Begeistert wird die Funktionsweise von »CIM«, von Computer Integrated Manufacturing – vollautomatischen Produktionssystemen, geschildert. Gewiß, seit langem wird überall in der Welt davon geredet – und in einer Reihe von Ländern sind mit CIM schon sehr eingehende praktische Erfahrungen gemacht worden: General Motors hat in sein Saturnprojekt eines Superautomaten für den Bau von Kleinwagen fünf Milliarden Dollar investiert und es dabei nicht geschafft, eine Fabrik zu bauen, die in der Rentabilität mit Anlagen von mäßiger Automation konkurrieren kann; insgesamt soll General Motors bereits über 20 Milliarden Dollar bei dem Versuch der Vollautomatisierung seiner Automobilproduktion verspielt haben. Um die berühmte Halle 54 von VW herrscht betretenes Schweigen. Man hat dort wohl mehr Kapital vernichtet als bei den ebenso mißglückten spekulativen Devisenschiebereien. Groß ist die Zahl der CIM-Ruinen; wenn dennoch einzelne Projekte realisiert werden, dann nicht aus Rentabilitätsgründen – denn unter den harten, realistischen, nachprüfbaren kapitalistischen Bedingungen hat sich noch kein einziges bezahlt gemacht – , sondern nur aus Prestige-, Abschreibungs- oder Gründen der Einschüchterung von Belegschaften.

Es mag sein, daß das ökonomische Scheitern von CIM bei hinlänglich manipulierbaren staatlichen Preisfestsetzungen verschleiert werden kann. Es ist aber unverantwortlich, in einem Land wie der DDR mit einer so bedeutenden chemischen Industrie die Augen vor den technologischen Risiken des CIM-Versagens zu schließen: Natürlich ist die Projektierung einer chemischen Anlage letztlich ein reiner Prozeß der Informationsverarbeitung, der zur Automatisierung einlädt – wenn der Verstand nicht weiter reicht als das zu automatisieren, was automatisierbar ist. An dem lebendigen Prozeß der Projektierung sind aber im Durchschnitt 1.200 Personen, vom Direktionsmitglied bis zu den Schreibkräften und Boten beteiligt – ohne daß das gesamte erforderliche Wissen, ja die bloße Übersicht über sämtliche getroffenen Entscheidungen im Kopf eines einzigen Chemie-Ingenieurs oder eines kleinen überschaubaren Teams konzentriert werden kann. Auch das ist nur dann ein Argument, die Projektierung auf den Rechner zu bringen, wenn man jedenfalls seine Familie weit genug entfernt von der zu erstellenden Anlage in Sicherheit weiß.

Nur mit Kopfschütteln kann man lesen, daß »von der Effektivitätsentwicklung her die Software mehr und mehr in Führung« geht: als ob es keine permanente Softwarekrise gebe mit Budgetüberschreitungen in Milliardenhöhe (so gerade jetzt bei der Umstellung der britischen staatlichen Gesundheitsbehörde auf elektronische Datenverarbeitung) und der elektronischen Gespensterwelt riesiger Mengen von Software, die teuer entwickelt wurden und nie zum Einsatz kommen oder nach kurzer Zeit »absterben«, weil z.B. niemand da ist, der die theoretischen Vorstellungen kennt, auf denen Modellierung, Datenstruktur, Algorithmisierung und Kodierung beruhen. Unbekümmert wird an anderer Stelle im Buch die Softwarekrise für im Prinzip überwunden erklärt, weil man »Regeln für ein diszipliniertes Programmieren entwickelt (hat), das die Fehlerrate auf ein Zehntel des früheren Wertes zu reduzieren gestattet«. Aber darin liegt doch ein wesentlicher Aspekt der Softwarekrise, daß größere Sicherheit oftmals nur durch erheblichen zusätzlichen Aufwand erreicht werden kann, der die Erstellungszeiten und Kosten hochtreibt und oftmals neue Unsicherheitsmomente einführt. All das kann man eingehend am im September 1988 eingetretenen Verlust einer der sowjetischen Sonden auf dem Weg zum Marsmond Phöbus studieren, einem geschätzten Schaden von vielen hundert Millionen Dollar, mit den hochwertigen Spezialinstrumenten, die mehrere tausend Mannjahre gekostet hatten: Ein falsches Kommando war von der Bodenstation zur Raumsonde gesandt worden, obwohl der elektronische Befehlssimulator das Signal schon als unzulässig gekennzeichnet hatte. Aber wie bei dem Reaktorunglück in Tschernobyl war die Bedienungsmannschaft nicht in der Lage, ihr Vertrauen in die prinzipielle Beherrschbarkeit der Technik so weit zu zügeln, daß sie zumindest das Reglement eingehalten hätte. Bei der Komplexität der Zusammenhänge war allerdings das Fatale dieser einen Regelüberschreitung gewiß nicht vorherzusehen, da die Notwendigkeiten eigenmächtigen Handelns gerade mit zusätzlicher Komplexität und Ausdehnung der Sicherheitsinstallationen wachsen, wenn die Systeme überhaupt funktionsfähig gehalten werden sollen.

Ungenauigkeiten, Oberflächlichkeiten und illusionäre Vorstellungen durchziehen das Buch nicht nur in den Abschnitten über Informationstechnologie. Den Rezensenten fallen selbst mit ihrem beschränkten fachlichen Hintergrund als Mathematiker und Informatiker zahlreiche weitere Ungereimtheiten auf. In unverantwortlicher Weise wird z.B. der Verbrennung von Industrie- und Hausmüll das Wort geredet, ohne daß überhaupt das Problem der Dioxinbildung auch nur angesprochen würde (übrigens im Gegensatz zu der vernünftigeren gesellschaftlichen Praxis z.B. der Verpackungen und der Müllsortierung in der DDR). Zwar ist es richtig, daß bei der Verbrennung »Abprodukte energetisch genutzt werden«, und einfache quantenchemische Berechnungen zeigen und Messungen unmittelbar hinter den Öfen belegen, daß es bei hinlänglich hohen Temperaturen zu einer »Umwandlung schädlicher in unschädliche Abprodukte« kommt. Die Dioxine, chlorierte Doppelbenzolringe, die sich zunächst bei der Hochtemperaturverbrennung in unkontrollierbarer Weise aus einer breiten Varietät von Vorgängerstoffen bilden, werden zwar bei Temperaturen über 800 Grad in einzelne für sich ungiftige Teilringe zerschlagen, die sich aber schon im Schornstein bei der Abkühlung zu Dioxinen wieder zusammenfinden.

Nicht weniger abenteuerlich ist die Behauptung: »Als prinzipiell und wirtschaftlich lösbar wird die Beherrschung der Probleme der nuklearen Sicherheit und der gefahrlosen Einlagerung der radioaktiven Abfälle eingeschätzt.« Wieder nur aus der fachlichen Sicht der Rezensenten – andere sind vielleicht dazu in der Lage, die Vermessenheit eines technologisch verseuchten Denkens, dem die kontrollierte Zündung einer Atombombe zwecks Stromerzeugung als humanistische Großtat vorkommt, grundsätzlicher zu kritisieren: Gewiß haben wir Modelle und Simulationen für Materialermüdungen und

Bildung, Ausbreitung von Rissen bei lang anhaltenden hohen Temperaturen, Drücken und Bestrahlungen, quantitative Methoden der Risikoanalyse durch Zergliederung und stochastische Bewertung aller »denkbaren« Vorgänge in Graphen und Bäumen, elektronische Simulatoren für das Verhalten von Menschen unter Streß im Bedienungszentrum, geophysikalische Modelle und Meßmethoden zur Vorhersage von Strukturen, wie Spalten im Untergrund, die sich bei der Prospektierung von Erdöl- und Erdgasvorkommen oftmals in der Praxis bewährt haben und deshalb auch für die Sicherheitsüberprüfung von Deponieschächten für hochradioaktive Abfälle verwendet werden, interessante Integralgleichungen, mit denen man exakt nachweisen kann, daß der thermische Auftrieb in Salzhorsten von punktförmigen Kanistern mit stark wärmeproduzierendem radioaktivem Abfall im schlechtesten Fall mehr als hunderttausend Jahre dauert. Und doch ist es unverantwortlich, diese Modelle und Berechnungen in theoretisch noch ganz unverstandenen Gebieten für mehr zu nehmen als was sie sind: vage Tastversuche, formalisierte Erweiterungen unserer Vorstellungen – ohne die Verbindlichkeit, die wir von klassischen mathematischen Modellierungen und Berechnungen etwa der Himmelsmechanik gewöhnt sind. Kritisch anmutende, im Buch verstreute Bemerkungen zu den Wirkungen neuer Technologien in den kapitalistischen Ländern haben wohl nur Alibifunktion. Denn aus den Marketingabteilungen der kapitalistischen Konzerne oder aus Texten zur Einwerbung von Forschungsmitteln bei Westregierungen könnten auch die übrigen vermittelten Leitbilder der Autoren stammen: Die Segnungen der Gentechnik für Medizin und Landwirtschaft, die »Entwicklung von neuen, im menschlichen Sinne denkenden Systemen«, die Möglichkeit, die hochkomplexen Probleme der »Erforschung der Biosphäre im globalen Maßstab« einfach durch Klimamodelle und numerische Simulationen, durch maschinelle Datenverarbeitung und mathematische Analyse lösen zu können, das gedankenlose, menschenfeindliche Wort vom »Mensch-Maschine«-Dialog, das Märchen von der »bedeutenden Steigerung der Arbeitsproduktivität« durch die »mit besonders hohem Tempo (voran)schreitende Roboterproduktion«, die gruseligen Vorstellungen totaler Vernetzung in »integrierten globalen Informations- und Kommunikationssystemen«, die auch sonst im Buch einen verharmlosenden Science-Fiction-Anstrich erhalten, und schließlich das zentrale Mißverständnis, daß »die Steigerung der Arbeitslosigkeit in den industriell entwickelten kapitalistischen Ländern sich als soziale Hauptfolge der Einführung neuer Technologien« zeigt. Alles ganz falsch.

Nun zur letzten Behauptung: In einem Gastbeitrag von Chr. Freeman aus Großbritannien wird gerade darauf aufmerksam gemacht, daß der von der Informationstechnologie erwartete Produktivitätsschub bisher ausgeblieben ist und nur die Elektronikindustrie selbst und die Zweige, die – wie die Unterhaltungselektronik – praktisch Bestandteile der Elektronikindustrie geworden sind, »wesentliche Steigerungen der Kapitalproduktivität zu verzeichnen haben«. Die Ursachen für die Steigerung der Massenarbeitslosigkeit liegen eben viel tiefer und erschließen sich nur einer Analyse der Kapitalbewegungen in ihrer Gesamtheit. Die heute schon sichtbaren sozialen Hauptfolgen der Einführung neuer Technologien liegen dagegen ganz woanders: in der Entmündigung und Invalidisierung am Arbeitsplatz und in der Freizeit. Die Verfasser hätten sich nur mal die Mühe machen müssen, mit Wissenschaftlern aus den entwickelten kapitalistischen Ländern zu sprechen, die den Gewerkschaften nahe stehen, um nicht allen durch westliche Massenmedien vermittelten, reklamegeprägten und abgestandenen Vorstellungen aufzusitzen.

Eine eigentliche Thematisierung gesellschaftlicher Auswirkungen neuer Technologien wurde im Buch einem Gastbeitrag von N. N. Moissejew und I.I. Frolow aus der Sowjetunion überlassen. Sie erreichen allerdings nirgendwo die komplexe Wahrnehmung, die in linken akademischen Kreisen in Westeuropa mitunter gegeben ist. Sie schaffen es nicht, die Frage »Was für Menschen braucht die neue Technik?« auch nur zu ergänzen – geschweige zu ersetzen – durch die Frage »Welcher Technik bedarf es zur Stützung menschenwürdiger Arbeit?«. Sie dringen nicht vor zu einem ernsthaften Versuch, die Grenzen der Gestaltbarkeit neuer Technik in diesem Sinne auszuleuchten. Wie in anderen Bereichen bezahlt man in der Sowjetunion auch hier noch einen hohen Preis für die langwährende Behinderung kontroverser fachlicher und öffentlicher Diskussion. Nachrichten über High-Tech-Erfolge haben offensichtlich bessere Chancen, das Herz Rußlands zu erreichen, als Analysen von gescheiterten Projekten, die Konzernvorstände am liebsten schon gegenüber Aktionärsversammlungen verschweigen.

Neben der Kolportage von Ungenauigkeiten und Fälschungen ist die Engstirnigkeit zu kritisieren, mit der die meisten Autoren des Bandes ihr Thema abhandeln. So findet man im Abschnitt »Neue Technologien der Energiegewinnung und -einsparung« keine Zeile, keine Randbemerkung über die Notwendigkeit einer grundlegenden Änderung der Gewohnheiten des direkten und indirekten privaten Energiekonsums, der Einschränkung des Autoverkehrs, wärmerer Winterbekleidung, Senkung der Wohnraumtemperaturen etc. Statt angesichts der »Technologien im Umbruch« über Lebensweisen zu diskutieren, wird in neureligiöser Art auf die Rettung durch das höhere Wesen Wissenschaft und Technik gesetzt und nach technologischen Lösungen wie nach einer Droge gegriffen. Dabei hätte die DDR mit dem erreichten Lebensniveau, der politischen Infrastruktur und dem Bildungsniveau der Bevölkerung alle Voraussetzungen, um zu einer rationalen Volksaussprache zu gelangen, die bei den starken betroffenen Profitinteressen und der Manipulierbarkeit der Massenmedien im Westen auf absehbare Zeit unerreichbar scheint.

Auch bezüglich Biotechnologie ist es unverantwortlich, daß z.B. bei den medizinischen Anwendungen die gesellschaftliche Zieldiskussion völlig ausgeblendet bleibt. Tatsächlich ist die Technik z.B. der genetischen Manipulation von Colibakterien

und damit der massenhaften künstlichen Herstellung von körpereigenen Hormonen, Abwehrstoffen und Wirksubstanzen heute verhältnismäßig leicht zugänglich – aber darin liegt doch hier wie auch bei der rapiden Entwicklung der Chromosomdiagnostik das Problem: Die Tendenz zur Reparaturmedizin mit ihren gewaltigen finanziellen Aufwendungen für die chemische und elektronische Industrie steht dem zielstrebigen Ausbau der Gesundheitsvorsorge, die z.B. in der Massensportbewegung der sozialistischen Länder eine hervorragende Grundlage besitzt, entgegen.

Ähnliches kann man für die Anwendungen der Gentechnik in der Landwirtschaft zeigen: unüberschaubare Risiken (z.B. erhöhte Ausbringung chemischer Gifte im Anbau von Nutzpflanzen, die gegen bestimmte Unkrautvertilgungsmittel resistent gemacht wurden), himmelschreiende Absurditäten (Aussetzung von künstlich gezüchteten Ice-Minus-Bakterien zur Verfrühung der Erdbeerernte) und hohle Versprechungen (Überwindung von Hunger und Unterernährung in den Entwicklungsländern ausgerechnet dadurch, daß man ihre Abhängigkeit von den multinationalen Chemiekonzernen erhöht).

Es ist bedauerlich, daß redaktionelle, politische oder ideologische Bindungen den Informationswert des Buches untergraben. So fehlen durchweg Bezüge auf den aktuellen Stand in der DDR. Angaben über Leistungsfähigkeit und Probleme neuer in der DDR entwickelter oder dort eingesetzter Technologien werden dem inländischen Leser vorenthalten, obwohl die Informationen im Westen frei zugänglich und bei der starken Beteiligung führender westlicher Firmen an technologischen Sonderprojekten der DDR, wie am Kernkraftwerk Greifswald, gar nicht zu verheimlichen sind. Es verärgert, wenn man statt hieb- und stichfester Zahlen seitenlange Zitate aus Absichtserklärungen führender Politiker des Landes serviert bekommt.

Zu den offensichtlich gewollten, systematisch bedingten Unzulänglichkeiten gehört wohl auch, daß die beiden Aspekte, unter denen fortschrittliche Naturwissenschaftler, Ökonomen und Techniker sonst in der Welt Fragen der Technologieentwicklung zu diskutieren pflegen, überhaupt nicht berührt werden: –

die Frage der Demokratie: Wie werden Prioritäten gefunden, wenn die elementaren Lebensbedürfnisse der gesamten Bevölkerung bereits gedeckt sind und die Differenziertheit der Gesellschaft differenziertere (und möglicherweise vernünftigere) Bedürfnisse erzeugt als eine zentrale paternalistische Vorgabe formulieren kann; –

die Frage der Preise: wie können Prioritäten ökonomisch durchgesetzt werden, wenn ein Generalsekretär, ein Zentralkomitee, ein Staatsrat oder eine Volkskammer nicht länger jede Einzelheit politisch regeln können.

Wo liegen die Perspektiven?

Gegen die selbstgewählte Perspektivlosigkeit des Bandes muß man den Autoren die Grunderfahrung der Auseinandersetzung um neue Technologien in den industrialisierten kapitalistischen Ländern ins Stammbuch schreiben:

1. Der ganze wissenschaftlich-technische Fortschritt ist vergeblich, wenn nicht angemessen darüber nachgedacht wird, was produziert werden soll, wie produziert werden und wie angewandt / konsumiert werden soll.

2. In den Ländern, in denen die objektiven Voraussetzungen für ein langes und interessantes Leben heute schon gegeben sind (in der DDR wurde die materielle Not schon in den 50er Jahren überwunden und z.B. jedem eine wöchentliche Fleischmahlzeit garantiert), muß jede Einzelproduktion kritisch unter die Lupe genommen werden. Insbesondere muß bei jedem Produkt die Freude, daß es jetzt oder bald einem größeren Personenkreis zur Verfügung steht, mit der Frage konfrontiert werden, ob seine Herstellung sich wirklich lohnt. Nichts mehr darf hemmungslos auf die Gattung losgelassen werden.

3. Die Arbeits- und Lebensweise ist den menschlichen Bedürfnissen dienstbar zu machen. Dabei dürfen allerdings unreflektierte Bedürfnisse von verstümmelten Menschen, die in Konsumenten und Massenarbeiter verwandelt worden sind, nicht maßgeblich sein. In einem sozialen Diskurs wäre vielmehr die soziale Verträglichkeit artikulierter Bedürfnisse auszuleuchten.

4. Die Teilverwissenschaftlichung der Produktion, die auf wissenschaftlicher Grundlage immer weitere technische Prozesse ermöglicht, ohne daß das für die Abschätzung und Verhütung negativer Folgen erforderliche wissenschaftlich-technische Wissen zur Verfügung stünde, hat in den industrialisierten kapitalistischen Ländern schon längst statt der Ausbeutung, dem Überreichtum der Großkapitalisten, die Untergrabung der Lebensbedingungen durch Nebenwirkungen der Produktion – darunter die Produktion schädlicher Konsumgüter – zum Hauptproblem der Epoche gemacht.

5. Kapital, das sich vermehren will, hat es sehr viel leichter mit der klassischen Ingenieurfrage »Was können wir?« und mit einer Betrachtung der Technik von innen her, aus der Sicht des Naturwissenschaftlers, des Ingenieurs, des Marketingmannes, als mit einer Betrachtung der Technik von außen her, von den Bedürfnissen.

6. Dagegen gilt es ökonomische und politische Verhältnisse zu schaffen, die den Weg zurück zur Untersuchung der ganz einfachen Fragen erlauben: »Was brauchen wir? Wie wollen wir leben?« Stattdessen sagt der Herausgeber des DDR-Buchs: Hier ist nichts zu diskutieren und nichts zu gestalten! »Wir betrachten die wissenschaftlich-technische Revolution und ihre Teilprozesse als einen objektiven Prozeß... Technik an sich ist weder gut noch schlecht.« Herr Sydow und seine

Autoren scheinen das eigentlich Neue an der neuen Technik nicht bemerkt zu haben: ihre zunehmende Gestaltbarkeit und Gestaltungsbedürftigkeit.

Fragen an Verlag, Herausgeber und Autoren

1. Wie läßt sich die das Buch durchziehende bedenkenlose Verherrlichung der Technik rechtfertigen, die unter dem Vorwand prognostischer Einschätzung auf die Unterscheidung zwischen Reklame und Wirklichkeit grundsätzlich verzichtet und systematisch der Frage »Was braucht der Mensch?« aus dem Wege geht?

2. Wie begründen die Verfasser ihre immer wieder zum Ausdruck gebrachte Erwartung, daß die historische Überlegenheit des Sozialismus auf längere Sicht ausgerechnet in einer größeren Fähigkeit zur »Anpassung an die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution« liege? Das ist weder realistisch, noch wünschenswert!

3. Warum nur sollte es, um die Ziele des Sozialismus zu erreichen, notwendig sein, den Produktionsstand Westeuropas einzuholen? Fortschrittliche Intellektuelle in den entwickelten kapitalistischen Ländern und oft auch in Entwicklungsländern hoffen im Gegenteil, daß die sozialistischen Länder ein Beispiel geben können dafür, wie eine Gesellschaft zu wirklicher Beherrschung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gelangen kann: durch bewußte Gestaltung der eigenen Gesellschaft auf der Grundlage rationaler Bedürfnisse und Argumente – und damit vor allem durch Absage an überflüssige oder riskante Weiterführungen, Erneuerungen und Ausweitungen in Produktion und Konsumtion.

4. Wie gut untermauert ist eigentlich der Zwang zur Anpassung an die Weltmärkte, zur Kopie der Haupttendenzen und zur Aufsuchung von Nischen? Dieser Zwang folgt angeblich aus dem militärischen, dem ökonomischen und dem ideologischen Aspekt der Systemauseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus. Diese Systemauseinandersetzung schafft eine Realität besonderer Art – nämlich sowohl von zwischenstaatlicher wie von innerstaatlicher Bedeutung: Ihre Verabsolutierung, die einseitige, unkritische, ahistorische Fixierung auf die Systemauseinandersetzung, scheint die Weiterführung des militärischen Kommandosystems auch in Friedenszeiten zu verlangen, was nicht notwendig zur machtpolitischen Stärkung der eigenen Position führt, aber noch immer die Vorzüge des Sozialismus nachhaltig untergraben hat, wie die leidvolle Geschichte der Sowjetunion belegt. Gegenwärtig wird es auf Grund der physikalischen Eigenschaften der modernen Waffensysteme immer zweifelhafter, ob sich ein Land mehr Sicherheit durch Vervollkommnung seiner Rüstung kaufen kann; und es scheint zunehmend deutlicher zu werden, daß sowohl die Ausstrahlungskraft des Sozialismus wie seine innere Stabilität, die Gesundheit und Lebensfreude seiner Bürger mehr von ihrem Selbstbewußtsein, ihren Einflußmöglichkeiten und ihrer Tatkraft abhängen als vom Niveau der Verflechtung mit dem Weltmarkt, der Anwendung neuer Technologien, der Modernisierung und Erhöhung der Chemie-, Fleisch-, Automobil- und Stromproduktion.

5. Vor 50 Jahren konnte man Naturwissenschaftler und Techniker danach einteilen, wie sie zum Faschismus standen; vor 40 Jahren nach ihrer Haltung zu Hiroshima und Nagasaki, zur Ächtung der Kernwaffen. Ist es nicht höchste Zeit, daß wir diesen etablierten ethischen und politischen Kategorien eine weitere Frage hinzufügen: Sind Sie, Kollegin oder Kollege, bereit und in der Lage, Menschen zu einer konkreten Beurteilung neuer (und alter) Technologien auf der Grundlage einer Analyse von Bedürfnissen und Folgewirkungen zu verhelfen, oder wollen Sie lieber verlogene Märchen über Leistungsfähigkeit und Kontrollierbarkeit neuer Techniken erzählen und die Menschen systematisch verdummen, in neu-religiöse Vorstellungen über die Technik als höheres Wesen einschließen und der Grundlagen für rationales politisches Handeln berauben?

»Technologie im Umbruch«, herausgegeben von Werner Sydow, Verlag Die Wirtschaft, Berlin (DDR) 1988, 352 Seiten, 26,60 Mark

Bernhelm Booß-Bavnbek ist Professor für »Mathematische Methoden der Physik und Umweltmathematik« an der Universität Roskilde (Dänemark); Glen Pate ist EDV-Ausbilder und Systemberater in Hamburg

konkret 07/89, S. 68

Günther Schwarberg

Das Glück in Deutschland

Eine kranke Jugoslawin in einem ganz unpolitischen Strafverfahren vor einem ganz unpolitischen deutschen Gericht und die ganz unpolitische Frage, ob sie es über leben wird

Den Hammer in der einen Hand, das Beil in der anderen. So geht die Frau auf den Richter Axel Bartels zu. Sie macht ihm im Gerichtssaal vor, wie sie sieben Monate vorher in ihrer Wohnung herumgegangen ist. Sie sagt, sie weiß nicht, was tun. Bis sie schließlich ins Schlafzimmer an das Bett ihres Mannes gegangen ist, der lag dort und schlief, und sie hat zugeschlagen. Erst mit dem Hammer. Dann mit dem Beil, mit der stumpfen Seite. Er hat sich nicht einmal mehr gerührt.

Das war vormittags. Die beiden Jungen waren in der Schule. Als sie zurückkamen, sah die Wohnung ordentlich aus wie immer. Am nächsten Tag abends kamen die Polizisten. Die Kinder saßen um den Tisch, spielten Karten und hatten keine Ahnung, daß ihre Mutter zur Polizei gegangen war. Die Beamten dachten erst, es sei eine falsche Anzeige, so ruhig und ordentlich wie alles war. Sie wollten schon wieder gehen, da machte einer von ihnen den Kleiderschrank auf und fand darin zwei blaue Plastiksäcke. Er tastete sie ab, fühlte ein menschliches Knie. Die Leiche war zerstückelt. Das Blut war aufgewischt, Spritzer an der Tapete überklebt.

Nun steht die Frau mit dem Hammer und dem Beil vor den Richtern der großen Strafkammer 32 des Hamburger Landgerichts und ist als Mörderin angeklagt. Mörder ist, wer heimtückisch einen Menschen tötet. Der Mörder wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft. Nicht mit zehn Jahren oder mit fünf, sondern lebenslang. Milde gibt es nicht. Die Frau kommt aus Jugoslawien. Das erschwert die Sache. Käme sie aus Hamburg und hieße sie, sagen wir mal, Bischoff oder Streckenbach, dann könnte man vielleicht was machen. Aber sie heißt mit Vornamen Stoja. Den Ort, aus dem sie kommt, kennt natürlich keiner. Wer hat schon was von Pridjel gehört? Liegt in Bosnien, anderthalb Bahnstunden von Sarajewo. Hat sie die Schule besucht? Nein. Kann sie schreiben? Ja, sagt sie, Druckbuchstaben. Und Lesen ganz, ganz wenig. Hat sie von ihren Kindern gelernt.

Der Richter Axel Bartels ist ein gepflegter Mann und trägt eine weiße Fliege. Von der Masse der grauen Richter sticht er durch die Eleganz des Tennisspielers ab. Seine Sprache ist gefeilt und aufgeputzt. Was gut ist, findet er ganz witzig. Die Tat der Jugoslawin findet er gar nicht witzig.

Zwei Welten stoßen aufeinander. Die Jugoslawin ist schwerfällig, arm, alt. Ist sie wirklich alt? Sie ist 1946 geboren, elf Jahre nach Axel Bartels und wirkt zehn Jahre älter als er. Als sie heiratete, war sie neunzehn. Simun war 25, und er hatte schon drei Kinder aus seiner ersten Ehe, Dragica, Dragan, Josip. Zuerst war es gut. Sie hat als Putzfrau gearbeitet. Aber dann hat er begonnen, sie zu schlagen. Nach zwei Jahren wurde sie schwanger. Zehn Tage vor der Geburt schlug er sie auf den Kopf, in den Bauch, überallhin. »Es war wie Stich in den Rücken. Da hab ich das Kind nicht mehr gespürt . « Ein paar Tage später hatte sie eine Totgeburt.

Sie hat weitergearbeitet als Putzfrau. Er hat mal hier, mal dort Geld verdient, Gelegenheitsarbeiten. Dann haben sie sich das Glück von Deutschland versprochen, von der reichen Bundesrepublik. Er fährt vor, nach Hamburg, sie kommt nach. Seit sechzehn Jahren ist sie hier, zwei Kinder sind gekommen, aber nicht das Glück. Eine Zeitlang war es schön für sie. Da hat sie in einer Harburger Fabrik Dichtungen eingesetzt. War nicht schwer, sagt sie. War schön mit all den Frauen zusammen. Sie haben geredet, sie war keine Jugoslawin, sondern eine Kollegin. Aber zuhaus war sie die »Verfaulte«, die verbraucht ist: »Bind dir einen Stein um den Hals und geh in die Elbe!« Sonnabends wurde sie regelmäßig geschlagen. Oft auf den Kopf, und er hat gesagt, die Seele muß rauskommen. Ihren Lohn mußte sie abliefern. Sie bekam fünf Mark Taschengeld, »wie man Kind gibt« . Das reichte nicht für Kaffee in den Pausen, reichte gerade für die kleinen Geschenke zu den Geburtstagen am Band. Nicht einmal Monatsbinden durfte sie kaufen: »Schneid dir Lappen zurecht, wir haben genug. Dein Los ist es, zu arbeiten«.

Man bekommt auf diesen toten Simun Wut. Er hat seine Frau behandelt wie ein Pferd, einen Esel. Aber schließlich, wie hat man ihn behandelt? Hat selbst geschuftet wie ein Tier, Nachtschichten, Tagschichten, hatte eine zweite Arbeitsstelle.

Fünf Kinder, die beiden Jungen hier in Hamburg gehen zur Schule, der Ältere soll jetzt Abitur machen, studieren, Er hat getrunken, hat die Schläge weitergegeben . Sein Bruder wird als Zeuge vor Gericht von Richter Bartels gefragt: Ist es üblich, daß man in Jugoslawien Frauen schlägt? Und er sagt: Ja

Bartels: Schlagen Sie Ihre Frau auch?

Bruder: Ja. Aber nachher ist es wieder gut.

Bartels: Na gut. Oder nicht gut. Fiel das bei Simun aus dem Rahmen des üblichen jugoslawischen Ehelebens?

Bruder: Nein. Es ist so, der Mann ist der Ältere. Er hat das Sagen im Haus.

Das gibt es noch. Gibt es das nur in Jugoslawien? Gibt es das nicht mehr in Marktredtwitz und in Neustadt an der Weinstraße? In Vechta und in Memmingen? In Osnabrück? Und in Hamburg? Dann wurde alles noch schlimmer. Denn wie kann man gesund bleiben, wenn man so leben muß? Stoja bekam schweres Asthma. Sie litt an vergrößerter Schilddrüse. Mußte operiert werden. Wurde arbeitsunfähig. War verbraucht. Verfault, sagte ihr Mann.

23 Jahre sind eine sehr lange Zeit. Sie hat diese Zeit ertragen, ohne sich zu wehren. Hab nicht mal die Hand gehoben, wenn er mich schlug. Eines Tages hat sie sich gewehrt. Den Hammer in der einen Hand, das Beil in der anderen. Sie erzählt das langsam. Sitzt schwer atmend auf der Anklagebank. Manchmal holt sie ihr Spraygerät aus der Tasche, sprüht sich ihr Asthmamedikament in die Nase.

Der Richter Bartels kommt nicht nur aus einer anderen Welt, spricht auch eine andere Sprache. Fragt die Jugoslawin, ob sie ihren Mann geliebt hat. Sie sagt ja. Immer? Ja, immer. Auch die letzte Zeit noch.

Was verstehen Sie denn unter Liebe?

Stoja: Daß man alles zusammen macht

Bartels: Mehr nicht?

Stoja: Ja, was soll man noch mehr?

Da lächelt Richter Bartels haushoch. Und sieht seine beiden Richterkollegen an, und sie verstehen sich: Für sie ist Liebe etwas viel Bedeutenderes.

Aber wie schön sie das über die Liebe gesagt hat: Daß man alles zusammen macht.

Warum sie denn überhaupt geheiratet hat, will Richter Bartels wissen. Und: mochten Sie Ihren Mann?

Stoja: Ja.

Bartels: Warum mochten Sie Ihren Mann? Er muß doch etwas Besonderes gehabt haben.

Stoja: Ich weiß nicht.

Bartels: War es für Sie wichtig, verheiratet zu sein?

Stoja: Wir waren zuhause viele Kinder.

Er fragt wie ein Ästhet, und sie antwortet mit soziologischen Fakten.

Aber dann kommt das Juristische. Da gibt es keine schönen Worte mehr über Liebe und Heirat, sondern nur noch das Herantasten an den Paragraphen 211: Mörder ist, wer heimtückisch einen Menschen tötet. Hat sie heimtückisch gehandelt? Hat sie, fragt Richter Bartels, ehe sie schließlich mit Hammer und Beil zuschlug, sich bewußt gemacht, daß ihr Mann schlief? Das wäre Heimtücke, und das wäre das Lebenslang. Man kennt diese Situation im Gericht genau: Jetzt ist die Falle aufgestellt, jetzt kommt es auf jedes Wort an. Weiß das diese Frau aus Pridjel, die kaum schreiben und ganz, ganz wenig lesen kann? Sie sagt, sie hat nicht darüber nachgedacht.

Was sie denn getan hätte, wenn er sich plötzlich aufgerichtet hätte, als sie da mit dem Hammer und dem Beil herumging. Wenn sie jetzt antwortet: Aber er schlief doch, dann ist sie geliefert. Aber sie antwortet: Ich ging durch die Wohnung hin und her und wußte nicht, was tun.

Der Richter versucht es noch einmal, denn »Heimtücke« ist nach dem Gesetzeswortlaut das Ausnutzen der Arg- und Wehrlosigkeit eines anderen. Ob ihr denn klar war, daß ihr Mann hilflos war?

Hab ich nicht gedacht, sagt sie.

Und ein drittes Mal versucht Axel Bartels aus der Jugoslawin das Paßwort für ein Mordurteil herauszuholen: Ob sie Angst vor ihrem Mann gehabt habe. Ja, sagt sie. Auch an diesem Tag? Ja, sagt sie. Warum fragt der Richter, er schlief doch.

Wenn sie jetzt nur ein kleines Ja sagt, zum Beispiel: Ja, aber er konnte doch aufwachen, dann. . . Aber sie sagt kein Ja. Sie sagt: Trotzdem hatte ich Angst.

So etwas kann ein Verteidiger mit seinem Mandanten einstudieren. Stoja wird von der Hamburger Rechtsanwältin Barbara Hüsing verteidigt. Hat sie es mit dieser Jugoslawin einstudiert? Mit dieser einfachen Frau aus Pridjel kann man nichts einstudieren. Und Axel Bartels ist nicht nur ein Richter auf der Jagd nach Belegen für den Paragraphen 21 1, er ist auch fair, eben Tennisspieler, und sagt deshalb: Das hat die Angeklagte auch schon gesagt, als sie noch nicht von Frau Hüsing verteidigt wurde.

Trotzdem versuchen sie an den nächsten Tagen noch ein paarmal, der Jugoslawin den Mordvorsatz zu entlocken. Warum sie bei der Tat eine Schürze trug? Sie trägt zuhause immer eine Schürze. Warum sie blaue Plastiksäcke hatte? Für die Abfälle im Haushalt.

Einmal versucht es auch der beisitzende Richter Dr. Carsten Mohr, aber er scheitert an dieser Frau genauso wie sein Vorsitzender. Nur ist Mohr kein Tennisspieler, seine Mittel sind grober: Plötzlich ist alles zur Hand, fährt er die Frau an, Hammer, Beil, Messer, Plastiktüten, Tischdecke zum Zusammenbinden. Das sieht mir doch nach einer gewissen Planung aus.

Stoja sagt: Das weiß ich nicht.

Richter Bartels wird unruhig: Noch ein Wort mehr von Herrn Mohr, dann steht womöglich ein Befangenheitsantrag im Saal 378 des Hamburger Landgerichts.

Stattdessen kommt ein anderer, ein verblüffender Antrag der Verteidigung: Die Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft, die Professorin Elfriede Stübler, solle als Sachverständige dazu gehört werden, daß Hammer, Beil, Messer, Plastiktüten und Tischdecken in jedem Durchschnittshaushalt zu finden seien, so daß man aus deren Vorhandensein keinen Mordvorsatz ableiten könne.

Richter Bartels läuft an: Witzig findet er den Antrag. Nein, find ich gar nicht witzig. Wir sind hier immerhin in einem Mordprozeß. Und als ein Journalist über seinen Ausfall den Kopf schüttelt, fährt er den Mann an. Doch der faucht zurück: Wo steht in der Strafprozeßordnung, daß man im Gerichtssaal nicht den Kopf schütteln darf? Für Minuten entgleitet dem Vorsitzenden die Verhandlungsführung .

Merkwürdig, dieser Antrag ändert das Klima. Auch Richter sind lernfähig. Von nun an gehen sie rücksichtsvoller mit der Jugoslawin um. Die wird in diesen sieben langen Tagen immer gelber. Nimmt häufiger ihr Asthma-Spray. Hat Herzbeschwerden, Lungenstiche, leidet an Schlaflosigkeit, spuckt Blut. Manchmal ist sie verhandlungsunfähig. Die Verteidigerin weist darauf hin, dann wird die Verhandlung unterbrochen. Schließlich kommt der Antrag der Verteidigerin, das Gutachten eines unabhängigen Facharztgremiums einzuholen: ob die Gefahr besteht, daß die Jugoslawin bei einer Fortsetzung der Hauptverhandlung durch die physische und psychische Belastung ihr Leben einbüßen oder schweren Schaden an ihrer Gesundheit nehmen wird.

Richter Bartels weicht aus, versucht mit den Bordmitteln der Justiz auszukommen. Unabhängige Fachärzte, das kostet Staatsgeld, das muß man begründen, das macht kein Richter gern. Er läßt die Jugoslawin in der geschlossenen Abteilung des psychiatrischen Krankenhauses Ochsenzoll untersuchen. Das kostet kein Extrahonorar. »Ich hatte so die Vorstellung, daß man versuchen sollte, diese Verhandlung so schnell wie möglich zu einem Abschluß zu bringen... Wir haben ja nur noch Fünfminutenzeugen.«

Richter treiben immer zur Eile, die meisten jedenfalls. Als ob die Hauptverhandlung wichtiger wäre als Leben und Gesundheit. Am nächsten Tag spielt die Krankenhausärztin alles herunter: Die Schlafstörungen seien abgeklungen. Der Bluthochdruck sei medikamentös reguliert. Aus psychiatrischer und internistischer Sicht sei Stoja verhandlungsfähig, wenn man genügend Pausen mache.

Man kann nichts machen: Stoja heißt sie und nicht Bischoff oder Streckenbach. Bei denen war es anders. Der Hamburger Bruno Streckenbach zum Beispiel war auch krank, als er angeklagt wurde. Nur mit vielen Pausen könne verhandelt werden, sagte sein Facharzt. Aber das Hamburger Landgericht meinte, solch eine unterbrochene Verhandlungsführung verstoße gegen die Menschenwürde, und das Verfahren wurde am 29. April 1974 auf Dauer eingestellt. Bruno Streckenbach hatte als SS-Obergruppenführer das Amt I des Reichssicherheitshauptamtes geleitet und war verantwortlich für die »Einsatzgruppen«, die in Polen und der Sowjetunion viele zehntausend Menschen ermordeten.

Der Hamburger Helmut Bischoff war zwar mit seinen 61 Jahren verhandlungsfähig, und der Prozeß hatte ein erdrückendes Beweismaterial über unzählige Morde im Konzentrationslager »Dora« bei Nordhausen und an anderen Mordstätten der Nazis zusammengetragen. Aber gerade das Erdrückende war die Rettung für den SS-Obersturmbannführer. Am 26. Mai 1970 wurde das Verfahren gegen ihn unmittelbar vor der Urteilsverkündung eingestellt: »Sollte dieses Urteil, was nach den bisherigen Ergebnissen der Hauptverhandlung zumindest nicht unwahrscheinlich ist, dahin lauten, daß der Angeklagte Bischoff als Mörder verurteilt wird, so ist nach dem Ergebnis der Begutachtung durch den Sachverständigen de Boor damit zu rechnen, daß es bei dem Angeklagten Bischoff infolge der Verkündung des Urteils zu einer exzessiven Blutdrucksteigerung kommt, die seinen Tod – möglicherweise noch im Gerichtssaal – zur Folge hat.«

Das hat sich gelohnt: Weil er an so vielen und so grausamen Morden teilgenommen hat, könnte seine Gesundheit Schaden nehmen, wenn ihm die Richter das nun auch noch im Urteil vorhalten würden.

In guter Form nahmen die vom Recht verschonten SS-Offiziere ihre zivile Berufstätigkeit dann wieder auf.

Wenn die Justiz solche Vergünstigungen nicht speziell für Naziverbrecher gemacht hat, müßten sie unabhängig von Person und SS-Mitgliedschaft auch für alle anderen Angeklagten gelten, also auch für die Jugoslawin Stoja. Ihr hatte nämlich im Laufe der Verhandlung der Gerichtsarzt attestiert, daß die Aufregung der Hauptverhandlung ihren Blutdruck weiter steigern könne.

Verteidigerin Hüsing: Kann das lebensbedrohlich sein?

Gerichtsarzt: Durchaus.

Aber für die jugoslawische Arbeiterin gilt das Privileg des SS-Obersturmbannführers nicht. Das Verfahren wurde fortgesetzt, unabhängige Fachärzte wurden nicht gehört, das Blut im Speichel wurde als harmlose Nebenerscheinung ihres Hochdrucks behandelt. Die asthmakranke Frau glaubte dem Vorsitzenden, es sei das beste für sie, weiter auf der Anklagebank auszuhalten, weil eine Unterbrechung »eine große Belastung für Sie ist«.

Eigentlich kam ein Plädoyer schon von der letzten jugoslawischen Zeugin, die seit fünfzehn Jahren die Stoja kennt: »Wenn ich Richter wäre, ich würde sie sofort laufen lassen. Sie kann auch bei mir wohnen. Sie ist eine so gute Frau, und er war ein böser Mann. 23 Jahre hat sie die Hölle gehabt. Sie weint in der Ecke, er schlägt sie zusammen, ich habe es gesehen. Sie hat mehr ertragen als tausend andere Frauen zusammen ertragen müssen. Einmal bei einer Taufe fiel ihr eine Tasse aus der Hand. Er ohrfeigte sie vor allen Leuten. Ich habe mir schon immer gedacht, daß es einmal böse enden würde. Entweder er bringt sie um oder sie ihn. Als ich das von der Tat hörte, hab ich zuerst geglaubt, er hat sie umgebracht. Das wäre eher vorstellbar gewesen.«

Der psychiatrische Sachverständige Dr. Claus Frerk hat einen schweren Defekt bei ihr festgestellt. Sie sei nicht in der Lage gewesen, ihre eigenen Affekte zu analysieren und habe ihren Mann nur loswerden wollen. Die Situation, daß ihr Mann schlief, habe sie für ihre Tat nicht ausgenutzt, weil sie bei ihrer einfachen Struktur gar nicht so hätte überlegen können. Sie war also vermindert schuldfähig.

Nichts wäre geschehen, wenn es nur ein wenig anders im Leben der Stoja zugegangen wäre, plädiert die Verteidigerin Barbara Hüsing. Wenn ihr Mann mit ihr geredet hätte, statt sie zu verachten. Wenn er sie nicht geschlagen und nicht beschimpft hätte. Dann hätte sie ihre Rolle als Ehefrau dankbar ausgefüllt. Sie hat nicht heimtückisch gehandelt, sie hat überhaupt nicht heimtückisch denken können. Die Tötung war eine spontane Tat. Eine weitere Sühne durch Verbüßung einer längeren Strafe sei nicht erforderlich. Deshalb zwei Jahre Haft mit Bewährung. Das Gericht urteilt ähnlich. Keine zwei, sondern drei Jahre Haft, aber der Haftbefehl wird sofort außer Vollzug gesetzt. Richter Axel Bartels macht den Eindruck, als habe er in diesem Verfahren sehr viel begriffen, was über den Rahmen von witzig und gar nicht witzig hinausgeht. Auch das Vorhandensein von Messer, Hammer, Beil, Plastiktüten und Tischdecken in jedem Durchschnittshaushalt unterstellt er als wahr, ohne Elfriede Stübler zu hören.

Eine Stunde später klickt das eiserne Tor des Hamburger Untersuchungsgefängnisses für Stoja auf. Sie umarmt ihre Verteidigerin.

Einen Tag später liegt sie auf der Intensivstation des Krankenhauses. Das harmlose Blut im Speichel war eine lebensgefährliche Lungenembolie. Hieße sie nicht Stoja, sondern Bischoff oder Streckenbach und hätte sie unabhängige Fachärzte gehabt, wäre es so weit nicht gekommen.

Nun ist sie wieder bei ihren Söhnen. Das Glück, das Simun und Stoja in Deutschland gesucht haben, das haben sie nicht gefunden. Er ist in einem Sarg in seine Heimat zurückgekehrt. Auf sie wartet das Gefängnis. Ob sie, krank wie sie ist, den Rest der Strafe absitzen muß, – falls sie überlebt? Vielleicht finden wenigsten die beiden vaterlosen Söhne es hier, das Glück in Deutschland.

konkret 07/89, S. 74

Peter Körte

Eine Stilisierung und ein Schock

Samuel Fuller hat einen film noir in Farbe gedreht: »Straße ohne Wiederkehr«

Ein Kopf knallt zur Seite, Körper taumeln, die ersten Schnitte kommen mit der Wucht von Schlägen. In der Aufsicht erscheint die Massenszene dann in der Choreographie einer modernen West Side Story. Keine Exposition, sondern eine Attacke. Eine Stilisierung und ein Schock: ein Film von Samuel Fuller.

»Straße ohne Wiederkehr« ist ein film noir in Farbe, nach einem rabenschwarzen Krimi von David Goodis, der schon die Vorlage für Truffauts »Schießen Sie auf den Pianisten« lieferte. Es stimmt nichts im Sinne des Naturalismus, des Realismus, der 1:1 Entsprechung zur Wirklichkeit. Kameramann Pierre-William Glenn sorgt für ein Licht von vollendeter Künstlichkeit, fast wie in Fassbinders »Querelle«: Stahlblaue Nacht und wabernde Schwaden aus der Nebelmaschine, zerlaufende Farben und verräterisches Glitzern. Sam Fuller, der Liebling der Nouvelle Vague-Filmer, der Mann der Ambivalenzen, der einen martialischen Antikommunismus auf die Leinwand brachte und dem man zynische Gesinnungslosigkeit vorwarf, dessen Kino wild, ruppig und anarchisch daher kam, der Autor par excellence, der die Bücher bei den meisten seiner Filme selbst geschrieben oder bearbeitet hat: Mit 77 hat der Mann mit dem schlohweißen Haar und der ewig qualmenden, dicken Zigarre nun seinen 23. Film gemacht, gedreht in Portugal und Frankreich, mit französischem Geld.

»Film is like a battleground: Love. Action. Hate. Violence – in one word: emotion«, dröhnte der Schauspieler Fuller 1965 in Godards »Pierrot le fou«. Was natürlich hier zitiert gehört, auch wenn es jetzt wieder in jeder Fuller-Kritik stehen wird. Als Inhaltsraster taugt es allemal: Michael (Keith Carradine) war ein schmelzender Sänger und ist zum Penner geworden, weil die Frau, die er liebt, in den Händen Eddies ist, der Michael die Kehle hat durchschneiden lassen. In der einen Nacht, von der der Film erzählt, erhält der krächzende Penner noch einmal eine Chance. Er gerät in Rassenunruhen und unter Mordverdacht, er entreißt Celia (Valentina Vargas) dem Rivalen und rächt sich an ihm, indem er ihn mit gezielten Revolverschüssen kastriert. Im Schlußbild gehen der Penner mit der ergrauten Mähne und die Schönheit im orangenen Seidenkleid die einsame Straße entlang.

In einem Satz: Ein Melodram von der ersten bis zur letzten Einstellung, voller grandioser Überzeichnungen, mit Rückblenden, die Fuller als Videoclips gedreht hat. Die nackte Frau auf dem Pferd und der Mann im schwarzen Glitzeranzug, der Ausdruck ihrer Gesichter und die schmachtenden Blicke – grellfarbige Kinomythen, wird es heißen. Michael steigt zu Celia in die Dusche, die durchsichtige Wand der Duschkabine beschlägt, die Körper werden zu Schemen – Schaumbadreklame wird spotten, wer im Werbeblock gut aufgepaßt hat. Na und? Daß es Bilder sind wie in Werbespots, ergibt noch keine Werbeästhetik. Klischees, Stereotypen und Standardisierungen hat Fuller noch nie gescheut. Seine Filme waren ausnahmslos reine Genrefilme. Nie quälten sie sich vor Ehrgeiz, das Genre kunstvoll-ausgeklügelt zu transzendieren oder zu persiflieren. Sie mischten es auf, indem sie berserkerhaft all die Konventionen und Klischees benutzten, am deutlichsten vielleicht in »Vierzig Gewehre« (1957), Fullers exzentrischem Western.

Für seine brachialen B-Pictures brauchte Fuller auch keine überragenden Schauspielstars, sondern Darsteller, die die Attitüden der Genrehelden tragen wie Models ihre Kleidung. In »Straße ohne Wiederkehr« singt Keith Carradine selbst, mit glattrasiertem Gesicht, goldenem Ring im Ohr, auf weißer Yacht im Sonnenschein; Valentina Vargas blickt stolz und leidet tief. Der Drogenhändler Eddie (Marc de Jonge) hat ein Modell des Hafenviertels im Zimmer stehen. Liebevoll wischt er mit den Fingern den Staub ab. Schmutzige Geschäfte wollen sauber geplant sein. Eddie ist der skrupellose Geldgeber und Anstifter des Aufruhrs, der ihm die Kontrolle über das Viertel sichern soll. Die erste Begegnung zwischen Michael und Eddie auf einem Bahnhof eröffnet Fuller daher wie in einem Western: Die Kamera kauert auf Gleishöhe und folgt den Kontrahenten, während sie langsam den Bahnsteig entlanggehen. Lässig wippt Eddie gegen Ende des Films breitbeinig auf seinem Stuhl. Die Kamera, wie so oft in extremer Untersicht und mit Weitwinkelobjektiv, wirkt, als nähme sie bereits Maß wie Minuten später der Schütze. Dazu leuchten der Sessel und das Halstuch von Eddies Komplizen in drohendem Rot. Ein Vorgriff auf den Blutfleck auf dem T-Shirt, der immer größer wird. Die Zeiträume, die jeweils zwischen solch eingestreuten Prophezeiungen und ihrer Erfüllung liegen, werden im Laufe des Films immer kürzer. Fuller selbst überwacht das Geschehen als Schatten. In einer Szene spricht Borel, der schwarze Bulle mit dem Gebaren eines weißen Rassisten, mit seinem Vorgesetzten – man hört Fullers Stimme, und ein Schatten bedeckt die Wand.

Es wäre nun absurd dem Film vorzurechnen, daß er pausenlos stilisiert und überzeichnet, daß er einen versoffenen Penner ohne Zittern eine Handgranate zücken oder einen jugendlichen Messerkämpfer in Schach halten läßt. Fuller inszeniert (Männer-) Rituale, ohne den Inszenierungscharakter zu verwischen. Wie in der Begegnung zwischen dem Lumpensammler und Michael. Der junk man glaubt, Michael zu kennen. Er legt eine Kassette ein, einen Videoclip über Michaels glanzvolle Zeiten, und erzwingt so eine Selbstbegegnung, die Michael kaum erträgt. So schroff jedoch die Welt der weißen Yachten und heißen Nächte mit den Schlafplätzen zwischen Mülltonnen und zerbrochenen Schnapsflaschen auch zusammenprallt,

ohne den dazugehörigen Schnittrhythmus bliebe die Konfrontation nur ein routinierter, tausendfach erprobter Effekt. Die Kamera zieht sich langsam zurück, sie setzt zu einer ruhigen Fahrt an, scheint geduldig zu beobachten, und brutal fährt Fuller dazwischen mit Schnitten, »wie mit der Axt zerhauen« (Norbert Grob), und schroffen Perspektivwechseln. Einmal hockt Michael zwischen leeren Milchkisten und schaut schmerzlich-sehnsüchtig auf die erleuchteten Fenster von Eddies Villa, um einen Blick auf Celia zu erhaschen. Der Film stürzt den Zuschauer dann ansatzlos in die Rückblende hinein, statt das Bild verschwimmen zu lassen oder sanft zu überblenden.

Fullers Filme dramatisieren Gefühle, ohne gefühlig zu sein, sie berauschen sich nicht an schöner Fotografie oder kunstvoll geknüpften Erzählsträngen. Ihre unverwechselbare Handschrift erhalten sie durch die wilde Montagetechnik. »Nur beim Schneiden ist der Film ganz bei sich, er hat etwas, was keine andere Kunstform aufweisen kann«, hat Stanley Kubrick einmal gesagt. Fuller formuliert das so, wie er filmt, barsch und knapp: »Es ist nicht wichtig, ob sich die Kamera bewegt oder die Schauspieler. Wichtig ist allein, daß die Gefühle der Zuschauer bewegt werden«. Das erreicht »Straße ohne Wiederkehr« mühelos. Bei allen. Erst recht bei jenen, die sich aufregen, weil sie das Kino für eine moralische Anstalt halten.

konkret 07/89, S. 76

Eckhard Henscheid

Musikplaudertasche

Er war schon ein elend, er war schon ein gigantisch guter Schluri und zugleich Summskopf, der Stefan (»Sternstunden der Menschheit«) Zweig. Über »Das Genie einer Nacht«, die Entstehung der Marseillaise am 2S. April 1792:

»Eine Exaltation, eine Begeisterung, die nicht die seine ist, sondern magische Gewalt, zusammengeballt in eine einzige explosive Sekunde, reißt den armen Dilettanten hunderttausendfach über sein eigenes Maß hinaus und schleudert ihn wie eine Rakete – eine Sekunde lang Licht und strahlende Flamme – bis zu den Sternen. Eine Nacht ist es dem Kapitänleutnant Rouget de Lisle gegönnt, Bruder der Unsterblichen zu sein: aus (...) Rufen des Anfangs formt sich ihm schöpferisches Wort und steigt empor zu seiner Strophe, die in ihrer dichterischen Formulierung so unvergänglich ist wie die Melodie unsterblich.«

Daran gemessen fehlt den heutigen Feuilletonbanditen denn doch die letzte Frechheit, die allerletzte geradezu traklisch reife Süße des Lügens und des Lügenwollens, vielleicht sogar die letzte Ahnungslosigkeit.

Und die kontrapunktische Parallelfügung »unvergänglich/unsterblich« hat dann ja auch wirklich etwas geradezu Unveräußerliches, nein, etwas unwiderstehlich unverwehbar Unverwüstliches. Da »zündet der Funke, als wäre er in ein Pulverfaß gefallen«, dochdoch, das ist wahr.

»Du liebe Erde, allüberall, ewig ewig...« (Gustav Mahler/Hans Bethge, 1911).

&

Uschi Neuhauser im »Stern« über das Comeback von Tom Jones:

»Auch 20 Jahre später gilt: Dieser Mann singt dir blaue Flecken.«

Auch 25 Jahre später gilt: Dieser Stil, er stammt von Charles Bukowski. Hemingway? Nein. Der frühe Brecht, Baudelaire? Na, dann schon gleich Shakespeare. Endlich auf den »Stern« gekommen.

&

Interessant aber auch, wie U. Neuhauser sich selber beim Schreiben einredet, daß ihr, lauschend T. Jones, zwischen den Beinen, typisch Uschi, anders wird. Nur weil sie für den »Stern« zu berichten hat, daß es Tausenden von Frauen, lauschend T. Jones, ut aliquid fiat, wenigstens zwischen den Beinen auch noch nach 20 Jahren...

Es lebe die Bürgerpresse.

&

Woran erkennt man den zeitlosen, den hier speziell musikschriftstellernden Schmock? Daran, daß er den Anschlag eines Pianisten »so berühmt« nennt »wie das hohe C von Caruso« (Bertha Zuckerkandl, Österreich intim, Erinnerungen 18921942).

Ausgerechnet dies berühmte hohe C besaß nämlich Caruso gar nicht. Tja, Pech für den weiblichen Klaus (»Spiegel«) Umbach seiner feschen und, so der Verlag, »turbulenten Zeit« – aber, Unehre, wem Unehre gebührt: Der nicht mehr allein schmockige, sondern schon volle Carusoröhre gaunerische Titel »Österreich intim« geht nicht auf die Zuckerkandl zurück, eine Ahnin der U. Neuhauser; sondern auf die Schmierölwannl-Abteilung ihres heutigen westdeutschen Taschenbuchverlags.

&

»Geht und wisset, daß nicht nur Europa, sondern auch Asien tugendhafte Seelen zeugen kann« (Mozart-Schachtner, Zaide, Finale des Singspiels).

In Europa allerdings vor allem dem Schachtner sein Vater. Gern hätten wir ihm bei dem Gerumpel wenn schon nicht zugeschaut, so doch -gehört.

&

Im Kammerspiel Frankfurt wurden unlängst Stücke von Samuel Beckett als Opern von Heinz Holliger aufgeführt. Darüber schreibt H.-K. Jungheinrich in der »Frankfurter Rundschau«:

»Sprache, Schweigen, Raum und Zeit sind die dichterischen Medien der Beckettschen Philosophie (die, ungeachtet ihrer komplexen Perspektivik, zutreffender, wenn auch prekärer, als erste oder letzte oder einfache 'Weisheit' zu kennzeichnen wäre); unschwer verlängert und vertieft sich dieses Potential aber auch in musikalische Phänomene hinein, in Klänge, die

sich ebenfalls aus dem Schweigen heraus strukturieren und der Zeit und dem Raum anschmiegen (...) Ein hochambitionierter, künstlerisch kompromißloser Abend der Frankfurter Oper.«

Ich selber bin trotzdem nicht hingegangen. So wie ich schon zur feminisierten Fassung von »Warten auf Godot« seinerzeit nicht hin bin. Denn genau so gut und zwingend könnten sie eigentlich Beckett von der Frankfurter Eintracht im Waldstadion spielen lassen.

Bzw. man muß, mit dem Kollegen Gremliza zu sprechen, nicht übertreiben, man muß einfach nicht überall dabei sein.

&

Beethoven, 1. Klavierkonzert in C-dur, 1. Satz, 3. Hauptthema: Die Thema gewordene Erwartung als das Pulsieren; das schon vorab aus dem Häuschen Geratende lebhafter junger Hunde vor dem Auslauf. Nicht nur das mehrtaktige Ganze, sondern – erstaunlich! – jeder einzelne der Töne pulsiert, vibriert, tremoliert wie kurz vorm Durchdrehen – die reine Ton gewordene Fickrigkeit.

Ja mei, Beethoven halt.

Allerdings: Gibt's derzeit keine reale, eingespielte Interpretation, die meiner idealistisch-ideellen auch nur annähernd virtuell das Wasser an Pfeil- und Schnellkraft reichen könnte.

Ja mei, der blöde Markt.

&

Die Fünfte Sinfonie Beethovens in c-moll dagegen soll laut unserem Kanzler »sehr viel Optimismus« (H. Kohl, Bonner Beethovenhalle, Festkonzert am 24.5.89) ausdrücken bzw. beinhalten. Unsinn? Die Furie des hämmernden Schicksals ausgerechnet – Optimismus? Neinnein, Kohl hat recht; der Befund durchaus und doppelt sogar Stringenz. Nämlich in der Final-Coda, die der Kanzler noch am besten im Ohr hat, ist – per aspera ad astra – c-moll längst gereinigt bei C-dur angelangt, die fahle Donnerwucht des Kopfsatzes beim nicht enden wollenden Schmettertusch des Schlusses: Das schon gänzlich sinnenthobene Schrumm – Schrumm – schrummtatataschrummtatata Schrumm! – Schrrruuuummm! Schrummta – schrummta – usw.: Kohls Parteitagsredentechnik! Der Kanzler muß sie aufmerksam lauschend und freudig in op. 67 wiedergefunden haben.

&

Was ist eigentlich aus K. Weckers Ankündigung vom Sommer 1987 geworden: Er wolle und werde ab sofort »das konservative System der Salzburger Festspiele aufbrechen«, denn: »Die Gruftsituation der Festspiele stört mich«?

Statt daß er froh ist, daß es wenigstens irgendwo noch halbwegs konservativ, unaufgebrochen und gruftsituationistisch zugeht. Aber seien wir wenigstens froh, daß *er's* wenigstens wieder vergessen hat, was *ihn* da gestört hat, *ausgerechnet* im Sommer 1987. Ach ja, ach ja, das Rauschen der Zeit, das Rauschraunen der Vergeblichkeit. Sie sind die allerschönste Musi.

&

Das »A – ha – haa – ahaha – men« aus J. Haydns Kleiner Orgelmesse aber ist wie ein weiß im Fahrtwind des Himmels unter leichten Federwölkchen flatterndes Tuch, ein güldenes Taschentuch, das lächelnd Gott zuwinkt, genau.

&

Die unermeßliche Unbedarftheit aller, wirklich unstreitig aller Faßbinder-Filme, wie sie noch ihre unglaublichsten formalen wie technischen wie gehaltlichen Unfähigkeiten als die Qualität des Ungeschliffenen sich aufs unbehauene Brot schmieren, um derart und durchaus ungut – –

aber leider: Es geht hier nicht um eine Film-, sondern um eine musikkritische Kolumne. Wer also, weil die Vokabeln schon mal stehen, könnte gemeint sein? Hindemith? Sibelius? Hm. Hans Werner Henze? Hmhm. Aber nein, da gab's doch noch so einen, wie hieß der – nochmal – ja! Giselher Klebe, jawohl! – und das Wiederhören seines Icompositorischen Gesamtwerks in seiner unbedarftesten Unermeßlichkeit, in seiner allerunfähigsten – – – – – – (Fragment)

&

Neues aus der Wiener Schule. Gustav Mahler erzählte oft, als Kind habe er eine peinliche Szene zwischen seinem brutalen Vater und seiner Mutter erlebt. Als er voller Verzweiflung ins Freie gelaufen sei, habe aus einem Leierkasten das Lied »Ach, du lieber Augustin« getönt. Soweit so gut; andererseits war es etwa um die gleiche Zeit auch zu einer ziemlichen Ehekrise zwischen ihm, Gustav, und Alma, nachmalige Alma Mahler Werfel, geb. Schindler, gekommen; deren Auslöser aber dieser Architekt Walter (»Bauhaus«) Gropius war, welcher Alma vier Jahre nach Mahlers Tod ja dann auch heiratete, aus welcher Ehe sodann jene Manon Gropius entsprang, der – aber da war Alma freilich schon mit F. Werfel verheiratet – Alban Berg anläßlich ihres allzu frühen Todes (22.4.1935) sein Violinkonzert widmete; dem »Andenken eines Engels« nämlich, was sich daraus erklärt, daß die von Berg wie ein eigenes Kind geliebte 18jährige, ehe sie an Kinderlähmung

starb, bei Max Reinhardt in Salzburg den Part des I . Engels im »Großen Welttheater« spielte; wobei Berg vor allem im 1. Satz Manons Charakterportrait darzustellen sich unterstand; jenem, der nach dem berühmten Vier-Noten-Beginn auf den vier leeren Seiten und inmitten subtiler Zwölftonreihen, das Kärntner Volkslied »Ein Vogel auf'm Zwetschgenbaum« (mit Jodler-Überschlag!) zitiert – indessen G. Mahler genau 24 Jahre vorher, im »Lied von der Erde« (1911), Hans Bethges Vers »Ein Vogel sitzt im Baum« vertont hatte. Schon 1910, im Jahr seiner berühmten Leidener Begegnung mit S. Freud, hatte Mahler ja andererseits bei Bethge, in dessen »chinesischer Flöte« (die Karl Kraus' »Fackel« frappanterweise nie erwähnt) auch noch Verse wiedergefunden, die er ziemlich wortwörtlich so als l9jähriger selber erfunden hatte und die er also, vermischt mit eigenen, im vorerwähnten »Lied von der Erde« verkomponierte; wogegen Berg im Fall Manon Gropius (dachten Walter und Alma an Puccini? Mehr an Massenet?) »ohne es zu ahnen, sein eigenes Requiem schrieb« (Hans und Rosaleen Moldenhauer, 1980), nämlich am 24.12.1935 im Beisein Anton von Webern starb; der dann gegen Kriegsende ja versehentlich erschossen wurde, murdered by mistake...

Schönberg aber – und eben nicht Berg! – war es schließlich, welcher in seinem 2. Streichquartett von 1907/08 jenes »Ach, du lieber Augustin« Gustav Mahlers zitierte, das, anstatt der Bach-Kantate »O Ewigkeit, du Donnerwort« und zusammen mit dem beschaulichen Kärntnerlied, auch noch gut und gern in das mehrfach besagte Violinkonzert reingepaßt hätte.

Wia dös etz oiss zammhängt? »Dunkel ist das Leben, ist der Tod« (G. Mahler/H. Bethge, 1911).

Konkret 07/89, S. 78

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Sehr geehrte Genossin Weber, sehr geehrter Genosse Mies!

Als ich am 18. Juni kurz vor Urnenschluß die Liste 12, Ihre Liste, angekreuzelt, da fühlte ich mich so sauwohl wie schon lange nicht mehr, wußte ich doch, daß dieses Votum die Sache des Eurokommunismus ein schönes Stück weiterbefördern würde. Nun können Sie aber auch für mich was tun. Oben Sie doch, bitte, auf die Feuilleton-Redaktion der »UZ« ein bißchen dialektischen Druck aus, damit die mein Büchlein »Hirnverbranntes und Feinziseliertes« (erschienen im Zinnoberverlag Hamburg) ein bißchen besprechen. Oder wollen Sie meine Stimme anno '90 bei der Wahl zur nationalen Quasselbude nicht?

Hurra Deutschland

Als Vorsitzender des Schutzverbandes Deutsche Satire habe ich bei den zuständigen Stellen Strafanzeige erstattet gegen das am 19. Juni 89 im I. Fernsehprogramm. erstmals ausgestrahlte sogenannte Satiremagazin »HURRA DEUTSCHLAND«. Diese Sendung erfüllt eindeutig den Tatbestand schleimigen Betrugs, krimineller Harmlosigkeit in Tateinheit mit himmelschreiender Feigheit, sowie den Tatbestand vorsätzlicher Menschenverblödung. Unter betrügerischer Adaption der (gewisse Politiker und andre Show- und Schamlosigkeitsgrößen radikal beleidigenden, demütigenden, anpissenden und verscheißernden) englischen Kautschukpuppenserie »SPITTING IMAGE« und unter dreistem Mißbrauch der heiligen Vokabel Satire wird hier, ausgewogen bis dort hinaus, sich in den Arsch von gewissen Politikern und anderen Show- und Schamlosigkeitsgrößen affirmativdevot hineingewitzelt. Den Codex Tucholsky, wonach Satire nicht nur alles dürfen müssen darf, sondern vor allen Dingen alles müssen muß, frech brechend, wird in dieser Serie mit dem Trotteltitel »HURRA DEUTSCHLAND« sich an nichts vergangen, wird nichts geschmäht, vergewaltigt, gedemütigt, wird nicht die Bohne in den Schmutz gezerrt. Sondern Rudi Kohl, Helmut Carell und andere Show- und Schamlosigkeitsgrößen werden grad mal ein bißchen nachgeknetet und nachgeäfft, das ist alles und das ist nicht nur nichts, sondern eine Schande. In einer Zeit, in der eine dreiviertel Million bayrischer Hauruckis das REPtil Schönhuber wählen (Ausländer raus aus Europa!), in einer Zeit, in der der neue, der Nazi der begnadeten Nachgeburt, sich in wohligstem Wirgefühl badet, in einer Zeit, in der sich auf deutschem Boden zwei Armeen in blutigster Kombattanz gegenüberstehen, nämlich die Armee der Raucher und die Armee der Nichtraucher, in einer Zeit, in der Abiturfeiern geistig entrüstet und zu Modeschauen umfunktioniert werden, in einer Zeit, in der der stumme Schrei der sterbenden Natur von brutalen Berufsfolkloristen überjodelt wird, in einer Zeit, in der ein Wecker fünf Jahre Zuchthaus kostet, in einer solchen Zeit solch lausiger, seichter Scheiß. Der Schutzverband Deutsche Satire fordert: Keine müde Mark, keine Minute Sendezeit für sowas. Wenn schon, dann Schneepflüge an die kommunistische Volksrepublik Sahara. Und das Team von »HURRA DEUTSCHLAND«? Sofort verhaften und einsperren. Zu schimmlig Brot, Brackwasser und zur Lektüre der letzten Tage der Menschheit von Karl Kraus.

Franz Gaga Kroetz

Wenn ein deutscher Dichter, berühmt und Millionär geworden mit seinen das herausgefressne Großstadttheaterpublikum erschauern machenden Stücken übers postproletarische und kleinagrarische Elend eines Tages keinen Bock mehr hat auf die soziale Frage, weil er ist durch mit ihr und jetzt aber hallo auf zu neuen Ufern, oder dieser deutsche Dichter hat in jahrelangem zähen Ringen herausgefunden, daß die soziale Frage bei der Deutschen Bank besser aufgehoben ist als bei Leuten, die sie zwar sind, aber weniger von ihr verstehen als die Deutsche Bank, oder so ein deutscher Dichter sagt sich, ich tanz jetzt einfach einmal, was kost' die Welt, aus der Reihe Lessing Brecht Fleisser und geh mit den Kollegen Boenisch und Bachér fremd oder chic essen oder was weiß ich - dann muß ihm das erlaubt sein, schließlich leben wir in einer Demokratie, und die gilt auch für deutsche Dichter. Wenn ein solcher deutscher Dichter aber als Zyniker versagt, weil er irgendwie dran glaubt, daß die Bild-Zeitung kein antikommunistisches Drecksblatt mehr ist (sondern lediglich eins, das in der Ausgabe vom 20. Juni das REPtil Schönhuber auf drei Seiten abfeiert), und sich einbildet, daß er da schreiben könne »was ich will«, statt zu kapieren, daß die ihn da schreiben lassen, weil seine Schreibe (»die großen Analysen zu Gorbatschow sollen die Eierköpfe machen« - » ... dann wäre bei Raissa die Frage nach ihrer Slip-Einlage naheliegender«) ihre Schreibe ist, wenn also ein solcher deutscher Dichter, wie man bei uns in Bayern sagt, »mitten im Orschloch stecka bleibt«, dann gehört er in die politische Psychiatrie, offener Vollzug. Wäre »naheliegender«...

konkret 07/89, S. 82

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

»Das größte Insekt ist der Elefant«: Liebhaber des Genres sprechen von Gallettiana – Sätzen, in denen das Evidente dem Absurden die Krone ausschlägt. Nicht ihr Erfinder, wohl aber ihr größter Meister war der Joh. G. Aug. Galletti, Mitte vorigen Jahrhunderts Professor am Gothaer Gymnasium: »Wäre Caesar nicht über den Rubikon gegangen«, sinnierte er, »so läßt sich gar nicht absehen, wohin er noch gekommen wäre.« Oder:

Ob ohne Lenin die Russische Revolution, ist nicht absolut sicher; ohne Lenin aber vielleicht, sehr vielleicht, kein Gorbatschow in Bonn.

Das ist freilich, wie das Datum schon sagt, von einem Schüler Gallettis, dem begabtesten unserer Tage, ja man sagt sich ein ums andre Mal, ob ohne Rudolf Augstein der »Spiegel«, ist nicht absolut sicher; ohne Augstein aber vielleicht, sehr vielleicht, kein Bier auf Hawaii.

Der Volontär lernt, daß »Hund beißt Mann« kein Titel ist sondern eine Louche; erst »Mann beißt Hund« macht den journalistischen Braten fett. Was aber tun, wenn nur der Hund gebissen hat und 575 Passagiere eines Schiffes *nicht* ertrunken sind? Das »Hamburger Abendblatt« rettet, was zu retten ist: *Das Drama im Packeis – Knirschen, dumpfer Schlag, dann heulten die Sirenen – Kreuzfahrtschiff »Maxim Gorki« kollidierte mit Eisberg und drohte zu sinken*

Schließlich, ganz kleinlaut:

Alle 575 Passagiere gerettet

Ach, fände doch einer einmal den Mut zu der Schlagzeile: »Kein Drama im Packeis: 575 Passagiere nicht ertrunken.«

Warum bloß kommen die Bemühungen der »Tageszeitung« um Professionalität nicht so recht voran, obwohl sie sich doch alle Mühe gibt, zum Nachbarn in der Westberliner Kochstraße aufzuschließen? Beispielsweise auf diese Art:

Ayatollah Khomeini, Herrscher über den Iran und die Schiiten, ist zur Hölle gefahren.

Der »Bild«-Redaktion war, was den Fachmann nicht wundert, zum selben Ereignis dieselbe christliche Idee gekommen:

Khomeini tot – Kommt so ein Mensch in den Himmel?

Welche Meisterschaft! Welch Gefälle! Hier die große Frage, die noch den linken Reli-Lehrer aufwühlt – dort die platte Antwort, die keinem Kirchentagsplenum die eingeschlafenen Füße weckt. Die »TAZ« sei umgezogen, heißt es, in ein Haus direkt gegenüber der Springer-Zentrale. Wenn ihr Personal, nachdem es in Politik die Mittlere Reife abgelegt hat, auch fachlich den letzten Schliff kriegen will, hat es sich beim Umzug in der Straßenseite vertan.

Theo, ob seiner wöchentlichen Weltenwenden der Eilige der letzten Tage genannt, hat sein Endzeit-Oeuvre um ein weiteres Apokalypschen bereichert:

Beben im Fünfeck der Mächte – Vor einem knappen halben Jahr schien die Welt noch in Ordnung. Die beiden kommunistischen Großmächte Rußland und China kämpften sich auf dem Weg der Reform voran. Die Europäische Gemeinschaft strebte dem Jahr 1992 entgegen wie Steffi Graf dem nächsten Grand-Slam-Sieg: mit muskulösem Selbstbewußtsein. Japan dachte intensiv darüber nach... In Washington stand George Bush an der Schwelle des Weißen Hauses...

Aber dann hat Steffi in Paris verloren, und:

Nun bebt China; Rußland zittert; Europa zetert; Japan fault; Amerika lahmt. Keine schönen Aussichten.

Alles rennet, rettet, flüchtet, taghell ist die Nacht gelichtet, leergebrannt die Stätte, in den öden Fensterhöhlen wohnt das Grauen, Kinder jammern, Mütter irren, wehe wenn sie losgelassen, denn die Elemente hassen das Gebild der Menschenhand. Es ist doch keine Frage der alkoholischen Gärung; das Schillern seiner Metaphern muß daher rühren, daß er als Kind kräftig ein paar an die «Glocke« gekriegt hat.

Es nahen die, die die, die die Wiese betreten, anzeigen und dafür eine Belohnung erwarten:

Jene aber, die alle, die eine grundsätzliche Änderung der Haftbedingungen wollen, zu zwingen versuchen, in ein Unisono unter Stimmführung der Gefangenen einzutreten, treten mit verkehrten Gefühlen an den selbstgezogenen Kreidekreis.

Ob hier auf den Gefangenenchor aus Brechts »Ossobuco« angespielt wird, den sie jetzt bei Le Pens Auftritten singen? Kaukasus bebt, Stammheim zittert? Falsch getippt: Nicht jeder Schmierer heißt Theo. Dieser hier heißt Joscha.

Die sozialdemokratische Betriebsnudel Duve, die von mir schon so viel (»Freimut statt Sozialismus«) zu erleiden hatte, hat auch mal ein Korn gefunden. In der »Hamburger Morgenpost« schloß der Abgeordnete seine »Tips für Hamburg« mit einer Sottise, die ich ihm nicht zugetraut hätte:

Ach, ja – und essen gehen. .. Also nach allem Tagesgeschäft ein Glas im «Dorf« (an der Langen Reihe), eine Nudel bei »Cuneo« (an der Reeperbahn), vielleicht sitzt Gremliza ja da und erklärt der Nudel die Welt.

Hut ab, das sitzt (vor allem das Gremliza ja da). Tatsächlich habe ich vor Jahren, als pädagogischer Eros mich noch bis in den späten Abend plagte, bei »Cuneo« dem sozialdemokratischen Kulturpolitiker die Welt als Willy und Vorschulreform so heftig zu erklären versucht, daß die Nudel ihre Maccheroni al Craxi untern Arm nahm und an einen anderen Tisch des Betriebs zog, wozu, wenn ich mich nicht richtig erinnere, die legendäre Musicbox ein za ja da, er liebt mich nicht, ich lieb ihn nicht, intonierte. Die Welt ist klein.

Die Friedrich Naumann-Stiftung lädt ein:

Zweihundert Jahre Französische Revolution, vierzig Jahre Grundgesetz -1989 ist das *Jubiläumsjahr der Freiheit. Aber Freiheit, was ist das nun eigentlich? Was sagt der Historiker zum Stichwort Freiheit, was der Jurist? Was passiert, wenn Freiheitsrechte in Konflikt geraten und jedem Einzelnen von uns eine Entscheidung abverlangen? Man denke nur an den umstrittenen Scorsese Film »Die letzte Versuchung Christi« oder an den stark emotionalisierten Bereich »Gentechnologie«. All das wird ein Thema sein, wird zur Sprache kommen,*

wenn Birgit Kröhl die Herren Dr. Fritz Fliszar, Vorsitzender Geschäftsführer, Prof. Dr. Hartwig Brandt, Dr. Peter Hasenberg, katholische Filmkommission, Prof. Dr. Hans W. Michelmann, Universität Göttingen, AG Reproduktionsmedizin, Prof. Dr. Friedrich Schnapp moderiert. Ich bin der Friedrich Naumann-Stiftung für die Einladung dankbar: Man weiß doch gern, was man nicht versäumt. Ich werde versuchen, durch den Schaden, daß ich nun nie erfahren werde, was das eigentlich ist, Freiheit, und was passiert, wenn Freiheitsrechte in Konflikt geraten, klug zu werden.

Weil »die TAZ-Frauenseite einfach zu wenig« sei, »gewinnt das Projekt für eine neue, überregionale Frauenzeitung an Kontur«:

Barbara Merziger: Es soll eine Mantelzeitung werden mit überregionalem Teil und verschiedenen Regionalteilen. Außerdem soll ein wissenschaftlicher Teil einliegen. Tja, und dann wollen wir diese Zeitung lustvoll machen. Nicht nur, daß wir *Spaß daran haben, sondern daß Outfit und Layout lustvoll sind.*

«Was heißt denn das?«, fragt die «TAZ«-Frauenseitenfrau, die vielleicht keinen Unterschied von Outfit und Layout und dafür einen von Lust und Spaß kennt, aber das weiß man nicht.

Barbara Mezziger: Der Wissenschaftsteil könnte beispielsweise in einer anderen Farbe erscheinen und er könnte zum Aufschneiden sein, um die Neugier zu wecken.

Die Idee mit dem Mantel-Schnittmusterbogen muß sie von der Aenne Burda haben, was aber irgendwie egal ist, weil wir irgendwas mit der angebrochenen Emanzipation ja anfangen müssen. Daß für solchen Schafscheiß Bäume gefällt werden, ist zwar ein uralter Einwand, aber in diesen eher spaßigen als lustvollen Zeiten des Rauchverbots und der Pfandflasche sollte auch der Baum eine Chance kriegen. Es könnte eine Bäumin sein.